

Europäisierung der österreichischen Öffentlichkeit:

Mediale Aufmerksamkeit für EU-Politik und
der veröffentlichte Diskurs über die EU-Erweiterung

– *Forschungsbericht* –



Projektleitung:

Florian Saurwein

Mitarbeit:

Cornelia Brantner & Astrid Dietrich

Mentoring:

Hannes Haas (Universität Wien), Barbara Pfetsch (Universität Hohenheim)

Projektträger:

Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der
Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Wien

Finanzierung:

Gefördert aus Mitteln des Forschungsprogramms >node< (New Orientations for Democracy in Europe).
Das Forschungsprogramm >node< wird vom Österreichischen Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft
und Kultur (bm:bwk) auf Empfehlung des Rats für Forschung und Technologieentwicklung durchgeführt.

>node< researchaustria

Inhalt

Einleitung & Inhalt	4
1 Entwicklung europäischer Öffentlichkeit: Stand der theoretischen und empirischen Forschung	9
1.1 Europäische Öffentlichkeit aus theoretischer Perspektive	10
1.1.1 Öffentlichkeitsbegriff und Öffentlichkeitsarenen	10
1.1.2 Öffentlichkeitsfunktionen: Legitimation und Integration	12
1.1.3 Europäisierung von Öffentlichkeit: Entwicklungspfade und Indikatoren	15
1.1.3.1 Aufmerksamkeitsstrukturen: Sichtbarkeit europäischer Politik als <i>Conditio sine qua non</i>	16
1.1.3.2 Interaktionsstrukturen: Transnationalisierung als Schlüsselkriterium	17
1.1.3.3 Konsens- und konfliktorientierte Analyseansätze	20
1.1.3.4 Identitätskonvergenz: Europäische Identität	21
1.1.3.5 Beurteilung europäischer Institutionen, Akteure und Politiken	23
1.1.4 Schlussfolgerungen zur theoretischen Perspektive	24
1.2 Europäische Öffentlichkeit aus empirischer Perspektive	25
1.2.1 Frühe Befunde zur Entwicklung europäischer Öffentlichkeit	26
1.2.2 Neuere Einschätzungen über Stand und Entwicklung europäischer Öffentlichkeit	27
1.2.3 Fazit zum Stand der empirischen Europäisierungsforschung	34
2 Europäisierung der österreichischen Öffentlichkeit: Wissensstand und Untersuchungsdesign	36
2.1 Öffentliche Meinung: Österreich in der Europäischen Union	36
2.2 Untersuchungen zur EU-Berichterstattung in österreichischen Medien	39
2.3 Untersuchungsziele dieses Projekts	45
2.4 Konzeptionelle Eckpfeiler der Analyse	46
2.4.1 Europäische politische Öffentlichkeit als Referenzrahmen	46
2.4.2 Mediale Öffentlichkeit als zentraler Raum politischer Öffentlichkeit	48
2.4.3 Differenzierung der Anspruchsniveaus	51
2.5 Überblick zur Methodik und zur Datenbasis	56
2.5.1 Analyse des Europäisierungstrends	57
2.5.2 Analyse der Europäisierung im intermedialen Vergleich	59
2.5.3 Analyse des medialen Diskurses zur EU-Osterweiterung	64
2.5.4 Rückschlüsse auf mediale Strukturbedingungen für Europäisierungsprozesse	69
2.6 Zusammenfassung	71

Ergebnisse der empirischen Analysen

3	Europäisierungstrend: Entwicklung der EU-Berichterstattung im Zeitverlauf 1995 -2004	74
3.1	Untersuchungsziele und Vorgangsweise	74
3.2	Vertikale Europäisierung	76
3.3	Horizontale Europäisierung	83
3.4	Mediale Aufmerksamkeit und Europäisierung in unterschiedlichen Politikfeldern	92
3.5	Fazit	101
4	EU-Berichterstattung im intermedialen Vergleich	107
4.1	Untersuchungsziele und Vorgangsweise	107
4.2	Intensität der EU-Information	108
4.3	EU-Medienpräsenz nach Genres	113
4.4	Ereignisländer der EU-Berichterstattung	116
4.5	EU-Medienpräsenz nach Politikfeldern	121
4.6	Fazit	129
5	Der mediale Diskurs zur EU-Osterweiterung	132
5.1	Untersuchungsziele und Vorgangsweise	132
5.2	Analysierte Artikel und Aussagen	134
5.3	Europäisierte Interaktion	136
5.3.1	Europäische Sprecher im österreichischen Osterweiterungsdiskurs	136
5.3.2	Europäische Akteure als Adressaten und Objekte der Berichterstattung	142
5.3.3	Europäisierte Akteursensembles	145
5.4	Bewertung der europäischen Politik und der EU-Institutionen/-Akteure	148
5.4.1	Bewertung der EU-Erweiterung durch österreichische Sprecher	149
5.4.2	Bewertung des Beitritts der Tschechischen Republik durch österreichische Sprecher	153
5.4.3	Bewertung von Institutionen und Akteuren der EU durch österreichische Sprecher	158
5.5	Diskursive Interaktion – Diskursqualität	160
5.5.1	Vermachtete und autochthone Akteure im Osterweiterungsdiskurs	161
5.5.2	Gegenseitiger Respekt	164
5.5.3	Diskursrationalität	165
5.6	Kollektive Identitäten	170
5.7	Fazit	172
6	Resümee	181
	Literatur	196
	Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	206
	Projektteam	207

Einleitung & Inhalt

Der zunehmenden Europäisierung von Ökonomie und Politik – so eine gängige These – ist bislang noch keine gleichwertige Europäisierung der politischen Öffentlichkeit gefolgt (vgl. Gerhards 1993; 2000). EU-Politik bleibt im Vergleich zu nationaler Politik bislang intransparent und von Medien und dem Publikum nur wenig beachtet. Die Folgen dieses „Öffentlichkeitsdefizits“ der Europäischen Union sind brisant, weil immer mehr und immer weiter reichende Entscheidungen auf EU-Ebene gefällt werden, über deren Inhalte und organisatorische Hintergründe die europäische Bevölkerung nur wenig informiert zu sein scheint. Spätestens seit den negativen Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden im Frühjahr 2005 gilt das EU-Öffentlichkeitsdefizit als zentrales Hindernis für die geplanten Integrations- und Erweiterungsschritte. Entsprechend häufig werden in der aktuellen Debatte über die Zukunft der Europäischen Union Forderungen nach mehr „Bürgernähe“, nach „Demokratie, Diskussion und Dialog“ und nach „besserer Kommunikation“ gestellt.¹

Die Diskussion über die Kluft zwischen europäischen politischen Eliten und weiten Kreisen der europäischen Bevölkerung ist aktueller denn je, aber keinesfalls neu. Demokratiedefizit, Legitimationsdefizit, Öffentlichkeitsdefizit und Kommunikationsdefizit gehören schon seit langem zum kritischen Standardrepertoire in der Diskussion europapolitischer Fragen.² Genauso lange wird die Schuld dafür, dass „Brüssel“ bis jetzt nur als ferner und gesichtsloser Ort wahrgenommen wird, zwischen Politikern und Medien hin- und her geschoben. Die Suche nach Sündenböcken ist interessenpolitisch nachvollziehbar aber sachlich verfehlt. Die Europäisierung von Öffentlichkeit ist so wie die Demokratisierung der Europäischen Union ein komplexer Prozess, für dessen Erfolg die Politik (durch institutionelle Reformen und Responsivität), die Medien (durch Aufmerksamkeit, Kritik und Kontrolle) und die Bürgerinnen und Bürger (durch Interesse und Beteiligung) letztlich gemeinsam verantwortlich zeichnen.

¹ Siehe beispielsweise das *Weißbuch über europäische Kommunikationspolitik* (COM (2006) 35 vom 1.2.2006); *Der Beitrag der Kommission in der Zeit der Reflexion und danach: Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion* (KOM (2005) 494 vom 13.10.2005); *Aktionsplan für eine bessere Kommissionsarbeit zu Europa* (SEC (2005) 985 vom 20.7.2005).

² Laut Gerhards (2002, 135 unter Verweis auf Tumber 1995, 512) gehört das Öffentlichkeitsdefizit spätestens seit der Diskussion über die Maastrichtverträge zu den Selbstbeschreibungen der Institutionen der EU. In der Folge waren es vor allem die niedrigen Beteiligungen bei den Wahlen zum Europaparlament und die negativen Referenden zur Euro-Einführung in Dänemark (2000) und zum Vertrag von Nizza in Irland (2001) mit denen die Kluft zwischen europäischen politischen Eliten einerseits und Bürgerinnen und Bürgern andererseits deutlich wurde. Kritik an Öffentlichkeitsdefiziten und Forderungen nach deren Kompensation werden seither regelmäßig wiederholt, deutlich in der Erklärung von Laeken, in der die europäischen Staats- und Regierungschefs nach Initiativen suchen, um eine europäische Öffentlichkeit zu entwickeln (vgl. Europäischer Rat 2001, 23).

Das Zusammenspiel von Bürgerinnen, Bürgern, Politik und Medien vollzieht sich v.a in jenem Kommunikationsraum, der als *Öffentlichkeit* bezeichnet wird und deren zentrale Bedeutung in ihren demokratischen und sozialen Funktionen der Legitimation und Integration liegt. Dies gilt gleichermaßen im nationalen Kontext wie im europäischen Rahmen. Form und Ausmaß europäischer Öffentlichkeit sind daher auch mitbestimmend für die demokratische Qualität der Europäischen Union und für den sozialen Zusammenhalt in Europa. In der Literatur werden Defizite europäischer Öffentlichkeit – in Kombination mit Mängeln hinsichtlich europäischer Demokratie und Identität – als Hemmnisse sozialer und politischer Integration in der Europäischen Union diskutiert (vgl. Trenz/Klein/Koopmans 2003, 9; Scharpf 1999b, 167). Öffentlichkeitsdefizite werden zum Teil sogar als „der Stolperstein schlechthin auf dem Weg zur Demokratisierung der EU“ bezeichnet (Abromeit 2003, 39).³ Zahlreiche Autorinnen und Autoren gehen deshalb davon aus, dass der europäische politische Integrations- und Erweiterungsprozess von einer Europäisierung der öffentlichen politischen Kommunikation begleitet sein muss (siehe exemplarisch Koopmans/Pfetsch 2003, 1), um Vermittlungs-, Transparenz-, Kontroll- und Partizipationsmängel zu korrigieren.

Wie aber eine europäische Öffentlichkeit, die der europäischen Mehrebenen-Politik entspricht, idealtypisch aussehen soll, wie der Weg ihrer Entstehung zu skizzieren ist und auf welcher Stufe dieses Weges sich Europa derzeit befindet, sind umstrittene Fragen, die höchst unterschiedlich beantwortet werden.⁴ Der Überblick zum theoretischen und empirischen Forschungsstand zeigt ein äußerst heterogenes Feld an theoretischen Konzepten europäischer Öffentlichkeit und verschiedenste Analyseansätze zur Erfassung ihrer Existenz, ihres Ausmaßes und ihrer Qualität. In Summe liegen selektive Ergebnisse zu jeweils einzelnen Merkmalen europäischer Öffentlichkeit vor, die noch keine Gesamtbeurteilung von Entwicklungstrends ermöglichen (vgl. Peters 2003, 450). Als Konstante in der Debatte um die Entstehung europäischer Öffentlichkeit kann aber festgehalten werden, dass nie behauptet wird, Europa verfüge bereits über eine ausreichend breite, tragfähige politische Öffentlichkeit. Auch in optimistischen Einschätzungen werden Defizite europäischer Öffentlichkeit identifiziert und Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt.

³ In der Bevölkerungsmeinung nimmt die Forderung nach mehr Bürgernähe (18%) immerhin den 6. Platz auf dem Wunschzettel der Österreicher an die EU ein. Mehr Bedeutung wird erwartungsgemäß der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (55%) und dem Kampf gegen die Armut und soziale Ausgrenzung (45%) beigemessen. Auch die Bekämpfung organisierter Kriminalität und des Drogenhandels (28%), die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in Europa (25%) und der Umweltschutz (20%) liegen vor der Forderung nach mehr Bürgernähe. Knapp dahinter liegen die Forderungen nach der Bekämpfung illegaler Einwanderung (17%) und nach Qualitätsgarantien für Nahrungsmittel (16%). Eine effektive Reform der EU-Institutionen reihen nur 8% der Befragten unter die drei wichtigsten Aktivitäten, die die EU zuerst verfolgen sollte. (EB-64 2005 [Österreich], 35).

⁴ Einen umfassenden Überblick zum Stand der theoretischen und empirischen Forschung zur Entwicklung europäischer Öffentlichkeit bieten die Beiträge in Langenbucher/Latzer (2006).

Die Defizite europäischer Öffentlichkeit und ihre Auswirkungen auf Demokratie und Integration in Europa bilden die Ausgangspunkte vieler Untersuchungen, die sich mit dem Stand und der Entwicklung des Kommunikationsraums Europa beschäftigen. In Bezug auf die Formierung einer europäischen Öffentlichkeit rückt in rezenten Forschungsarbeiten immer stärker ein Entwicklungspfad in den Vordergrund, der die Bedeutung der Transnationalisierung politischer Kommunikation betont. Der Weg zur europäischen Öffentlichkeit führt – so die dominante Vorstellung – über die zunehmende Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten und deren gegenseitige transnationale Verschränkung. Die verstärkte Politisierung der EU und die Zunahme an Konflikten, wie etwa die Diskussionen über das Tempo und den Umfang der EU-Erweiterung, erhöhen den Bedarf an transnationalen Debatten und werden – so eine weitere zentrale These – zur Verdichtung der grenzüberschreitenden Kommunikation in der EU führen. Hauptaugenmerk wird daher in der empirischen Forschung auf die Analyse nationaler Medienberichterstattung über die EU und die zentralen Konflikte in der EU-Politik gelegt, um Stand und Entwicklung der Europäisierung politischer Kommunikation zu erfassen.

Dabei fällt auf, dass sich die empirische Forschung auf die EU-Medienberichterstattung in der Qualitätspresse der großen EU-Nationen konzentriert und für die EU-Berichterstattung in Österreich erst wenige empirische Ergebnisse vorliegen. Der österreichischen Berichterstattung über die EU-Erweiterung, eines der zentralen europapolitischen Themen der vergangenen Jahre, sind noch keine speziellen Analysen gewidmet. Dies ist erstaunlich, weil in Österreich die EU-Skepsis im Allgemeinen und die Ablehnung der EU-Erweiterung im Speziellen besonders ausgeprägt sind, wobei v.a. die EU-Erweiterung besonders kontrovers diskutiert und für die starke EU-Skepsis in der Bevölkerung mitverantwortlich gemacht wird. Diese Untersuchung soll einen Beitrag zur Schließung dieser Forschungslücken leisten, indem der Stand und die Entwicklung der *Europäisierung der österreichischen Öffentlichkeit* und der *EU-Erweiterungsdiskurs in der medialen Öffentlichkeit* analysiert werden.

Der vorliegende Bericht bilanziert zu diesem Zweck in Abschnitt 1 den internationalen Stand der theoretischen und empirischen Forschung zur Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit und bietet einen Überblick zu den Konzepten, die den theoretischen und empirischen Arbeiten zugrunde liegen.

In Abschnitt 2 werden zunächst der Stand der Forschung zur Europäisierung der österreichischen Öffentlichkeit zusammengefasst und Forschungslücken identifiziert, um daraus zentrale Untersuchungsziele für die vorliegende Analyse abzuleiten. Anschließend werden die konzeptionellen Eckpfeiler der Analyse und die Untersuchungsmethoden präsentiert. Den empirischen Analysen liegt ein Konzept zugrunde, das Europäisierung als prozessuales,

multidimensionales und graduelles Phänomen beschreibt. Zur Erfassung der Europäisierungsprozesse wird ein mehrdimensionales Analysedesign für empirische Medieninhaltsanalysen entwickelt, mit dem die verschiedenen Ausprägungen der Europäisierung von Öffentlichkeit auf mehreren Ebenen wahrgenommen und beschrieben werden können (Transparenz, Interaktion, Partizipation, Diskursivität, Identität). Die Anwendung des Analyseinstruments auf das Fallbeispiel Österreich erfolgt dann in einem 3-stufigen Verfahren, das insbesondere durch einen Methoden-Mix gekennzeichnet ist. Den Kernbereich der Untersuchung bilden umfassende empirische Analysen zur EU-Berichterstattung in den drei österreichischen Leitmedien ORF Zeit im Bild, Der Standard und Kronen Zeitung (Abschnitt 3 bis 6).

Die Analyse des *Europäisierungstrends* in Abschnitt 3 erfolgt durch systematische Stichwortabfragen in anbieterspezifischen Nachrichtenarchiven mit denen Überblicksdaten zur medialen Aufmerksamkeit für EU-Politik generiert werden können. Erfasst wird dabei vor allem der Anteil an EU-Referenzen im Gesamtnachrichtenvolumen der wichtigsten österreichischen Fernsehinformationsplattform (ORF Zeit im Bild). Ergebnisse dieses Untersuchungsschritts zeigen den Prozess der Europäisierung der Nachrichtenberichterstattung in der Langzeitperspektive von 1995 bis 2004, die Bedeutung Europas in der Nachrichtengeographie und die variierenden Europäisierungsniveaus in der Berichterstattung über unterschiedliche Politikfelder. Hintergrund für die Erfassung der Aufmerksamkeitsentwicklung ist die Frage, ob der politische und ökonomische Integrationsprozess in Europa auch von zunehmender medialer EU-Berichterstattung im Zeitverlauf begleitet wird.

Abschnitt 4 prüft, präzisiert und ergänzt die Ergebnisse aus den Überblickserhebungen zur Langzeitentwicklung durch eine detaillierte Untersuchung der jüngeren EU-Berichterstattung im Zeitraum 2002-2004. Mittels Inhaltsanalysen der EU bezogenen Berichterstattung in Fernsehnachrichten (ORF-ZIB), in der Qualitätspresse (Der Standard) und der Boulevardpresse (Kronen Zeitung) sollen Europäisierungsformen und -niveaus im intermedialen Vergleich bestimmt werden. Hintergrund für den systematischen intermedialen Vergleich ist die Frage, ob sich unterschiedliche Europäisierungsmuster zwischen Fernseh- und Presseberichterstattung sowie zwischen Qualitäts- und Boulevardmedien zeigen. Mit dem Vergleich soll nicht zuletzt auch der starken Stellung der Boulevardpresse im österreichischen Mediensystem Rechnung getragen werden.

In Abschnitt 5 erfolgt die Untersuchung des medialen Diskurses zur EU-Osterweiterung. Eine Analyse der Aussagen innerhalb der Beiträge zur EU-Osterweiterung soll zeigen, welche Akteure den Erweiterungsdiskurs dominieren, ob es zu einer Europäisierung der Interaktionsmuster kommt, wie die EU-Erweiterung von Medien und anderen österreichischen politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren bewertet wird und durch welches Niveau die Diskursqualität der Debatten rund um die EU-Erweiterung gekennzeichnet ist. Hintergrund für die Analyse des

Erweiterungsdiskurses ist die Ansicht, dass europäische Öffentlichkeit nicht nur nach erhöhter Aufmerksamkeit für europäische Themen verlangt, sondern vor allem in besonders umstrittenen Entscheidungsprozessen auch die Einbeziehung der betroffenen Akteure und Diskussionsqualität erfordert. Ob diese Kriterien erfüllt sind, soll deshalb anhand eines konfliktgeladenen Einzelfalles untersucht werden.

Im Schlusskapitel (Abschnitt 6) erfolgt die Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der Medieninhaltsanalysen, ihre Diskussion und Reflexion in Bezug auf die medialen Strukturbedingungen für Europäisierungsprozesse, und es werden einige zentrale Fragen für die weiterführende Forschung formuliert.

1 Entwicklung europäischer Öffentlichkeit: Stand der theoretischen und empirischen Forschung

Die wissenschaftliche Diskussion und Analyse der Europäisierung von Öffentlichkeit wird seit Anfang der 1990er Jahre betrieben.⁵ Mit der beschleunigten Dynamik der wirtschaftlichen und politischen Integration Europas steigt das Forschungsinteresse am Thema immer mehr an und umfasst derzeit drei Kernbereiche:

- die theoretische Diskussion über ein adäquates normatives Konzept für europäische Öffentlichkeit mit entsprechenden normativen Standards, die aus Demokratie-, Öffentlichkeits- und Kommunikationstheorien abgeleitet werden;
- empirische, v.a. medieninhaltsanalytische Arbeiten zur Erfassung der Existenz, des Ausmaßes und der Formen europäischer Öffentlichkeit;
- die Diskussionen über Defizite europäischer Öffentlichkeit und deren mediale und politische Ursachen, sowie die Strategien zur Reduktion von Entwicklungshemmnissen.

In den frühen Untersuchungen der 1990er Jahre überwiegen pessimistische Einschätzungen zur Entwicklung europäischer Öffentlichkeit und zu den demokratischen Folgen von Öffentlichkeitsdefiziten. Sie basieren aber noch kaum auf empirischer Evidenz zu Existenz, Ausmaß und Formen europäischer Öffentlichkeit, sondern auf theoretischen Analysen ihrer strukturellen Voraussetzungen auf Basis kultureller und infrastruktureller Öffentlichkeitskonzepte. Mittlerweile werden die frühen theoretischen Arbeiten durch empirische Analysen europäischer Öffentlichkeit ergänzt, wobei vor allem Medieninhaltsanalysen zur Anwendung kommen. In Summe wird nunmehr ein optimistischeres Bild gezeichnet, wobei aber die empirischen Daten zum Entwicklungsstand und die Einschätzungen über Entwicklungsoptionen erheblich divergieren.

Im Folgenden wird ein Überblick zum internationalen Stand der theoretischen und empirischen Forschung zur Entstehung europäischer Öffentlichkeit geboten (Abschnitt 1.1 und 1.2). Die Identifikation von Forschungslücken und der Überblick zu den Konzepten europäischer Öffentlichkeit bilden die Grundlage zur Formulierung der Untersuchungsziele und zur Entwicklung

⁵ Der vorliegende Bericht basiert auf theoretischen und konzeptionellen Vorarbeiten von Latzer/Saurwein und auf Schlussfolgerungen, die auf der internationalen Konferenz „Medialer Wandel und Europäische Öffentlichkeit“ gezogen wurden, die im November 2004 gemeinsam vom Institut für Technikfolgenabschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und dem Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien veranstaltet wurde. Der folgende Überblick zum Forschungsstand erschien in etwas gekürzter Form in einem Beitrag mit dem Titel „Europäisierung durch Medien: Ansätze und Erkenntnisse der Öffentlichkeitsforschung“ (Latzer/Saurwein 2006) im Sammelband „Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive“ (Langenbacher/Latzer 2006) in dem die Konferenzbeiträge zusammengefasst sind.

der konzeptionellen Eckpfeiler des eigenen Untersuchungsdesigns für die empirischen Analysen zur Europäisierung der österreichischen Öffentlichkeit (Abschnitt 2).

1.1 *Europäische Öffentlichkeit aus theoretischer Perspektive*

1.1.1 Öffentlichkeitsbegriff und Öffentlichkeitsarenen

Zur Beschreibung von *Öffentlichkeit* werden unterschiedliche Metaphern verwendet, die zumeist auf die zentrale Bedeutung von Kommunikation als konstituierendes Element von Öffentlichkeit verweisen. Öffentlichkeit wird abwechselnd als Kommunikationsraum, Kommunikationsnetzwerk (Tobler 2006), Kommunikationssystem, Kommunikationsforum (Neidhardt 1994a; 2006), als kommunikative Sphäre (Saxer 2006) oder als Verständigungsprozess der Gesellschaft (Klaus 2006) beschrieben. Laut Trenz (2000, 333 unter Verweis auf Habermas 1992 [1998], 436f. und Peters 1999) kann Öffentlichkeit als eine intersubjektiv geteilte, kommunikativ konstruierte Sphäre wechselseitiger Beobachtung erschlossen werden, die sich herkömmlichen Begriffen von sozialer Ordnung und Mitgliedschaft entzieht und eben dadurch an kontingente Situationen anschlussfähig bleibt. Gemeinsam ist den meisten definitorischen Annäherungen die Vorstellung, die „eine“ Öffentlichkeit (Singular) sei lediglich als theoretisch-normatives Konstrukt denkbar, empirisch aber weder im nationalen noch im europäischen Kontext existent. Heute dominiert die Vorstellung, dass sich Öffentlichkeit in der Praxis aus differenzierten Öffentlichkeitsarenen (Tobler 2006) bzw. aus Teilöffentlichkeiten (Klaus 2006) zusammensetzt. Häufig wird von fragmentierter oder segmentierter Öffentlichkeit gesprochen.

Gleichzeitig wird betont, dass Öffentlichkeitsarenen bzw. Teilöffentlichkeiten in unterschiedlicher Stärke durch kommunikative Interaktion integriert und mit einander vernetzt sind (vgl. Tobler 2006; Erbe 2006). In empirischen Analysen wird Öffentlichkeit daher auch als relative Dichte kommunikativen Handelns operationalisiert (Koopmans/Erbe 2004; Erbe 2006), um die Integrations- und Vernetzungsdichte erfassbar zu machen. In Bezug auf die Entstehung europäischer Öffentlichkeit wird v.a. auf das Gefälle der Interaktionsdichte zwischen nationaler und transnationaler Kommunikation und auf die unterschiedlichen Interaktionsbedingungen (Sprache, Identität, Mediensysteme) im nationalen und europäischen Kontext verwiesen, die als Ursachen europäischer Öffentlichkeitsdefizite identifiziert werden. Den Faktoren wird jedoch unterschiedliche Bedeutung für die Entstehung europäischer Öffentlichkeit beigemessen.⁶

Weiters werden in den meisten Konzeptionen unterschiedliche Öffentlichkeitsebenen identifiziert. Die Palette reicht von (1) „einfachen“ Encounter-Öffentlichkeiten mit direkter

⁶ Für einen Überblick und eine kritische Auseinandersetzung mit hemmenden Faktoren siehe Kantner (2003).

Interaktionskommunikation über (2) „mittlere“ Versammlungs-/Themen-Öffentlichkeiten mit definierten Sprecher- und Zuhörerrollen, bis zu (3) umfassenden „komplexen“, massenmedial vermittelten Öffentlichkeiten (grundlegend Gerhards/Neidhardt 1993; siehe auch Donges/Jarren 1999, 91f. und Klaus 2006). Medien, vor allem Leitmedien, spielen für die Öffentlichkeit eine zentrale Rolle, weil sie Diskurse aus anderen Öffentlichkeitsarenen aufnehmen, filtern, zu massenmedial beobachtbaren Kommunikationsereignissen bündeln und dadurch Anschlusskommunikation in anderen Arenen und auf den unterschiedlichen Ebenen des politischen Systems auslösen können (Tobler 2006).

Öffentlichkeitskonzepte kommen heute nie ohne die Berücksichtigung der modernen Massenmedien aus, und auch die empirischen Analysen europäischer Öffentlichkeit konzentrieren sich vor allem auf massenmediale Öffentlichkeit, speziell auf Leitmedien der öffentlichen Kommunikation. Öffentlichkeit konstituiert sich unter den Bedingungen von flächenstaatlichen Massendemokratien in erster Linie als massenmediale Öffentlichkeit. Nur Massenmedien ermöglichen die dauerhafte Beobachtung von Politik durch Bürgerinnen und Bürger, denn alle Formen von Präsenzöffentlichkeit sind für diese Leistungserbringung überfordert.⁷ Laut Sievert (vgl. 1998, 63) realisiert sich Öffentlichkeit im Wesentlichen als '(Ver-)Öffentlichkeit', u.a. weil Massenmedien durch Agenda-Setting beeinflussen, über welche Themen Rezipientinnen und Rezipienten nachdenken. Nach Trenz (2003, 163) stellen Massenmedien die umfassendste Arena für die Vermittlung zwischen Regierenden und Regierten dar. Sie beeinflussen die Transparenz des politischen Entscheidungsprozesses und legen damit die Reichweite der Kontrollmöglichkeiten fest. Analysen konzentrieren sich dementsprechend auf „massenmediale Öffentlichkeit“. Formen von Präsenzöffentlichkeiten, die auf interpersonaler Kommunikation beruhen (Encounter-, Versammlungsöffentlichkeiten), werden seltener berücksichtigt, wenngleich darauf hingewiesen wird, dass massenmediale Öffentlichkeit wesentlich durch Aktivitäten auf einfachen und mittleren Öffentlichkeitsebenen sowie durch Interaktion und Verschränkung zwischen diesen Ebenen gespeist und mitgestaltet wird.

In der Analyse europäischer Öffentlichkeit werden Medien unter zwei Aspekten berücksichtigt: Einerseits als Untersuchungseinheit für empirische Inhaltsanalysen, die sich vorwiegend auf politische Kommunikation konzentrieren. Andererseits gelten Medien auch als Systeme, Infrastrukturen und Institutionen, welche die Bedingungen für Transnationalisierungs- und Europäisierungsprozesse bilden und mittels Strukturanalysen untersucht werden.

⁷ Vgl. Gerhards (2002, 138). Öffentlichkeit und freie Meinungsbildung werden durch Institutionen abgesichert, v.a. durch rechtliche Garantien wie Meinungs-, Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit (Rucht 1998, 665). Diese Freiheiten werden als konstitutiv für Öffentlichkeit und als fördernde Faktoren für die Europäisierung von Öffentlichkeit interpretiert.

1.1.2 Öffentlichkeitsfunktionen: Legitimation und Integration

In Bezug auf die Bedeutung von Öffentlichkeit werden in der theoretischen Diskussion adäquater Konzepte unterschiedliche Öffentlichkeitsfunktionen als normative Referenzpunkte herangezogen. Die Konzepte unterscheiden sich v.a. darin, ob sie demokratische Funktionen wie politische Legitimation, oder soziale Funktionen wie gesellschaftliche Integration stärker betonen.

In einer engen konzeptionellen Perspektive wird Öffentlichkeit auf ihre *politische* Dimension reduziert (politische Öffentlichkeit).⁸ Ihre zentrale Bedeutung liegt dann in den demokratischen Funktionen Informationsvermittlung, Transparenz, Kritik, Kontrolle, Meinungs austausch und Meinungsbildung. Öffentlichkeit soll vor allem zur *Legitimation* und zur demokratischen Qualität der politischen Ordnung beitragen. Öffentlichkeit als Kommunikationsraum für Meinungsartikulation und -bildung wird dabei vom institutionalisierten Raum der Entscheidungsfindung und Willensbildung im politisch-administrativen System unterschieden. Der Meinungsbildungsprozess in Öffentlichkeitsarenen gehört zum unstrukturierten Bereich der politischen Kommunikation, während Formen der Willensbildung an Organisationen gekoppelt und zumeist formalisiert sind (vgl. Jarren 1998, 689).⁹

Vor allem diese Offenheit des öffentlichen Diskurses soll sicherstellen, dass Öffentlichkeit zur *Legitimation* politischer Ordnungen beiträgt und demokratische Qualität fördert, indem die politische Ordnung selbst und politische Maßnahmen in öffentlichen Debatten regelmäßig kritisch geprüft werden: „Public debate is the single most important clue to the assessment of democratic quality, because the legitimacy of power holders can be tested in relation to affected interests“ (Eriksen/Fossum 2000, 17). Gleichzeitig ist zu beachten, dass trotz der prinzipiellen Offenheit des Kommunikationsraumes vorrangig jene partizipieren, die als Akteure konstituiert und mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet sind (politische Akteure, Massenmedien, Interessengruppen). Teile der Bürgerschaft (aktive Öffentlichkeit) sowie das Publikum (passive

⁸ Auch die vorliegende Untersuchung fokussiert auf die politische Dimension von Öffentlichkeit. Allerdings führt die Einschränkung auf politische Öffentlichkeit auch regelmäßig zu Kritik (siehe beispielsweise Klaus 2006; Saxer 2006): So wird darauf hingewiesen, dass politische Öffentlichkeit sich innerhalb einer Vielzahl wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Teilöffentlichkeiten konstituiert. Eine umfassendere kommunikationssoziologische Perspektive wird daher eingefordert, die neben Politik und medialer politischer Kommunikation auch gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Faktoren als Strukturbedingungen berücksichtigt (Saxer 2006). Auch die Konstruktion von Identität in einem durch Medien geschaffenen symbolischen Raum, auf den sich die sozialen Subjekte beziehen können (medialer Identitätsraum), gilt als wesentliches Element der Formierung europäischer Öffentlichkeit (Klaus 2006). „The public sphere is a medium of social integration, a form of social solidarity, as well as an arena for debating others“ (Calhoun 2003, 244).
⁹ „Involved in the discourse-theoretical notion of the public sphere is a distinction between opinion formation, which is the domain of the public sphere, and will formation, which is the domain for decision making units within the political system. Publics do not act, as they possess no decision-making agency. In public spheres it is not possible to deliberate and as such form options about what should be done“ (Eriksen 2000, 54). „Öffentlichkeit wird in der emphatischen Konzeption verstanden als gewissermaßen vor- oder gar antiinstitutionelles Element. Der Begriff hat gewisse „oppositionelle“ Konnotationen; der Sinn einer ideellen (oder intellektuellen) „Gegenmacht“ schwingt mit. Auch die Rede von einer „kritischen“ Funktion der Öffentlichkeit oder das Bild von der Richterrolle suggerieren diese Außenposition, von der aus über vorgegebene Initiativen und Entscheidungen des politischen Zentrums zu urteilen wäre“ (Peters 1994, 48f.).

Öffentlichkeit) wirken an Definitions- und Aushandlungsprozessen indirekt mit (vgl. Jarren 1997, 103).¹⁰ Im Ergebnis soll öffentliche Meinungsbildung auch in institutionalisierte Beschlussfassung einmünden und so die Responsivität des politischen Systems sichern.

In diesen grundsätzlichen Funktionen von Öffentlichkeit für den politischen Prozess besteht weitgehende Einigkeit über alle Öffentlichkeits- und Demokratietheorien hinweg. Die Vorstellungen, wie Öffentlichkeit strukturiert sein soll, und welche Transformationsmechanismen geeignet sind, Transparenz und Responsivität zu gewährleisten, divergieren jedoch mit unterschiedlichen Vorstellungen von Demokratie. Als normative Schablonen für die Analyse öffentlicher politischer Kommunikation werden liberal-repräsentative, pluralistisch/partizipative und deliberative Demokratiemodelle herangezogen, die sich in ihren Anforderungen an Öffentlichkeit von einander unterscheiden.¹¹

In der Tradition *liberal-repräsentativer Demokratietheorien* und in systemtheoretischen Spiegelmodellen soll politische Öffentlichkeit Transparenz herstellen, die gegenseitige Beobachtung von Regierenden und Regierten sowie die Kontrolle der Regierenden durch Bürgerinnen und Bürger ermöglichen. Empirische Analysen europäischer Öffentlichkeit in der Tradition liberal-repräsentativer Demokratietheorien fragen daher in erster Linie nach der massenmedialen Sichtbarkeit der EU bzw. ihrer zentralen politischen Akteure und europapolitischer Themen und nach den medialen Strukturbedingungen, die diese Sichtbarkeit fördern oder hemmen. Mediale Aufmerksamkeit für europäische Politik gilt im Sinne repräsentativ-liberaler Demokratiemodelle als *conditio sine qua non* für Transparenz und Kontrolle im europapolitischen Kontext.

In *pluralistischen/partizipativen Demokratietheorien* wird die Bedeutung von Öffentlichkeit für die Repräsentation des Meinungsspektrums hervorgehoben und nicht auf Akteure des politischen Zentrums begrenzt, sondern umfassender konzipiert und auf Akteure der Peripherie wie Bürgerinnen und Bürger, Publikum und zivilgesellschaftliche Organisationen ausgedehnt. Auch partikulare Perspektiven und überzeugende innovative Ideen sollen Artikulationschancen haben (Gleichheitsanforderung). Legitimität wird über Partizipation, über die Beteiligung möglichst großer

¹⁰ Grundlegend zur Unterscheidung von aktiver und passiver Öffentlichkeit siehe Dahrendorf (1993, zuerst 1967). Dahrendorf betont in Abgrenzung zu Habermas und mit Bezug auf ein Modell repräsentativer Demokratie, dass eine dauerhafte Beteiligung aller Bürgerinnen nicht nur utopisch, sondern auch nicht sinnvoll sei und es statt dessen auf die institutionelle Möglichkeit der Teilnahme und damit auf die Möglichkeit der Verwandlung einer an sich passiven in eine aktive Öffentlichkeit ankommt, wobei er hier den Massenmedien als Vermittler einen besonderen Stellenwert einräumt: „An wenigen Punkten ist die Aufgabe der Massenmedien so unentbehrlich für eine freie Gesellschaft wie an den Gelenken von aktiver und passiver Öffentlichkeit.“ (Dahrendorf 1993, 50).

¹¹ Für Zusammenfassungen von Öffentlichkeitsfunktionen im Kontext unterschiedlicher Demokratietheorien siehe u.a. Neidhardt (1994a; 1994b), Beierwaltes (2000), Gerhards (2002), Ferree et al. (2002). Die Theorien politischer Öffentlichkeit unterscheiden sich vor allem danach, welche normativen Anforderungen an Öffentlichkeit gestellt werden. „Aus den systemtheoretisch inspirierten Spiegelmodellen läßt sich die Forderung nach Offenheit auf der Inputseite ableiten, (...). Normativ anspruchsvoller sind diskursive Modelle politischer Öffentlichkeit, wie sie vor allem von Habermas entwickelt wurden. (...) So soll die Verarbeitung von Themen und Meinungen durch kommunikatives Handeln geschehen, d.h. die Handlungspläne der beteiligten Akteure dürfen nicht über egozentrische Erfolgskalküle, sondern über Akte der Verständigung koordiniert werden (vgl. Habermas: 1988, 385 [Theorie des kommunikativen Handelns. Band I, Anm. der Verf.]). Auf der Output-Seite geht es nach Habermas´ diskurstheoretischen Vorstellungen darum, das politische System und seine Entscheidungsträger möglichst eng an die öffentliche Meinung zu binden, (...)“ (Donges/Jarren 1999, 88).

Teile der Regierten gewährleistet. Empirische Analysen europäischer Öffentlichkeit in der Tradition pluralistischer/partizipativer Demokratietheorien fragen nach den beteiligten Akteuren im Kommunikationsraum Europa, nach Artikulationschancen und nach der Verteilung von Macht, Dominanz und Einfluss. Sie nehmen kleinere Öffentlichkeitsarenen unterhalb massenmedialer Öffentlichkeiten ebenso in den Blick wie Formen der Institutionalisierung umfassender Partizipation.

*Deliberative Demokratietheorien*¹² (vgl. Habermas 1998; 1996a) bauen in etwas abgeschwächter Form auf den Inklusionsvorstellungen der partizipativ/pluralistischen Öffentlichkeitsmodelle auf,¹³ ergänzen die normativen Vorgaben jedoch um Anforderungen an die Qualität des Kommunikationsprozesses (Diskursivität, Deliberation). Transparenz und Partizipation sind aus dieser Perspektive nicht die alleinigen Ziele öffentlicher Debatten. Es geht darüber hinaus auch um die Initiierung kollektiver Lernprozesse. Die Sprecher in öffentlichen Diskursen sollen voneinander lernen und sich argumentativ annähern. Im Ergebnis entsteht so entweder diskursiv geprüfter Konsens (Gerhards 2002, 139) oder koordinierter Dissens (Eder/Kantner 2000, 308). Deliberation wird als Kernmerkmal betrachtet und beinhaltet die Anerkennung, Berücksichtigung und Achtung der Argumente von Dritten, Dialog und gegenseitigen Respekt sowie die Rechtfertigung der eigenen Argumente (vgl. Ferree et al. 2002, 306).¹⁴ „Mit diesem 'Mehr oder Weniger' an 'rationaler' Verarbeitung von 'erschöpfenden' Vorschlägen, Informationen und Gründen variieren allgemein das diskursive Niveau der Meinungsbildung und die 'Qualität' des Ergebnisses“ (Habermas 1998, 438). In Bezug auf die Entstehung europäischer Öffentlichkeit rücken in deliberativen Öffentlichkeitsmodellen die Strukturbedingungen und die Praxis transnationaler Kommunikationsprozesse und Diskurse zu europapolitischen Themen in den Mittelpunkt. Analysiert

¹² Deliberative Öffentlichkeit gilt als ein zentraler Bestandteil deliberativer Demokratie. Der Begriff der „deliberativen Demokratie“ wird in der rezenten Diskussion für verschiedene demokratietheoretische Ansätze verwendet (z.B. Barber 1994 oder Walzer 1996). Obwohl sich die verschiedenen Konzeptionen in einigen Punkten unterscheiden, betonen alle Vertreter der deliberativen Demokratie die positive Rolle der Beratschlagung, die Wichtigkeit der Partizipation der Bürger und die Existenz einer gut funktionierenden Öffentlichkeit (vgl. Gimmler 1999).

¹³ Habermas (1998, 349ff.) grenzt deliberative Verfahren auf Ausnahmeverfahren ein: Breite Inklusion ist vor allem bei jenen Themen erforderlich, bei denen sich Kontroversen in der breiteren Öffentlichkeit an normativen Aspekten der im Brennpunkt stehenden Probleme entzünden. Hiervon zu unterscheiden sind Routineentscheidungen, die im politischen Zentrum getroffen werden. Damit grenzt sich Habermas explizit von radikal deliberativen Konzepten, wie jenem von Cohen (1989) ab, nimmt jedoch dessen Verfahrenspostulate auf (Habermas 1998, 370; vgl. zusammenfassend auch Ferree et al. 2002).

¹⁴ Scharpf (1999a, 688) spricht in Anlehnung an Habermas ebenfalls von der „Einbeziehung des Anderen“ als eine Art und Weise in der das Problem der Legitimation von europapolitischen Entscheidungen in den einzelnen Staaten überwunden werden könnte, weist aber darauf hin, dass Europa die politischen Diskurse fehlen (vgl. Scharpf 1999a, 674). „Ein Ausweg eröffnet sich nur durch die Anerkennung wechselseitiger Abhängigkeiten und die ‚Einbeziehung des Anderen‘ (Habermas 1996a) in die Bildung der eigenen Präferenzen: Wenn die eigenen Ziele nicht mit den eigenen Mitteln des Gemeinwesens, sondern nur in der Interaktion mit anderen erreicht werden können, dann gibt es auch keinen normativ plausiblen Grund, weshalb man vom Ergebnis der Interaktion die uneingeschränkte Erfüllung der eigenen Wünsche erwarten dürfte“ (Scharpf 1999a, 688). Dies schließt aber die Reflektion der externen Restriktionen und Rollen externer Partner in der internen demokratischen Willensbildung ein, wenn sie ihren normativen Anspruch auf Beeinflussung des staatlichen Handelns behalten will. Ausgehend von Habermas' Theorie der deliberativen Demokratie kann die kommunikative Distanz zwischen den Verhandlungen auf supranationaler Ebene und den nationalen Inputs verringert werden, wenn in der öffentlichen politischen Diskussion die wechselseitigen internationalen Abhängigkeiten akzeptiert werden (vgl. Scharpf 1999a, 689).

wird, ob bzw. wie weit die realen, öffentlich geführten Debatten zu ausgewählten europapolitischen Themen den entwickelten Qualitätsmerkmalen tatsächlich gerecht werden.¹⁵

1.1.3 Europäisierung von Öffentlichkeit: Entwicklungspfade und Indikatoren

Ähnlich vielfältig wie die normativen Erwartungen an europäische Öffentlichkeit sind die Vorstellungen über ihre Entwicklungspfade und die entwickelten Indikatoren zur Erfassung ihrer Existenz, ihres Ausmaßes und ihrer Formen. Die vielfältigen *Zugänge zur Analyse europäischer Öffentlichkeit* unterscheiden sich vor allem in ihrem Fokus: (1) Inhaltliche/kulturelle Öffentlichkeitskonzepte rücken kulturelle Faktoren in den Mittelpunkt, die Kommunikation und Verständigung ermöglichen oder erschweren (historische Erfahrungen, Traditionen, Geschichtsbilder, Identität). (2) Institutionelle/infrastrukturelle Öffentlichkeitskonzepte beschreiben die organisatorische Infrastruktur politischer Institutionen und Medienorganisationen, auf denen Öffentlichkeit basiert, und analysieren ebenfalls fördernde und hemmende Faktoren für Europäisierungsprozesse. (3) Diskursive/prozessuale Öffentlichkeitskonzepte stellen die (transnationalen) Kommunikationsprozesse, und hier zumeist die Medieninhalte, in den Mittelpunkt der Analyse.¹⁶ Konkrete Anforderungsprofile und Parameter werden meist dann entwickelt, wenn Öffentlichkeitsbegriffe für empirische Forschungen operationalisiert werden. Die Beurteilungen der Relevanz der Entwicklungspfade und der entsprechenden Indikatoren variieren jedoch mit unterschiedlichen Demokratie- und Öffentlichkeitsmodellen.

In Bezug auf die *Entstehung* einer europäischen Öffentlichkeit wurden vorerst zwei Hauptentwicklungspfade identifiziert (Gerhards 1993, 100; 102):

- die Etablierung einer länderübergreifenden, pan-europäischen Öffentlichkeit auf Basis eines einheitlichen Mediensystems;
- die Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten durch die Thematisierung europäischer Themen in den jeweiligen nationalen Medien und die Bewertung dieser Themen unter einer europäischen, nicht nationalstaatlichen Perspektive.

Bereits früh wurden somit Anforderungen an mediale Infrastrukturen (pan-europäisches Mediensystem), mediale Aufmerksamkeit (Thematisierung) und mediale Inhalte (europäische

¹⁵ Habermas selbst bezeichnet dieses normative Modell einer gut funktionierenden Öffentlichkeit als methodische Fiktion, welche als Bewertungsmaßstab der realen Verhältnisse dienen kann, dabei aber immer fiktiv bleibt (vgl. Gerhards 1997, 8). Zur Kritik an Habermas siehe Mouffe (2005) und ihr Konzept der „agonistischen Öffentlichkeit“. Es betont die Bedeutung von Konflikten für das demokratische Zusammenleben, wird jedoch bisher noch kaum zur Analyse europäischer Öffentlichkeit angewendet.

¹⁶ Für einen Überblick zu Öffentlichkeitskonzepten siehe Eder/Kantner (2000), Wessler (2004).

Perspektive) formuliert. Mit der steigenden Bedeutung des Öffentlichkeitsthemas in der Forschung wurden diese Kriterien teilweise re-formuliert, präzisiert und um Anforderungen an Transnationalisierung (Synchronisierung, Interaktion, Diskursivität) ergänzt. In der rezenten Literatur setzt sich die Sichtweise durch, dass die Ausbildung genuiner Formen europäischer Öffentlichkeit und die Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten nicht als sich ausschließende Alternativen, sondern in Ergänzung zueinander gedacht werden sollen (siehe z.B. Trenz 2003, 162). Zudem wird davon ausgegangen, dass die Entstehung einer pan-europäischen Öffentlichkeit auf Basis eines einheitlichen Mediensystems weit weniger empirisch wahrscheinlich ist, als die Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten. Das Hauptaugenmerk der empirischen Forschung liegt deshalb bei Analysen nationaler Medienberichterstattung über Europa und die Europäische Union. Die wichtigsten und gängigsten Analyseparameter und ihre normativen Implikationen lassen sich wie folgt zusammenfassen und begründen.

1.1.3.1 Aufmerksamkeitsstrukturen: Sichtbarkeit europäischer Politik als *Conditio sine qua non*

Als wichtiger Indikator für die empirische Erfassung von Europäisierungsprozessen gilt die *mediale Aufmerksamkeit für europäische Politik*. Sie ist die Voraussetzung für die Beobachtung und die Kontrolle der politischen Europäischen Union bzw. ihrer zentralen supranationalen und nationalen politischen Akteure. Wenn auch keine anerkannte Norm für ein adäquates *Europäisierungsniveau* im Sinne eines definierten Levels an medialer Aufmerksamkeit existiert, so erscheint doch die Vorstellung überzeugend, dass eine Bedeutungszunahme der Europäischen Union, gemessen an politischen Kompetenzen in den jeweiligen Politikfeldern, auch von einer Zunahme der medialen Aufmerksamkeit für EU-Politik entsprechend der EU-Kompetenzen in den jeweiligen Politikfeldern begleitet werden soll.¹⁷ „Das Publikum muss wissen wer aus welchen Gründen etwas entscheiden will, von dem es selber betroffen ist. Da die Entwicklung der EU eine allmähliche Verlagerung nationaler Entscheidungskompetenzen hin zu EU-Gremien mit sich brachte, ist ein wachsender Bedarf an EU-bezogener Öffentlichkeit insoweit anzumahnen“ (Neidhardt 2006, 50). Für die empirische Forschung zur Entstehung europäischer Öffentlichkeit rückt damit die *Prozessperspektive* in den Mittelpunkt, die zwei Dimensionen von Europäisierungsprozessen umfasst:

Von Bedeutung ist einerseits die Entwicklung der medialen Aufmerksamkeit für EU-Politik und supranationale Akteure im engen Sinn (*vertikale Europäisierung*), die sicherstellen soll, dass europäisches Regieren auch unter „öffentlicher Beobachtung“ durch die Bürgerinnen und Bürger

¹⁷ Vgl. grundlegend, allerdings nicht nach Politikfeldern und Kompetenzen differenziert, Gerhards (2000). Für die Analyse nach Politikbereichen mit variierenden politischen Kompetenzen siehe Pfetsch/Koopmans (2006).

der Mitgliedstaaten erfolgt. Mit der Zunahme an Politikbereichen, in denen Mehrheitsentscheidungen auf EU-Ebene gefällt werden (können), steigt jedoch auch der Bedarf an „gegenseitiger Beobachtung“ zwischen den europäischen Staaten und ihren zentralen politischen Akteuren. Die Aufmerksamkeit für europarelevante Politik und politische Akteure in jeweils anderen europäischen Staaten (*horizontale Europäisierung*) gilt daher als weiterer zentraler Indikator zur Erfassung von Europäisierungsprozessen.¹⁸

1.1.3.2 Interaktionsstrukturen: Transnationalisierung als Schlüsselkriterium

Die Aufmerksamkeit für europäische Politik in nationalen Medien wird in der rezenten Literatur als notwendige aber nicht hinreichende Bedingung für europäische Öffentlichkeit weitgehend anerkannt. Um von einer Europäisierung von Öffentlichkeit sprechen zu können, bedarf es zusätzlich der Transnationalisierung oder genauer: der Europäisierung von Kommunikationsprozessen. Der Weg zur europäischen Öffentlichkeit führt – so die dominante Vorstellung, wenn auch mit teils unterschiedlicher Terminologie – über die zunehmende Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten und deren gegenseitige *transnationale Verschränkung*.

„Man darf sich die fehlende europäische Öffentlichkeit nicht als die projektive Vergrößerung einer [...] innerstaatlichen Öffentlichkeit vorstellen. Sie kann nur so entstehen, dass sich die intakt bleibenden Kommunikationskreisläufe der nationalen Arenen füreinander öffnen. [...] [D]ie nationalen, aber ineinander übersetzten Kommunikationen [müssen sich] so miteinander verschränken, dass die relevanten Beiträge osmotisch aus den jeweils anderen Arenen aufgesogen werden. Auf diese Weise könnten die europäischen Themen, die bisher unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt und entschieden werden, in die miteinander vernetzten Arenen Eingang finden“ (Habermas 2001, 120).¹⁹

Zur Messung der Verschränkung bzw. Transnationalisierung im europäischen Kontext wurde eine Reihe von Indikatoren vorgeschlagen,²⁰ bei denen neben der Frage nach der Aufmerksamkeit für europapolitische Themen in nationalen Medien auch der Frage nach europäischen Kommunikationsstrukturen hohe Bedeutung zukommt. Vor allem diskurstheoretisch begründete Öffentlichkeitsmodelle stellen Anforderungen an *transnationale Aufmerksamkeitsstrukturen* (länderübergreifende Thematisierung gleicher Themen) sowie an die Dichte *transnationaler Interaktionsstrukturen* (wechselseitige Wahrnehmung). Im Kern geht es bei den

¹⁸ Zur Unterscheidung von vertikaler und horizontaler Europäisierung siehe Koopmans/Erbe (2003). Brüggemann et al. (2006) verwenden „Regieren unter öffentlicher Beobachtung“ und „gegenseitige Beobachtung“.

¹⁹ Habermas betont dabei gleichzeitig die Bedeutung der Medien: „Die nationalen Medien des einen Landes müssen nur die Substanz der in anderen Mitgliedsländern geführten Kontroversen aufnehmen und kommentieren. Dann können sich in allen Ländern parallele Meinungen und Gegenmeinungen an derselben Sorte von Gegenständen, Informationen und Gründen herausbilden, gleichviel woher sie stammen“ (Habermas 2001, 121).

²⁰ Für Zusammenfassungen der Debatte um adäquate Parameter für die empirische Analyse, speziell zur Operationalisierung von „Diskursivität“, und für mehr oder weniger umstrittene Operationalisierungsvorschläge siehe v.a. Eder/Kantner (2000; 2002), Eilders/Voltmer (2003), van de Steeg (2003), Wimmel (2004), Tobler (2006), Brüggemann et al. (2006).

Operationalisierungs- und Messversuchen zumeist um die Beantwortung der Frage, ob die Europäer miteinander oder aneinander vorbei reden. Grundsätzlich besteht nämlich die Gefahr, dass die Debatten und die Berichterstattung über Europa in voneinander isolierten nationalen Diskursen („nationalstaatlich versäult“) verlaufen. Folgende Anforderungen an Interaktionsstrukturen wurden v.a. in diskurstheoretischen Modellen für die empirische Analyse der Entstehung europäischer Öffentlichkeit identifiziert.²¹

Das Kriterium *Aufmerksamkeitskonvergenz* meint die länderübergreifende Thematisierung gleicher Themen zur gleichen Zeit (grundlegend Eder/Kantner 2000 unter Bezug auf Habermas; van de Steeg 2003; auch: geteilte Aufmerksamkeitsstruktur z.B. Tobler 2006). „Zwischen den unterschiedlichen Arenen muss (...) eine möglichst große Schnittmenge gemeinsam geteilter *Aufmerksamkeitskonstruktion* in Gestalt gleicher Kommunikationsereignisse vorliegen. (...) Je intensiver die Berichterstattung über gleiche Kommunikationsereignisse ausfällt und je größer die Schnittmenge zeitgleicher Konvergenzereignisse ist, desto deutlicher treten gemeinsam geteilte Aufmerksamkeitsstrukturen hervor“ (Tobler 2006). Als Indikatoren dieser Konvergenzdimension nennt Tobler Themenkonvergenz (sachlich), Synchronität (zeitlich) und Konvergenz der Berichterstattungsintensität (Beachtungsgrad, Kommunikationsverdichtung).

Das Kriterium *Deutungskonvergenz* meint die Diskussion gleicher Themen unter gleichen Relevanzgesichtspunkten (Eder/Kantner 2000; Risse 2002; van de Steeg 2003, 181), gemeinsamen Relevanzstrukturen bzw. unter einem gemeinsamen Referenzrahmen (van de Steeg 2003, 181²²). Unter gemeinsamen Relevanzgesichtspunkten werden übereinstimmende Problemdeutungen zu einem Thema bei durchaus kontroversen Meinungen verstanden (vgl. Tobler 2006 unter Verweis auf Kantner 2002). Für Risse (2003, 6f.) bedeuten gleiche Relevanzgesichtspunkte: “[W]e can observe similar meaning structures and interpretative reference points irrespective of national background or political standpoint of respective media”.²³ Gemeinsame Relevanzkonstruktion soll sicherstellen, dass Akteure „über das Selbe reden“ und so die Anschlussfähigkeit der Kommunikation sichergestellt wird. „Solange Probleme am Horizont

²¹ Für strukturierte Überblicke zur den Mechanismen und Indikatoren für Arenenvernetzung siehe Tobler(2006) und Erbe (2006).

²² Van de Steeg (2003, 181) unterscheidet für die empirische Analyse zwischen „Relevanzgesichtspunkten“ und „Referenzrahmen“, und fasst beide Parameter zur Kategorie Bedeutungssystem zusammen.

²³ Zum Analyseverfahren siehe Eder/Kantner (2000, 316f.): „Der damit verbundene empirische Blick sucht zu fassen, wo und in welchem Maße sich gemeinsam geteilte Problemdefinitionen und Relevanzkonstruktionen bilden.“ (...) „Ein methodisches Instrumentarium zur Überprüfung dieser Frage stellen rahmenanalytische Ansätze zur Verfügung. Wenn unter „Relevanzgesichtspunkten“ nicht die geäußerten Meinungen verstanden werden, sondern die diesen unterschiedlichen Meinungen zu Grunde liegenden Problemdeutungen, dann folgt daraus eine zweistufige Rahmenanalyse: Eine Analyse der Primärrahmen („frames“) und eine der Sekundärrahmen („masterframes“) von politischen Themen. Die Sekundärrahmen umfassen diejenigen Deutungsanteile, die unterschiedliche Primärrahmen miteinander teilen“ (Eder/Kantner 2000, FN 13).

völlig unterschiedlicher Deutungskategorien wahrgenommen und diskutiert werden, lässt sich keine anschlussfähige Kommunikation über das strittige Issue realisieren (Tobler 2006).²⁴

Kriterien wie *transnationale Interaktion bzw. Referenzialität* nehmen Formen und Intensität der grenzüberschreitenden Austauschbeziehungen in den Blickpunkt. In Summe unterscheiden sich die Anforderungen an und die Operationalisierungen von solchen Austauschbeziehungen in ihren Anspruchsniveaus: Reicht wechselseitige Wahrnehmung oder braucht es wechselseitige Interaktion? Speziell Eder/Kantner sprechen schon dann von diskursiven Interaktionen, wenn in den Medien der EU-Staaten „zur gleichen Zeit die gleichen Themen unter den gleichen Relevanzgesichtspunkten diskutiert“ (Eder/Kantner 2002, 81) werden, somit identifizieren sie die thematische Verschränkung zwischen den verschiedenen medialen Arenen als „beste(n) Indikator für Interdiskursivität“ (Eder/Kantner 2002, 84). Diese Sichtweise ist aber umstritten (zur Kritik vgl. v.a. Wimmel 2004).²⁵ Andere AutorInnen stellen höhere Anforderungen, etwa in Bezug auf transnationale Interaktion, um tatsächlich von transnationaler Diskursivität sprechen zu können. Im Kern geht es in der Debatte um die Frage, ob dort, wo „Diskurs“ als analytische Kategorie begrifflich verwendet wird, auch tatsächlich diskursrelevante Parameter zur Erfassung der Diskursivität des kommunikativen Handelns zur Operationalisierung herangezogen werden.²⁶ *Risse* (2002; 2003) nennt (u.a.) die wechselseitige Anerkennung von Sprechern anderer Nationalitäten als legitime Sprecher als Kriterium für Diskursivität. *Van de Steeg* (2003) nennt diskursive Interaktion als Kategorie und differenziert darunter zwischen unmittelbarem und virtuellem Austausch.²⁷ *Wimmel* (vgl. 2004, 10f.) nennt grenzüberschreitenden Kommunikationsfluss und den wechselseitigen Austausch von Argumenten (direkte Bezugnahme), also transnationalen Meinungs-austausch als Kriterien für transnationale Interdiskursivität. „Entscheidend ist, dass verschiedene Akteure aus unterschiedlichen Mitgliedsländern miteinander über ein Thema transnational diskutieren und wechselseitig Argumente austauschen.“²⁸ Laut *Tobler* (2006) kann

²⁴ Tobler (vgl. 2006) fasst die Parameter zur Analyse der Aufmerksamkeitsstrukturen und zur Deutungskonvergenz als „Konvergenzindikatoren“ zusammen und nennt zusätzlich den Indikator „Sprecherkonvergenz“.

²⁵ Auch Kleinen-v. Königslöw et al. (2004, 19) plädieren, da mit dieser Konzeption die Vernetzung der verschiedenen nationalen Öffentlichkeiten nicht erfasst werden kann, für die Einbeziehung des Indikators „Sprecher aus dem Ausland“ sowie des Indikators „diskursive Referenz“, mit dem gemessen werden kann, ob im Zeitverlauf von den Sprechern auf Akteure aus anderen EU-Staaten gesteigert Bezug genommen wird.

²⁶ Der Leser ist bei der Debatte zu Diskursivitätsindikatoren mit einer beachtlichen begrifflichen Heterogenität konfrontiert: diskursive Interaktion (van de Steeg 2003, 181), transnationale Interdiskursivität, transnationaler Meinungs-austausch (Wimmel 2004), transnationale Referenzialität (Tobler 2006).

²⁷ Van de Steeg versteht unter „diskursiver Interaktion“ tatsächliche Austauschbeziehungen zwischen den Diskursarenen (van de Steeg 2003, 181). Diese „diskursive Interaktion“ sei u.a. gegeben, wenn Beiträge von Gastautoren aus anderen Ländern oder Nachdrucke aus Medien anderer EU-Länder publiziert werden, wenn Akteure aus anderen Ländern erwähnt oder zitiert werden oder Zitate aus anderen Medien übernommen werden (vgl. van de Steeg 2003, 183). Auch für Eilders/Voltmer (2003, 253) ist transnationale Sichtbarkeit das entscheidende Kriterium: Für sie lässt sich der Begriff der Europäisierung dahingehend spezifizieren, dass europäische Themen und Akteure im nationalen politischen Diskurs berücksichtigt werden und die Interpretationen nationaler Politik verändern. Eilders/Voltmer sehen daher Ansätze eines europäischen Diskurses, wenn in den Kommentaren der meinungsführenden Qualitätszeitungen europäische Themen und europäische Akteure in den Mittelpunkt gestellt werden.

²⁸ Wimmel (2004, 11f.) spricht von einem transnationalen Diskurs, wenn mehrere Akteure aus verschiedenen Ländern gemeinsam über ein europapolitisches Thema diskutieren: hier passiert die diskursive Kommunikation nationale Grenzen. „Eine transnationale Diskursgemeinschaft würde also schon terminologisch voraussetzen, dass derjenige Diskursteilnehmer, der in seiner Meinungsäußerung

transnationale Interdiskursivität mit dem Begriff der Referenzialität entlang der Sach-, der Sozial- und der Raumdimension gemessen werden. Er unterscheidet daher Argumentations- und Sprecherreferenzialität sowie Arenenreferenzialität.

1.1.3.3 Konsens- und konfliktorientierte Analyseansätze

Neben Untersuchungen zu Aufmerksamkeits- und Interaktionsstrukturen lassen sich auch Analyseansätze finden, die stärker auf *Kommunikationsinhalte* bezogen sind. Analysen von Medieninhalten unterscheiden sich u.a. danach, ob sie europäische Kommunikation an normativen Standards wie etwa Diskursrationalität messen (v.a. normative Analyse), oder ob sie versuchen dominante inhaltliche Muster und Entwicklungstrends wie etwa Konfliktentwicklungen europäischer Kommunikation zu identifizieren (v.a. positive Analyse).

Das Modell der deliberativen Öffentlichkeit dient in normativ angelegten empirischen Arbeiten oft als Schablone für die Analyse von Debatten im Kommunikationsraum Europa. Neben Aufmerksamkeits- und Interaktionsparametern werden in diesen Analysen auch Qualitätsparameter entwickelt, mit denen Anforderungen an die Art und Weise der transnationalen Kommunikation formuliert werden. Deliberation, die als Kernmerkmal diskursiver/deliberativer Öffentlichkeitstheorien betrachtet wird, erfordert (1) die Anerkennung, Berücksichtigung und Achtung der Argumente von anderen, sowie (2) Dialog und gegenseitigen Respekt und (3) die Rechtfertigung der eigenen Argumente (vgl. Ferree et al. 2002, 306). Ziel von öffentlichen Debatten ist nicht nur Transparenz, sondern auch die Initiierung kollektiver Lernprozesse. Sprecher in öffentlichen Diskursen sollen voneinander lernen und sich argumentativ annähern (vgl. Gerhards 2002, 147).

Empirisch erfasst wird dabei, ob die Aussagen von Aussageträgern den Kriterien eines rational geführten Diskurses entsprechen (vgl. Graham/Witschge 2003, 180ff.). Mittels inhaltlicher Faktoren wie „argumentative Anstrengung“²⁹ (etwa Peters/Schultz/Wimmel 2004, 30), „rationale Argumentation“, „Ausgewogenheit in der Argumentationsdarstellung“, „Faktenwissen“ sowie „Emotion und Ironie“ (Winkler/Kozeluh/Brandstetter 2006)³⁰ soll festgestellt werden, inwieweit sich

auf einen anderen Sprecher Bezug nimmt, einem anderen Land zugeordnet werden kann und somit ein grenzüberschreitender Kommunikationsfluss konstituiert wird. Transnationale Diskurse könnten demnach nur von Akteuren geführt werden, wenn diese erstens zu einem bestimmten Thema selbst eine Meinung formulieren und dabei zweitens auf die Meinung eines Sprecher [sic!], der einem anderen Land zugeordnet werden kann direkt Bezug nehmen.“

²⁹ Untersucht wird, ob innerhalb eines Artikels oder in einer Aussage eine Argumentation erkennbar ist, die „über ein bloß verlautes, bekenntnishaftes, insistierendes, suggestives Muster hinausreicht“ (Peters/Schultz/Wimmel 2004, 30). Dabei müssen sich die Codierer, an die hier sicher hohe Ansprüche gestellt werden, die Fragen stellen, in wie weit Positionen in die Debatte eingeführt oder einfach vorausgesetzt werden, in welchem Ausmaß ein Begründungsaufwand betrieben wird, „wie ausführlich, konkretisiert, differenziert, abwägend, expliziert sind übernommene Begründungslasten“ (Peters/Schultz/Wimmel 2004, 30) sowie in welchem Ausmaß auf der anderen Seite suggestive Techniken eingesetzt werden, die nicht gerechtfertigt werden.

³⁰ Winkler/Kozeluh/Brandstetter (2006) untersuchen beispielsweise die Rationalität der Diskurse auf der EU-Diskussionsplattform „Your Voice in Europe“. Auch Graham/Witschge (2003) beschreiben eine Analysemethode für Diskurse in Online-Foren, sie konzentrieren sich dabei auf den Prozess der Deliberation, im Speziellen limitieren sie die beschriebene Methode „to specific normative conditions of deliberation, the quality of the debate in terms of communicative rationality, reciprocity, and reflexivity with regard to the process and

Diskussionsteilnehmer auf einer kritisch-rationalen Basis mit politischen Themen auseinandersetzen.

Andere, an Kommunikationsinhalten orientierte, Arbeiten untersuchen Muster und Ursachen für grenzüberschreitende Kommunikation in Europa und stellen dabei zumeist Konflikte in den Mittelpunkt der Analyse europäischer Öffentlichkeit. Eine der zentralen Thesen zur Formierung einer europäischen Öffentlichkeit lautet nämlich, dass eine Transnationalisierung der Kommunikationsflüsse vor allem „konfliktinduziert“ erfolgt, also durch grenzüberschreitende Konflikt- und Krisensituationen bedingt ist (vgl. v.a. Tobler 2006; Berkel 2006).³¹ Aber auch für die positive Analyse von transnationalen Konflikten und Konfliktentwicklungen lassen sich normative Anknüpfungspunkte identifizieren. Mouffe (2002; 2005) betont beispielsweise in ihrem Konzept der „agonistischen Öffentlichkeit“ die Bedeutung von Konflikten für das demokratische Zusammenleben.³² Politische Öffentlichkeit basiere auf Widerstreit verfeindeter, antagonistischer Akteurinnen und Akteure. Einerseits müssten solche Meinungskämpfe zugelassen werden, weil nur dadurch eine leidenschaftliche politische Debatte ermöglicht werde, die in heutigen Demokratien kaum mehr stattfände. Zugleich sind aber andererseits Verfahren zu etablieren, die es ermöglichen, antagonistische Positionen in agonistische zu verändern (vgl. Klaus 2006). Normative und positive Varianten von konfliktorientierten Analyseansätze bieten Potenziale zur Analyse der Formierung europäischer Öffentlichkeit, Konzepte wie Mouffes „agonistische Öffentlichkeit“ werden jedoch bislang noch kaum zur normativ-theoretischen Fundierung von empirisch-positiven Analysen der Konfliktkonstellationen in der europäischen Öffentlichkeit angewendet.

1.1.3.4 Identitätskonvergenz: Europäische Identität

Der potenziell steigende, stagnierende oder abnehmende Anteil an *europäischen Identitätsbezügen* durch kommunikative Inklusion und Exklusion gilt ebenfalls als inhaltliches Kriterium zur Erfassung von Europäisierungsprozessen. So stellt beispielsweise Risse (2002, 21) die Anforderung, dass neben der Anerkennung der Sprecher als legitime Diskursteilnehmer über die nationalen Grenzen hinweg, das „Wir“, worauf sie sich beziehen über den nationalen Raum hinausgehen müsse. Ein solcher Öffentlichkeitsbegriff läuft „auf ein Mindestmaß an kollektiver Identifizierung mit unseren Mit-Europäern hinaus“ (Risse 2002, 21). Als Indikatoren zur Analyse

participants of online forums“ (Graham/Witschge 2003, 174) und verwenden ähnliche Variablen wie Winkler/Kozeluh/Brandstetter (2006).

³¹ Tobler (2006) untermauert diese These beispielhaft anhand des Anti-Globalisierungsprotests, der EU-Verfassungsdebatte und der Türkei-Frage. Berkel (2006) identifiziert Konflikte als Motor einer europäischen Öffentlichkeit anhand einer Inhaltsanalyse von Tageszeitungen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Österreich.

³² Mouffe kritisiert mit ihrem Ansatz vor allem überzogene Konsensanforderungen bei Habermas.

von inklusiven Identitätsbezügen dienen explizite Identitätssemantiken wie Wir-Referenzen („Wir Europäer“). Codiert werden dann Referenzen von Akteuren auf eine bestimmte „Wir-Gruppe“ (beispielsweise bei van de Steeg 2003, 188). Kollektive Identitäten bilden sich aber nicht nur in der Selbstidentifikation der Sprecher mit einem Kollektiv ab, sondern auch in der oft explizit/manifesten kommunikativen Abgrenzung zu anderen Kollektiven, wie etwa „Die in Brüssel“, „Die Amerikaner“, etc. (siehe z.B. Kleinen-v. Königslöw et al. 2004, 23). Empirisch schwieriger zu erfassen sind implizite Formen der Inklusion, wie die Einnahme der Teilnehmerperspektive durch Sprecher, mit der gemeinsame Betroffenheit zum Ausdruck gebracht wird.

Die Frage nach der Herausbildung europäischer Identität wird zum Teil mit der Frage nach der Herausbildung europäischer Demokratie und europäischer Öffentlichkeit verknüpft, wobei sich in der akademischen Diskussion drei Hauptargumentationslinien herausgebildet haben.³³

In der eher pessimistischen Sichtweise (Substantialismus) wird die Ansicht vertreten, dass eine über kollektive Identität integrierte europäische Bürgerschaft als unabdingbare *Voraussetzung* für Demokratisierung gilt. Aus dieser Perspektive macht das Fehlen eines europäischen Demos eine demokratische Europäische Union sogar mittel- und langfristig mehr oder weniger unmöglich.³⁴

In der vorsichtig optimistischen Sichtweise (Prozeduralismus) setzt man hingegen auf die Selbstorganisation einer europäischen Zivilgesellschaft. Vor allem eine europäische Verfassung und die daraus entstehende staatsbürgerliche Praxis würden die Entwicklung einer europäischen Identität und die „schleichende, jedoch unausweichliche“ Demokratisierung der Europäischen Union fördern. Ein europäischer Demos entstünde demnach erst als *Resultat* einer sich verfestigenden demokratischen Praxis, wobei insbesondere im konstitutionellen Akt ein wesentlicher induzierender Effekt zur weiteren Demokratisierung gesehen wird. Die Frage nach der Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit spielt vor allem in dieser vorsichtig optimistischen Sichtweise eine bedeutende Rolle, weil hier davon ausgegangen wird, dass sich ein europäischer Demos vor allem über „Kommunikationszusammenhänge“ und damit auch über die Herstellung von Öffentlichkeit entwickeln kann.³⁵

In einer dritten, funktionalistischen Sichtweise wird das Fehlen eines europäischen Demos weniger essenziell betrachtet, indem der Öffentlichkeit im supranationalen Kontext funktional die

³³ Für einen kurzen Überblick siehe Trenz/Klein/Koopmans (2003, 12f).

³⁴ Vgl. Grimm (1995); Kielmansegg (1996); Scharpf (1999b); für einen Überblick Beierwaltes (2000, 217f.).

³⁵ Vgl. Habermas (1995, 306; 1996a, 191): „Aus dieser Perspektive erscheint das ethisch-politische Selbstverständnis der Bürger eines demokratischen Gemeinwesens nicht als historisch-kulturelle Prius, das die demokratische Willensbildung ermöglicht, sondern als Flußgröße in einem Kreisprozeß, der durch die rechtliche Institutionalisierung einer staatsbürgerschaftlichen Kommunikation überhaupt erst in Gang kommt. Genau so haben sich im modernen Europa auch die nationalen Identitäten ausgebildet. Deshalb ist zu erwarten, dass die politischen Institutionen, die durch die europäische Verfassung geschaffen würden, eine induzierende Wirkung haben. Nichts spricht jedenfalls a fortiori dagegen, dass sich, sofern der politische Wille da ist, in einem ökonomisch, gesellschaftlich und administrativ längst zusammenwachsenden Europa, welches sich zumal auf einen gemeinsamen kulturellen Hintergrund und die geteilte historische Erfahrung glücklich überwundenen Nationalismus stützen kann, der politisch notwendige Kommunikationszusammenhang herstellen kann, sobald er verfassungsrechtlich angebahnt wird.“

Rolle als Substitut eines homogenen Demos zugeschrieben wird. Aus dieser Perspektive wird fehlende Öffentlichkeit zum Schlüsselproblem für europäische Demokratie:

„Schon im „normalen Staat“ stellt sich Öffentlichkeit als essentielle Konstitutionsbedingung eines Demos dar und läuft Demokratisierung ohne Öffentlichkeit ins Leere. Um wieviel mehr gilt dies im supranationalen, tendenziell entgrenzten Kontext, in dem es 'den' Demos im klassischen Sinn nicht gibt noch geben kann. Denkbar scheinen hier allein sektorale Demoi in funktional bestimmten 'public spaces'. Sie können sich nicht anders als solche erkennen – und also konstituieren – als über die entsprechenden transnationalen öffentlichen Diskurse; das heißt der Konnex ist hier so eng, dass Öffentlichkeit (bzw. Teil-Öffentlichkeit) quasi an die Stelle des (sektoralen) Demos tritt“ (Abromeit 2001, 89).

In Summe besteht in der theoretischen Diskussion keine Einigkeit darüber, ob gemeinsame europäische Identitätsbezüge als Voraussetzung für europäische Öffentlichkeit und europäische Demokratie bereits bestehen müssen, ob eine europäische Öffentlichkeit fehlende europäische Identität aus demokratiepolitischer Perspektive ersetzen kann, oder ob sich europäische Identität erst im Zeitverlauf als Resultat transnationaler Kommunikations- und Demokratisierungsprozesse langsam und eher langfristig herausbildet. Viele Studien bedienen sich funktionalistischer und prozeduraler Sichtweisen (vgl. etwa Tobler 2006; Brüggemann et al. 2006). Allerdings ist zu beachten, dass die Zunahme jener Politikbereiche, in denen auf EU-Ebene Mehrheitsentscheidungen gefällt werden, voraussetzt, dass diese auch von Minderheiten akzeptiert werden, und dass diese Bereitschaft ein Minimum an europäischer Identität und Solidarität erfordert.³⁶

1.1.3.5 Beurteilung europäischer Institutionen, Akteure und Politiken

Als weiteres inhaltliches Kriterium zur Erfassung von Europäisierungsprozessen gilt die *Beurteilung* der europäischen Integration und der zentralen europapolitischen Akteure und ihrer Politik in den Medien. Vor allem die teilweise abnehmende Bevölkerungsunterstützung für den europäischen Integrations- und Erweiterungsprozess und das sinkende Bevölkerungsvertrauen in EU-Politik haben auch zu einer Intensivierung der Debatte über die Art und Weise der EU-Berichterstattung, vor allem der europakritischen Berichterstattung, geführt.³⁷ Die Einschätzungen der Effekte kritischer, Europa-skeptischer Berichterstattung sind jedoch ambivalent:

Aus integrationspolitischer Perspektive wird Europa-Skepsis in der Bevölkerung als Gefahr für den Integrationsprozess und das Friedensprojekt Europa gesehen und u.a. auf europakritische, zum Teil unsachliche und populistische Medienberichterstattung zurückgeführt. Laut Thomaß (vgl. 2002) trifft eine uninteressierte, eher negative Haltung der Bevölkerung zu Europa auf skeptische

³⁶ Vgl. zu dieser Sichtweise u.a. Gerhards (2002, 154 unter Verweis auf Kielmansegg 1996; Lepsius 1997; Abromeit/Schmidt 1998).

³⁷ Als markantestes Beispiel für eine EU-skeptische Berichterstattung wird auf Großbritannien verwiesen (vgl. Pfetsch et al. 2004).

Berichterstattung und umgekehrt. Beide beeinflussen sich gegenseitig, dies nicht zum Vorteil einer europäischen Öffentlichkeit. Die daraus abgeleitete Kritik richtet sich vor allem gegen die EU-skeptische populistische, verkürzte und unsachliche Darstellung europäischer Politik in Boulevardmedien (vgl. etwa Birk 2004). Analysiert und verglichen wird deshalb auch bisweilen die Rolle von Boulevard- und Qualitätspresse für die Entstehung europäischer Öffentlichkeit.

Aus demokratietheoretischer Perspektive wird die Zunahme an EU-kritischer Berichterstattung und EU-Skepsis in der Bevölkerung auch positiv bewertet (vgl. Abromeit 2003, 40f. unter Verweis auf Arbeiten von Eder und Trenz). Denn kritische Resonanzen auf die von EU-Institutionen vorgebrachten Themen und Positionen zwingen die Institutionen zur Rechtfertigung, wodurch ein öffentlicher Diskurs beginnt, der verstärkt Selbst-Legitimierung seitens der europäischen Institutionen nach sich zieht.

Beide Vorstellungen sind jedoch nicht unproblematisch und greifen mitunter zu kurz: Die integrationspolitische Perspektive fordert meist implizit, bisweilen sogar explizit, eine stärkere Europa-Unterstützung durch Medien und pro-europäischen Lobbying-Journalismus, der die zentralen europäischen Akteure und Institutionen gegen Kritik in Schutz nimmt. Ignoriert wird damit jedoch die zentrale demokratische Aufgabe der Medien, durch Kritik in europapolitischen Angelegenheiten zur besseren Transparenz und Kontrolle beizutragen. Die demokratiepolitische Perspektive bietet demgegenüber Raum für Skepsis und Kritik, die als integrale Bestandteile politischer Kommunikationsprozesse gesehen werden. Offen ist jedoch die Frage, ob diese Vorstellung auch der empirischen Praxis europapolitischer Kommunikation entspricht. Die Forderung nach direkten Antworten und Rechtfertigungen seitens der EU-Akteure auf die in den vielfältigen nationalen Medienarenen vorgebrachten aktuellen Fragen und EU-Kritiken, scheint in der Praxis schwer einlösbar.

1.1.4 Schlussfolgerungen zur theoretischen Perspektive

Zusammenfassend werden unterschiedliche theoretische Modelle und unterschiedliche Indikatoren in unterschiedlicher Kombination zur Analyse europäischer Öffentlichkeit herangezogen. Aufgrund unterschiedlicher normativer Funktionszuweisungen, die aus verschiedenen Demokratie- und Öffentlichkeitsmodellen resultieren, kann von einem Konsens über das „Anforderungsprofil“ an europäische Öffentlichkeit keine Rede sein. Die für Nationalstaaten entwickelten Öffentlichkeitsmodelle können offenbar nicht unadaptiert auf den europäischen Kontext übertragen werden (vgl. Klaus 2006), dies scheint unumstritten zu sein. Andererseits besteht über ein

normatives Konzept einer idealtypischen Öffentlichkeit für den Kommunikationsraum Europa keine Einigkeit (vgl. u.a. Hasebrink 2000, 97).

Die Heterogenität der Sichtweisen auf und Anforderungen an europäische Öffentlichkeit bringen auch Probleme für die Auswahl adäquater Parameter für die empirische Europäisierungsforschung, weil die Gefahr einseitiger Fixierung und überzogener Anforderungen besteht (vgl. Risse 2003, 4f.; Neidhardt 2006; Saxer 2006).³⁸ Neidhardt (2006) schlägt daher vor, zunehmend voraussetzungsvollere Informations-, Diskurs- und Solidaritätsebenen europäischer Kommunikationen als „Dimensionen europäischer Wertschöpfung“ zu unterscheiden, um so eine Qualitätssteigerung europäischer öffentlicher Meinungsbildung erfassen zu können. Die Anforderungen aus unterschiedlichen Demokratiemodellen (z.B. Transparenz, Partizipation, Interaktion, Diskursivität) bieten sich dafür als Referenzpunkte an und können für die empirischen Analysen genutzt werden.

Für die Konzepte europäischer Öffentlichkeit bedeutet dies die Aufgabe einseitiger Fixierungen und überzogener Ansprüche zugunsten mehrdimensionaler Anforderungsprofile, die das Kontinuum von Minimalanforderungen (Transparenz) bis hin zu Optimalbedingungen (transnationale Interdiskursivität) abdecken. In der Forschungspraxis sollten Anforderungen an Umfang, Qualität und Inklusion sowohl entsprechend der jeweiligen politikfeldspezifischen Kompetenzverteilung (national, intergouvernemental, supranational), als auch entsprechend der zur Disposition stehenden Sachfragen (Routineentscheidungen, Schlüsselentscheidungen), differenziert werden. Mehrdimensionale, differenzierte Analysedesigns sind in der Forschungspraxis jedoch selten. Da bislang einseitige Fixierungen dominieren, divergieren in der Folge auch die Einschätzungen über Existenz, Ausmaß, Formen und Qualität europäischer Öffentlichkeit.

1.2 Europäische Öffentlichkeit aus empirischer Perspektive

Der Überblick zum empirischen Forschungsstand zur Frage der Entstehung europäischer Öffentlichkeit und zu den Einschätzungen von Entwicklungsmöglichkeiten zeigt widersprüchliche Ergebnisse und Befunde. Pessimistischen Einschätzungen der frühen Europäisierungsforschung (1.2.1) werden neuere optimistischere Prognosen gegenübergestellt (1.2.2). In Summe liegen jedoch noch zu wenige empirische Ergebnisse für eine seriöse Ableitung des langfristigen Entwicklungstrends vor.

³⁸ So kritisiert etwa Neidhardt (2006) überzogene Transparenzanforderungen, indem er u.a. die Bedeutung von Geheimhaltung im politischen Prozess zur Unterstützung von Kompromissbildung betont.

1.2.1 Frühe Befunde zur Entwicklung europäischer Öffentlichkeit

Erste „Einschätzungen“ zur Entwicklung europäischer Öffentlichkeit datieren aus dem Jahr 1993. Damals widmete die Deutsche Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK) dem Thema „Kommunikationsraum Europa“ eine Jahrestagung. Im zugehörigen Berichtsband resümiert der Herausgeber Lutz Erbring (1995, 11f.) unter Bezug auf die Tagungsbeiträge:

„[Es ist] gewiß kein Zufall, daß die meisten Beiträge sich eher auf (mehr oder weniger) parallele nationale Entwicklungen als auf transnationale Kommunikationsräume beziehen, und daß sich die Diskussion aktueller Probleme im wesentlichen auf elektronische Medien, genauer: Fernsehen, beschränkt. Dahinter verbirgt sich die Tatsache, dass von einem „Kommunikationsraum Europa“ bei Printmedien wohl keine Rede sein kann, ebensowenig wie bei der Konstitution gesellschaftlich-politischer Öffentlichkeit (...) – oder auch nur eines europäischen Medienpublikums“ (Erbring 1995, 11f).

Ebenfalls 1993 formuliert der Soziologe Jürgen Gerhards seine Grundthese zum europäischen Öffentlichkeitsdefizit:

„Während der ökonomische und politische Integrationsprozeß weit fortgeschritten ist, hinkt die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit dieser Entwicklung hinterher. [...] Der europäische Einigungsprozeß ist kein sehr bedeutendes Thema der Massenmedien, wenn in den einzelnen Ländern berichtet wird, dann meist aus einer nationalstaatlichen Interessenperspektive“ (Gerhards 1993, 96; 107).

Gerhards legt 1993 zwar noch keine empirischen Daten zu dem von ihm diagnostizierten „Öffentlichkeitsdefizit“ vor, listet aber in Form einer Plausibilitätsskizze zahlreiche sozio-kulturelle, medienspezifische und politisch-institutionelle Gründe für diesen Befund, die seither regelmäßig als Ursachen des Öffentlichkeitsdefizits wiederholt werden.³⁹ Etwa Mitte der 1990er Jahre stimmen dann auch weitere Autoren mit Gerhards pessimistischem Befund überein und führen Defizite europäischer Öffentlichkeit vor allem auf ein fehlendes pan-europäisches Mediensystem und auf die sprachliche Heterogenität Europas zurück. Laut Schlesinger (vgl. 1995, 26 zitiert nach Koopmans/Neidhardt/Pfetsch 2000, 17) könne von Öffentlichkeit auf europäischer Ebene keine Rede sein, solange eine europäische Nachrichten-Agenda fehle, die von einem europäischen Publikum wahrgenommen werde, das sich selbst einer europäischen Bürgerschaft zugehörig fühle. Laut Grimm (vgl. 1995) könne nur ein gesamteuropäischer Zeitungs-, Zeitschriften-, Hörfunk- und Fernsehmarkt einen nationenübergreifenden Kommunikationszusammenhang herstellen, dem wirken jedoch Sprachbarrieren entgegen.⁴⁰ Auch laut Kielmansegg (vgl. 1996, 27) sei Europa keine

³⁹ Die von Gerhards identifizierten „Trägheitsmomente der Entstehung einer europäischen massenmedialen Öffentlichkeit“ beziehen sich dabei sowohl auf Hemmnisse in Bezug auf die Entstehung einer einheitlichen europäischen Öffentlichkeit in Form eines europäischen Mediensystems als auch auf die Ursachen der mangelnden Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten bzw. nationaler Mediensysteme (vgl. Gerhards 1993, 100ff).

⁴⁰ Grimm hält diese Argumentation auch noch 2003 aufrecht: „Kommunikationsmedien, die in der Lage wären, einen europäischen Diskussionszusammenhang herzustellen, finden sich nur in Fachpublikationen, nicht auf dem allgemein zugänglichen Feld der

Kommunikationsgemeinschaft, weil Europa ein vielsprachiger Kontinent ist.⁴¹ In Summe überwiegen in den frühen Befunden bis Mitte der 1990er Jahre pessimistische Einschätzungen zur Entwicklung europäischer Öffentlichkeit und zu den demokratischen Folgen von Öffentlichkeitsdefiziten. Sie basieren aber noch kaum auf empirischer Evidenz zu Existenz, Ausmaß und Formen europäischer Öffentlichkeit, sondern auf theoretischen Analysen ihrer strukturellen Voraussetzungen auf Basis kultureller und infrastruktureller Öffentlichkeitskonzepte.

1.2.2 Neuere Einschätzungen über Stand und Entwicklung europäischer Öffentlichkeit

Diese überwiegend pessimistischen Befunde geben Anlass zur Intensivierung der Auseinandersetzung mit Öffentlichkeitskonzepten und mit dem Ausmaß und den Ursachen von europäischen Öffentlichkeitsdefiziten. Mittlerweile werden die frühen theoretischen Arbeiten durch empirische Analysen europäischer Öffentlichkeit ergänzt, wobei vor allem Medieninhaltsanalysen, aber auch Analysen der medialen und politisch-institutionellen Strukturbedingungen für die Europäisierung von Öffentlichkeit zur Anwendung kommen. Speziell „[a]n der Widerlegung der Öffentlichkeitsdefizithese arbeiten sich mittlerweile zahlreiche Forscher und Forscherinnen ab.“⁴² (...) [Sie] vertreten die Gegenthese, *dass es in Europa europäische Kommunikationseignisse, also europäische Diskurse, die zur gleichen Zeit in den unterschiedlichen Öffentlichkeitsarenen und auf den verschiedenen Öffentlichkeitsebenen der Länder Europas Resonanz erzeugen, bereits gibt*“ (Tobler 2006, 107). Die Verfahren der vorliegenden medieninhaltsanalytischen Arbeiten lassen sich in zwei sich ergänzende empirische Herangehensweisen differenzieren (vgl. Risse/van de Steeg 2003, 2ff., Trezn 2006, 194f, Kantner 2004, 130ff.) Der erste Ansatz ist themenübergreifend und misst v.a. den Anteil der Europaberichterstattung im Zeitverlauf und/oder an der gesamten (politischen) Berichterstattung (vgl. etwa Nosty 1995, Sievert 1998; Gerhards 2000; Trezn 2004; 2005).

„Als Erhebungseinheit gelten dann Artikel, die nach den jeweils aufgeworfenen Themen sortiert werden können. (...) Das Ergebnis weist auf das allgemeine Selektionsraster der Medien, über das ein jeweiliger Ausschnitt Europas über mediale Kommunikation erschlossen und für das Publikum sichtbar gemacht wird.“ (Trezn 2006, 195)

Massenkommunikation. Angesichts der wachsenden Sprachbarrieren ist nicht mit einer schnellen Änderung dieses Zustands zu rechnen“ (Grimm 2003, 35).

⁴¹ „Es sind Kommunikations-, Erfahrungs- und Erinnerungsgemeinschaften, in denen kollektive Identität sich herausbildet, sich stabilisiert, tradiert wird. Europa, auch das engere Westeuropa, ist keine Kommunikationsgemeinschaft, kaum eine Erinnerungsgemeinschaft und nur sehr begrenzt eine Erfahrungsgemeinschaft. Europa ist keine Kommunikationsgemeinschaft, weil Europa ein vielsprachiger Kontinent ist – das banalste Faktum ist zugleich das elementarste“ (Kielmansegg 1996, 55).

⁴² Tobler (2006) unter Verweis auf seine eigenen Arbeiten, sowie jene von Klaus Eder, Hans-Jörg Trezn, Cathleen Kantner, Thomas Risse, Marianne van de Steeg, Juan Díez Medrano und Christoph Meyer.

Zweitens lassen sich in der Europäisierungsforschung Ansätze finden, mit denen die Medienberichterstattung auf bestimmte Themen oder ausgewählter Politikfelder eingeschränkt wird. Diese fallspezifische Vorgehensweise wurde z.B. von Eder & Kantner (2000), Risse & van de Steeg (2003), van de Steeg (2004), Wimmel (2004), Meyer (2003; 2005) oder Berkel (2006) gewählt, aber auch die „Claim-Analyse“ des Europub.com-Projektes (vgl. z.B. Koopmans/Erbe 2003, Pfetsch 2004 et al.) lässt sich hier einordnen.

„Damit rücken Aspekte der Thematisierung in den Vordergrund, die nach dem Beitrag von Akteuren als Sprecher und Agenda-Setter bewertet werden können. (...) Die Vorteile dieses Ansatzes bestehen darin, den Prozess- und den Konfliktcharakter europäischer Öffentlichkeit herauszuarbeiten und damit unterschiedliche Formen der Europäisierung politischer Kommunikation bestimmen zu können. Thematisierung wird dann fallspezifisch begreifbar, gleichwie der Beitrag einzelner Akteure (und der Medien selber) gewürdigt werden kann“ (Trenz 2006, 194f.).

Unter diesen beiden Metaansätzen sammeln sich jeweils unterschiedliche Vorgangsweisen zur Erfassung von Stand und Entwicklung von Europäisierungsniveaus und -prozessen.⁴³ Die damit erzielten Befunde und Einschätzungen zeichnen ein in Summe optimistischeres Bild über die Entwicklung europäischer Öffentlichkeit, wobei aber die empirischen Daten zum Entwicklungsstand und die Einschätzungen über Entwicklungsoptionen erheblich divergieren. Dies lässt sich in gebotener Kürze in einer oberflächlichen ersten Annäherung sehr gut anhand von resümierenden Einschätzungen aus zum Teil sehr unterschiedlich angelegten Studien zeigen.

Sievert (vgl. 1998, 346) kommt bei seiner Analyse zur Synchronität nationaler Journalismussysteme auf Basis eines systemtheoretischen Ansatzes zu dem Schluss, dass der Journalismus in Europa zwar ökonomisch und technologisch vor allem auf der Ebene der Medieninstitutionen zusammenwächst, dass diese Entwicklungen jedoch bislang kaum Auswirkungen auf die Synchronisierung von Medieninhalten haben. Zwar sei "eine ausführliche, differenzierte und journalistisch qualitativ hochstehende EU-Berichterstattung in den einzelnen Nationalstaaten" vorhanden (Sievert 1998, 343), „[w]as 'aktuell veröffentlichungswürdig' ist und was eben nicht, ist jedoch nach wie vor eine überwiegend in den einzelnen nationalen Differenzierungen des journalistischen Systems gefällte Entscheidung, bei der eigene nationale Bezugspunkte zum zentralen Nachrichtenfaktor werden“ (Sievert 1998, 156).

Eder/Hellmann/Trenz (1998, 321f.) zeigen auf Basis einer Beschreibung der themenspezifischen Kommunikationsnetzwerke im Bereich der Migrationspolitik, dass hier die Ausbildung transnationaler Teilöffentlichkeiten feststellbar ist: „Zur Trägergruppe von Öffentlichkeit in Europa

⁴³ In neuen Arbeiten wird mitunter der Versuch unternommen beide Ansätze in mehrdimensionalen Analysedesigns miteinander zu verbinden (siehe beispielsweise Kleinen-v. Königslöw et al. 2004 bzw. Brüggemann et al. 2006).

werden transnationale Eliten, die die supranationale Ebene als neues Betätigungsfeld für die Diffusion und Kommunikation ihrer Anliegen erschließen (transnationaler Elitenöffentlichkeiten).“ Für diese transnationalen, politikfeldspezifischen Teilöffentlichkeiten bieten sich die vergemeinschafteten Politikfelder als Organisationsforum an. „Gekennzeichnet sind diese transnationalen Teilöffentlichkeiten ferner durch eine grundsätzliche Variabilität des Publikums, die sich auf eine weitgehende Abwesenheit massenmedialer Kommunikationsformen zurückführen lässt“ (Eder/Hellmann/Trenz 1998, 340).⁴⁴

Auch *Schlesinger/Kevin* (2000, 222) finden auf Basis einer Beschreibung medialer und politisch-institutioneller Strukturbedingungen europäischer Öffentlichkeit Anzeichen für transnationale Elitenöffentlichkeiten. Sie fokussieren dabei jedoch anders als Eder/Hellmann/Trenz (1998) auf Formen massenmedialer Öffentlichkeit: “[W]hat is of particular interest about the European space today is how some news media are in effect creating specialized audiences and readerships by way of seeking markets. An incipient change is taking place in the collectivities to be addressed, one ultimately due to the development of the European Union as a novel political form. It has started to make sense to think of such emergent media audiences as occupying a transnational space. Although driven by profit seeking, some Europe-wide media are creating a distinct space or spaces for a form of collective debate, albeit a highly restricted one.”⁴⁵

Gerhards (vgl. 2000, 293f.) lieferte erstmals empirische Längsschnittdaten zu Europäisierungsprozessen in der Politik-Berichterstattung in Deutschlands Qualitätszeitungen zwischen 1950 und 1995. Europäische Themen erhielten im Untersuchungszeitraum die vergleichsweise geringste Medienaufmerksamkeit (Schnitt: 6,9%; zum Vergleich: 60,4% Aufmerksamkeit für innerdeutsche Angelegenheiten), und der Anteil der medialen Beschäftigung mit Europa war zwischen 1961 und 1990, wenn auch nur leicht, so doch kontinuierlich sogar gesunken. Die Befunde sprechen laut Gerhards für eine nationale Verhaftung der medialen Öffentlichkeit, während sich die Politik transnationalisiert hat (Gerhards 2000, 299).⁴⁶

⁴⁴ Eder/Hellmann/Trenz eröffneten mit ihrer Analyse erstmal den Blick auf (potenzielle) funktionale Äquivalente zu einer europäischen massenmedial konstituierten Öffentlichkeit. Genau das führt jedoch auch zu Kritik, weil eine Inklusion der Bürgerinnen und Bürger in den öffentlichen Diskurs über die Präsenzöffentlichkeit von Eliten in deliberativen Verfahren nicht gewährleistet ist (vgl. Gerhards 2000; Tobler 2006). Trenz selbst (2000, 332) verweist später auf dieses Problem: „Die funktionale, sich entlang der Schnittstellen des EU-Mehrebenensystems ausdifferenzierenden Kommunikationszusammenhänge vermögen bestenfalls zwischen Routineoperationen des Verwaltungsapparates und seinen spezifischen Fachpublika zu vermitteln. Eine integrative Abbildung des ausdifferenzierten Mehrebenensystems bzw. der Anschluss an generalisierbare Massenkommunikation kann durch solche sektoralen Teilöffentlichkeiten jedoch nicht geleistet werden.“

⁴⁵ Die Kritik der mangelnden Breitenwirksamkeit und Einbindung trifft im Fall transnationaler medialer Eliteöffentlichkeiten jedoch ebenso zu, wie im Fall issuespezifischer Kommunikationsnetzwerke. Überregional verbreitete Medien finden nur geringe Publikumsakzeptanz. Verwiesen wird ferner darauf, dass es sich bei diesen Transnationalisierungsprozessen eher um Formen von Internationalisierung handelt als um Formen von Europäisierung (vgl. Abromeit 2001, 87).

⁴⁶ Gerhards Verdienst liegt im analytischen Zugang, mit dem erstmals der Blick auf die Prozessperspektive der Europäisierung von Öffentlichkeit gelenkt wird (Längsschnittanalyse). Kritisiert wird jedoch Gerhards Datenbasis: Es handelt sich um eine Sekundäranalyse von Massendaten einer großen Erhebung von Hans Mathias Kepplinger, die auf "Deutschlandberichterstattung" eingeeengt und schon deshalb ohne hinreichend valide Europepräsentanz war (Neidhardt 2006, 48 unter Verweis auf Kepplinger 1998, 46 und 243). Zudem

Eder/Kantner (2000, 316f.) zeichnen auf Basis kurzer Beschreibungen der Kommunikationsentwicklungen zu den Themen „Festung Europa“, „Korruptionsfall“ und „BSE-Skandal“ die Konstruktion europäischer Themen nach. Sie gelangen zu dem Ergebnis, dass diese Beispiele illustrieren, dass es in Europa nationale Grenzen überspannende öffentliche Kommunikation gibt und man in Europa nicht an einander vorbei redet. Europäische Öffentlichkeit im Sinne transnationaler Kommunikation von gleichen Themen zur gleichen Zeit unter gleichen Relevanzgesichtspunkten entsteht dort, „wo nationale (oder gar subnationale) Öffentlichkeiten supranationale Institutionen als relevante Objekte öffentlicher Kommunikation (und Kritik) adressieren bzw. dort, wo in transnationalen Kommunikationsräumen nationale Institutionen zum Gegenstand öffentlicher Kommunikation werden“ (Eder/Kantner 2000, 323). Eder/Kantner richten den empirischen Blick damit erstmals zentral auf Konfliktthemen und Konflikte, die ihrer Einschätzung zufolge in einer ausdifferenzierten medialen Öffentlichkeit vor einem breiten Hintergrund gemeinsam geteilter Überzeugungen und gegenseitiger Erwartungen ausgetragen werden. Trotz gegenteiliger Interessen und Überzeugungen würden Argumente anderer mitreflektiert und damit unterschiedliche Positionen in koordiniertem Dissens aufeinander eingestellt (vgl. Eder/Kantner 2000, 328).⁴⁷

Brüggemann et al. (vgl. 2006, 220f.) bzw. Kleinen-v. Königslöw et al. (2004) orientieren ihren Ansatz an der Vorgangsweise von Gerhards (2000), bieten also ebenfalls Längsschnittdaten an, um den Europäisierungstrend zu erfassen, weiten ihre Analyse jedoch auf 5 Länder aus. Untersucht wird vor allem der EU-Bezug in Meinungsbeiträgen europäischer Qualitätszeitungen im Zeitraum 1982 bis 2003, wobei jedoch nur jedes siebente Jahr in der Untersuchung berücksichtigt wird. Die Autoren unterscheiden zwischen (a) nationaler Politik, (b) EU-Politik sowie (c) anderer internationaler Politik, und sie beobachten u.a. einen starken Europäisierungstrend: Der Anteil der Meinungsbeiträge, in denen die EU das Hauptthema bildet, stieg von 2% (1982) auf 9% (2003). Der Anteil der Meinungsbeiträge, in denen die EU ein Nebenthema bildet, nahm sogar von 8% (1982) auf 22% (2003) zu.⁴⁸ Gleichzeitig zeigen die Ergebnisse aber auch, dass keine zunehmende

wurden in Keppingers Erhebung lediglich die Hauptthemen der Nachrichtenbeiträge erfasst, wodurch nicht erkennbar ist, ob sich Europäisierungstendenzen in Sekundär- oder Tertiärthemen zeigen (Gerhards 2000, 295). Eilders/Voltmer (2003) analysieren Kommentare deutscher Qualitätszeitungen im Zeitraum 1994-1998. Die Daten bestätigen Gerhards Befund und zeigen, dass nur 5,6% aller Kommentare EU-Bezüge aufweisen, und nur 1,6% aller Akteursreferenzen auf EU-Akteure bezogen sind. Eilders/Voltmer finden „eine sehr geringe Repräsentation der supranationalen Ebene auf der deutschen Medienagenda“ (2003, 259) sowie einen leichten Anstieg der Europabezüge zwischen 1994 und 1998.

⁴⁷ Analytische Merkmale des Zugangs von Eder/Kantner liegen in der Konfliktfixierung zur Illustration europäischer Kommunikation und in der Kritik überzogener Konsenserwartungen. Die konfliktorientierte Perspektive wird auch in neueren Arbeiten von anderen Autorinnen und Autoren eingenommen und Befunde werden damit auch bestätigt (etwa von Trenz 2000; Tobler 2006). Kritik an Eder/Kantner richtet sich gegen den verwendeten Öffentlichkeitsbegriff, der nur auf geteilte Aufmerksamkeits- und Deutungsstrukturen abhebt, damit aber Formen transnationaler Interaktion/Referenzialität unberücksichtigt läßt und keine Aussagen über die Entwicklung der Dichte transnationaler Kommunikation zulässt (vgl. ausführlich Wimmel 2004).

⁴⁸ Der Ansatz und die Ergebnisse finden weitgehend positive Resonanz in der Europäisierungsforschung. Kritisiert wird jedoch das Verständnis von Interdiskursivität aufgrund überzogener Anforderungen (Eder/Kantner 2002 zit. nach Trenz 2006). Problematisch für

Berichterstattung über europäische Länder, kein Trend zu mehr diskursiven Bezugnahmen auf europäische Sprecher und nur eine sehr schwache Identifikation mit Europa zu erkennen ist. Die Autoren bezeichnen dieses Transnationalisierungsmuster als „Segmentierte Europäisierung“ (Brüggemann et al 2006, 228).

Meyer (1999; 2000; 2002; 2003) analysiert vor allem die medialen und politisch-institutionellen Strukturbedingungen europäischer Öffentlichkeit sowie die Potenziale, Funktionsweisen und Defizite der medialen Kontrolle von EU-Politik anhand ausgewählter Fallbeispiele (BSE-Skandal, Echo/Cresson-Affäre und Kommissionsrücktritt). Dabei zeigten sich einerseits die strukturellen Kommunikationshindernisse auf Seiten der EU-Kommission und der übrigen EU-Akteure und andererseits eine zunehmende Fähigkeit des Journalismus EU-Politik zu kontrollieren. Dies wird auf Veränderungen in der Funktionsweise des Brüsseler Pressekorps, auf stärkere Kooperation zwischen Journalisten aus unterschiedlichen Ländern und auf die Aufwertung der EU-Berichterstattung in den nationalen Heimatredaktionen zurückgeführt. Die Kontrolle europäischen Regierens durch Öffentlichkeit sei jedoch trotz aller Fortschritte immer noch unzureichend. Eine europäische Massenöffentlichkeit „artikuliert sich nur entlang einiger weniger Themen und Ereignisse. Es mangelt ihr an Kontinuität, Tiefe und Differenziertheit – nicht nur im Vergleich zu nationalen Räumen der Meinungsbildung und Kontrolle, sondern vor allem gemessen an den Auswirkungen der Europapolitik auf die Bürger“ (Meyer 2003, 242).

Pfetsch, Koopmans et al. wählen für ihre Analyse der Europäisierung von Öffentlichkeit im Rahmen des Europub.com Projektes die Claim-Analyse, mit der die Presseberichterstattung aus sieben verschiedenen europäischen Ländern untersucht wird (vgl. z.B. Koopmans 2002; Koopmans/Erbe 2003; Koopmans 2004). Berücksichtigt wird damit insbesondere die duale Rolle der Medien als Vermittler fremder Meinungen und als Sprecher, die v.a. in den Kommentaren auch selbst Meinungen äußern und Stellung beziehen und damit die Voraussetzungen für die Europäisierung von Öffentlichkeit schaffen.⁴⁹ Pfetsch et al. (2004, 60f.) stellen innerhalb der Medienkommentare – im Gegensatz zu anderen Autoren – einen beachtlichen Grad an europäischen Debatten und ein hohes Potential für die Entwicklung einer transnationalen europäischen Öffentlichkeit fest. Europäisierung verläuft jedoch politikfeldabhängig: in Debatten zu Politikbereichen, in denen die Europäische Union stärkere Kompetenzen hat, öffnen sich die Medien auch europäischen und transnationalen Perspektiven. Der Großteil der untersuchten Medien befürwortet das Europäische

gesicherte Aussagen über die Langzeitentwicklung erscheinen auch die Fixierung auf die Qualitätspresse und die (vorläufig noch) lückenhafte Zeitreihe.

⁴⁹ „In their dual role as communication channels of political actors and as actors in their own right they constitute the major communicative linkages within and between national public spaces which are a basic prerequisite for the Europeanisation of public spheres“ (Pfetsch et al. 2004, 60).

Projekt und die Europäische Integration und bewertet EU-Akteure positiver als nationale politische Akteure. Die britische Presse weicht jedoch in fast allen Untersuchungsdimensionen von diesem eher positiven Gesamtbild ab. In britischen Kommentaren wird u.a. weniger über die EU berichtet und EU-Akteure werden negativer bewertet als in den Vergleichsländern.

Versucht man diese und weitere vorgelegte Ergebnisse zu sortieren, so fällt auf, dass die meisten der vorliegenden Arbeiten sich mit ausgewählten Themen oder Ereignissen auseinandersetzen (themenbeschränkte Längs- oder Querschnittsanalysen).⁵⁰ Typische Themen sind die wiederkehrenden Routineereignisse der EU-politischen Agenda wie etwa Wahlen zum Europäischen Parlament (Holtz-Bacha 2005). Eine Reihe von Arbeiten setzt sich auch mit den europäischen Konflikt-/Krisenthemen auseinander: Beispielsweise mit der EU-Osterweiterung (van de Steeg 2000; 2002), der Euroumstellung bzw. der Währungsunion (Law/Middleton/Palmer 2000), mit dem Korruptionsskandal in der EU-Kommission und deren Rücktritt (Trenz 2000; Meyer 2000; 2003), mit dem 'Fall Haider', der FPÖ-Regierungsbeteiligung und den EU-Sanktionen gegen Österreich (Risse/van de Steeg 2003; van de Steeg 2004; Berkel 2006), mit kontroversen Debatten über die EU-Verfassung (Landfried 2004) oder dem Türkei-Beitritt (Wimmel 2004; Tobler 2006). Nur wenige der vorliegenden empirischen Untersuchungen wählen einen sehr langen Untersuchungszeitraum und verzichten auf thematische Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes. Über die *Langzeitentwicklung* (Prozessperspektive) zur Europäisierung von Öffentlichkeit liegen deshalb nur wenige Ergebnisse vor. Für die seriöse Ableitung eines langfristigen Trends fehlen somit umfangreiche empirische Daten.

In Bezug auf die Einschätzungen zu Stand und Entwicklung europäischer Öffentlichkeit zeigt sich kein einheitliches Bild. Einige der Ergebnisse indizieren, dass Ansätze einer sektoralen/themenspezifischen transnationalen europäischen Kommunikation erkennbar sind. Dies beispielsweise in institutionalisierten Kommunikationsnetzwerken, die sich im Umfeld der EU-Institutionen und im Vorfeld europapolitischer Entscheidungen bilden (vgl. Eder/Hellmann/Trenz 1998; Eder 2000) und in spezialisierten Medien, die sich an ein internationales Publikum wenden (Schlesinger/Kevin 2000). Einige Ergebnisse aus Medieninhaltsanalysen indizieren ebenfalls die Entstehung europäischer Öffentlichkeit: Etwa durch thematisch und zeitlich synchrone europaweite mediale Resonanzen auf europapolitische Themen, die von der EU-politischen Agenda (EU-Gipfel, etc.) vorgegeben sind (Maurer 2003). Zudem zeigt sich ein relativ hoher Anteil an Europaberichterstattung in der nationalen Qualitätspresse (Trenz 2005), eine Steigerung der medialen Aufmerksamkeit für EU-Politik seit 1982 (Brüggemann et al. 2006, 221), und Ansätze

⁵⁰ Laut Machill/Beiler/Fischer (2006) beschränkt sich mehr als die Hälfte der in ihrer Metaanalyse berücksichtigten Studien auf ausgewählte Ereignisse.

transnationalen Interaktions- und Meinungsbildungsprozesse zu Schlüsselfragen europäischer Politik (etwa zum Türkeibeitritt, vgl. Wimmel 2004) und bei öffentlichkeitswirksamen Ereignissen im Zuge von Skandalen und Konflikten (BSE-, Dioxin-, Subventionsskandal, Kommissionsrücktritt). Laut Neidhardt (2006, 57) handelt es sich dabei um Ereignisse, „die europaweit öffentliche Resonanzen ausgelöst haben und dabei nicht nur Gleichzeitigkeiten, sondern auch Wechselseitigkeiten hervorbrachten“. Transnationale Interaktion scheint also vor allem durch grenzüberschreitende Konflikt- und Krisensituationen (konfliktinduzierte Transnationalisierung) bedingt zu sein (Trenz 2000⁵¹; Tobler 2006).⁵²

Andere Autoren kommen zu dem Schluss, dass es sich bei solchen „Ansätzen“ europäischer Öffentlichkeit in vielen Fällen nur um kurzfristige Phänomene handelt, die häufig auf Eliten oder Interessengruppen beschränkte (Teil-)Öffentlichkeiten hervorbringen, mit denen die normativen Anforderungen in Bezug auf Breite und Inklusion jedoch nicht eingelöst werden (vgl. Abromeit 2003, Peters 2003, Gerhards 2002, Eilders/Voltmer 2003, Schlesinger 1999, 264), wohingegen sich eine breite europäische Massenöffentlichkeit nicht abzuzeichnen scheint. Im Bereich der medialen Massenkommunikation machen europäische Themen nach wie vor nur einen geringen Teil der Medienagenda aus.⁵³ Ansätze transnationaler Interaktions- und Meinungsbildungsprozesse sind zwar vorhanden, aber bislang schwach ausgeprägt und auf einige besonders heikle Schlüsselfragen europäischer Politik beschränkt (Verfassung, Erweiterung, Türkeibeitritt).⁵⁴ Eine Europäisierung des Protests und die Transnationalisierung von sozialen Bewegungen haben bislang noch kaum stattgefunden.⁵⁵

Ergänzt wird das Bild zum Stand und zur Entwicklung europäischer Öffentlichkeit durch eine Reihe von *Einschätzungen*, die den Stand der Literatur resümieren (Kasten 1), die ebenfalls nicht völlig widerspruchsfrei sind, aber in Summe die Sichtweise bestätigen, der zufolge zwar keine umfassende europäische Massenöffentlichkeit, aber immerhin Ansätze europäischer politischer Kommunikation erkennbar sind:

⁵¹ „Interessant und für die Dynamik europäischer Integration sicherlich von großer Bedeutung ist (...) die zunehmende Konfliktualisierung europäischer Politik in den nationalen politischen Arenen und die daraus resultierende Vernetzung lokaler, nationaler und transnationaler Öffentlichkeiten über gemeinsame symbolisch verdichtete Thematiken“ (Trenz 2000, 338).

⁵² Dies gilt jedoch nicht für sämtliche grenzüberschreitende Krisen. Neverla (2006) findet in der Risikoberichterstattung bei (grenzüberschreitenden) Umweltproblemen primär nationale Darstellungen, zeitlich asynchrone Berichterstattungsverläufe und starke Unterschiede beim Umfang der Berichterstattung. Ein gemeinsamer, übergeordneter europäischer Blickwinkel ist trotz der oft sachlich gebotenen, transnationalen Problemstellungen nicht gegeben. Von einer gemeinsamen europäischen Risikoberichterstattung im Sinne zeitgleicher, wechselseitig bezogener, inhaltlich kohärenter Berichterstattung könne keine Rede sein.

⁵³ Für empirische Ergebnisse zur Thematisierungshäufigkeit, die jeweils eine sehr geringe Medienaufmerksamkeit für europäische Themen indizieren, siehe Eilders/Voltmer (2003, 259f); Gerhards (2000, 295f); Sievert (1998, 282f); Peter (2004, 154f).

⁵⁴ Brüggemann et al. (2006) zeigen, dass keine zunehmende Berichterstattung über europäische Länder, kein Trend zu mehr diskursiven Bezugnahmen auf europäische Sprecher und nur eine sehr schwache Identifikation mit Europa zu erkennen ist.

⁵⁵ Die Datenlage ist hier zwar nicht eindeutig. Laut Rucht (2000, 191) zeige sich aber, dass „die EU-bezogenen Proteste transnationaler Akteure nicht zunehmen“. Für weitere empirische Ergebnisse zur Europäisierung sozialer Bewegungen siehe Imig/Tarrow (2001). Für eine theoretische Analyse der Bedeutung von Öffentlichkeit für neue marktkritische Bewegungen vgl. auch Romahn (2006).

Einschätzungen zur Entwicklung europäischer Öffentlichkeit

Eriksen (2000, 55) sieht in seiner Einschätzung der Strukturbedingungen europäischer Kommunikation Ansätze einer europäischen Öffentlichkeit: „[T]he public sphere in Europe is not totally missing as there are new European audio-visual spaces - newspapers, television, internet and English maybe as a bound to be first language – and the new social movements NGOs and identity politics cross borders.“

Calhoun (2003, 19) vermerkt, „that the media are not at present well-organized to support a European public sphere. They do an increasingly good job reporting in each European country on others, but not underpinning a common process of opinion, will, or identity-formation and especially not a critical mutual engagement“.

Risse (2003, 1) resümiert mit Blick auf vorliegende, neuere empirische Arbeiten zur Frage der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit: „[T]he available evidence suggests that the overall salience of European themes is still low, but that similar meaning structures and frames of reference prevail in media reporting about Europe.“

Laut Neidhardt (vgl. 2006, 57f.) ist ein europäischer Wertschöpfungsprozess in Gestalt von zunehmend transnationalen Meinungsbildungsprozessen und wachsender Kohäsion gegenwärtig nur sporadisch auszumachen und in den vergangenen Jahren offenbar noch nicht recht vorangeschritten. Es gibt aber durchaus Beispiele europäischer Meinungsbildung mit transnationaler Interaktion, und es lässt sich annehmen, dass solche Fälle zunehmen, da sich eine zunehmende Skandalisierungsfähigkeit des Unionseuropas abzeichnet. „Im Skandalisieren versichern sich die Europäer ihrer Standards von 'political correctness'. Hier wird auch der Punkt liegen, an dem in den Medien eine Boulevardisierung Europas durchschlagen, also ein großes Publikum europäisiert werden kann.“ (Neidhardt 2006, 57) Dergleichen funktioniere bislang aber erst gelegentlich und insgesamt so selten, dass die Jahresdurchschnitte der Europaberichterstattung nur wenig beeinflusst werden.

Kasten 1

1.2.3 Fazit zum Stand der empirischen Europäisierungsforschung

Der Überblick zum empirischen Forschungsstand zeigt ein äußerst heterogenes Feld an Analyseansätzen und widersprüchliche Ergebnisse über das Ausmaß der Europäisierung von Öffentlichkeit. Es liegen selektive Ergebnisse zu jeweils einzelnen Merkmalen europäischer Öffentlichkeit vor, die keine abschließende Gesamtbeurteilung von Entwicklungstrends ermöglichen (vgl. Peters 2003, 450), wenngleich sich abzuzeichnen scheint, dass sich durchaus Ansätze europäischer Öffentlichkeit zeigen. In Summe weichen die empirischen Befunde jedoch zum Teil so stark voneinander ab, „dass der Eindruck nicht von der Hand zu weisen ist, unter Öffentlichkeit wird nicht nur ganz Unterschiedliches verstanden, sondern es werden auch kaum vergleichbare methodische Ansätze verwendet“ (Tobler 2006, 107, der deshalb von einem „methodologischen Babylon“ spricht). Zudem divergieren die Interpretationen von Ergebnissen aufgrund der jeweils zu Grunde gelegten normativen Demokratie- und Öffentlichkeitsmodelle.

Die unterschiedlichen Ergebnisse und Einschätzungen lassen sich auf unterschiedliche Indikatorensysteme und Messverfahren zurückführen, die sich u.a. in unterschiedlichen Untersuchungseinheiten (Länder, Medien, Beitragsgattungen, Zeiträume), in unterschiedlichen Europabegriffen (z.B. Europaberichterstattung im weiten Sinn, EU-Berichterstattung im engen Sinn), Analyseparametern (z.B. Aufmerksamkeit, Deutungsrahmen, Interaktion, Diskursivität) und den unterschiedlichen Analyseeinheiten (Titelzeilen, Beiträge, Meinungsbeiträge/Kommentare, Aussagen innerhalb von Beiträgen, Claims) ausdrücken. Laut Neidhardt (vgl. 2006) stellen widersprüchliche Befunde zu großen Teilen Artefakte des Forschungsprozesses dar und resultieren aus einer Vielzahl von kleinen und größeren Entscheidungen der empirischen Forschungspraxis. „Aus einer Serie kleiner Messabweichungen können sich zwischen den Befunden verschiedener Projekte große Differenzen ergeben, die den Forschungsstand erheblich irritieren. Darunter leidet die Vergleichbarkeit der Daten, und auch die empirischen Ergebnisse sind entsprechend unterschiedlich bis widersprüchlich“ (Neidhardt 2006, 47).⁵⁶

Zudem zeigt der Überblick zu den gängigen Anlagen bisheriger Untersuchungen einige *Forschungslücken*. Analysiert wird vor allem die nationale Medienberichterstattung und hier häufig die Qualitätspresse.⁵⁷ Als Forschungsdefizit fällt auf, dass die Berichterstattung im Rundfunk weitaus seltener als jene der Presse, und Internetkommunikation fast überhaupt nicht analysiert wird,⁵⁸ obwohl sich Europas Bürgerinnen und Bürger heute in erster Linie via TV und in steigendem Maß via Internet über die Europäische Union informieren.⁵⁹ Die Analysen konzentrieren sich auf die großen EU-Staaten (Deutschland, Großbritannien, Frankreich), wobei häufig die USA als außereuropäischer Vergleichsstaat herangezogen werden.⁶⁰ Als Defizit gilt deshalb auch, dass die Berichterstattung in einwohnerschwachen EU-Staaten und in den neuen EU-Mitgliedsstaaten in Untersuchungen kaum berücksichtigt wird (vgl. Seethaler 2006). Die meisten der vorliegenden Arbeiten setzen sich mit ausgewählten Themen oder Ereignissen auseinander (themenbeschränkte Längs- oder Querschnittanalysen), über die *Langzeitentwicklung* (Prozessperspektive) liegen nur

⁵⁶ So errechnet etwa Trezz (2005) höhere Werte des Europäisierungsgrades nationaler Tageszeitungen als andere Studienautoren (vgl. z.B. Sievert 1998; Gerhards 2000; siehe auch Brüggemann et al. 2006). Differenzen resultieren einerseits aus unterschiedlich zusammengesetzten Samples. Bei Trezz finden z.B. Regional- und Boulevardzeitungen gemäß der These einer Professionalisierung und Sektoralisierung des Mediensektors keine Berücksichtigung (vgl. Trezz 2005). Der hohe Europäisierungsgrad resultiert weiters daraus, dass bei Trezz sämtliche Artikel mit „Europa-Referenzen“ berücksichtigt sind, während andere Autoren ihre Analysen auf „EU-Referenzen“ einschränken (vgl. z.B. Brüggemann et al. 2006).

⁵⁷ Für einen Überblick zu empirischen Untersuchungen siehe Machill/Beiler/Fischer (2006). Für einen Überblick zu europäisch bzw. transnational ausgelegten Beiträgen in vier kommunikationswissenschaftlichen Fachzeitschriften siehe Seethaler (2006).

⁵⁸ Machill/Beiler/Fischer (2006) sowie Seethaler (2006) verweisen auf die schwache Berücksichtigung von Onlinemedien: Keine der von Machill/Beiler/Fischer erfassten Studien nimmt diese in den Blickpunkt. Laut Seethaler werden neue Medien lediglich in einem schwachen Fünftel der Fachzeitschriftenbeiträge untersucht, doch erschien die überwältigende Mehrzahl der einschlägigen Arbeiten erst in jüngerer Zeit. Für einen Versuch, die Europäisierung von Öffentlichkeit im Internet empirisch zu erfassen, siehe Koopmans/Zimmermann (2003). Für die Analyse der Internetkommunikation der EU-Kommission siehe Loitz (2000). Winkler/Kozeluh/Brandstetter (2006) analysieren die Debatten auf der EU-Online Plattform Your Voice in Europe.

⁵⁹ Laut Eurobarometer (Nr. 61; 62) ist das Fernsehen die Hauptinformationsquelle der EU-Bürger über EU-Politik (79% in neuen Mitgliedstaaten; 73% bei den EU 15). Die Bedeutung des Internet als Informationsquelle steigt kontinuierlich: 6% (EU-15, 1999); 11% (EU-15, 2001); 16% (EU-15, Frühjahr 2004); 21% (EU-25, Herbst 2004).

⁶⁰ Etwa in den Arbeiten von Brüggemann et al. (2006) oder Trezz (2005; 2006).

wenige Ergebnisse vor. Für die seriöse Ableitung eines langfristigen Trends zum Prozess der Europäisierung von Öffentlichkeit fehlen daher umfangreiche empirische Daten.

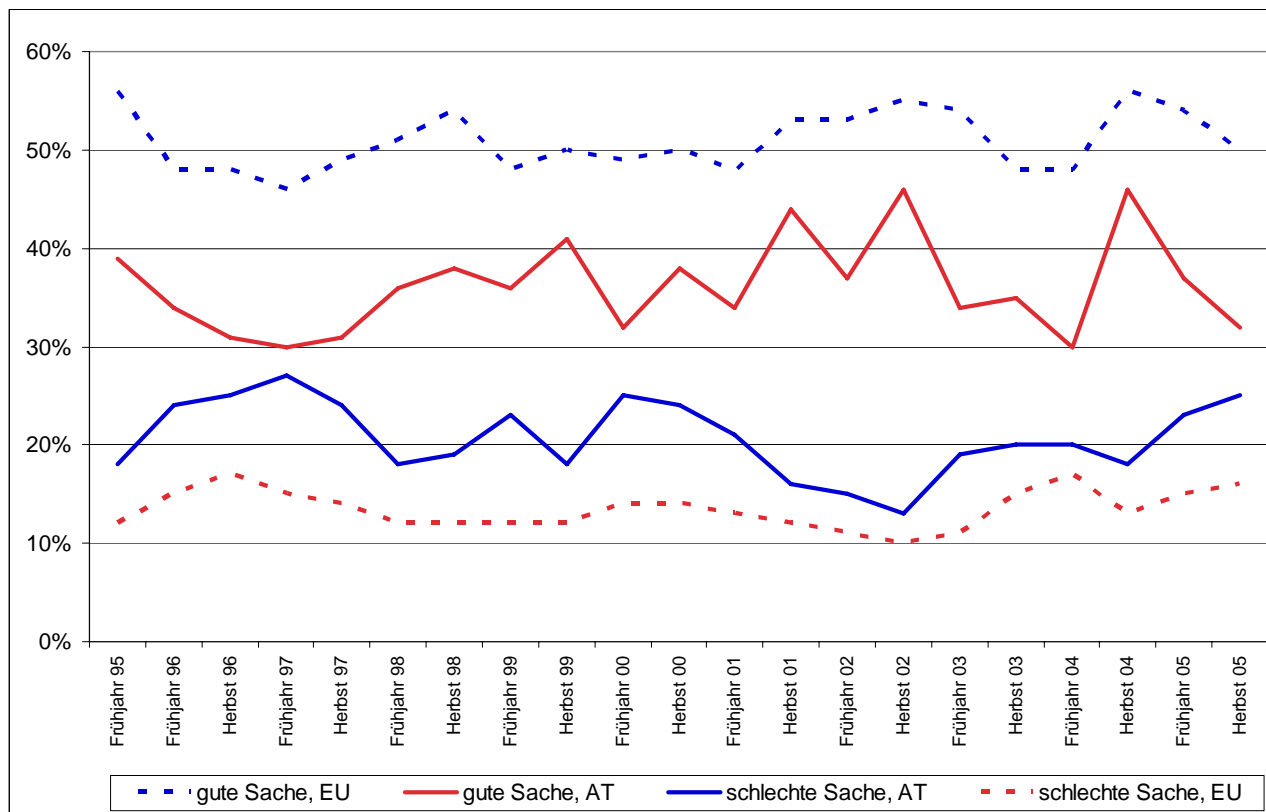
2 Europäisierung der österreichischen Öffentlichkeit: Wissensstand und Untersuchungsdesign

Ausgangspunkt für die empirischen Untersuchungen zu Stand und Entwicklung der Europäisierung der österreichischen Öffentlichkeit ist die Vorstellung, dass der Weg zu einer europäischen Öffentlichkeit als langfristiger Prozess zu denken ist. Dieser Prozess, in dem die Massenmedien eine entscheidende Rolle spielen, führt vor allem über die *Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten und deren gegenseitige, transnationale Verschränkung*. Eine derartige Perspektive auf den Entwicklungspfad europäischer Öffentlichkeit öffnet ein weites Feld für die empirische Kommunikationsforschung. Wir wollen mit einer detaillierten Analyse der Europäisierung einer nationalen Öffentlichkeit einen weiteren Baustein für die Erfassung von Stand und Entwicklung der Entstehung europäischer Öffentlichkeit liefern. Den Hintergrund für unsere Analysen bilden (1) die in Umfragen dokumentierte EU-kritische Haltung der österreichischen Bevölkerung und (2) der Mangel an Langzeitanalysen zur EU-Medienberichterstattung in Österreich.

2.1 Öffentliche Meinung: Österreich in der Europäischen Union

Die Frage nach dem Stand der Europäisierung der österreichischen Öffentlichkeit stellt sich u.a. aufgrund der starken EU-Skepsis in der österreichischen Bevölkerung. Österreich ist seit 1995 Mitglied der Europäischen Union. Die Unterstützung der Mitgliedschaft Österreichs durch die Österreicherinnen und Österreicher liegt seit dem EU-Beitritt konstant unter dem EU-weiten Durchschnitt (Abbildung 1) und seit Herbst 2005 ist Österreich sogar das Schlusslicht in Bezug auf die Unterstützung der EU-Mitgliedschaft durch die eigene Bevölkerung.

Abbildung 1: Zustimmung und Ablehnung der EU-Mitgliedschaft in Österreich und den EU-15 Staaten im Vergleich



Quellen: Eurobarometer 43, 45-64, eigene Zusammenstellung; Die Frage im Rahmen der Erhebung lautet: „Allgemein gesehen, ist die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach (a) eine gute Sache, (b) eine schlechte Sache, (c) weder gut noch schlecht, (d) weiß nicht“.

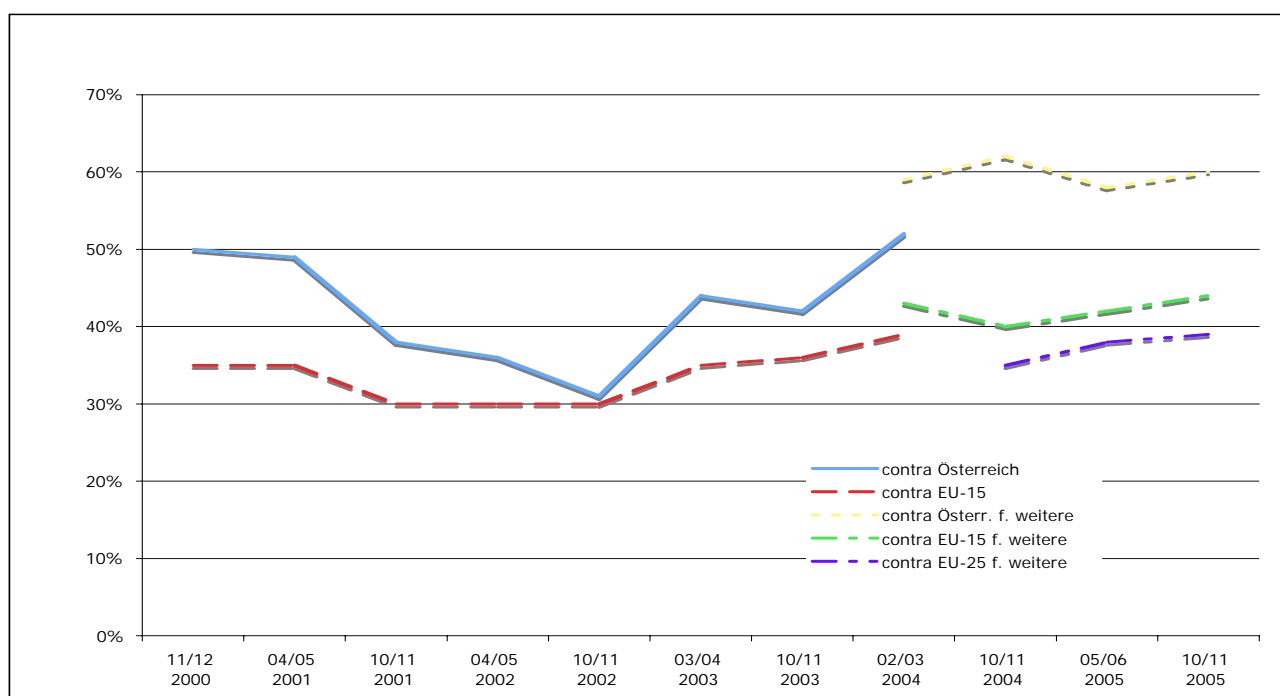
Laut Eurobarometer Daten sehen im Herbst 2005 nur 32% der Österreicherinnen und Österreicher die eigene Mitgliedschaft in der Europäischen Union als „gute Sache“. Österreich hat damit sogar die bekanntermaßen europakritischen Briten (34%) im EU weiten Vergleich überholt. „Das nur 32% Österreichs Mitgliedschaft für eine „gute Sache“ halten entspricht dem Wert unmittelbar nach den „Sanktionen“ anlässlich der Regierungsbildung im Jahr 2000 und ist um 2 Prozentpunkte höher als der Tiefpunkt von 30% kurz vor der 2004-Erweiterung um zehn Länder“ (EB-64 2005 [Österreich], 29). Eine signifikant und kontinuierlich steigende EU-Skepsis kann aus der Langzeitentwicklung jedoch nicht abgelesen werden. Der Entwicklungstrend zeigt, dass den negativen Höhepunkten ebenso regelmäßig Phasen folgen, in denen die Zustimmung zur Mitgliedschaft wieder deutlich steigt. Sie erreichte beispielsweise im Herbst 2004 – nur 6 Monate nach dem absoluten Tiefpunkt im Frühjahr 2004 (30%) – einen vorläufigen Höhepunkt (46%). Gehmacher (2004, 7) bietet folgenden Erklärungsversuch an, der auch für die schwankende Trendentwicklung mit ausschlaggebend sein könnte:

„Die Einstellung zur EU und deren Bewertung wird von selbst verstärkenden Regelkreisen in sozialen Netzwerken positiv und negativ so beeinflusst, dass zwei getrennt verlaufende Trends entstehen. Die Meinungen polarisieren sich dadurch immer mehr zu einem ‚Lager‘ der EU-Befürworter und zu einem ‚Lager‘ der EU-Skeptiker. Dazwischen gibt es noch unentschiedene ‚Ambivalente‘, die Pro und Kontra fortlaufend abwägen. Diese drei Gruppen sind derzeit annähernd gleich groß, sodass bei den stark

wirkenden Kritikpunkten zwei Drittel der Österreicher die EU skeptisch betrachten - aber eine deutliche Mehrheit aus Befürwortern und ‚Ambivalenten‘ für den Verbleib Österreichs in der EU eintritt.“

Trotz Schwankungen im Zeitverlauf legen die Daten nahe, dass die sogenannten Sanktionen der EU-14 gegen die österreichische Regierung und die EU-Osterweiterung Schlüsselereignisse und besonders kritische Höhepunkte in den österreichisch-europäischen Beziehungen darstellen. Der Tiefpunkt von 30% Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft wurde kurz vor der EU-Erweiterung um zehn Länder im Jahr 2004 erreicht und damit korrespondiert auch die schwankende, in Summe aber auffällig starke Ablehnung der EU-Erweiterung durch die Österreicherinnen und Österreicher (Abbildung 2).

Abbildung 2: Ablehnung der EU-Erweiterung in Österreich und in allen EU-Staaten im Vergleich



Quellen: Eurobarometer 54 - 64, eigene Zusammenstellung; Die Frage im Rahmen der Erhebungen lautete von Herbst 2000 bis Herbst 2003: „Was ist Ihre Meinung zu den folgenden Aussagen? Bitte sagen sie mir für jeden einzelnen Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind: [Anm.: u.a.]: *Die Erweiterung der Europäischen Union um neue Länder aufzunehmen.“ Seit Frühjahr 2004: lautet die Frage: „Was ist Ihre Meinung zu den folgenden Aussagen? Sagen Sie mir, ob Sie dafür oder dagegen sind: [Anm.: u.a.] *Zusätzliche Erweiterungen der Europäischen Union durch weitere Länder in den kommenden Jahren.“

Abbildung 2 zeigt, dass die Ablehnung der EU-Erweiterung in Österreich deutlich stärker ist, als in den anderen EU-Staaten. Sie lag lediglich im Herbst 2002 (31%) nach einem zweijährigen Abwärtstrend im europäischen Durchschnitt. Seither steigt die Ablehnung der Erweiterung in Österreich aber wieder kontinuierlich an. Im Frühjahr 2004 – 2 Monate vor dem Beitritt der 10 neuen Mitgliedsstaaten – lehnte eine Mehrheit von 52% die Erweiterung ab. Seit dem Frühjahr 2004 wird im Rahmen der Eurobarometer-Erhebungen auch nach der Einstellung zu einer „weiteren Erweiterung“ gefragt, die von ca. 60% der Österreicherinnen und Österreicher abgelehnt wird. Auch gegenüber künftiger Erweiterungsrunden der Europäischen Union ist die österreichische

Bevölkerung deutlich skeptischer als der EU-weite Durchschnitt. Dieser liegt bei den alten Mitgliedsstaaten zwischen 40% und 44%, bei allen 25 Mitgliedsstaaten bei 35% bis 39%.

Für die Suche nach den Ursachen der ausgeprägten EU-Skepsis und der ablehnenden Haltung gegenüber der EU-Erweiterung in Österreich lohnt ein Blick auf die Informationsquellen der Österreicherinnen und Österreicher. Das Fernsehen ist die Hauptinformationsquelle der EU-BürgerInnen über EU-Politik (66% Österreich; 66% EU-25), gefolgt von Tageszeitungen (58% Österreich; 42% EU-25) und dem Radio (37% Österreich; 30% EU-25). Die Bedeutung des Internet als Informationsquelle steigt in der EU kontinuierlich: Von 6% (EU-15, 1999) über 11% (EU-15, 2001), 21% (EU-25, 2004) auf 22% (EU-25, 2005). Österreich liegt bei der Nutzung des Internet für EU-Information mit 16% unter dem EU-weiten Durchschnitt, mit 58% Tageszeitungsnutzung jedoch deutlich darüber.⁶¹ Nicht zuletzt deshalb wird daher bisweilen auf die zentrale Rolle der Medien für EU-Skepsis in Österreich verwiesen. Sie beruhe u.a. auf medialem Populismus im Gefolge einer „Boulevardisierung“ großer Teile der Print- und Funkmedien (unter der Dominanz der „Kronen-Zeitung“) (Gehmacher 2004, 7).⁶² Aufgrund der vergleichsweise stark ausgeprägten EU-Skepsis ist es jedoch verwunderlich, dass bislang noch kaum umfassende Langzeitanalysen über die EU-Berichterstattung in der österreichischen medialen Öffentlichkeit vorgelegt wurden.

2.2 Untersuchungen zur EU-Berichterstattung in österreichischen Medien

Versucht man die vorliegenden Ergebnisse zur Medienberichterstattung über EU-Themen in Österreich zu sortieren, fällt zunächst auf, dass sich nur wenige Arbeiten exklusiv mit österreichischer EU-Berichterstattung auseinandersetzen (so nur Spohn/Minkenbergl 2002; Vitouch/Mayer 2004). Darüber hinaus wird Österreich in einigen länderübergreifenden Analysen berücksichtigt, die sich Fragen der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit widmen. Machill/Beiler/Fischer (2006) liefern in einer breit angelegten Metaanalyse einen Überblick zu vorliegenden ländervergleichenden Untersuchungen und zeigen, dass Österreich nur selten Gegenstand der Untersuchung ist (Tabelle 1).

⁶¹ Vgl. EB-64 2005 [Österreich], 19.

⁶² Laut Gehmacher (2004, 7) beruhe der negative *Circulus vitiosus* („Teufelskreis“) auf der gegenseitigen Verstärkung von (1) historischer Traumatisierung im Gefolge von Habsburger-Reich-Zerfall, Bürgerkrieg, Faschismus und Krieg und zuletzt nun dem Abbau des Sozialstaats, (2) politischem Populismus von regionalen und nationalen Eliten, welche die EU als Sündenbock für Missstände und Fehlschläge missbrauchen, (3) medialem Populismus im Gefolge einer „Boulevardisierung“ großer Teile der Print- und Funkmedien (unter der Dominanz der „Kronen-Zeitung“), (4) dem rezenten politisch aufgebauchten Trauma der „EU-Sanktionen“ zu Beginn der ÖVP-FPÖ-Regierung und vor den Präsidentenwahlen 2004.

Tabelle 1: Übersicht über die Studien sowie die darin untersuchten Medien und deren EU-Herkunftsstaaten (übernommen aus Machill/Beiler/Fischer 2006, 140)

Studien	EU-Herkunftsstaaten der untersuchten Medien																Untersuchte Medien	
	A	B	D	DK	E	F	FI	GB	GR	I	IR	L	NL	P	S	Σ	Σ	Typ ¹
Bange (1999a)			■			■		■								3	3	Print
Bange (1999b)			■			■		■		■						4	5	Print
Diaz Nosty (1997)	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	15	24	Print
Diez Medrano (2001)			■		■			■								3	7	Print ²
Grundmann et al. (2000)			■			■		■								3	3	Print
Hackenbroch (2000)			■					■								2	25	Print ² /TV
Hodess (1998)			■					■								2	8	Print/TV
Kevin (2003)			■		■	■		■		■	■			■	■	8	51	Print ² /TV
Law et al. (2000)			■			■		■					■			4	11	Print
Leroy/Siune (1994)		■		■												2	8	TV
Meckel (1994)			■			■		■								3	3	TV
Palmer (1998)		■	■			■		■								4	19	Print ²
Sievert (1998)	■		■		■	■							■			5	8	Print ³
Sturm/Bange (2000)			■					■								2	8	TV
Trenz (2002)			■		■											2	4	Print
de Vreese (2003b)				■				■					■			3	6	TV
de Vreese et al. (2001)			■	■				■					■			4	8	TV
Σ	2	3	15	4	5	9	1	14	1	3	2	1	6	1	2	M:	M:	
																4	12	

Anmerkungen: 1 = wenn bei Print nicht anders angegeben, nur Tageszeitungen; 2 = Tageszeitungen und Wochenzeitungen; 3 = nur Wochenzeitungen

Tabelle 1 zeigt deutlich, dass sich Analysen europäischer medialer Öffentlichkeit auf die großen EU-Staaten konzentrieren. Deutschland, Großbritannien und Frankreich werden in fast allen angeführten Studien untersucht. In Bezug auf Mediengattungen dominiert die Analyse von Printmedien, gefolgt von TV. Keine Beachtung in den von Machill/Beiler/Fischer gesichteten Arbeiten findet hingegen die Kommunikation via Radio und Internet.

Neben den, von Machill/Beiler/Fischer gelisteten international vergleichenden Untersuchungen in denen auch österreichische Medien berücksichtigt sind (Sievert 1998; Diaz Nosty 1997), existieren mittlerweile einige neuere Arbeiten mit Österreich-Bezug. So wird die Berichterstattung österreichischer Medien etwa in den Arbeiten von Maurer 2003 (Die Presse, Der Standard), van de Steeg 2004, Risse & van de Steeg 2003 (Die Presse, Der Standard, Neue Kronen Zeitung), de Vreese 2003a, Lauf/Peter 2004 (ORF); Trenez 2005 (Der Standard, Die Presse), Brüggemann et al. 2006 bzw. Kleinen-v. Königslöw et al. 2004 (Die Presse) und Berkel 2006 (Der Standard, Die Presse) miteinbezogen. Tabelle 2 gibt einen Überblick über die rezenten Arbeiten und verdeutlicht vor allem die Defizite in Bezug auf Forschungen zur Langzeitentwicklung.

Tabelle 2: Untersuchungen zur EU-Medienberichterstattung in Österreich

Autoren	Untersuchungszeiträume	untersuchte Länder (außer Österreich)	untersuchte Medientypen	österreichische Medien	Themen
Diaz Nosty 1995	Okt 1994 - März 1995	alle 15 EU Staaten	24 Tageszeitungen	Der Standard	EU-Berichterstattung allgemein
Sievert 1998	Jan 1996 - Jun 1996	BRD, FR, ESP, NL	8 Nachrichtenmagazine	Profil, News	EU-Berichterstattung allgemein
Spohn/Minkenbergl 2002	3.-13. Dez 2000, 29. Dez 2001 - 02. Jan 2002	keine	6 Tageszeitungen	Der Standard, Kronen Zeitung, Die Presse, OÖ Nachrichten Szbg. Nachrichten, Kleine Zeitung	Identitätsbildung auf nationaler, europäischer sowie EU-Ebene
Maurer 2003	Mai 2000 - Apr 2002	BRD, FR, GB	10 Tageszeitungen	Die Presse, Der Standard	Post-Nizza-Debatte
Risse/van de Steeg 2003; van de Steeg 2004	Okt 1999 - Sep 2000	BRD, FR, IT, B, (USA)	15 Tageszeitungen	Der Standard, Die Presse, Kronen Zeitung	EU-Sanktionen gegen Österreich
de Vreese 2003a; Lauf/Peter 2004	zwei Wochen vor der EP-Wahl (13. Juni 1999)	BRD, FR, GB, IT, ESP, NL, DK, FIN, B, IRL, S, GR	24 Nachrichtensendungen (TV)	ORF-ZIB	allgemein und EP-Wahl
Vitouch/Mayer 2004	Apr 1997, Jul 1997, Mai 1998, Nov 1999, Dez 2000, Mär 2001, Jul 2002, Dez 2003	keine	1 Tageszeitung	Kronen Zeitung	EU-skeptische Berichterstattung
Trenz 2004; 2005	Jan-Dez 2000	BRD, FR, GB, IT, ESP, USA	12 Tageszeitungen	Der Standard, Die Presse	EU-Berichterstattung allgemein
Kleinen-v. Königslöw et al. 2004; Brüggemann et al. 2006	1982, 1989, 1996, 2003	BRD, FR, GB, DK	5 Tageszeitungen	Die Presse	EU-Berichterstattung allgemein
Berkel 2006	Feb/Mär 2000, Feb/Mär 2001, Feb/Mär 2002	BRD, FR, GB	8 Tageszeitungen	Der Standard, Die Presse	Rolle von Konflikten für die Europäisierung
Mokre u.a. 2006	Juni 2004 - Sep 2005	IRL, POR, POL, FR, GB, SWE	14 Tageszeitungen	Der Standard, Kronen Zeitung	Verfassungsdebatte
Bärenreuter 2006 (i.E.)	Mai 2004 - Juni 2004	BRD, SWE, Malta	7 Tageszeitungen	Der Standard, Die Presse	EP Wahl 2004

Viele der vorgelegten Analysen behandeln die Berichterstattung rund um ausgewählte Ereignisse der EU-politischen Agenda. Beispielsweise EU-Parlamentswahlen (de Vreese 2003a; Lauf/Peter 2004; Bärenreuter 2006) oder Ereignisse und Debatten rund um die Entwicklung des Verfassungsvertrages (Maurer 2003; Mokre u.a. 2006). Einige der Arbeiten setzen sich mit Konfliktthemen auseinander, zum Beispiel mit EU-skeptischer Berichterstattung in der Boulevardpresse (Vitouch/Mayer 2004) oder mit der "Haider-Debatte" im Anschluss an die Regierungsbeteiligung der FPÖ und den darauf folgenden Sanktionen der EU-14 gegen die österreichische Regierung im Jahr 2000 (Risse & van de Steeg 2003; van de Steeg 2004).

Die meisten vorgelegten themenspezifischen Arbeiten nehmen nur kurze Untersuchungszeiträume in den Blick, und auch die themenübergreifenden Analysen sind meist auf kurze Zeiträume beschränkt. So analysiert z.B. Sievert die EU-Berichterstattung in Nachrichtenmagazinen im ersten Halbjahr 1996 oder Treng die Europaberichterstattung im Jahr

2000. Lediglich Brüggemann et al. (2006) untersuchen die Langzeitentwicklung (1982-2003). Arbeiten, die die neueren Entwicklungen in der österreichischen EU-Berichterstattung seit 2002 analysieren, sind rar und auf wenige ausgewählte Untersuchungsmonate beschränkt. Zur österreichischen Berichterstattung über die EU-Osterweiterung, einem der zentralen EU-Themen der vergangenen Jahre, sind noch keine speziellen Analysen veröffentlicht worden, obwohl gerade die EU-Erweiterung in Österreich besonders intensiv diskutiert wurde und für die starke EU-Skepsis in der Bevölkerung mitverantwortlich gemacht wird.

Eine abschließende Beurteilung über den Stand und die Entwicklung der Europäisierung der österreichischen Öffentlichkeit seit dem EU-Beitritt 1995 scheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt aufgrund fehlender umfassender Längsschnittdaten zwar noch nicht möglich, die Ergebnisse der international vergleichenden Forschung deuten jedoch darauf hin, dass österreichische Medien einen vergleichsweise hohen Europäisierungsgrad aufweisen, wie folgende Beispiele zeigen:

Kleinen-v. Königslöw et al. (2004) vergleichen die EU-Berichterstattung in diskursiven Artikeln (v.a. Kommentare) der Qualitätszeitungen aus fünf EU-Staaten (darunter Die Presse).⁶³ EU-Politik wird in Die Presse in 3,4% der analysierten Beiträge als Hauptthema und in 14,2% als Nebenthema behandelt. Damit liegt Die Presse etwa gleich auf mit der britischen Times, der dänischen Politiken und der deutschen FAZ, aber klar hinter der französischen Le Monde (11% bzw. 27%). Im Umfang der Berücksichtigung anderer europäischer Länder oder Akteure, zeigen sich in Deutschland und Österreich höchste Werte im Ländervergleich⁶⁴ aber insgesamt keine Europäisierungstrends im Zeitverlauf. Ein starker Europäisierungstrend manifestiert sich jedoch fast europaweit und auch in Österreich im steigenden Anteil der Artikel mit Bezügen zu EU-Institutionen.⁶⁵ Weiters wurde die Europäisierung anhand diskursiver Referenzen innerhalb der Beiträge untersucht. In Presse und FAZ kommen ausländische Sprecher in zitierter Form besonders oft und sogar häufiger zu Wort als nationale Sprecher.⁶⁶ Trotzdem scheint die österreichische Öffentlichkeit eher regionalisiert als europäisiert, da sie sich vor allem am Nachbarland Deutschland zu orientieren scheint.

Lauf und Peter (2004, 162ff.) bieten eine Sekundäranalyse der Daten aus der „European Election Study 1999“ und untersuchen alle politischen Beiträge, die in den Hauptnachrichtensendungen der reichweitenstärksten Sender in 13 EU-Mitgliedsstaaten in den letzten beiden Wochen vor der EP-Wahl 1999 gesendet wurden (darunter die ORF-ZIB). Im Anteil der EP-Wahlberichterstattung an

⁶³ Untersucht wurden Tageszeitungen aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Dänemark sowie Österreich. Die Stichprobe umfasst die Jahre 1982, 1989, 1996 und 2003.

⁶⁴ In der FAZ wurde in durchschnittlich 36,8% der Artikel auf andere europäische Länder Bezug genommen, die österreichische Presse liegt mit 34,1% knapp dahinter, Schlusslicht ist die britische Times mit nur 10,4%.

⁶⁵ Die Presse liegt an zweiter Stelle (22,9%) hinter Le Monde (32,5%).

⁶⁶ 40% der zitierten Sprecher in der Presse kommen aus dem europäischen Ausland (36% aus Österreich). Die Presse liegt damit im intermediären Vergleich an erster Stelle vor FAZ und Politiken (je 24%), Le Monde (18%) und Times (11%). Auf der Zeitachse zeigt sich jedoch keine klare Europäisierungstendenz.

der gesamten politischen Berichterstattung liegt Österreich mit 18% an dritter Stelle hinter Griechenland (26%) und Schweden (20%), Schlusslichter waren die Niederlande, Belgien (je 2%) sowie Deutschland (1%). Im Anteil der Beiträge mit Bezug zur Europäischen Union liegt Österreich mit 30% sogar an der Spitze vor Deutschland (29%) und Finnland (16%). Die Daten zeigen damit ein vergleichsweise hohes Europäisierungsniveau in der ORF-Berichterstattung im Zuge der EP-Wahl.

Spohn und Minkenberg (2002) wählen ebenfalls kurze Untersuchungszeiträume (16 Tage) und analysieren die Rolle der österreichischen Medien und Parteien für die Konstruktion und Rekonstruktion kollektiver Identitäten auf nationaler und europäischer Ebene. Untersucht werden themenspezifische Beiträge (Europäische Integration, Osterweiterung, Euro und GASP) in überregionalen und regionalen Tageszeitungen.⁶⁷ In allen untersuchten Medien zeigen sich Anspielungen auf ethnisch-territoriale Komponenten der österreichischen nationalen Identität, die auf Heimatkonzepte mit landschaftlichen Merkmalen verweisen (Alpen und Donau). Die landschaftlichen Elemente werden mit alpiner Strenge und alpinem Stolz der Österreicher sowie mit Offenheit und Freundlichkeit gegenüber dem Donaauraum verbunden. Europa steht demgegenüber für kontinental, zentral-europäisch und ost-zentral-europäisch, wobei das kleine Österreich zwischen Ost und West vermittelt. Im Standard ist dieses ethnisch-territoriale Konzept eher marginal, in der Presse stärker. In der Kronen Zeitung sind „romanticizing colors“ (Spohn/Minkenberg 2002, 22) weniger stark als in anderen Tageszeitungen.

Über die EU-Erweiterung urteilen die untersuchten Medien unterschiedlich. Der Standard und die Oberösterreichischen Nachrichten artikulieren eine positive Haltung und ein Gefühl der Solidarität, das auf Gemeinsamkeiten zwischen Österreich und den Erweiterungsländern basiert, während diese Gemeinsamkeiten in der Presse und den Salzburger Nachrichten zum Teil von Skeptizismus und sogar Angst überlagert werden. In der Kronen Zeitung wandelt sich diese Angst in eine offene Anti-Erweiterungs-Haltung und in der Kleinen Zeitung wird die opponente Einstellung sogar mit dem Verdacht einer Kolonisierung Westeuropas durch den Osten kombiniert (vgl. Spohn/Minkenberg 2002, 23).

Maurer (2003) analysiert die Offenheit des Post-Nizza-Prozesses für Akteure aus verschiedenen Bereichen der Zivilgesellschaft sowie die Parallelen und Unterschiede zwischen dem

⁶⁷ Beiträge in den regionalen Tageszeitungen Der Standard, Die Presse, Kronen Zeitung sowie der regionalen Tageszeitungen Salzburger Nachrichten, Oberösterreichische Nachrichten und Kleine Zeitung in den Zeiträumen 3.–13.12.2000 und 29.12.2001 – 02.01.2002.

„realpolitischen“ Post-Nizza-Prozess und der darauf bezogenen nationalen Berichterstattung.⁶⁸ Untersucht werden Kommentare in Tageszeitungen aus 4 Ländern.⁶⁹ Die Ergebnisse zeigen, dass die Zeitungsbeiträge zum Post-Nizza-Prozess überwiegend europäisch ausgerichtet sind (65,5%),⁷⁰ und dass im Zeitverlauf sogar ein Trend zu einer Erhöhung der europäischen Perspektive erkennbar ist. Die österreichischen Tageszeitungen liegen mit 69,2% europäisch orientierten Artikeln an zweiter Stelle hinter jenen aus Deutschland (82,1%). In der Tageszeitung Die Presse ist der Anteil an „nicht-national“ orientierten Beiträgen im Zeitungsvergleich sogar am höchsten, in britischen Tageszeitungen am niedrigsten. „The German and Austrian media seem to establish an aversion in relation to a purely national oriented reporting, and the French press switches between national and European aspects to the topic“ (Maurer 2002, 36).⁷¹ Allerdings könnte laut Maurer (2002, 27) ein Grund für die eher europäische Orientierung in Österreich darin liegen, dass zentrale österreichische politische Akteure selbst kaum Debattenbeiträge zur Zukunft Europas lieferten.

Sievert (1998) untersucht anhand einer quantitativen Inhaltsanalyse die EU-Berichterstattung in Nachrichtenmagazinen aus fünf EU-Staaten im ersten Halbjahr 1996 (darunter News und Profil aus Österreich).⁷² Gefragt wird u.a., in welchem Umfang und in welcher Form in den ausgewählten Staaten über die EU und über andere Mitgliedsländer berichtet wird. Mit 33 Artikeln zu EU-Themen liegt das Nachrichtenmagazin Profil in absoluten Zahlen an zweiter Stelle hinter dem deutschen Focus und erreicht relational (5,5% EU-Anteil am Gesamtvolumen) sogar Spitzenwerte vor Elsevier (NL) und Focus (D). News liegt mit 24 Artikeln in absoluten Zahlen an vierter Stelle, in relativen Zahlen (2,2%) auf Rang Fünf. Sievert resümiert, dass Berichte über die Europäische Union nur geringe internationale Synchronität aufweisen, aber formal und inhaltlich besser sind als ihr Ruf (vgl. Sievert 1998, 342).

⁶⁸ „Indeed, the key element of the Post-Nice-debate is the open and transparent mediatisation of its actors, deliberations and questions. [...] To the extent that the Post-Nice-debate will stimulate an intensification and convergence of public discourses, in particular across national publics, it could lead to a rise in input legitimacy“ (Maurer 2003, 12).

⁶⁹ Untersucht wurden Medien aus Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Österreich. Für Österreich wurden die Tageszeitungen Die Presse und Der Standard analysiert. Die Untersuchung fokussierte auf folgende entscheidende Sequenzen der Post-Nizza-Debatte über die Zukunft Europas: Die Humboldt-Rede von Joschka Fischer (Mai 2000), den Rat von Nizza (Dezember 2000), den Europäischen Rat von Laeken (Dezember 2001) sowie den „Start“ der Verfassung (März 2002), Untersuchungszeitraum war Mai 2000 bis April 2002. Für Österreich ergab sich damit ein Sample von 107 Artikeln für Die Presse sowie 97 Artikel für Der Standard.

⁷⁰ Ein Artikel wurde als europäisch orientiert codiert, wenn in diesem eine Debatte, ein Ereignis oder eine Rede kommentiert wurde, die außerhalb des eigenen Landes gehalten wurde oder wenn über Ansichten aus anderen Staaten berichtet wurde. Einen nationalen Fokus wiesen Artikel auf, wenn darin nur über nationale Beiträge zur Post-Nizza-Debatte berichtet wurde oder über nationale Reaktionen auf Ereignisse und Reden, die im eigenen Land gehalten wurden.

⁷¹ Weiters wurde analysiert, welche Einstellung die Autoren zu Verfassung, Einrichtung eines europäischen Zwei-Kammern Systems, Stärkung der nationalen Parlamente, Einführung einer eindeutigen Kompetenzen-Liste erkennen lassen. Aus diesen Bewertungen wurde ein Index erstellt, hier werden aber keine gesonderten Ergebnisse für Österreich ausgewiesen (siehe Maurer 2002, 27ff.).

⁷² Untersucht wurden Nachrichtenmagazine aus Österreich, Deutschland, Frankreich, Spanien und den Niederlanden.

2.3 Untersuchungsziele dieses Projekts

Gemeinsam mit vielen anderen Autorinnen und Autoren sehen wir den Weg zu einer Europäischen Öffentlichkeit als langfristigen Prozess, der vor allem über die *Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten und deren gegenseitige, transnationale Verschränkung* führen kann. Eine entscheidende Rolle in diesem Prozess spielen die Massenmedien. Wenn man diese theoretische Perspektive als Leitlinie ernst nimmt und eine Standortbestimmung vornehmen möchte, auf welcher Stufe dieses Prozesses sich Europa derzeit befindet, steht man vor einem sehr umfassenden Programm für die empirische Forschung. Dann gilt es zu messen, ob es tatsächlich zu einer Zunahme der Medien- und Publikumsaufmerksamkeit für Europapolitik in nationalen Medien kommt. Es stellt sich weiters die Frage nach der Entwicklung der transnationalen Kommunikationsdichte, zu messen nur durch komplexe Indikatoren wie etwa transnationale Relevanzkonstruktion und transnationale Arenenreferenzialität; idealtypisch über Inhaltsanalysen zur EU-Berichterstattung in allen EU-Staaten, quer durch alle Mediengattungen, mit jeweils langen Zeitreihen um Entwicklungstendenzen ablesen zu können.

Solche Programme können eher durch Transnationalisierung und Vernetzung der europäischen Öffentlichkeitsforschung als von einzelnen Forschungsgruppen umgesetzt werden. Deshalb erscheint es sinnvoll Forschungslücken zu identifizieren und diese zu schließen. Dazu kann auf bestehenden und bewährten Ansätzen aufgebaut werden die punktuell innovativ ergänzbar und kombinierbar sind. Genau das soll in dieser Analyse geschehen:

Zentrales *Untersuchungsziel* ist die empirische Erfassung von Europäisierungsprozessen in Österreich. Untersucht werden dabei Stand und Entwicklung der Europäisierung der österreichischen Öffentlichkeit in den Bereichen mediale Aufmerksamkeit, öffentliche Diskurse und mediale Strukturbedingungen. Darüber hinaus sollen durch einen systematischen intermedialen Vergleich Gemeinsamkeiten und Differenzen der EU-Berichterstattung auf unterschiedlichen Informationsplattformen (TV, Qualitätspresse, Boulevardpresse) identifiziert werden, um die unterschiedlichen Rollen der Qualitäts- und der Boulevardmedien im Prozess der Europäisierung von Öffentlichkeit zu untersuchen. Entsprechend unserer Forschungsinteressen gliedert sich das Projekt in folgende vier Forschungsbereiche:

(1) Erfassung der bislang analytisch vernachlässigten Langzeitentwicklung der Europaberichterstattung in Österreich (Europäisierungstrend),

(2) Analyse der Gemeinsamkeiten und Differenzen der EU-Berichterstattung in TV, Qualitätspresse und der Boulevardpresse, die bisher trotz ihrer zentralen Stellung im Mediensystem noch kaum berücksichtigt wird (Europäisierung im intermedialen Vergleich),

(3) Identifikation von Mustern der Europäisierung themenspezifischer europapolitischer Debatten anhand des medialen Diskurses zum Fallbeispiel EU-Osterweiterung (Europäisierung öffentlicher Diskurse), der bisher in Untersuchungen noch keine Berücksichtigung fand obwohl Österreicherinnen und Österreicher der Erweiterung besonders skeptisch gegenüber stehen,

(4) Rückschlüsse auf mediale Strukturbedingungen für die Europäisierung politischer Kommunikation.

Die Beantwortung der Fragen erfolgt überwiegend mit Hilfe quantitativer Inhaltsanalysen der Medienberichterstattung zu EU-Themen. Die Untersuchungszeiträume, die Datenbasis und die Analyseparameter wurden entlang der jeweils zentralen Fragestellungen ausgewählt und variieren deshalb in den vier Untersuchungsbereichen. Die Untersuchung wird somit von zahlreichen untersuchungsrelevanten Schwerpunktsetzungen und Selektionsentscheidungen begleitet. Im Folgenden soll die Vorgangsweise im Detail beschrieben und begründet werden.⁷³

2.4 Konzeptionelle Eckpfeiler der Analyse⁷⁴

2.4.1 Europäische politische Öffentlichkeit als Referenzrahmen

Den Referenzrahmen unserer Untersuchung bildet die Frage nach der Entstehung einer europäischen politischen Öffentlichkeit, verstanden als intermediärer Kommunikationsraum,⁷⁵ der

⁷³ Eine detaillierte Dokumentation erscheint hier nicht nur aus Gründen der Transparenz geboten, sondern auch, um eine Überprüfung der Vergleichbarkeit von Ergebnissen zu ermöglichen. Laut Neidhardt (2006) erscheint im Forschungsfeld zum Thema europäische Öffentlichkeit das Ausmaß an forschungspraktisch erzeugten Inkommensurabilitäten, die sich von außen kaum aufklären lassen, relativ hoch.

⁷⁴ Wir bedanken uns bei Barbara Pfetsch und Hannes Haas für die Unterstützung bei der Arbeit zum Untersuchungsdesign.

⁷⁵ Die Verwendung der Raum-Metapher zur Beschreibung von Öffentlichkeit hat in der Kommunikationswissenschaft Tradition (vgl. etwa Kleinsteuber/Rossmann 1992; 1994; Kleinsteuber 2000; Hasebrink 2000, 97; Jarren/Donges 2002), ist aber nicht selbstverständlich, zumal Öffentlichkeit physische Räume transzendiert (vgl. Calhoun 2003). Es scheint jedoch sinnvoll von einem „Kommunikationsraum Europa“ (vgl. Erbring 1995) zu sprechen, der auf institutionellen Strukturen basiert und durch diese mitgeprägt wird - etwa von informellen und formalen Normen (z.B. Sprache, Pressefreiheit, etc.). In der Literatur werden auch andere räumliche Metaphern zur Beschreibung von Öffentlichkeit verwendet, wie etwa „Forum“, „Feld“ (vgl. Neidhardt 1994a, 7). Einige verwenden die „Arena“-Metapher, mit der signalisiert wird, dass ein begrenzter Handlungsraum vorliegt mit unterschiedlichen Akteuren und Instanzen und Vermittlern sowie einem Publikum (Faulstich 2002, 215). Andere verwenden die „Netzwerk“-Metapher (siehe etwa Habermas 1998, 436; Imhof 2003, 203; Díez Medrano 2003, 193). Tobler (2006, 109 unter Verweis auf Imhof 2006 und Wessler 2004) modelliert Öffentlichkeit als „Kommunikationsnetzwerk von Öffentlichkeitsarenen, das in funktionaler, segmentärer und satisfaktorischer Hinsicht differenziert und über nicht abreißende Wellen von Kommunikationsereignissen miteinander verbunden ist“. Systemtheoretischen Analysen liegt häufig die Spiegel-Metapher zugrunde, Öffentlichkeit wird als intermediäres „Kommunikationssystem“ oder als „Beobachtungssystem“ beschrieben (siehe etwa Gerhards 1993, 107; Gerhards 1994). Trenz (2000, 333 FN 1) merkt jedoch an, dass

insbesondere Akteure des politisch-administrativen Systems, Akteure der (organisierten) Zivilgesellschaft und Interessengruppen sowie Bürgerinnen und Bürger miteinander verbindet. Kommunikation ist das konstituierende Element von Öffentlichkeit, unabhängig davon, welche Funktionen (Beobachtung, Vermittlung, etc.) damit verbunden und welche Metaphern (System, Sphäre, Raum, etc.) für nähere Beschreibungen gewählt werden. Mit Koopmans/Erbe (vgl. 2004 zit. nach Erbe 2006) operationalisieren wir Öffentlichkeit als *relative Dichte kommunikativen Handelns*.

Für unseren Untersuchungszusammenhang ist Öffentlichkeit vor allem aufgrund spezifischer *Funktionen im europapolitischen Kontext* von besonderer Bedeutung. Aus demokratiepolitischer Perspektive – in der Tradition liberal-repräsentativer Demokratietheorien – soll politische Öffentlichkeit *Transparenz* herstellen, die gegenseitige Beobachtung von Bürgern und Regierenden sowie die Kontrolle der Regierenden durch Bürgerinnen und Bürger ermöglichen. Öffentlichkeit soll die Repräsentation des Meinungsspektrums sichern und zur Meinungsbildung beitragen. In der Tradition deliberativer Demokratietheorien soll Öffentlichkeit zudem Meinungs-austausch/Dialog, Wissenserzeugung, Lerneffekte und Deliberation ermöglichen. Wir teilen für unsere Analyse diese demokratietheoretisch begründeten Sichtweisen zur Bedeutung von Öffentlichkeit. Form und Ausmaß europäischer Öffentlichkeit sind mitbestimmend für die demokratische Qualität politischer Ordnungen. Potenzielle Öffentlichkeitsdefizite im europäischen Kommunikationsraum rechtfertigen eine eingehende empirische Analyse von Formen und Ausmaß europäischer Öffentlichkeit. Öffentlichkeitsdefizite sind demokratiepolitisch brisant, weil wichtige Öffentlichkeitsfunktionen nicht oder nicht in ausreichendem Ausmaß erfüllt werden können. Öffentlichkeitsfunktionen bilden daher die normativen Referenzpunkte für unsere Analyse, die wir an demokratischen Standards orientieren.

Die Frage der Demokratie stellt sich dort, wo Macht entsteht (vgl. Abromeit 2001). Mit Tobler (vgl. 2006) ist politische Öffentlichkeit ein vielseitig gegliederter Kommunikationsraum, der „(...) *an einem politischen Entscheidungszentrum ausgerichtet* ist.“ Die logische Konsequenz daraus ist, Existenz, Ausmaß und Defizite von Öffentlichkeit für jenen Raum zu bestimmen, in dem reale politische Macht und ein reales politisches Entscheidungszentrum existieren. Dies gilt im weiten europäischen Kontext vor allem für die politische Europäische Union und ihre Institutionen. Wir fokussieren in unserer Analyse daher auf die EU bzw. auf die Europäisierung von Öffentlichkeit im Kontext der europäischen politischen Integration. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass Macht (gemessen an politischen Kompetenzen) in der Europäischen Union weder über alle Politikfelder

hinweg auf der EU-Ebene konzentriert noch in allen Politikbereichen gleichmäßig zwischen der EU und den Nationalstaaten verteilt ist. Insofern erscheint eine differenzierte Analyse nach Politikfeldern mit variierenden Kompetenzen im System der Multi-level Governance sinnvoll und notwendig (vgl. auch Pfetsch/Koopmans 2006).

2.4.2 Mediale Öffentlichkeit als zentraler Raum politischer Öffentlichkeit

In der Literatur über politische Öffentlichkeit wird die grundsätzliche Bedeutung der Massenmedien für Öffentlichkeit kaum bestritten.⁷⁶ Mit Gerhards (2002, 138) „konstituiert sich Öffentlichkeit unter den Bedingungen von flächenstaatlichen Massendemokratien vor allem, und in erster Linie, als massenmediale Öffentlichkeit. Allein Massenmedien ermöglichen faktisch dauerhafte Beobachtung von Politik durch Bürger. Alle Formen von Präsenzöffentlichkeit sind für diese Leistungserbringung überfordert.“ Nachrichtenmedien und deren Wandel spielen daher eine Schlüsselrolle im Prozess der Europäisierung von Öffentlichkeit und sie werden unter zwei Hauptaspekten in der Analyse europäischer Öffentlichkeit berücksichtigt: Einerseits als Untersuchungseinheit für die Bestimmung von Europäisierungsniveaus und -trends in empirischen Analysen (Inhaltsanalysen). Andererseits als Systeme, Infrastrukturen, Institutionen oder Organisationen, welche die Strukturbedingungen für Europäisierungsprozesse mitbestimmen (Strukturanalysen).⁷⁷

Auch wir widmen uns in unserer Analyse ausschließlich der *massenmedialen Öffentlichkeit*. Formen von Präsenzöffentlichkeiten (Encounteröffentlichkeiten; Versammlungsöffentlichkeiten) werden von uns nicht berücksichtigt. Von zentraler Bedeutung für Informationen über EU-Politik sind dabei die Leitmedien politischer Kommunikation. Nachdem sich die rezente Forschung aber vorwiegend auf die Qualitätspresse konzentriert, bleiben die Beiträge der TV-Nachrichten, der reichweitenstarken Boulevardpresse und des Internet für Europäisierungsprozesse bislang jedoch unterbeleuchtet. Wir versuchen einen Beitrag zur Schließung dieser Forschungslücken zu leisten, indem wir bestehende

⁷⁶ Hier liegt auch die zentrale Bedeutung der Kommunikations- und Medienwissenschaft für die Analyse von Öffentlichkeit im Allgemeinen und europäischer Öffentlichkeit im Speziellen, die auch von Forschern anderer Disziplinen betont wird: Laut Neidhardt (vgl. 1994a, 10) muss sich Öffentlichkeitsforschung auch ganz wesentlich als Massenmedienforschung verstehen. Laut Gerhards (vgl. 1998, 44) werden theoretische Konzeptionen von Öffentlichkeit einerseits und die Analyse von Medienbedingungen andererseits in unterschiedlichen Wissenschaften verhandelt. Zwischen beiden eine Brücke zu schlagen wäre zwar nicht einfach, zugleich schiene ein solcher Versuch aber lohnend zu sein. Mit Abromeit (vgl. 2001, 75) sind speziell die in einander verschränkten Fragen nach den Ansatzpunkten für eine supranationale öffentliche Sphäre und nach den Konstitutionsbedingungen eines supranationalen Demos nicht zuletzt auch medienwissenschaftlicher Natur.

⁷⁷ Siehe hierzu insbesondere die Arbeiten von Meyer (1999; 2000; 2002; 2003) zu medialen und politisch-administrativen Barrieren für europäische Öffentlichkeit. Siehe weiters den Ansatz von Adam/Berkel/Pfetsch (vgl. 2003) zu den medialen Opportunitätsstrukturen für die Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten; Schlesinger/Kevin (vgl. 2000) zu den medialen Hemmnissen der Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit; Thomaß (vgl. 2002; 2004) zur Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bei Europäisierungsprozessen; Russ-Mohl (vgl. 2003) zu den Grenzen und Möglichkeiten für europäischen Journalismus; Firmstone (vgl. 2003) zu organisationsstrukturellen Aspekten der Europaberichterstattung in Großbritannien. Siehe weiters die Beiträge von Steininger (2006), Meier/Trappel (2006), Hahn/Rosenwerth/Schröder (2006), Hummel (2006) und Thomaß (2006) zu medialen Strukturbedingungen europäischer Öffentlichkeit.

Informationsangebote zu europapolitischen Themen im Fernsehen (ORF-ZIB), in der Qualitätspresse (Der Standard) und in der Boulevardpresse (Kronen Zeitung) untersuchen und miteinander vergleichen.⁷⁸

Die aktuelle Europäisierungsforschung legt ihren Schwerpunkt auf die Berichterstattung in der Qualitätspresse. Begründet wird die Fokussierung auf die Qualitätsmedien mit der Annahme, dass sich Europäisierung wenn überhaupt, dann vor allem in der Qualitätspresse zeigt. Sollte nicht einmal in sogenannten „Elitezeitungen“ ein signifikanter Europäisierungstrend nachweisbar sein, wäre dieser in anderen Medien sicher noch weniger zu erwarten (Brüggemann et al 2006). Weiters gilt die Berichterstattung der Qualitätspresse als Indikator für die Performanz und Qualität der Massenmedien und des Journalismus eines Landes (vgl. etwa Peters/Schultz/Wimmel 2004, 15; Schulz 2001) mit zentraler Bedeutung für Meinungsbildungsprozesse. Qualitätsmedien setzen professionelle Standards in der medialen Darstellung von Politik, erreichen damit eine Vorbildfunktion für die anderen Medien, agieren als Opinion-Leader mit ihren eigenen Meinungsbeiträgen in politischen Streitfragen und fungieren als Inter-Media-Agenda-Setter, an denen sich andere Medien orientieren, wodurch sie zumindest indirekt auch die Meinungsbildung jener Rezipienten beeinflussen, die sie nicht lesen (vgl. Voltmer 1999, 89; ähnlich Gerhards/Neidhardt/Rucht 1998, 191).

Diese Sichtweise vernachlässigt aber die Rolle der reichweitenstarken Boulevardmedien für Europäisierungsprozesse. Die zunehmende Politisierung der Europäischen Union und die Häufung von Konflikten und Skandalen führt zu einer zunehmenden Boulevardisierung Europas in den Medien (Neidhardt 2006, 57). Ein Trend von „permissivem Konsens“, „Hofberichterstattung“ oder „pro-europäischem Lobbying-Journalismus“ hin zu verstärkter „Kritik und Kontrolle“ in europapolitischen Angelegenheiten scheint erkennbar, orientiert an Unterhaltungswerten und auf Basis emotionalisierender Präsentationsstile (vgl. Latzer/Saurwein 2006, 30 unter Verweis auf Arbeiten von Meyer). Einerseits kann dadurch auch ein großes Publikum europäisiert werden (vgl. Neidhardt 2006, 57f.). Andererseits vollzieht sich dieser Trend zum Teil zu Lasten des politischen Integrationsfortschritts und der Unterstützung der europäischen Integration in breiten Bevölkerungskreisen, sowie nicht zuletzt auch auf Kosten der Sachgerechtigkeit (vgl. etwa Saxer 2006).

⁷⁸ Das ursprünglich geplante Vorhaben, einen umfassenden intermedialen Vergleich mit der EU-Berichterstattung auf der Online-Plattform ORF-ON durchzuführen, konnte aufgrund von Zugänglichkeitsproblemen zum Datenmaterial nicht realisiert werden. Die Dynamik der Online-Medien bringt es mit sich, dass die Online-Archivsysteme (noch) nicht im gleichen Umfang verfügbar sind wie jene für Print- und Fernsehnachrichten.

Neue Aufschlüsse über die Formen der Europäisierung der österreichischen Öffentlichkeit erwarten wir daher insbesondere durch den Vergleich zwischen der Berichterstattung in Qualitäts- und Boulevardmedien, mit dem der zentralen Stellung der Kronen Zeitung im österreichischen Mediensystem Rechnung getragen wird. Die Kronen Zeitung ist nicht nur die bei Weitem meist gelesene Tageszeitung, sondern auch eine der meistgelesenen Zeitungen von Eliten.⁷⁹ Die Verantwortlichen der Kronenzeitung sind sich ihres Einflusspotenzials bewusst und betonen explizit ihre Kontrollfunktion in EU-politischen Angelegenheiten.⁸⁰ Auch in der politik- und kommunikationswissenschaftlichen Literatur wird der Kronen Zeitung Einflussmacht zugeschrieben (vgl. etwa Plasser/Ullram 2004, 52), ebenso in Fragen der Bevölkerungsmeinung über die Europäische Union (Vitouch/Mayer 2004, 12).⁸¹

Der intermediale Vergleich soll vor allem Unterschiede in den Debatten in Qualitätsmedien und Boulevardmedien aufzeigen, u.a. im medienspezifischen Europäisierungsgrad öffentlicher Diskurse, in der Themenauswahl, in der Beurteilung der EU-Politik (v.a. Erweiterung) sowie in der Beurteilung zentraler EU-Akteure und Institutionen. Für unsere Analysen gehen wir zum einen davon aus, dass Medien als Akteure im Kommunikationsraum in einer Doppelrolle fungieren, sowohl als Vermittler fremder Positionen, als auch als Sprecher, die die eigenen Positionen vertreten (vgl. u.a. Pfetsch/Koopmans 2006; Neidhardt 1994a, 14). Zum anderen nehmen wir an, dass Möglichkeiten und Grenzen für Europäisierungsprozesse auf medieninhaltlicher Ebene u.a. von institutionellen Faktoren auf der Medienstrukturebene mitbestimmt werden.⁸² Wir werden deshalb im inhaltsanalytischen Teil unserer Untersuchung die Rolle der Medien als Sprecher eigens erfassen und von ihrer Rolle als Vermittler von Nachrichten unterscheiden, und wir werden die Ergebnisse unserer Inhaltsanalysen vor dem Hintergrund der medialen Strukturbedingungen europäischer Öffentlichkeit reflektieren.

⁷⁹ Rezente Untersuchungen zeigen, dass die Kronen Zeitung im Jahr 2005 eine Reichweite von 44,9% (ca. 3.000.000 Leser) hatte, der Standard erreichte 5,9% (400.000 Leser). 22,3% der Akademiker lesen den Standard, 22,1% das Mid-Market-Paper Kurier und 21% die Kronen Zeitung, die Reichweiten aller drei Tageszeitungen bei den Akademikern liegen innerhalb der statistischen Schwankungsbreite (vgl. Media Analyse 2005).

⁸⁰ Während sich der Herausgeber der Kronen Zeitung Hans Dichand gerne „im Vorhof der Macht“ sieht (so der Titel eines 1996 erschienen Buches), betont Außenpolitik-Redakteur Kurt Seinitz explizit die Kontrollfunktion der reichweitenstärksten Tageszeitung in Österreich: Die Kronenzeitung sehe ihre Rolle auch darin, Politiker auf den Boden der Tatsachen zurückzuholen, wenn diese glauben, auf Wolken schweben zu können. „Das machen wir mit unseren Kommentaren. Gelegentlich müssen wir einen Ordnungsruf erteilen“ (Kurt Seinitz im Film „Tag für Tag ein Boulevardstück“ von Nathalie Borgers). Über die offen EU-kritische Haltung seines eigenen Blattes – auf der Leserbriefseite wurde eigens eine Rubrik zum „EU-Theater“ eingerichtet – sagt Seinitz: „Die Berichterstattung ist angemessen, korrekt und kompetent. [...] Die Kronen Zeitung ist Opposition in der EU, so wie Oppositionsparteien in Österreich eine Funktion haben: Missstände abzustellen und Fehlentwicklungen zu korrigieren“ (Apfl/Huter/Jilch 2005).

⁸¹ Vitouch/Mayer (2004) zeigen, dass 52% der EU-Skeptiker die Boulevardzeitung als Informationsquelle über die Europäische Union angeben. Sie nehmen an, dass die Berichterstattung der Kronen Zeitung einen Anteil am EU-Skeptizismus der Österreicher hat. Birk (2004) verweist darauf, dass die deutliche Zustimmung der Bevölkerung bei der Abstimmung über den EU-Beitritt Österreichs nicht nur auf den Einfluss der politischen Parteien und der Sozialpartner, sondern auch auf die Kampagne der Kronen Zeitung zurückgeführt werden kann, mit der ab 1994 eine deutlich positive Haltung zum EU-Beitritt Österreichs signalisiert wurde. „Die „bandwagon“-Funktion der Kronen Zeitung im Medienbereich steht außer Zweifel“ (Birk 2004,3).

⁸² So werden europäische Öffentlichkeitsdefizite u.a. auf bestehende, mediale Strukturbedingungen wie Nachfrageorientierung, Kommerzialisierung, auf nationalstaatlich rückgekoppelte Journalismussysteme und auf die Fragmentierung des Mediensystems zurückgeführt. Forschungsdefizite bestehen bislang in der Verbindung von Struktur- und Inhaltsanalysen. Für einen der wenigen Versuche strukturelle und inhaltliche Aspekte umfassend zu verknüpfen siehe Sievert (1998).

2.4.3 Differenzierung der Anspruchsniveaus

Über ein normatives Konzept einer idealtypischen Öffentlichkeit für den Kommunikationsraum Europa besteht keine Einigkeit. Die Heterogenität der Sichtweisen und Anforderungen an europäische Öffentlichkeit bringen auch Probleme für die Auswahl adäquater Parameter für die empirische Europäisierungsforschung, weil die Gefahr einseitiger Fixierung und überzogener Anforderungen besteht. Neidhardt (2006, 55) schlägt daher vor, zunehmend voraussetzungsvollere Informations-, Diskurs- und Solidaritätsebenen europäischer Kommunikationen als „Dimensionen europäischer Wertschöpfung“ zu unterscheiden, um so eine Qualitätssteigerung europäischer öffentlicher Meinungsbildung erfassen zu können. Europäisierung von Öffentlichkeit ist ein multidimensionales und graduelles Phänomen, und ihre Erfassung verlangt nach Prozessmodellen, in denen die entscheidenden Varianzen auf mehreren Ebenen wahrgenommen und beschrieben werden können (vgl. Neidhardt 2006, 53 unter Verweis auf Eder 2000 und Peters o.J.). Wir folgen diesem Vorschlag für unsere Analyse der Europäisierung der österreichischen Öffentlichkeit, verzichten auf einseitige normative Fixierungen und legen unserer Untersuchung Anforderungen aus unterschiedlichen Demokratiemodellen (Transparenz, Interaktion, Partizipation, Diskursivität) in einem mehrdimensionalen Analysedesign zugrunde.

(1) Mediale Aufmerksamkeit für EU-Politik als Basisanforderung (Transparenz)

Als ersten wichtigen Indikator zur empirischen Erfassung von Europäisierungsprozessen in Österreich erachten wir die mediale Aufmerksamkeit für EU-Politik. Es existiert zwar keine anerkannte Norm für ein adäquates Europäisierungsniveau. Überzeugend scheint jedoch die Vorstellung, dass eine Zunahme der Bedeutung der Europäischen Union (gemessen an politischen Kompetenzen in den jeweiligen Politikfeldern) auch von einer Zunahme der medialen Aufmerksamkeit für EU-Politik (entsprechend der EU-Kompetenzen in den jeweiligen Politikfeldern) begleitet werden sollte.⁸³ Für die empirische Forschung zur Entstehung europäischer Öffentlichkeit rückt damit die *Prozessperspektive* in den Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses. Sowohl themenübergreifende Querschnittsanalysen zum aktuellen Europäisierungsniveau als auch themenbeschränkte Analysen erscheinen zur Beantwortung der Frage nach dem Prozess der Europäisierung von Öffentlichkeit weniger geeignet als themenübergreifende, nach

⁸³ Vgl. grundlegend, allerdings noch nicht nach Politikfeldern differenziert Gerhards (2000); für die Differenzierung der Anforderungen nach variierenden Kompetenzen in unterschiedlichen Politikfeldern Pfetsch/Koopmans (2006).

Politikbereichen, EU-Kompetenzen, und EU-Staaten differenzierte Längsschnittuntersuchungen. Wir stellen daher die *Langzeitperspektive* in den Mittelpunkt unserer Analyse und fragen nach Europäisierungsprozessen in Österreich seit dem EU-Beitritt 1995. Als ersten wesentlichen Parameter zur empirischen Erfassung von Europäisierungsprozessen in Österreich sehen wir die potenziell steigende, stagnierende oder abnehmende mediale Aufmerksamkeit für EU-Politik (vertikale Europäisierung) und für andere europäische Staaten (horizontale Europäisierung) in der nationalen Medienarena.⁸⁴ Wir gehen dabei davon aus, dass mediale Aufmerksamkeit eine zentrale Voraussetzung für die Erfüllung von demokratietheoretischen Öffentlichkeitsfunktionen ist: Ohne mediale Aufmerksamkeit für EU-Politik und andere europäische Staaten fehlen die Möglichkeiten/Voraussetzungen für die Beobachtung und die Kontrolle der politischen Europäischen Union bzw. ihrer zentralen supranationalen und nationalen politischen Akteure durch die Bürgerinnen und Bürger.

(2) Transnationale Verschränkung und europäisierte Interaktion als Schlüsselkriterien

Aufmerksamkeit für Europapolitik in nationalen Medien wird in der rezenten Literatur als notwendige aber nicht hinreichende Bedingung für europäische Öffentlichkeit weitgehend anerkannt. Um von einer Europäisierung von Öffentlichkeit sprechen zu können, bedarf es zusätzlich der Europäisierung von Kommunikationsprozessen. Der Weg zur europäischen Öffentlichkeit führt – so die heute dominante Vorstellung, wenn auch mit z.T. unterschiedlicher Terminologie – über die zunehmende Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten *und* deren gegenseitige *transnationale Verschränkung*. Zur Messung von Verschränkung bzw. von Transnationalisierung im europäischen Kontext wurden zahlreiche Indikatoren vorgeschlagen.⁸⁵ Im Kern geht es bei den Messversuchen um die Beantwortung der Frage, ob die Europäer und die Akteure der supranationalen Ebene miteinander, nebeneinander her oder aneinander vorbei reden. Grundsätzlich besteht nämlich die Gefahr, dass die Debatten und die Berichterstattung über Europa in voneinander isolierten nationalen Diskursen („nationalstaatlich versäult“) verlaufen.

Wir wollen den Transnationalisierungsaspekt in unserer Analyse berücksichtigen. Die Fokussierung auf Österreich bereitet hier jedoch Probleme, insbesondere weil sie keine Bestimmung des Grades synchroner transnationaler Aufmerksamkeit für europapolitische Themen und keine Berücksichtigung der Diskurse in anderen nationalen Arenen zulässt. Dazu sind

⁸⁴ Zur Unterscheidung von vertikaler und horizontaler Europäisierung siehe Koopmans/Erbe (2003).

⁸⁵ Die Debatte um adäquate Parameter für die empirische Analyse, speziell zur Operationalisierung von „Diskursivität“ ist in vollem Gang: Für Zusammenfassungen und für mehr oder weniger umstrittene Operationalisierungsvorschläge siehe vor allem Eder/Kantner (2000); Eilders/Voltmer (2003); van de Steeg (2003); Wimmel (2004); Tobler (2006).

länderübergreifende Analysen notwendig.⁸⁶ Die Analyse eines Landes (wie eben Österreich) bietet jedoch die Möglichkeit zu erfassen, *ob und in welchem Ausmaß die nationale politische Öffentlichkeit für Debattenbeiträge aus anderen europäischen Ländern sowie der supranationalen Ebene offen ist.*

Als zweiten wichtigen Indikator für die Erfassung von Europäisierungsniveaus und -prozessen erachten wir den Grad an europäisierter Interaktion. Mit Hilfe eines akteurs- bzw. aussagenzentrierten Ansatzes sollen die Debattenbeiträge verschiedener Akteure erfasst und der Anteil europäischer Akteure im Akteursensemble gemessen werden. Ein hoher Anteil europäischer Sprecher in der nationalen Berichterstattung – insbesondere in potentiell diskursiven Genres (Gastbeiträgen, Interviews, Kolumnen) – gilt auch in der Literatur als Indikator für transnationale Interaktion. Darüber hinaus können aber auch die *kommunikativen Referenzen* der Aussageträger/Sprecher auf andere Akteure (Adressaten, Objektakteure) analysiert werden, um festzustellen in welchem Ausmaß Aussagen in der nationalen Arena an europäische Akteure gerichtet werden. Die Analyse der gesamten *Akteursensembles* (Sprecher, Adressaten, Objektakteure) ermöglicht die Bestimmung des Europäisierungsgrades der Interaktion.⁸⁷

(3) Breite Debatten bei Ausnahmeverfahren (Partizipation)

Die mit der vorgeschlagenen Vorgangsweise erzielten Ergebnisse zeigen die partizipierenden Akteure in der österreichischen medialen Öffentlichkeit entsprechend ihrer Herkunft, und erlauben Rückschlüsse auf den Grad ihrer Offenheit für Sprecher aus anderen EU-Staaten und für Vertreter der EU-Institution. Darüber hinaus wird jedoch auch häufig darauf hingewiesen, dass die öffentlichen europapolitischen Diskurse bislang vorwiegend von politischen und ökonomischen Eliten getragen werden,⁸⁸ und dass eine breite, umfassende Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure und der Bevölkerung bisher nicht stattfindet.⁸⁹

⁸⁶ Für ambitionierte, länderübergreifende Forschung siehe die rezenten Arbeiten aus dem Projekt Europub.com am Wissenschaftszentrum Berlin (<http://europub.wz-berlin.de>). Siehe weiters rezente Arbeiten aus dem Forschungsprojekt „Die Transnationalisierung von Öffentlichkeit und ihre Bedeutung für politische Ordnungen am Beispiel der EU“ am SFB 597 „Staatlichkeit im Wandel“ an der Universität Bremen (www.staat.uni-bremen.de).

⁸⁷ Diese Indikatoren erfassen jedoch nicht, ob sich Sprecher direkt auf bereits getätigte Debattenbeiträge beziehen. Ein hoher Anteil solcher direkter Bezugnahmen wäre der stärkste Indikator für Interaktion.

⁸⁸ Bislang waren die europäischen Eliten der Ansicht, kontroverse Debatten sollen vermieden werden, da dies populistischen Parteien Auftrieb geben und die Europäische Integration gefährden würde. Doch gerade Streit und Politisierung seien für die demokratische Willensbildung im öffentlichen Diskurs konstitutiv (Risse 2002, 22; vgl. auch Eder/Kantner 2002, 308).

⁸⁹ Entsprechend häufig werden in der aktuellen Debatte über die Zukunft der Europäischen Union Forderungen nach mehr „Bürgernähe“, nach „Demokratie, Diskussion und Dialog“ und nach „besserer Kommunikation“ gestellt. Siehe beispielsweise das *Weißbuch über europäische Kommunikationspolitik* (COM (2006) 35 vom 1.2.2006); *Der Beitrag der Kommission in der Zeit der Reflexion und danach: Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion* (KOM (2005) 494 vom 13.10.2005); *Aktionsplan für eine bessere Kommissionsarbeit zu Europa* (SEC (2005) 985 vom 20.7.2005).

Vor allem aus partizipativ/pluralistischen und deliberativen Demokratiemodellen lassen sich Forderungen nach breiter Einbindung aller betroffenen Akteure ableiten (Inklusion, Partizipation), wobei dies in der deliberativen Sichtweise vor allem für jene politischen Themen gilt, bei denen sich „Kontroversen in der breiteren Öffentlichkeit vor allem an normativen Aspekten der im Brennpunkt stehenden Probleme entzünden. Der Druck der öffentlichen Meinungen erzwingt dann einen außerordentlichen Problemverarbeitungsmodus“ (Habermas 1998, 433). Während für politische Routineentscheidungen die Entscheidungsfindungsprozesse vorwiegend im politischen Zentrum von Regierungen, Parlamenten, Gerichten und politischen Parteien verlaufen, soll in Ausnahmeverfahren ein außerordentlicher Kreislauf der Politikerherstellung in Gang gesetzt werden, ein Gegenkreislauf, „der den ‚offiziellen‘ Kreislauf der Macht durchkreuzt“ und der nicht auf die Akteure im Zentrum des politischen Systems beschränkt bleibt. Bei solchen Themen inkludiert eine gut funktionierende Öffentlichkeit Akteure aus der Peripherie, also Akteure der Zivilgesellschaft (vgl. Habermas 1998, 432ff.).⁹⁰

Das normative Modell deliberativer Öffentlichkeit dient unserer empirischen Analyse als Schablone, wodurch dem normativen Modell in der Analyse eine „heuristische Funktion“ gegeben wird. So kann beschrieben werden, ob und wo sich die empirische Realität dem Modell annähert bzw. ob und wo sie davon abweicht (vgl. Peters 1994, 50f). Wir analysieren den medialen Diskurs zur EU-Osterweiterung und wählen damit einen politischen Entscheidungsprozess, der Aufgrund seiner Tragweite ein Ausnahmeverfahren erfordert. Unser Analyseinstrument unterscheidet zwischen Akteuren des „Zentrums“ und Akteuren der „Peripherie“ und wir fragen in unserer Untersuchung des Erweiterungsdiskurses u.a. danach, in welchem Ausmaß Akteure der Peripherie es schaffen, ihre Positionen in öffentliche Debatten zu europapolitischen Themen ein zu bringen.

(4) Hohe Diskursqualität als Ideal (Diskursrationalität)

Mediale Aufmerksamkeit für EU-Politik sowie gegenseitige Wahrnehmung, Beobachtung und Interaktion zwischen EU-Mitgliedstaaten können als die ersten beiden Stufen europäischer Wertschöpfung bezeichnet werden. Darüber hinaus lassen sich aber auch weitere – und zunehmend anspruchsvollere – „Dimensionen europäischer Wertschöpfung“ (Neidhardt, 2006)

⁹⁰ Unter den Akteuren der Zivilgesellschaft – oder „autochthonen“ Akteuren – versteht er mehr oder weniger spontan entstandene Vereinigungen und Organisationen, „welche die Resonanz, die die gesellschaftlichen Problemlagen in den privaten Lebensbereichen finden, aufnehmen, kondensieren und lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterleiten“ (Habermas 1998, 443). Die zivilgesellschaftlichen Assoziationen nehmen sich der Problemlagen an und institutionalisieren „im Rahmen veranstalteter Öffentlichkeiten“ problemlösende Diskurse. Die autochthonen Akteure (z.B. soziale Bewegungen) nehmen (v.a. in Krisensituationen) diese Themen auf und dramatisieren und inszenieren sie in einer Art und Weise, dass die Massenmedien sich der Themen annehmen. Durch die kontroverse Behandlung in den Medien erreichen die Themen das Publikum „und gelangen auf die ‚öffentliche Agenda“ (Habermas 1998, 461).

identifizieren. Mit Hilfe von *Qualitätsparametern* können Anforderungen an die Art und Weise der transnationalen Kommunikation formuliert werden. Das normative Modell der deliberativen Öffentlichkeit bietet sich auch hier als Schablone für die Analyse der Qualität der Diskurse im Kommunikationsraum Europa an: Deliberation wird als Kernmerkmal betrachtet und beinhaltet die Anerkennung, Berücksichtigung und Achtung der Argumente von Dritten, sowie Dialog und gegenseitigen Respekt und die Rechtfertigung der eigenen Argumente (vgl. Ferree et al. 2002, 306).

Wir teilen die Sichtweise, der zufolge hohe Diskursqualität als Ideal europäischer politischer Kommunikation angesehen werden kann, und dass vor allem die Diskussion strittiger Themen, wie beispielsweise der EU-Osterweiterung auch Diskursqualität erfordert. Die diskursive Interaktion wird mit Hilfe von folgenden vier Parametern erfasst und gemessen: (1) gegenseitiger Respekt zwischen den Akteuren, (2) rationale Argumentation, (3) Ausgewogenheit der Argumentation und (4) Faktenbasiertheit. Erst wenn diese Kriterien gegeben sind, kann von diskursiver Interaktion gesprochen werden. Überschreiten die diskursiven Interaktionen nationale Grenzen, so liegt *transnationale Interdiskursivität* vor.

(4) Anzeichen europäischer Zusammengehörigkeit (Identität)

Die Frage nach der Entwicklung europäischer Öffentlichkeit und Demokratie wird bisweilen mit der Frage nach der Entwicklung europäischer Identität verknüpft, doch in der theoretischen Diskussion besteht noch keine Einigkeit über die Wechselbeziehungen zwischen Öffentlichkeit, Demokratie und Identität. Diskutiert wird, ob gemeinsame europäische Identitätsbezüge als Voraussetzung für europäische Öffentlichkeit und europäische Demokratie bereits bestehen müssen, ob eine europäische Öffentlichkeit fehlende europäische Identität aus demokratiepolitischer Perspektive ersetzen kann, oder ob sich europäische Identität erst im Zeitverlauf als Resultat transnationaler Kommunikations- und Demokratisierungsprozesse langsam und eher langfristig herausbildet.

Wir wollen uns in dieser Untersuchung mit der Frage der Entwicklung einer europäischen Identität auseinandersetzen und bedienen uns dazu einer prozeduralen Sichtweise für die positive Analyse. Der potenziell steigende, stagnierende oder abnehmende Anteil an europäischen Identitätsbezügen durch kommunikative Inklusion und Exklusion wird dafür als inhaltliches Kriterium zur Erfassung von Europäisierungsprozessen herangezogen. Als Indikatoren zur Analyse von Identitätsbezügen dienen explizite Identitätssemantiken wie Wir-Referenzen („Wir Europäer“)

und explizite kommunikative Abgrenzung zu anderen Kollektiven, wie etwa „die in Brüssel“, „die Amerikaner“, etc. (siehe z.B. Kleinen-v. KönigsLöw et al. 2004, 23).⁹¹

2.5 Überblick zur Methodik und zur Datenbasis

Das zentrale *Ziel* der vorliegenden Untersuchung ist die empirische Erfassung von Europäisierungsniveaus und Europäisierungsprozessen in der österreichischen medialen Öffentlichkeit. Die empirischen Analysen umfassen (1) die Entwicklung der medialen Aufmerksamkeit für EU-Politik (Europäisierung in der Langzeitperspektive), (2) Gemeinsamkeiten und Differenzen der EU-Berichterstattung in TV, Qualitätspresse und Boulevardpresse (Europäisierung im intermedialen Vergleich), (3) Ausmaß und Formen der Europäisierung des medialen Diskurses zur EU-Osterweiterung (Europäisierung öffentlicher Diskurse), und (4) Rückschlüsse auf mediale Strukturbedingungen für die Europäisierung politischer Kommunikation (Europäisierung medialer Strukturbedingungen). Die Untersuchungen basieren auf einem Konzept, das Europäisierung entlang steigender Anspruchsniveaus differenziert. Das Konzept sollte idealtypisch medienübergreifend unter Berücksichtigung der Prozessentwicklung in der empirischen Medieninhaltsanalyse angewendet werden. Die Forschungspraxis zwingt jedoch zu Einschränkungen, mit denen die Untersuchungszeiträume, die Datenbasis und die Analyseparameter entlang der vier zentralen Untersuchungsbereiche gezielt ausgewählt werden.

Zentrales Instrument zur Umsetzung der Forschungsziele ist ein mehrdimensionales Analysedesign, das insbesondere durch einen *Methoden-Mix* gekennzeichnet ist. Die Analyse der Europäisierung der österreichischen Öffentlichkeit erfolgt (1) durch systematische Stichwortabfragen in anbieterspezifischen Nachrichtenarchiven, mit denen Überblicksergebnisse zur medialen Aufmerksamkeit für EU-Politik generiert werden können. Im zweiten Schritt (2) wird ein Codebuch für quantitative Inhaltsanalysen der EU-Berichterstattung verwendet, mit dessen Hilfe die europapolitischen Nachrichtenbeiträge an ausgewählten Stichtagen im intermedialen Vergleich analysiert werden können. Schließlich wird (3) ein weiteres Codebuch für quantitative Inhaltsanalysen der Berichterstattung zur EU-Osterweiterung herangezogen, mit dessen Hilfe die Aussagen innerhalb der themenspezifischen Nachrichtenbeiträge im intermedialen Vergleich analysiert werden können. Im Folgenden wird ein komprimierter Überblick zur methodischen Vorgangsweise in den einzelnen Untersuchungsbereichen geboten. Präsentiert werden die

⁹¹ Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass explizite Referenzen auf eine Gemeinschaft sicherlich nur als sehr schwacher Indikator für die Entwicklung von kollektiven Identitäten gelten können. Empirisch schwieriger zu erfassen und in unserer Analyse unberücksichtigt sind implizite Formen der Inklusion, wie die Einnahme der Teilnehmerperspektive durch Sprecher, mit der gemeinsame Betroffenheit zum Ausdruck gebracht wird.

entwickelten Analyseinstrumente und ein Überblick über die Datenbasis auf der die empirischen Analysen aufbauen.

2.5.1 Analyse des Europäisierungstrends

Die Analyse des Europäisierungstrends erfolgt durch die Erfassung der *medialen Aufmerksamkeit* für europäische Politik. Hintergrund für die Erfassung der Aufmerksamkeitsentwicklung ist die Frage, ob der politische und ökonomische Integrationsprozess in Europa auch von zunehmender medialer Europaberichterstattung im Zeitverlauf begleitet wird. Mit Hilfe quantitativer Inhaltsanalysen werden insbesondere Entwicklung und Ausmaß der Europaberichterstattung auf der wichtigsten österreichischen TV-Informationsplattform *ORF Zeit im Bild (ORF-ZIB)* untersucht. Kernpunkt der Analyse ist eine Längsschnittanalyse zur ORF-Europaberichterstattung zwischen 1995 und 2004 (Untersuchungszeitraum: 10 Jahre). Die Ermittlung der relevanten Daten erfolgte mit Hilfe systematischer *Stichwortabfragen* im ORF-Film- und Fernseharchiv (FARAO), in dem sämtliche ZIB-Beiträge archiviert, klassifiziert und mit kurzen Inhaltsangaben beschrieben sind (siehe Kasten 2).

Fallbeispiel für die Beitragsarchivierung im ORF Film- und Fernseharchiv (FARAO)

FARAO * I.S. AUSKUNFT / SENDUNG, BEITRAG Aufruf: / Seite 1 von 2
 ArchNr: Z / IX/0003897 Se/Beitr Nr: 01/26 MatNr : 01235429 Entlehn: NEIN
 SeDatum: 19. 4.2002 / 1+2 Se/B Lng: 1 ' 06 " Dst :FI1 Farbe: F
 SeTitel: Tageskassette B <1> / ZIB 09.00 - 19.30 UTitel

Beitrag: ZIB 19.30 / Giscard d'Estaing/ Klestil

Inhalt: Die EU muss endlich mit einer gemeinsamen Stimme in internationalen Organisationen sprechen. Das sagte heute der Präsident des EU-Konvents Valery Giscard d'Estaing beim Besuch in Wien. Die Klärung der Vertretung der EU nach außen ist also ein wichtiger Punkt, so Giscard d'Estaing bei der Pressekonferenz. Bundeskanzler Schüssel erneuerte die Forderung, dass es auch in einer erweiterten EU Gleichberechtigung zwischen kleinen und großen sowie zwischen alten und neuen Mitgliedern geben müsse.

Personen: GE*Hans Bürger* RD*Valery Giscard d'Estaing/ Präsident Konvent EU* RD*Wolfgang Schüssel / BK ÖVP* *Thomas Klestil/ BP* *Caspar Einem/ Mitglied Konvent EU SPÖ

Sachbegriffe : EU AUßENPOLITIK

Motive: Giscard vor GM im Bundeskanzleramt im Gespräch, Giscard-Klestil bei Presse-Fototermin; RD-Schüssel; Giscard-Schüssel, RD-Giscard <üs.>, Einem als Zuhörer

GeoBild: ÖSTERREICH WIEN
 InhDat : SeForm: NEWS
 Urheber: ORF P. Land/Dat: /

FARAO bietet somit textbasierte Metadaten zu jedem einzelnen „ZIB-Beitrag“, wodurch gezielte Abfragen für systematische Analysen möglich sind. Die Datengrundlage für die Stichwortabfragen bilden *165.714 Nachrichtenbeiträge*, die zwischen 1.1.1995 und 31.12.2004 in den ORF-ZIB Sendungen ausgestrahlt (Gesamtberichterstattung) und nach folgenden Kriterien untersucht wurden:

(1) Die beitragsbezogenen Metainformationen enthalten kurze Angaben zum „Inhalt“ des jeweiligen Beitrags, die mit dem Moderationstext ident sind. Das erlaubt die gezielte Suche nach Schlüsselbegriffen in den Moderationstexten. Im Rahmen unserer Untersuchung wurde nach expliziten verbalen Referenzen zur Europäischen Union (EU) und den zentralen EU-Institutionen gesucht. Im Untersuchungszeitraum (1995 bis 2004) wurden in den ZIB-Sendungen insgesamt 12.600 Beiträge mit Bezug zur EU ausgestrahlt. Dies entspricht einem durchschnittlichen Anteil von 7,6% an der Gesamtberichterstattung. Für die detaillierte Analyse der Trendentwicklung siehe Abschnitt 3.1 in diesem Bericht.

(2) Der Metatext zeigt den geographischen Schwerpunkt der Nachrichtenbeiträge in Form einer Klassifikation im „Geobild“. Jeder Beitrag wird jenem/n Land/Ländern zugeordnet, aus dem/denen das Bildmaterial stammt. Im Rahmen unserer Untersuchung zur Nachrichtengeographie analysieren wir die Entwicklung der Verteilung der Nachrichtenbeiträge auf 53 Länder, darunter alle EU-25 Staaten, alle weiteren „europäischen“ Länder (wie etwa die Balkanstaaten, die Türkei, Moldawien, Weißrussland oder die Ukraine) sowie 8 ausgewählte außereuropäische Staaten als Vergleichsmaßstab (u.a. USA, Russland, China, Irak, Afghanistan). Die Datenbasis umfasst insgesamt 173.774 Geobildeinträge als geographische Referenzen. Für die detaillierte Analyse der Trendentwicklung, die u.a. Ergebnisse zur horizontalen Europäisierung zeigen siehe Abschnitt 3.2 in diesem Bericht.

(3) Der Metatext umfasst inhaltliche Parameter in Form einer Klassifizierung nach Sachbegriffen, die die Hauptthemen im Nachrichtenbeitrag beschreiben. Die Liste dieser Farao-Sachbegriffe umfasst 84 Themenbereiche von „Alter“ bis „Zerstörung“. Im Rahmen unserer Untersuchung zur Themenstruktur verknüpfen wir Themendaten der Farao-Sachbegriffkategorie mit den Daten zum EU-Bezug im Moderationstext. Wir analysieren damit die Entwicklung der Verteilung der Nachrichtenbeiträge auf 51 Themen mit politischer Relevanz, sowie die Verteilung und Entwicklung der Referenzen zur EU im jeweiligen Thema. Die Datenbasis umfasst 418.556 thematische Einträge. Für die detaillierte Analyse der Verteilung und der Trendentwicklung, die u.a. Ergebnisse zu den unterschiedlichen Europäisierungsgraden nach Politikbereichen zeigt, siehe Abschnitt 3.4 in diesem Bericht.

Für alle unsere Trendanalysen in Teil 1 greifen wir auf die einfache Form der gezielten Stich- und Schlagwortsuche im Metatext eines bestehenden, anbieterspezifischen Archivsystems zurück. Die *Stärke* dieser Vorgangsweise liegt darin, dass sämtliche gesendeten Nachrichtenbeiträge die analytische Ausgangsbasis bilden und damit eine lückenlose Erfassung des Entwicklungstrends ermöglicht wird. Eine *Schwäche* des Instrumentariums liegt darin, dass mit dem Rückgriff auf den Metatext für die Analyse ein wesentlicher, zusätzlicher Selektionsschritt eingeführt wird. Die Ergebnisse basieren im Unterschied zur Analyse von Zeitungsbeiträgen nicht auf dem Originaltext der Beiträge. Deshalb treten auch bei der Übertragung der für die ORF-Analyse angewendeten Methode auf andere Medienarchive Probleme auf, weil Unterschiede in den Systemeigenschaften, in der Beschlagwortung und in der Dokumentationsintensität direkte intermediale Vergleiche nicht erlauben. Zudem lassen sich keinerlei vertiefende Aussagen etwa über die Intensität, die Qualität oder das Framing der EU-Berichterstattung treffen. Für systematische intermediale Vergleiche und für die Erfassung wesentlicher Europäisierungsmerkmale (Intensität, Qualität, Akteure, Nachrichtenfaktoren, etc) sind daher detailliertere Analysen notwendig, die auch nach weiteren gezielten Einschränkungen der Datenbasis (kleinere Samples) verlangen.

2.5.2 Analyse der Europäisierung im intermedialen Vergleich

Die Analyse der Europäisierung im intermedialen Vergleich erfolgt durch die Erfassung der medialen Aufmerksamkeit für EU-Politik in den „Zeit im Bild“ (ZIB) Nachrichtensendungen⁹² des ORF, sowie in der Qualitätszeitung „Der Standard“ und der Boulevardzeitung „Kronen Zeitung“. Hintergrund für die Analyse von drei verschiedenen Medien ist die Frage, ob und welche gattungsspezifischen Unterschiede (Print vs. TV; Qualitäts- vs. Boulevardpresse) sich in der EU-Berichterstattung zeigen. Die Analyse dient der Überprüfung, Ergänzung und Präzisierung der Ergebnisse aus den ersten Überblickserhebungen. Darüber hinaus sollen durch inhaltsanalytische Detailerhebungen weitere Ergebnisse zu den Dimensionen von Europäisierung untersucht werden, die durch die einfache Stichwortsuche nicht erfassbar sind. Mit Hilfe der Inhaltsanalysen sollen folgende forschungsleitende Fragestellungen beantwortet werden:

⁹² Zur Codierung wurden alle Zeit im Bild-Sendungen eines jeden Tages in der Stichprobe berücksichtigt: Von der ZIB um 9.00 Uhr bis zur ZIB-3 um 00.00 Uhr, insgesamt bis zu 6 Nachrichtensendungen pro Tag, inklusive aller ZIB-Sondersendungen (wie beispielsweise an Wahltagen etc.).

- Durch welche Intensität ist die EU-Berichterstattung in den unterschiedlichen Medien gekennzeichnet (Umfang; Haupt- Nebenthema, Verweise) und welche Medien berichten besonders umfassend über europapolitische Angelegenheiten?
- Welche Genres werden für die EU-Berichterstattung genutzt (meinungs-, tatsachenbetonte Berichterstattung) und in welchem Umfang werden im journalistisch besonders relevanten Genre der Kommentare EU-Themen aufgegriffen?
- Welche sachpolitischen Themenbereiche stehen im Zentrum der EU-Berichterstattung (Erweiterung, Institutionenreform, Verkehr, Sozialpolitik, etc.) und entspricht die mediale Sichtbarkeit der EU ihrer realpolitischen Kompetenz im jeweiligen Politikfeld?
- Welche geographischen Ereignisländer oder -regionen sind in der Berichterstattung besonders sichtbar? Zeigen sich vertikale und/oder horizontale Formen von Europäisierung der EU-Berichterstattung, und inwieweit werden dabei „alte“ und „neue“ EU-Staaten zum Ereignisland der Berichterstattung?
- Welche Unterschiede zeigen sich im intermedialen Vergleich zwischen TV- und Printmedien bzw. zwischen Boulevard- und Qualitätsmedien?

Kernpunkt dieses Analyseschrittes ist ein systematischer Vergleich der jüngeren EU-bezogenen Berichterstattung von 2002 bis 2004 (Untersuchungszeitraum: 3 Jahre). Die Ermittlung der relevanten Daten erfolgte durch eine quantitative Inhaltsanalyse der Beiträge zur EU-Berichterstattung an 28 ausgewählten Stichtagen bzw. 4 künstlichen Wochen pro Jahr (insgesamt 84 Untersuchungstage).

Zur Beantwortung der forschungsleitenden Fragestellungen zur medialen Aufmerksamkeit für die Europäische Union im intermedialen Vergleich wird ein standardisiertes Codebuch entwickelt, mit dem sich die Intensität der EU-Berichterstattung, eine Differenzierung der EU-Berichterstattung nach Mediengenres, die Identifikation von Ländern, in denen Ereignisse stattfinden, die zur Medienberichterstattung über EU-Themen führen sowie die Sachthemen die in der EU-Berichterstattung behandelt werden, messen lassen. Zudem werden die Präsenz von aktiven Akteuren (Sprecher) und deren kommunikative Referenzen auf passive Akteure (Adressaten) codiert, auf deren Basis in laufenden und geplanten Nachfolgeprojekten detaillierte Berechnungen und Analysen der wichtigsten Akteurskonstellationen gemacht werden können. Die Analyseeinheit für jeden einzelnen Untersuchungsschritt bildet der jeweilige Nachrichtenbeitrag (Fernsehen) bzw. Zeitungsartikel (Presse).⁹³

⁹³ Dies im Unterschied zur Untersuchung über den Osterweiterungsdiskurs (Abschnitt 5), in dem die *Aussagen innerhalb der Beiträge* die wichtigste Analyseeinheit darstellen.

Neben Variablen, welche die gängigen formalen Kriterien (wie Datum, Medium, Genre, Ressort, Position etc.) messen, sind Variablen zur Erfassung der Intensität der EU-Berichterstattung (Hauptthema, Nebenthema oder Verweiskontext), solche zur Erfassung der Art des jeweiligen Haupt- und Nebenthemas und Variablen zur Identifikation der wichtigsten drei Ereignisländer der Berichterstattung im Codebuch enthalten. Die letzte Dimension des Codebuchs kann unter dem Begriff „aufmerksamkeitssteigernde Faktoren“ zusammengefasst werden und besteht aus Variablen zur Identifikation von Ereignistypen und Nachrichtenfaktoren innerhalb der politischen EU-bezogenen Berichterstattung⁹⁴.

Die detaillierte Analyse der ausgewählten Beiträge erfolgt durch eine standardisierte inhaltsanalytische Auswertung auf Basis eines Codebuchs, das insgesamt 43 Variablen umfasst. Die Beiträge wurden zwischen Oktober 2005 und März 2006 mit Hilfe studentischer Hilfskräfte codiert und im April 2006 mit dem Statistikprogramm SPSS ausgewertet.⁹⁵ Der Eigencodieranteil liegt bei ca. 15%. Zur Bestimmung der Inter-coder-Reliabilität wurden 39 Untersuchungseinheiten (je 13 Nachrichtenbeiträge bzw. Printartikel pro Medium) allen Codierern vorgelegt. Die errechnete Inter-coder-Reliabilität ergibt mit einem Koeffizienten von 0,8 einen zufriedenstellenden Wert. Die Datenbasis für die Analyse bilden 1.925 Nachrichtenbeiträge mit EU-Bezug, die im Zeitraum 2002-2004 erschienen sind und in einem mehrstufigen Selektionsverfahren für die detaillierte Inhaltsanalyse ausgewählt wurden.

(1) Bildung von 4 künstlichen Wochen pro Untersuchungsjahr:

Pro Untersuchungsjahr werden 4 künstliche Wochen (28 Tage) gebildet. Bei der Sampleziehung zur Ermittlung der künstlichen Wochen wird wie folgt vorgegangen:

- Woche Nr. 1: 1. Montag im Jänner, 2. Dienstag im Feber, 3. Mittwoch im März, 4. Donnerstag im April, 1. Freitag im Mai, 2. Samstag im Juni, 3. Sonntag im Juli.
- Woche Nr. 2: 4. Montag im August, 1. Dienstag im September, 2. Mittwoch im Oktober, 3. Donnerstag im November, 4. Freitag im Dezember. Im Folgenden wurde nicht der 1. Samstag im Jänner und der 2. Sonntag im Februar ins Sample aufgenommen, da diese beiden Wochen bereits ins Sample aufgenommen wurden. Fortgesetzt wurde mit dem 3. Samstag im Jänner und dem 4. Sonntag im Februar.

⁹⁴ Die Variablen zur Erfassung von Ereignistypen und Nachrichtenfaktoren werden ebenso wie die Akteursvariablen in der vorliegenden Untersuchung noch nicht berücksichtigt. Sie bilden die Grundlage für weiterführende Forschung.

⁹⁵ Wir danken den Kolleginnen und Kollegen Vera Bauer, Roland Daxenbichler, Brigitte Huber, Sylvia Kralik, Petra Moser, Simone Müller, Thomas Rieder, Raphaela Rainer, Veronika Schweigl und Sophie Seidel für die Unterstützung bei der Codierarbeit.

- Woche Nr. 3: 1. Montag im März, 2. Dienstag im April, 3. Mittwoch im Mai, 4. Donnerstag im Juni, 1. Freitag im Juli, 2. Samstag im August, 3. Sonntag im September.
- Woche Nr. 4: 4. Montag im Oktober, 1. Dienstag im November, 2. Mittwoch im Dezember.
- Ab diesem Zeitpunkt sind je zwei Tage pro Monat in der Bildung der vier künstlichen Wochen erfasst. Der Rest der vierten künstlichen Woche bezeichnet je einen Tag in einem neuen Jahresquartal. Dabei musste darauf geachtet werden, dass es sich nicht um einen Tag in einer Woche des Monats handelt, welche bereits erfasst wurde. Die restlichen Tage der vierten künstlichen Woche sind somit: 2. Donnerstag im Jänner, 3. Freitag im April, 4. Samstag im Juli, 1. Sonntag im Oktober.

Für die ermittelten Stichprobentage werden die ORF-ZIB Beiträge erhoben. Bei der Auswahl der Standard- und Kronen Zeitungs-Beiträge wird jeweils der darauf folgende Tag herangezogen, da bei Printmedien die tagesaktuellen Themen – im Gegensatz zur Fernsehberichterstattung – erst am Folgetag erscheinen.⁹⁶

(2) Stichwortsuche in anbieterspezifischen Archiven

Für die insgesamt 84 Untersuchungstage wird eine Vollerhebung aller Beiträge mit EU-Bezug in anbieterspezifischen Archiven durchgeführt. Das Sample setzt sich somit ausschließlich aus Beiträgen mit EU-Bezug zusammen.⁹⁷

Bei beiden Printmedien wird auf ein Archiv zurückgegriffen, das die einzelnen Artikel in Vollversion enthält: Über die Online-Datenbank APA DEFACTO können die Artikel der Kronen Zeitung erfasst werden, die Online-Datenbank DER STANDARD DIGITAL der Tageszeitung Der Standard ermöglicht ebenfalls eine geeignete Recherche und Auswahl der Artikel in Vollversion. Für die ORF-ZIB wird auch in diesem Analyseschritt auf das ORF Film- und Fernseharchiv FARAO zurückgegriffen. FARAO erlaubt den Zugriff auf den Moderationstext und andere Metadaten zu den TV-Nachrichtenbeiträgen.⁹⁸

Durch die Volltextsuche (in den Datenbanken APA DEFACTO und DER STANDARD DIGITAL), ist garantiert, dass durch die verwendeten Suchbegriffe für die einzelnen Tage der Stichprobe, auch tatsächlich jeder Artikel, in dem die politische europäische Union auch nur im Sinne eines

⁹⁶ Da die Tageszeitung Der Standard keine Sonntagsausgabe hat, wurde hier die darauf folgende Montagsausgabe herangezogen.

⁹⁷ Dies im Gegensatz zu den Analysen mittels Stichwortabfragen, in denen das Gesamtnachrichtenvolumen die Datenbasis bildet.

⁹⁸ Eine detaillierte Beschreibung des Film- und Fernseharchivs inklusive einem Fallbeispiel ist im Abschnitt 2.5.1 nachzulesen.

Verweises vorkommt, in das Sample aufgenommen werden kann. Die verwendeten Suchbegriffe sind: EU, EU-* und Europ* Union.

Da die Datenbank APA DEFACTO eine Suche mit dem logischen Operator ODER zulässt, ist pro Untersuchungstag nur eine Abfrage notwendig. Das Standard-Online-Archiv erlaubt dem gegenüber nur eine Suche mit dem logischen Operator UND NICHT, wodurch pro Untersuchungstag drei Abfragen erforderlich sind. Die einzelnen Artikel müssen nach deren elektronischer Archivierung für jeden Untersuchungstag einzeln gesichtet und ausgewählt werden, da Artikel häufig mehrfach archiviert bzw. teilweise irrelevant sind.⁹⁹

Das daraus resultierende Sample für den Zeitraum 2002-2004 umfasst 1925 Beiträge mit einem politischen EU-Bezug. Für die ORF-ZIB wird der Analysezeitraum im selben Verfahren zusätzlich rückwärts bis 1995 erweitert, für den Standard bis 1999 und für die Kronen Zeitung bis 2000. Diese zusätzlichen Daten werden jedoch noch nicht in der vorliegenden Analyse berücksichtigt. Sie bilden die Grundlage für weiterführende Untersuchungen zur Trendentwicklung in laufenden und geplanten Nachfolgeprojekten.¹⁰⁰

Tabelle 3 bietet einen Überblick zum Gesamtumfang der analysierten Artikel mit EU-Bezug im Zeitraum 1995-2004 und zur Datenbasis für die vorliegende Analyse der neueren EU-Berichterstattung 2002-2004 (graue Markierung).

Tabelle 3: Sample für empirische Inhaltsanalysen der EU-Berichterstattung

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	Σ
ORF-ZIB (TV)	44	59	45	114	101	105	100	118	120	115	921
Der Standard (Qualitätspresse)					360	445	335	378	358	363	2239
Kronenzeitung (Boulevardpresse)						218	185	168	132	173	876
Codierte Beiträge total	44	59	45	114	461	768	620	664	610	651	4.036
Codierte Beiträge 2002-2004								664	610	651	1.925

Die Tabelle zeigt, dass sich die gegenständliche Codierung für die jüngere Berichterstattung in der Periode 2002-2004 aus insgesamt 1925 Beiträgen zusammensetzt, wobei 353 Beiträge auf den ORF, 1099 Artikel auf den Standard und 473 Artikel auf die Kronen Zeitung entfallen. Für die weiteren Ergebnisse der Inhaltsanalysen siehe Abschnitt 4 in diesem Bericht.

⁹⁹ Beispielsweise Sport-Beiträge, in denen zwar das Wort EU enthalten ist, welche aber mit der politischen EU nichts zu tun haben.

¹⁰⁰ Für diesen Bericht wurde gezielt auf die jüngere EU-Berichterstattung fokussiert. Die Datenbasis soll in Zukunft aber systematisch erweitert werden, um ein kontinuierliches Monitoring der EU-Berichterstattung zu ermöglichen. In einem laufenden Dissertationsprojekt von Astrid Dietrich erfolgt beispielsweise die Untersuchung der Trendentwicklung 2000-2004.

2.5.3 Analyse des medialen Diskurses zur EU-Osterweiterung

Während in den ersten beiden Analyseschritten Ausmaß und Formen von Europäisierung themenübergreifend analysiert werden, erfolgt im dritten Analyseschritt eine detaillierte Analyse des öffentlichen Diskurses zur EU-Osterweiterung unter spezieller Berücksichtigung des EU-Beitritts der Tschechischen Republik und der damit verknüpften Debatte rund um das grenznahe Atomkraftwerk Temelin. Anlässe für die Untersuchung des Erweiterungsdiskurses liefern einerseits die ablehnende Haltung der österreichischen Bevölkerung bezüglich der EU-Osterweiterung, speziell bezüglich des Beitritts der Tschechischen Republik sowie andererseits die Frage nach der medialen Darstellung der EU-Erweiterungspolitik in österreichischen Medien.

Hintergrund für die Analyse des Erweiterungsdiskurses ist die Ansicht, dass vor allem bei besonders strittigen Themen nicht nur erhöhte mediale Aufmerksamkeit für das jeweilige Thema, sondern auch diskursive Qualität in Form von gegenseitiger Berücksichtigung, diskursiver Interaktion und rationaler Argumentation erforderlich ist. Mit Hilfe einer Analyse der Aussagen zur EU-Osterweiterung soll daher u.a. festgestellt werden, welche Sprecher im Erweiterungsdiskurs zu Wort kommen, wie die Erweiterungspolitik und der Beitritt der Tschechischen Republik von zentralen Akteuren beurteilt wird und ob die Erweiterungsdebatte in den österreichischen Tageszeitungen den Kriterien hoher diskursiver Qualität gerecht wird.

Die Grundlage für die Analyse des Diskurses zur EU-Osterweiterung bilden 993 Artikel, die in 7 ausgewählten Untersuchungsmonaten im Zeitraum 1997 bis 2004 in den Tageszeitungen Der Standard (Qualitätspresse) und Kronen Zeitung (Boulevardpresse) erschienen sind. Die Auswahl der Untersuchungsmonate erfolgte einerseits entlang wichtiger entscheidungsrelevanter Debatten und Ereignisse und andererseits wurden Monate ausgewählt, in denen eher Routinekommunikation zu den Themen Osterweiterung und Atomenergie/Temelin erwartet werden konnte:

- Oktober 1997¹⁰¹ und Dezember 1997: vom 12.-13. Dezember tagte der Europäische Rat in Luxemburg, auf dem die Beschlüsse gefasst wurden, die zur Einleitung des Erweiterungsprozesses notwendig waren. Die Verhandlungen mit Estland, Polen, Slowenien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern wurden eingeleitet.¹⁰²
- Oktober 2000 und Dezember 2000: Von 7.-10. Dezember fand der Europäische Rat von Nizza statt, bei dem eine Vertragsrevision sowie der Fahrplan für die EU-Erweiterung auf der Tagesordnung standen. Die Fortschritte bei den Beitrittsverhandlungen wurden begrüßt

¹⁰¹ Am 2. Oktober 1997 unterzeichneten die Außenminister der 15 Mitgliedsstaaten den Vertrag von Amsterdam, ursprünglicher Zweck war, die Europäische Union auch nach der Erweiterung handlungsfähig zu halten. Die erweiterungsrelevanten Reformen wurden jedoch vertagt.

¹⁰² Die Beitrittsverhandlungen mit Lettland, Litauen, Malta, Slowakei, Rumänien und Bulgarien (letztere beiden sollen in der nächsten Runde beitreten) wurden im Rahmen des Europäischen Rats von Helsinki (10.-11. Dezember 1999) eröffnet, wo auch die Türkei als beitriftswilliges Land anerkannt wurde.

und die Anstrengungen der Beitrittskandidaten, die Grundlagen für die Anwendung und Umsetzung des Acquis communautaire zu schaffen wurden ebenso wie die Fortschritte bei der Umsetzung der Heranführungsstrategie für die Türkei gewürdigt.

- Im Untersuchungsmonat Oktober 2000 ging Block 1 des Atomkraftwerks Temelin zum ersten Mal in Betrieb. Bereits davor kam es zu Grenzblockaden an der tschechischen Grenze sowie zu Demonstrationen und Protesten seitens der Atomkraftgegner. Am 31. des Monats fand ein Gipfelgespräch über die Zukunft des Atomkraftwerks zwischen dem tschechischen Ministerpräsidenten Milos Zeman und dem österreichischen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel statt. Am 1. Dezember 2000 fand das erste öffentliche Hearing zur Teil-Umweltverträglichkeitsprüfung im Linzer Designcenter statt, wo BürgerInnen ihre Einwendungen gegen das AKW vorbringen konnten. Am 12. Dezember 2000 kam es zu einem zweiten Gipfeltreffen von Zeman und Schüssel in Melk, an dem auch EU-Erweiterungskommissar Günther Verheugen teilnahm. An dessen Ende stand der ausgehandelte Kompromiss, eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen.¹⁰³
- Oktober 2001 und Januar 2002¹⁰⁴: Von 14.-21. Januar 2002 war die Eintragungswoche für das Volksbegehren „Veto gegen Temelin“, das im Juli 2001 von drei FPÖ-Landesparteiobmänner eingebracht wurde.
- März 2004: zwei Monate vor dem fixierten Beitritt der zehn neuen Mitgliedsstaaten.

Für die Untersuchungsmonate wurde eine Vollerhebung aller Artikel vorgenommen, die im Standard und in der Kronen Zeitung erschienen sind. Die Artikel der Kronen Zeitung wurden über die Online-Datenbank APA DEFACTO ausgewählt, in der alle Artikel der Kronen Zeitung in Vollversion archiviert sind. Die Artikel des Standard wurden über das Online-Archiv der Tageszeitung erfasst, das ebenfalls alle Artikel der Zeitung in Vollversion enthält und eine Volltextsuche ermöglicht.¹⁰⁵ Im Anschluss wurden alle Artikel gesichtet, um mehrfach archivierte und irrelevante Beiträge auszusortieren. Für die ins Sample aufgenommenen Beiträge erfolgte die detaillierte Auswertung entlang ausgewählter Parameter. Die Zeitungsartikel wurden im Zeitraum Dezember 2005 bis Februar 2006 unter Mithilfe studentischer Hilfskräfte codiert und im März mit

¹⁰³ Ende Juli 2001 legt Erweiterungskommissar Verheugen einen Bericht über die österreichisch-tschechischen Expertengespräche vor. November 2001 erfolgt ein weiteres Treffen, der „Melker Prozess“ wird mit einer gemeinsamen Erklärung abgeschlossen, u.a. soll Temelin auf europäisches Sicherheitsniveau gebracht werden. Am 10. Dezember 2001 stimmt die österreichische Regierung zu, das Energiekapitel in den Beitrittsverhandlungen mit Tschechien abzuschließen.

¹⁰⁴ Von 14.-15. Dezember 2001 fand der Rat von Laeken, Belgien, statt, in dessen Rahmen der Rat eine Erklärung zur Zukunft der Europäischen Union annimmt, weiters wird u.a. der Beschluss auf den Abschluss der Beitrittsverhandlungen vor Ende 2002 gefasst, damit die beitragsfähigen Länder noch 2004 vor den Wahlen zum Parlament beitreten können.

¹⁰⁵ Die beiden Datenbanken ermöglichen jeweils eine Volltextsuche. Verwendete Suchbegriffe waren: EU-Beitritt*, Beitritt*, EU-Erweiter*, EU-Osterweiter*, Osterweiteru*, Erweiteru*, AKW*, Temel*, Atom*. APA Defacto erlaubt eine Suche mit dem logischen Operator ODER, d.h. pro Untersuchungsmonat war eine Abfrage notwendig. Die Suchmaschine des Standard Online Archivs erlaubt nur die Suche mit dem logischen Operator UND NICHT, d.h. pro Untersuchungsmonat waren neun Abfragen erforderlich.

dem Statistikprogramm SPSS ausgewertet und interpretiert.¹⁰⁶ Der Anteil der Selbstcodierung in diesem Untersuchungsschritt lag bei etwa 50%. Um eine zufriedenstellende Intercodierreliabilität zu gewährleisten, wurde nach der ersten Probecodierung und einer weiteren Codiererschulung eine zweite Probecodierung von allen drei Codierern durchgeführt. Die Intercodierreliabilität wurde darauf folgend anhand von 20 Artikeln, die insgesamt 26 Aussagen enthielten, berechnet. Auf Articlebene (18 Variablen, ergibt 360 Codierungen) ergab sich dabei ein Koeffizient von 0,96, auf Aussageebene (pro Aussage 43, ergibt 1118 Codierungen) wurde ein Koeffizient von 0,86 errechnet.

Zur Beantwortung der forschungsleitenden Fragen nach der Europäisierung und der Qualität des Erweiterungsdiskurses wurde ein Instrumentarium entwickelt, mit dem sich das *Akteursensemble*, *Interaktionsstrukturen*, *Bewertungen/Urteile der zentralen Akteure* sowie die *Diskursqualität* der öffentlichen Debatten analysieren lassen. Die Codiereinheit sind einerseits die Artikel selbst, und andererseits die Aussagen von individuellen und kollektiven Akteuren innerhalb der Artikel. Auf Articlebene werden nur formale Variablen (Datum, Genre, EU-Thema usw.) codiert. Im Fokus der Untersuchung stehen jedoch die Aussagen, mit denen Akteure (Aussageträger) mit ihren eigenen Meinungen, Äußerungen und Forderungen zur Osterweiterung im Allgemeinen bzw. zum EU-Beitritt der Tschechischen Republik im Besonderen entweder direkt oder indirekt zitiert Erwähnung finden oder mit ihren eigenen Beiträgen (v.a. Kommentare) zur Diskussion des jeweiligen Themas beitragen. Da wir alle Diskursbeiträge untersuchen wollen, fließen in die Analyse *alle* Aussagen, in denen Aussageträger ihre Meinungen, Ansichten, Forderungen usw. bekunden und damit einen Debattenbeitrag liefern, ein, unabhängig davon ob sie von Journalisten vermittelt werden oder selber z.B. in Interviews oder Gastkommentaren direkt zu Wort kommen.¹⁰⁷ Pro Artikel wurden bis zu drei Aussagen codiert.¹⁰⁸

Das Untersuchungsinstrument wurde im Anschluss an das Verfahren der „Münchener Schule“ (vgl. Schönhagen 2000) und die Aussagen-Analyse (vgl. Gerhards/Neidhardt/Rucht 1998; vgl. auch

¹⁰⁶ Wir danken Angela Slateff und Thomas Rieder für ihre Unterstützung bei der Codierarbeit. Für die Unterstützung bei der SPSS-Auswertung danken wir Cornelia Wallner.

¹⁰⁷ Im Unterschied zu vielen anderen Analysen beschränken wir uns damit nicht auf meinungsbetonte Genres: „Je konsequenter sich Massenmedien an ihre ‚Chronistenpflicht‘ halten und vor allem als Nachrichtenträger verstehen, umso eigenständiger und deutlicher wird der öffentliche Kommunikationsbeitrag der Akteure, deren Stimme sie weitertragen. Eine Soziologie öffentlicher Meinungsbildung wird die soziale Produktionsstruktur der Sprecher, deren Stimme die Medien vermitteln, systematisch in die Analyse einbeziehen müssen“ (Neidhardt 1994a, 14). Im Unterschied zu Wimmel (2004, 16) berücksichtigen wir sämtliche Sprechakte, unabhängig davon, ob sie „die erkennbare Berücksichtigung der referierten Position bei der eigenen Meinungsbildung“ beinhalten. Dies gilt für uns nur als Indikator für diskursive Interaktion.

¹⁰⁸ Dieses Vorgehen hat sich in der Artikelsichtung als adäquat herausgestellt, da nur in einigen wenigen Artikeln mehr als drei Aussagen vorhanden sind. Meinungsbetonte Artikel wie Kommentare, die Aussagen zu unseren Themen enthalten, stellen einen Diskursbeitrag dar, dessen Aussageträger der Autor des Artikels ist, somit kann pro Kommentar nur eine Aussage codiert werden (siehe dazu Kapitel 3.3). Die wichtigsten Elemente einer Aussage sind neben dem Aussageträger der Adressat und der Objektakteur (und deren Bewertungen) sowie die Variablen zur Diskursrationalität, pro Aussage kann jeweils nur ein Aussageträger, Adressat und Objektakteur codiert werden. Weiters können bis zu drei Frames codiert werden, die Framing Variablen werden im Dissertationsprojekt von Cornelia Brantner analysiert.

Gerhards 2004; Gerhards/Schäfer 2003) bzw. Claim-Analyse (vgl. Koopmans/Erbe 2003) entwickelt. Im Verfahren nach der „Münchener Schule“ werden die Beiträge auf zwei Ebenen untersucht: erstens bilden die Beiträge die Untersuchungseinheiten auf der Vermittlungsebene, zweitens bilden die vermittelten Kommunikationsteilnehmer die Partnerebene bzw. die Ebene der sozialen Kommunikation. Auf der ersten Ebene werden neben den üblichen formalen Kriterien v.a. die Vermittlungsquellen und der Vermittlungsanlass codiert. Auf der Partnerebene bzw. Kommunikationsebene wird ermittelt, wer die vermittelten Kommunikationsteilnehmer sind und welche Repräsentanzbeziehungen diese aufweisen (vgl. Schönhagen 2000, 565). Erstens können Sprecher auftreten (Einzelne oder Kollektive), zweitens können diese andere Sprecher zitieren und drittens können die Sprecher andere Akteure ansprechen (Angesprochene). Für die Analyse wird daher u.a. (1) die Herkunft der Sprecher, (2) die Repräsentanzbeziehung der Gesprächsteilnehmer (für wen sprechen sie), (3) der Umfang der Beiträge verschiedener Sprecher, die Häufigkeit ihrer Auftritte und Rollenwechsel innerhalb der Beiträge (z.B. indem ein Sprecher zum Angesprochenen wird), (4) die Kommunikationsthemen, und (5) die gegenseitige Bewertung der Kommunikationsteilnehmer festgestellt.¹⁰⁹ Somit erhält man Aufschluss darüber, ob die untersuchten Medien für das (z.B. geographisch) definierte Gebiet, das es zu erschließen gilt, als Forum dienen bzw. „inwieweit die Berichterstattung, sich um die Integration der real gegebenen Vielfalt der Interessenkonstellationen (...) und der von den verschiedenen Seiten aktualisierten Themen bzw. Themenaspekte bemüht“ (Schönhagen 2000, 567). Mit der Claimanalyse wurde im Europub.com-Projekt eine ähnliche Konzeption gewählt, hier bilden die Debattenbeiträge (Claims) die wichtigste Analyseeinheit (vgl. Koopmans 2002).¹¹⁰

Die genrespezifische Differenzierung nach tatsachen- und meinungsbetonter Berichterstattung erlaubt die rollenspezifische Differenzierung für mediale Akteure, die sowohl als Vermittler der Meinungen anderer auftreten, aber auch selbst das Wort ergreifen und auf eigene Rechnung sprechen können. In den (tatsachenbetonten) Nachrichten werden Aussagen von Akteuren (Aussageträger) durch Journalisten vermittelt, wobei Aussageträger direkt oder indirekt zitiert zu

¹⁰⁹ Zudem kann die jeweilige „Sprechmöglichkeit“ analysiert werden, indem untersucht wird, ob Sprecher im vollen Wortlaut oder nur sehr verkürzt oder auch sinnverfälscht vermittelt werden. Dies kann mittels Input-Output-Analysen von Pressemitteilungen oder durch Befragungen der Sprecher geschehen. Aus forschungsökonomischen Gründen kann dieser Schritt in unserem Projekt nicht vollzogen werden.

¹¹⁰ Das Projekt „The Transformation of Political Mobilisation and Communication in European Public Spheres“ (Europub.com) wurde von Ruud Koopmans, Barbara Pfetsch u.a. durchgeführt. Bei traditionellen Medieninhaltsanalysen stellt normalerweise der gesamte Beitrag die Codiereinheit dar. Auf Beitragsebene wird untersucht, wie die Journalisten Nachrichten rahmen. Diese Methode sei zu medienzentriert und vernachlässige „the role of other political actors in shaping the nature of public discourse and contestation“ (Koopmans/Erbe 2003, 13). Deshalb wurde im Europub.com Projekt auf die Claimanalyse als Untersuchungsinstrument zurückgegriffen. Diese Methode ermöglicht es, die Kommunikationsbeziehungen sowie die räumlichen und zeitlichen Akteursbezüge fest zu stellen. Ein Claim besteht aus dem Ausdruck einer politischen Meinung durch physische oder verbale Aktionen und enthält die Elemente „claim maker or claimant“, „adresse“, „object actor“ und „issue“ (vgl. Koopmans/Erbe 2003, 9). Die Claims-Analyse ermöglicht es, den öffentlichen Kommunikationsraum präzise zu vermessen, da festgestellt werden kann, wer mit wem in welchem Rahmen über welche Themen im Namen wessen Interessen spricht und es kann erfasst werden, ob die Bezüge in einem nationalen Rahmen bleiben oder grenzüberschreitend sind (vgl. Koopmans/Erbe 2003, 13).

Wort kommen. In meinungsbetonten Darstellungsformen, wie Leitartikeln, Kommentaren oder Essays treten die Journalisten aus ihrer Vermittlerrolle heraus und als Sprecher bzw. Aussageträger auf und kommentieren, nehmen Stellung bzw. legen ihre Meinungen dar. Sie werden damit zu Sprechern (Aussageträgern) und entsprechend dieser Rolle werden ihre Aussagen codiert. Gleichermaßen wird mit meinungsbetonten Darstellungsformen verfahren, die nicht von den Journalisten der Medien „bedient“ werden, in Gastkommentaren, Kolumnen oder Interviews kommen „Gäste“ direkt mit ihren Debattenbeiträgen zu Wort. Die genannten meinungsbetonten Genres bieten den Autoren (bzw. Interviewten) potentiell Platz für diskursive Kommunikation, da sie eine meinungsbetonte, argumentative und begründete Auseinandersetzung mit einer Thematik erlauben (vgl. Peters/Schultz/Wimmel 2004, 24; Neidhardt/Eilders/Pfetsch 1998).

Für die Analyse werden die, in einem mehrstufigen Verfahren entwickelten, Indikatoren und Variablen zur Messung der Europäisierung entlang steigender Anspruchsniveaus im Bezug auf Kommunikationsinhalte herangezogen (vgl. Abschnitt 2.4.3). Alle Artikel zu den von uns ausgewählten Themen wurden dazu auf der Analyseebene *Aussage* codiert. Erfasst werden die Aussagen zur Osterweiterung, in denen Aussageträger (Sprecher) entweder direkt zu Wort kommen (z.B. in Kommentaren, Interviews oder Gastkommentaren) bzw. direkt oder indirekt zitiert werden (in Nachrichtenbeiträgen) und ihre Ansichten, Meinungen, Forderungen usw. zur Osterweiterung offenbaren. Codiert werden zudem – soweit vorhanden – die Adressaten und Objektakteure der Aussagen sowie die Bewertung dieser, weiters die Bewertungen der Osterweiterung bzw. des EU-Beitritts Tschechiens sowie Variablen zur Diskursrationalität und zur Kollektiven Identität.

Damit kann gezeigt werden, welche Sprecher im Erweiterungsdiskurs in den ausgewählten österreichischen Medien zu Wort kommen (Aussageträger), zu wem (Adressat) und über wen (Objektakteur) gesprochen wird und ob es im Erweiterungsdiskurs zu einer Europäisierung der Interaktionsmuster kommt (Abschnitt 5.3). Weiters kann analysiert werden, wie die EU-Erweiterung, der Beitritt der Tschechischen Republik und die zentralen EU-Akteure und -Institutionen im Erweiterungsdiskurs von den Medien und österreichischen politischen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren bewertet werden (Abschnitt 5.4), durch welches Niveau die Diskursqualität der Debatten gekennzeichnet (Abschnitt 5.5) ist und ob Anzeichen für die Entstehung einer europäischen Identität festgestellt werden können (Abschnitt 5.6).¹¹¹

¹¹¹ Für eine detaillierte Begründung der gewählten methodischen Vorgehensweise kann der unveröffentlichte Zwischenbericht von Cornelia Brantner angefordert werden.

2.5.4 Rückschlüsse auf mediale Strukturbedingungen für Europäisierungsprozesse

Als Konstante in der Debatte um die Entstehung europäischer Öffentlichkeit kann festgehalten werden, dass nie behauptet wird, Europa verfüge bereits über eine ausreichend breite, tragfähige politische Öffentlichkeit. Auch in optimistischen Einschätzungen werden Defizite europäischer Öffentlichkeit identifiziert und Verbesserungsmöglichkeiten vorgeschlagen. Sowohl die Ursachenanalysen für Öffentlichkeitsdefizite als auch die Reformvorschläge setzen oft bei politischen und medialen Strukturbedingungen europäischer Öffentlichkeit an (vgl. Latzer/Saurwein 2006, 23). Die Liste potenzieller Hindernisse umfasst *sozio-kulturelle Faktoren* wie Sprachbarrieren und unterschiedliche kulturelle Identitäten, *politisch-institutionelle Faktoren* wie die Intransparenz und mangelnde Nachrichtenwerte der europäischen Politik (z.B. aufgrund von Überkomplexität und Konsensorientierung), mangelnde Partizipations- und Mitbestimmungsmöglichkeiten (v.a. Direktwahlen) sowie *medienspezifische Faktoren* wie die Fragmentierung¹¹² der Mediensysteme, Nachfrageorientierung, Kommerzialisierung und die nationalstaatliche Fixierung des Journalismus.¹¹³

Untersuchungen, die sich mit der Struktur der Mediensysteme, der organisatorischen Struktur der Medienbetriebe und der journalistischen Profession als Strukturbedingungen europäischer Öffentlichkeit auseinandersetzen, sind jedoch weitaus seltener als Inhaltsanalysen (vgl. Seethaler 2006). Forschungsdefizite in Bezug auf das Verhältnis von Europäisierung und Medien bestehen vor allem in der systematischen Verbindung von Struktur- und Inhaltsanalysen, in der Berücksichtigung weltanschaulicher Werte und kultureller Muster, die das Kommunikator- und Rezipientenverhalten prägen und in der Berücksichtigung der zentralen Rolle von Nachrichtenagenturen (vgl. Seethaler 2006).¹¹⁴ Dominierende Themen einschlägiger Strukturanalysen sind (1) das Grundproblem der Fragmentierung, (2) Vernetzungsmechanismen

¹¹² Hier wird besonders die fragmentierende Kraft des Internet betont: „Die Nutzung des Internet hat die Kommunikationszusammenhänge zugleich erweitert und fragmentiert. Deshalb übt das Internet zwar eine subversive Wirkung auf autoritäre Öffentlichkeitsregime aus. Aber die horizontale und entformalisierte Vernetzung der Kommunikationen schwächt zugleich die Errungenschaften traditioneller Öffentlichkeiten. Diese bündeln nämlich innerhalb politischer Gemeinschaften die Aufmerksamkeit eines anonymen und zerstreuten Publikums für ausgewählte Mitteilungen, sodass sich die Bürger zur gleichen Zeit mit denselben kritisch gefilterten Themen und Beiträgen befassen können. Der begrüßenswerte Zuwachs an Egalitarismus, den uns das Internet beschert, wird mit der Dezentrierung der Zugänge zu unredigierten Beiträgen bezahlt“ (Habermas 2006 zit. in DER STANDARD, Print-Ausgabe vom 10.3.2006).

¹¹³ Zu den Ursachen von Öffentlichkeitsdefiziten vgl. grundlegend Gerhards (1993), umfassend Meyer (1999; 2000), zusammenfassend Schlesinger/Kevin (2000) und Liebert (2003).

¹¹⁴ In einem der wenigen Versuche strukturelle und inhaltliche Aspekte europäischer Öffentlichkeit systematisch zu verknüpfen kommt Sievert (vgl. 1998, 346) auf Basis eines systemtheoretischen Ansatzes zu dem Schluss, dass eine hohe internationale Synchronität beim Strukturkontext der Medieninstitutionen und eine mittelmäßige Synchronität beim Normenkontext der Mediensysteme sowie beim Rollenkontext der Medienakteure besteht. Beim Funktionskontext der Medienaussagen ist allerdings eine niedrige internationale Synchronität festzustellen. Die Ergebnisse der Arbeit von Sievert (vgl. 1998, 156) indizieren, dass der Journalismus in Europa zwar ökonomisch und technologisch auf der Ebene der Medieninstitutionen zusammenwächst, diese Entwicklungen jedoch kaum Auswirkungen auf die Synchronisation von Medieninhalten haben.

und deren Gefahren für Medienvielfalt, sowie (3) die Auswirkungen der zunehmenden Kommerzialisierung auf die Herstellung politischer Öffentlichkeit.

Als eines der Hauptmerkmale im Bereich politischer Berichterstattung gilt die – im Zuge der Liberalisierung und Kommerzialisierung der Medienmärkte – zunehmende *Orientierung an Nachrichtenfaktoren* im journalistischen Selektionsprozess. Und folglich gilt der geringe Nachrichtenwert europäischer Politik als eine zentrale Ursache für europäische Öffentlichkeitsdefizite. EU-Politik erfüllt Selektionsfaktoren wie Nähe, Betroffenheit und Relevanz in geringerem Ausmaß als nationale Politik. Mangelnde Betroffenheit und Relevanz werden auf geringe Einflussmöglichkeiten zurückgeführt (Direktwahlen, Referenden)¹¹⁵ und übereinstimmend als wesentliche Hindernisse für Europäisierung genannt.¹¹⁶ Die Komplexität und Intransparenz europäischer politischer Entscheidungsprozesse, die Dominanz von Verwaltungshandeln, sowie die traditionelle Konsensorientierung und Kollektiventscheidungen werden als weitere Hemmnisse diskutiert. Sie zählen zu den Strukturmerkmalen von EU-Politik und tragen zur politischen Funktionsfähigkeit der EU bei, erschweren jedoch umgekehrt die Berichterstattung über die EU, die auf Information, Personalisierung und auf die Vermittelbarkeit durch klare Konfliktlinien angewiesen ist (vgl. v.a. Meyer 1999, 629). Auf der Suche nach Auswegen werden v.a. die Potenziale des *öffentlichen Rundfunks* hervorgehoben, der in weniger starkem Ausmaß der kommerziellen Medienlogik unterliegt (vgl. Thomaß 2004, 59; 2006). Der öffentlich-rechtliche Rundfunk könnte leichter in den Prozess der Europäisierung von Öffentlichkeit eingebunden werden, da er der Gesellschaft verpflichtet ist und ihm am ehesten die Vermittlung der europäischen Idee zugetraut wird (vgl. Brantner/Langenbacher 2006, 409).

In einer Untersuchung sollen die Ergebnisse der Medieninhaltsanalyse vor dem Hintergrund einiger dieser zentralen Annahmen aus der kommunikations- und politikwissenschaftlichen Forschung zu den medialen Strukturbedingungen europäischer Öffentlichkeit reflektiert werden. Dies gilt insbesondere für die Bedeutung von *Nachrichtenfaktoren* (Nähe, Macht/Einfluss, etc.) in der EU-Berichterstattung. Die systematischen intermedialen Vergleiche im Rahmen der Inhaltsanalysen berücksichtigen Print- und Fernsehnachrichten, und sowohl Qualitäts- als auch Boulevardmedien. Damit bieten sie eine fundierte Grundlage für die Diskussion und Reflexion der zentralen

¹¹⁵ Fehlende Partizipationsmöglichkeiten zählen zu den politisch-institutionellen Barrieren für die Entstehung europäischer Öffentlichkeit. Das Zusammenwirken zwischen politisch-institutionellen Barrieren und medienspezifischen Barrieren wird an dieser Stelle besonders deutlich und verlangt nach einer kombinierten Analyse politischer und medialer Einflussfaktoren zur Erklärung von Öffentlichkeitsdefiziten.

¹¹⁶ Vgl. Gerhards (1993, 108), Eder/Kantner (2000, 314), Abromeit (2001, 84). Als empirischer Beleg wird die erhöhte Medien- und Publikumsaufmerksamkeit für EU-Politik im Zuge von Referenden angeführt, etwa die Abstimmungen über den Vertrag von Maastricht, die Euro-Einführung, den Vertrag von Nizza und die EU-Verfassung.

Ergebnisse vor dem Hintergrund der Frage, welchen Beitrag die unterschiedlichen Mediengattungen für Europäisierungsprozesse leisten.

2.6 Zusammenfassung

Ausgangspunkt für die empirischen Untersuchungen zum Stand und zur Entwicklung der Europäisierung der österreichischen Öffentlichkeit ist die Vorstellung, dass der Weg zur europäischen Öffentlichkeit als langfristiger Prozess zu denken ist, der vor allem über die Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten und deren gegenseitige, transnationale Verschränkung führen kann. Mit dieser Vorstellung rücken die Berichterstattung über EU-Politik und die Berichterstattung über und aus andere(n) EU-Länder(n) in den Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses. Jedoch ist die empirische Forschung auf die EU-Medienberichterstattung in der Qualitätspresse der großen EU-Nationen konzentriert und für die EU-Berichterstattung in Österreich liegen erst wenige empirische Ergebnisse vor. Der österreichischen Berichterstattung über die EU-Osterweiterung, einem der zentralen politischen EU Themen der vergangenen Jahre, sind noch keine speziellen Analysen gewidmet. Dies ist erstaunlich, weil in Österreich die EU-Skepsis im Allgemeinen und die Ablehnung der EU-Osterweiterung im Speziellen besonders ausgeprägt sind, wobei v.a. die EU-Erweiterung besonders kontrovers diskutiert wurde und für die starke EU-Skepsis in der Bevölkerung mitverantwortlich gemacht wird. Aus diesen Forschungslücken leiten wir unser zentrales *Untersuchungsziel* – die empirische Erfassung von Europäisierungsprozessen in Österreich – ab.

Den Referenzrahmen unserer Untersuchung bildet die Frage nach der Entstehung einer europäischen politischen Öffentlichkeit, verstanden als intermediärer Kommunikationsraum, der insbesondere Akteure des politisch-administrativen Systems, Akteure der (organisierten) Zivilgesellschaft und Interessengruppen sowie Bürgerinnen und Bürger miteinander verbindet. Für unseren Untersuchungszusammenhang ist Öffentlichkeit vor allem aufgrund spezifischer *Funktionen im europapolitischen Kontext* von besonderer Bedeutung (Legitimation und Integration). Form und Ausmaß europäischer Öffentlichkeit sind mitbestimmend für die demokratische Qualität politischer Ordnungen. Potenzielle Öffentlichkeitsdefizite im europäischen Kommunikationsraum rechtfertigen eine eingehende empirische Analyse von Formen und Ausmaß der Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten. Wir fokussieren in unserer Analyse daher auf die EU bzw. auf die Europäisierung von Öffentlichkeit im Kontext der europäischen politischen Integration und widmen uns dabei der *massenmedialen Öffentlichkeit*, vor allem den Leitmedien politischer Kommunikation, denen zentrale Bedeutung für Informationen über EU-Politik zugeschrieben wird.

Nachdem sich die rezente Forschung aber vorwiegend auf die Qualitätspresse konzentriert, bleiben die Beiträge der TV-Nachrichten und der reichweitenstarken Boulevardpresse für Europäisierungsprozesse bislang unterbeleuchtet. Wir versuchen einen Beitrag zur Schließung dieser Forschungslücken zu leisten, indem wir die Informationsangebote zu europapolitischen Themen im Fernsehen (ORF-ZIB), in der Qualitätspresse (Der Standard) und in der Boulevardpresse (Kronen Zeitung) untersuchen und miteinander vergleichen, womit auch der zentralen Stellung der reichweitenstarken Boulevardpresse im österreichischen Mediensystem Rechnung getragen wird.

Den empirischen Analysen legen wir ein *Konzept* zur Erfassung der Europäisierung von Öffentlichkeit zugrunde, das Europäisierung als multidimensionales und graduelles Phänomen beschreibt. Wir entwickeln ein Instrumentarium in Form eines mehrdimensionalen Analysedesigns, das dem Prozesscharakter Rechnung trägt und mit dem die Europäisierungsprozesse auf mehreren Ebenen wahrgenommen und beschrieben werden können (Transparenz, Interaktion, Partizipation, Diskursivität, Identität). Wir verzichten damit auf einseitige normative Fixierungen und orientieren unsere Untersuchung an normativen Anforderungen aus unterschiedlichen Demokratiemodellen. Die Basis für unsere empirischen Analysen bildet eine umfassende Literaturanalyse (Abschnitt 1), die eine theorieinduzierte Vorgangsweise gewährleisten soll. Wir identifizieren vorhandene und weithin „anerkannte“ Ansätze und Parameter zur empirischen Erfassung der Europäisierung von Öffentlichkeit und kombinieren diese Ansätze und Parameter in einem mehrdimensionalen Analyseschema.

Die Vorgangsweise zur Umsetzung der Forschungsziele ist durch die systematische Anwendung dieses mehrdimensionalen Analysedesigns und durch einen Methoden-Mix gekennzeichnet. Die Analyse der Europäisierung der österreichischen Öffentlichkeit erfolgt (1) durch systematische *Stichwortabfragen* in anbieterspezifischen Nachrichtenarchiven mit denen Überblicksergebnisse zur medialen Aufmerksamkeit für EU-Politik im Zeitraum 1995-2004 generiert werden, um den *Europäisierungstrend* zu erfassen. Im zweiten Schritt (2) erfolgen *quantitative Inhaltsanalysen* der neueren EU-Berichterstattung in Österreich mit denen die europapolitischen Nachrichtenbeiträge aus dem Print und dem TV Bereich an ausgewählten Stichtagen im Zeitraum 2002-2004 analysiert werden, um Formen der Europäisierung im *intermedialen Vergleich* zu untersuchen. Schließlich erfolgt (3) die *Inhaltsanalyse der EU-Berichterstattung zur EU-Osterweiterung*, mit der die Aussagen innerhalb der themenspezifischen Nachrichtenbeiträge analysiert werden, um Ergebnisse zur *Europäisierung der Interaktionsmuster, zur Bewertung der Erweiterung durch Sprecher und zur Diskursqualität der medialen Erweiterungsdebatte* zu generieren. Darüber hinaus sollen (4) in allen Untersuchungsabschnitten die Ergebnisse der Inhaltsanalysen vor dem Hintergrund zentraler

Thesen über *Strukturbedingungen für die Europäisierung* politischer Kommunikation reflektiert werden.

Der „*Mehrwert*“ unserer Untersuchung besteht vor allem in der Anwendung bewährter Ansätze auf ein bisher eher wenig berücksichtigtes Untersuchungsland, nämlich Österreich. Die Vorgangsweise soll sicherstellen, dass unsere Ergebnisse mit Daten aus anderen Studien zu anderen Ländern vergleichbar sind, und durch den Vergleich eine Standortbestimmung der Europäisierung der österreichischen Öffentlichkeit erlauben.

Ergebnisse der empirischen Analysen

3 Europäisierungstrend: Entwicklung der EU-Berichterstattung im Zeitverlauf 1995 - 2004

3.1 Untersuchungsziele und Vorgangsweise

Teil 1 unserer empirischen Analyse untersucht den Prozess der Europäisierung der österreichischen Öffentlichkeit anhand der zeitlichen Entwicklung der medialen Aufmerksamkeit für die Europäische Union (EU). Hintergrund für die Erfassung des Europäisierungstrends (Langzeitperspektive) ist die Frage, ob der politische und ökonomische Integrationsprozess in Europa auch von zunehmender medialer Europaberichterstattung im Zeitverlauf begleitet wird. Ergebnisse sollen einen ersten Überblick zur Entwicklung der Bedeutung der Europäischen Union gemessen an ihrer medialen Präsenz in der österreichischen Berichterstattung bieten. Die Entwicklung der medialen Sichtbarkeit der EU wird anhand folgender Parameter erfasst und differenziert:

- an der Entwicklung des Anteils der „EU-Berichterstattung“ am Gesamtnachrichtenvolumen und an der Entwicklung des Umfangs der Medienpräsenz der zentralen EU-Akteure (vertikale Europäisierung);
- an der Entwicklung der medialen Aufmerksamkeit für europäische Länder (horizontale Europäisierung) und durch einen Vergleich mit dem Umfang der Berichterstattung über Österreich und über ausgewählte außereuropäische Länder;
- am variierenden Umfang der EU-Referenzen in der Berichterstattung über unterschiedliche Politikbereiche (politikfeldspezifische Europäisierung).

Die Analyse des Europäisierungstrends erfolgt durch die Erfassung der *medialen Aufmerksamkeit* für die EU gemessen an rhetorischen und geographischen Referenzen mit EU-Bezug in der Zeit von 1995 bis 2004 (Untersuchungszeitraum: 10 Jahre). Mit Hilfe quantitativer Inhaltsanalysen (Stichwortabfragen) werden insbesondere Umfang und Trendentwicklung der EU-Berichterstattung auf der wichtigsten österreichischen TV-Informationsplattform *ORF Zeit im Bild (ORF-ZIB)* analysiert. Die Datengrundlage für die Stichwortabfragen bilden *165.714 Nachrichtenbeiträge* die zwischen 1.1.1995 und 31.12.2004 in den ORF-ZIB Sendungen ausgestrahlt wurden.¹¹⁷

¹¹⁷ Dies entspricht der Gesamtberichterstattung im Bereich der ZIB-Information ohne Wiederholungen und ohne Wetter.

Die Ermittlung der relevanten Daten erfolgte mit Hilfe systematischer Stichwortabfragen im Film- und Fernseharchiv des ORF (Farao).¹¹⁸ Sämtliche ZIB-Beiträge werden vom ORF archiviert, klassifiziert (Sendedatum, Land im Geobild, Sachbegriff zum Thema, etc.) und beschrieben (Bildmotive, Akteure, etc.). Dem Datensatz zum jeweiligen Beitrag wird zudem der Moderationstext als kurze Inhaltsangabe beigefügt.¹¹⁹ Damit stehen im Farao-Archivsystem komprimierte, textbasierte Metadaten zu jedem einzelnen ZIB-Nachrichtenbeitrag zur Verfügung, die gezielte Abfragen für systematische Analysen ermöglichen.

Für unsere Analyse suchen wir im ersten Untersuchungsschritt nach rhetorischen „EU-Referenzen“¹²⁰ in der Suchkategorie „Inhalt“, also im Moderationstext, und zeigen das Jahresaufkommen an EU-Referenzen im Untersuchungszeitraum (1995, 1996, ... 2004).¹²¹ Dadurch erhalten wir Ergebnisse zur Trendentwicklung im Umfang der EU-Berichterstattung. Im zweiten Untersuchungsschritt widmen wir uns der EU aus geographischer Perspektive und vergleichen die Summen der Einträge für Beiträge aus Österreich mit den Einträgen für die europäischen und für ausgewählte außereuropäische Länder in der Suchkategorie „Geobild“. Dadurch zeigen sich Schwerpunktverschiebungen in der Nachrichtengeographie und speziell die Veränderungen in der medialen Aufmerksamkeit für Europa und für die EU-Staaten. Abschließend differenzieren wir die Ergebnisse zum Umfang der EU-Referenzen entlang der unterschiedlichen „Sachbegriffe“ (Innenpolitik, Landwirtschaft, Verkehr etc.). Dadurch zeigen sich die unterschiedlichen Europäisierungsgrade in unterschiedlichen Politikfeldern.

Den empirischen Kern der Untersuchung in diesem Abschnitt bildet die Analyse der EU-Berichterstattung in der *ORF-ZIB*. Punktuell wird aber auch auf Vergleichsdaten Bezug genommen, die für die österreichischen Tageszeitungen *Der Standard* (Qualitätspresse), *Neue Kronenzeitung* (Boulevardpresse) vorliegen, um auf Anzeichen für Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Berichterstattungsmustern hinzuweisen. Die anbieterspezifischen Archivierungssysteme die den Stichwortabfragen zugrunde liegen unterscheiden sich jedoch so stark, dass systematische intermediale Vergleiche entlang aller ausgewählten Parameter nicht möglich sind. Zudem hängen die zugrunde liegenden Datensätze stark von den Dokumentations- und Archivierungsleistungen der Plattformbetreiber ab. Die erzielten Ergebnisse können alleine und isoliert betrachtet daher

¹¹⁸ Für die Erlaubnis, die umfassende Datenbank für Recherchezwecke zu nutzen, danken wir dem Leiter des Archivs Dr. Peter Dusek. Für die Kooperation und die Unterstützung bei der Datenerhebung danken wir Mag. Michael Springer vom ORF-Archiv.

¹¹⁹ Der „Moderationstext“ ist jener Text, den die Nachrichtensprecher zur Einleitung der Beiträge vortragen. Er entspricht damit nicht 1:1 dem „Sprechertext“ im Beitrag selbst, sondern gibt den wesentlichen Inhalt des Beitrags komprimiert wieder. Die Zusammenstellung des Moderationstexts folgt idealtypisch dem Faktor „Relevanz“.

¹²⁰ Suche nach „Europäisch* Union“ ODER „EU“ ODER „EU-*“ in der Kategorie Inhalt.

¹²¹ Durch die Suche im Moderationstext bleiben EU-Referenzen unbeachtet, die nicht im Moderationstext, sehr wohl aber im Sprechertext vorhanden sind. Dadurch kommt es zu einer systematischen „Untermessung“ des Umfangs der EU-Referenzen. Eine exakte Erfassung des Europäisierungsniveaus, gemessen am Umfang der EU-Referenzen ist somit zwar nicht möglich. Die Ergebnisse zur Trendentwicklung, die in diesem Abschnitt im Vordergrund stehen, werden durch den systematischen Messfehler aber nicht so sehr berührt.

kein komplettes und exaktes Bild der Europäisierung der österreichischen Öffentlichkeit liefern. Sie erlauben erste Rückschlüsse auf Trendentwicklungen und liefern einige Indizien für die Muster der EU-Berichterstattung in Österreich, die jedoch unbedingt mit Hilfe anderer Analyseinstrumente zu überprüfen sind. Wir verweisen deshalb auf potenzielle Messungenauigkeiten bei den jeweils vorliegenden Daten, diskutieren die methodischen Probleme der Vorgangsweise und die Grenzen des Instrumentariums am Ende dieses Kapitels und leiten damit zur detaillierten Inhaltsanalyse im zweiten Abschnitt über, mit deren Hilfe nicht zuletzt auch die Ergebnisse aus diesem ersten Abschnitt überprüft werden sollen.

3.2 Vertikale Europäisierung

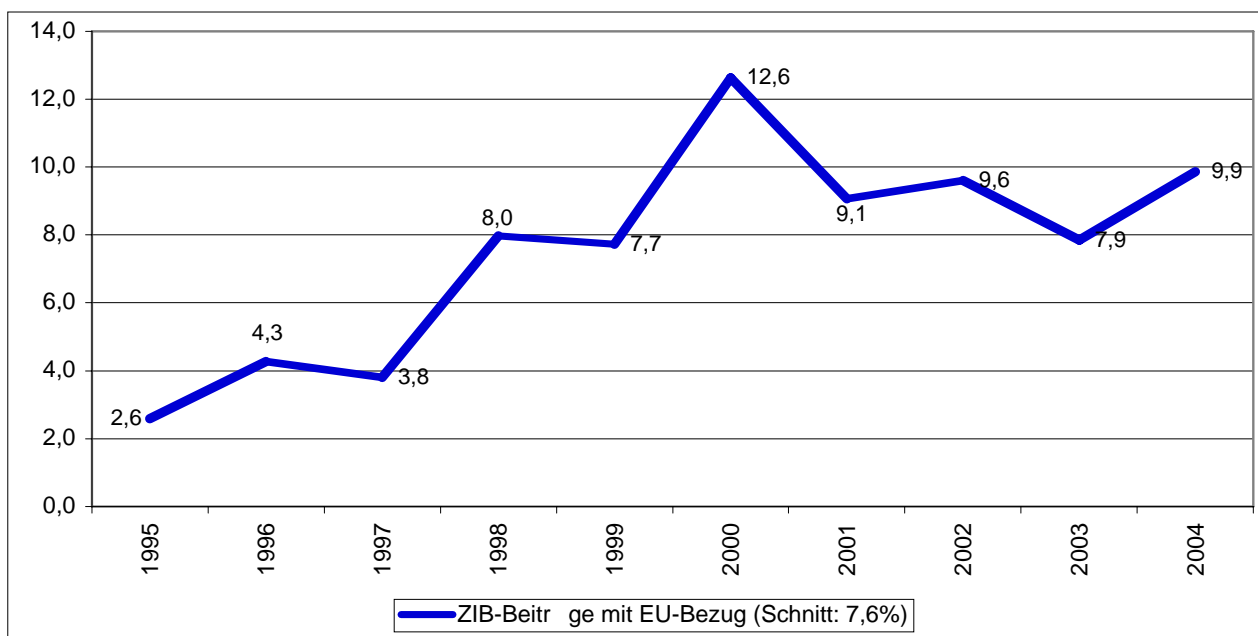
Die Entstehung europäischer Öffentlichkeit wird als Prozess beschrieben, der über die Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten und deren gegenseitige, transnationale Verschränkung führt. Empirisch zeigt sich die Europäisierung nationaler Öffentlichkeit u.a. durch die Zunahme der Dichte auf Europa bezogener kommunikativer Referenzen im Zeitverlauf. Zur Messung der Dichte kommunikativer Referenzen wurde eine Reihe von Indikatoren vorgeschlagen. Sie reichen von einfachen Aufmerksamkeitsindikatoren wie „Thematisierungshäufigkeit europapolitischer Themen“ oder „Sichtbarkeit von EU-Institutionen und Akteuren“ bis zu komplexen Interaktions- und Diskursivitätsindikatoren wie „Arenenreferenzialität“ oder „Sprecherreziprozität“.

Als vielleicht wichtigster Indikator für die empirische Erfassung von Europäisierungsprozessen gilt die mediale Aufmerksamkeit für EU-Politik in nationalen Medien (*vertikale Europäisierung*). Die öffentliche Sichtbarkeit der EU-Politik in den Medien ist die Voraussetzung dafür, dass europäisches Regieren unter „öffentlicher Beobachtung“, also unter Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger erfolgt. Die zunehmende realpolitische Bedeutung der EU sollte von einer Zunahme der medialen Aufmerksamkeit für EU-Politik begleitet sein.

Im Zentrum von Schritt 1 unserer Auswertungen steht daher der Versuch, den Stellenwert der Berichterstattung über die Europäische Union im Zeitverlauf zu erfassen. Wir messen die mediale Sichtbarkeit der EU durch die Ermittlung des Anteils an Beiträgen mit „EU-Bezug“ am Gesamtnachrichtenvolumen in der ORF-ZIB und an der Entwicklung des Anteils direkter Referenzen auf EU-Akteure. Insgesamt finden wir in 165.714 ZIB-Nachrichtenbeiträgen 12.600 rhetorische Referenzen auf die EU im Untersuchungszeitraum 1995-2004. Dies entspricht einem durchschnittlichen Europäisierungsniveau von 7,6% im 10-Jahresschnitt und einem durchschnittlichen Informationsvolumen von 3,5 Beiträgen mit EU-Bezug pro Sendetag. Zusammenfassende Ergebnisse zum Europäisierungsniveau sind jedoch von geringer Aussagekraft, weil kein definierter Level für ein adäquates Europäisierungsniveau existiert, der zur Beurteilung

von Ergebnissen heran gezogen werden könnte. Die Analyse der Entwicklung im Zeitverlauf erlaubt hingegen Aussagen zum Europäisierungstrend (Abbildung 3).

Abbildung 3: ORF-ZIB: Europäisierungstrend 1995-2004. Anteil der ZIB-Nachrichtenbeiträge mit EU-Bezug am Gesamtnachrichtenvolumen (in %)



ORF-ZIB: 1995-2004; n = 165.714 Nachrichtenbeiträge (Gesamtnachrichtenvolumen), davon 12.600 Nachrichtenbeiträge mit EU-Bezug. Darstellung nach dem Anteil der Beiträge mit EU-Bezug am Gesamtnachrichtenvolumen pro Jahr in %. Datenquelle: ORF Film- und Fernseharchiv (FARAO); eigene Abfragen, eigene Darstellung.

Die Ergebnisse der Auswertung zeigen einen klaren Europäisierungstrend. Die mediale Aufmerksamkeit für die EU liegt am Ende des Untersuchungszeitraums (2003-2004) mit einem Anteil von 7,9% bis 9,9% an der Gesamtberichterstattung deutlich über jenen Werten, die für den Beginn des Untersuchungszeitraums (1995-1997) ermittelt wurden (2,6% bis 4,3%). Die zunehmende Bedeutung der EU ist also auch von einer Zunahme der medialen Aufmerksamkeit für EU-Politik in der wichtigsten österreichischen Fernsehinformationssendung begleitet.¹²²

Die Steigerung der medialen Aufmerksamkeit für die EU erfolgt jedoch nicht gleichmäßig, sondern ist stark von spezifischen EU-relevanten Ereignissen mitgeprägt. Hervorstechend ist dabei der „Europäisierungsschub“ im Jahr 2000 (12,6%). Die deutliche Erhöhung der medialen Aufmerksamkeit für die EU kann u.a.¹²³ auf die „Sanktionen der EU-14“ gegen Österreich zurückgeführt werden. Die Anzahl der Referenzen auf die EU erreicht dadurch einen vorher und

¹²² Unsere Daten zur Trendentwicklung bestätigen die Ergebnisse von Brüggemann et al. (2006), denen zufolge sich die gestiegene politische Relevanz der Europäischen Union in Form einer wachsenden Sichtbarkeit von EU-Institutionen in öffentlichen Debatten widerspiegelt. Die Einbeziehung von EU-Institutionen hat sich laut Brüggemann et al. (2006) seit 1982 mehr als verdoppelt und erreichte 2003 einen Stand von immerhin 29%. Allerdings weichen die Untersuchungszeiträume der Analysen und die Textsamples voneinander ab, sodass direkte Vergleiche der jeweils ermittelten Daten zum Europäisierungsniveau nicht möglich sind.

¹²³ Mit dem Gipfel von Nizza (Dezember 2000) fällt zudem einer der bedeutendsten EU-Gipfel ins Jahr 2000, auf dem der Fahrplan für die EU-Erweiterung und wichtige institutionelle Reformen (u.a. Stimmgewichtung im Rat) beschlossen wurden.

nachher nicht mehr erreichten Höhepunkt. Das Ergebnis bestätigt die Vermutung wonach Europäisierung vor allem durch Konflikt- und Krisensituationen bedingt ist und „konfliktinduziert“ erfolgt (vgl. Tobler 2006).¹²⁴

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass Österreich durch den Beitritt 1995 in der EU vorerst formal angekommen ist, ohne dass sich die realpolitische Bedeutung des EU-Beitritts auch in der medialen Aufmerksamkeit deutlich abzeichnete. Erst durch Ereignisse wie die EU-Wahl (1996), die österreichische EU-Ratspräsidentschaft (1998) und die Sanktionen der EU-14 (2000) rückte die EU zunehmend stärker ins mediale Blickfeld.¹²⁵ Nach 2000 ist ein Abwärtstrend erkennbar. Eine mögliche Erklärung dafür könnte sein, dass sich die mediale Aufmerksamkeit ab 2001 nach den Terroranschlägen in New York stärker auf die USA und die Kriegs- und Krisengebiete nach Afghanistan und in den Irak verlagerte. Erst mit dem (vorläufigen) Ende des Irakkriegs und den europapolitisch relevanten Ereignissen im EU-Erweiterungsjahr 2004 wird der Abwärtstrend gebrochen, und die EU findet wieder mehr Beachtung. Ob der Abwärtstrend nach 2000 tatsächlich durch Verschiebungen im Nachrichtenfokus bedingt ist, soll weiter unten (Abschnitt 3.3) durch eine Analyse der ZIB-Nachrichtengeographie geklärt werden.

Mediale Aufmerksamkeit für EU-Institutionen und -Akteure

Mit der Erfassung des Umfangs von EU-Referenzen im Nachrichtenvolumen konnten erste Indizien für einen Trend zur vertikalen Europäisierung gefunden werden. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Europäische Union in Nachrichtenbeiträgen in unterschiedlichen Formen thematisiert werden kann. Beiträge mit rhetorischen EU-Referenzen können spezifischen EU-Ereignissen (Gipfel, Wahlen, Referenden), kollektiven Akteuren (Kommission, Rat, Parlament) oder individuellen Akteuren (Kommissare, Parlamentarier) oder EU-Regelwerken (Richtlinien, Verträgen, Verordnungen) gewidmet sein. Sie können aber auch nur unspezifische Verweise auf „die EU“ (EU-Wirtschaft, EU-Politik, EU-Gelder, EU-Sanktionen, etc.) enthalten. Aus demokratietheoretischer Perspektive ist in der Berichterstattung über Entscheidungen und Entscheidungsprozesse unter

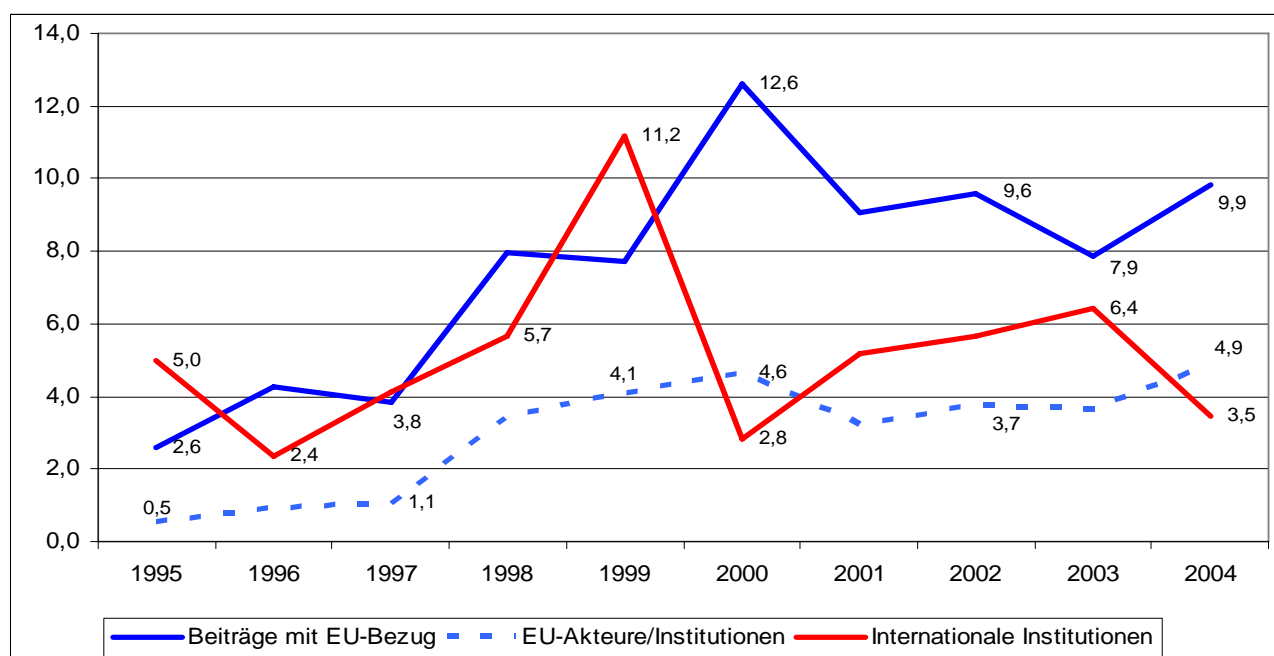
¹²⁴ Der Europäisierungsschub im Rahmen des Konflikts um die Sanktionen bezieht sich hier vor allem auf die österreichisch-europäischen Beziehungen. Ähnliche Europäisierungsschübe in Form von europaweiten Steigerungen der medialen Aufmerksamkeit für die EU wurden bei anderen Ereignissen festgestellt: Vor allem bei großen Skandalen, wie dem Korruptionsfall 1999 und dem Rücktritt der EU-Kommission, bei Katastrophen wie dem Rinderwahn etc. ließ sich beobachten, dass für einige Monate „etwas wie eine gesamteuropäische Öffentlichkeit“ hergestellt wurde, denn diese Ereignisse erfüllen wichtige Nachrichtenfaktoren (Meyer 2002; 2004).

¹²⁵ Das gleiche Muster zeigt auch eine Analyse der medialen Aufmerksamkeit für die EU in den Tageszeitungen Der Standard und Kronen Zeitung: In beiden Zeitungen erreicht die Anzahl der Beiträge mit EU-Bezug im Jahr 2000 einen vorläufigen Höchststand, der in der Periode 1995-1999 nicht erreicht wurde. Zudem liegen in beiden Zeitungen die ermittelten Werte für die Beiträge mit EU-Bezug in absoluten Zahlen für 1996 (EP-Wahl) über jenen für 1995; jene von 1998 (Präsidentschaft) über jenen von 1997 und jene für 2000 (Sanktionen; Gipfel von Nizza) über jenen von 1999. Quellen: Stichwortabfrage in DER STANDARD digital Onlinearchiv (Der Standard); APA defacto Onlinearchiv (Kronen Zeitung).

anderem die Benennung der politisch verantwortlichen, individuellen und kollektiven Akteure von zentraler Bedeutung für die Transparenz. „Das Publikum muss wissen, wer aus welchen Gründen etwas entscheiden will, von dem es selber betroffen ist“ (Neidhardt 2006, 50). Wir versuchen deshalb in unserer Analyse Formen der Aufmerksamkeitsentwicklung für die Europäische Union zu präzisieren, indem wir die Entwicklung der Medienpräsenz der wichtigsten *EU-Akteure* untersuchen. Die gewonnenen Daten ergänzen die Ergebnisse aus unseren ersten Überblickserhebungen zur vertikalen Europäisierung und bringen weitere wichtige Ergebnisse in Bezug auf Veränderungen der medialen Sichtbarkeit der EU-Institutionen im Zeitverlauf.

Wir messen die mediale Sichtbarkeit der EU-Akteure durch gezielte Stichwortsuchen in der ORF-Datenbank Farao, ermitteln den Anteil der Beiträge mit direktem Bezug auf individuelle und kollektive EU-Akteure¹²⁶ am Gesamtnachrichtenvolumen in der ORF-ZIB und vergleichen die Entwicklung der Medienpräsenz der EU mit jener für ausgewählte internationale Institutionen (UNO, NATO, OSZE, OPEC, IAEO, WTO und OECD). Insgesamt finden wir im Untersuchungszeitraum in 165.714 ZIB-Nachrichtenbeiträgen 12.600 rhetorische Referenzen zur EU, davon 5.071 direkte Referenzen zu EU-Akteuren, sowie 8.656 Referenzen zu ausgewählten internationalen Institutionen, die sich wie folgt auf die einzelnen Jahre verteilen (Abbildung 4):¹²⁷

Abbildung 4: Medienpräsenz im Vergleich: EU, EU-Institutionen/-Akteure und internationale Institutionen



ORF-ZIB: 1995-2004; n = 165.714 Nachrichtenbeiträge (Gesamtnachrichtenvolumen). Darstellung nach dem Anteil der Beiträge mit rhetorischem Bezug zur EU, zu EU-Institutionen/-Akteuren und zu internationalen Institutionen am Gesamtnachrichtenvolumen pro Jahr in %. Datenquelle: ORF Film- und Fernseharchiv (FARAO); eigene Abfragen, eigene Darstellung.

¹²⁶ Wir orientieren uns hier an der Liste von EU-Institutionen gemäß der Einteilung der Europäischen Union (Quelle: http://www.europa.eu.int/institutions/index_de.htm).

¹²⁷ Für einen ähnlichen Zugang vgl. Brüggemann et al. (2006), die zudem auch die Sichtbarkeit nationaler Institutionen erfassen.

Die Ergebnisse der Analyse bestätigen den Trend zur vertikalen Europäisierung. Gemeinsam mit der allgemeinen Sichtbarkeit der Europäischen Union (gemessen an rhetorischen EU-Referenzen) hat auch die mediale Sichtbarkeit von EU-Akteuren seit 1995 zugenommen. Der Anteil an Beiträgen, in denen bereits im Moderationstext auf individuelle und kollektive EU-Akteure direkt Bezug genommen wird, hat sich von 1995 (83 Beiträge: 0,5% des Gesamtnachrichtenvolumens) bis 2004 (858 Beiträge: 4,9%) fast verzehnfacht. Gemessen am Nachrichtenvolumen zu EU-Themen liegt der Anteil der Beiträge mit direktem EU-Akteursbezug für die Jahre 1995 und 1996 bei ca. 20% und steigt in den Jahren 2003 und 2004 auf über 45%. Die verstärkte Medienpräsenz der politisch handelnden EU-Akteure¹²⁸ kann zur Verbesserung der Sichtbarkeit von Verantwortlichkeit und zur Transparenz beitragen.¹²⁹

Trotzdem ist vermutlich nach wie vor ein hoher Anteil an Nachrichtenbeiträgen durch unspezifische Verweise auf „die EU“ gekennzeichnet. Im 10-Jahresschnitt bleiben in mehr als 60% der Beiträge zu EU-Themen die handelnden EU-Akteure zumindest im Moderationstext¹³⁰ ungenannt (7.529 Beiträge ohne Akteursreferenz).¹³¹ Eine Zunahme solch unspezifischer Verweise kann zwar zur Verbesserung der medialen Sichtbarkeit der EU beitragen, eine verbesserte Sichtbarkeit von politischen Verantwortlichkeiten ist damit jedoch nicht notwendigerweise verbunden. Unspezifische Verweise lassen häufig keinen eindeutigen Akteur erkennen, der für Entscheidungen zuständig ist und dem Verantwortung zugerechnet werden kann. Für das Publikum ist die Zurechnung von Entscheidungen und Handlungsfolgen zu den jeweiligen politischen Entscheidungsträgern nicht möglich.¹³² Speziell die Art der EU-Referenzen im Jahr 2000 sind dafür beispielhaft: Die signifikante Steigerung der allgemeinen rhetorischen Referenzen auf die EU ist nicht im selben Ausmaß von einer deutlichen Steigerung der Medienpräsenz von EU-Akteuren begleitet. Dies deutet auf einen starken Anstieg unspezifischer Verweise auf „die EU“ im Jahr 2000 hin, möglicherweise aufgrund einer hohen Anzahl an rhetorischen Verweisen auf „die EU-Sanktionen“.

¹²⁸ Mitentscheidend für die Verbesserung der Transparenz ist aber auch, dass EU-Akteure in den Beiträgen als Sprecher auftreten und ihre Positionen darlegen. Dies kann mit der einfachen Stichwortabfrage nicht erfasst werden, dazu sind detaillierte Analysen des Akteursensembles notwendig (für Ergebnisse zur Sichtbarkeit von EU-Repräsentanten im EU-Erweiterungskurs siehe Abschnitt 5.2 in diesem Bericht).

¹²⁹ Auch Gerhards (2000, 295ff.), erfasst den Anteil der Stellungnahmen, für die Sprecher von EU-Institutionen als Urheber ausgewiesen werden. Er zieht aus den Ergebnissen allerdings Rückschlüsse auf die Frage nach „europäischen Perspektiven“ in der Berichterstattung: „Werden Themen von nationalen Akteuren thematisiert, dann ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass die Meinungsbildung zu den Themen unter einer nationalstaatlichen Interessensperspektive erfolgt, als wenn Themen von europäischen Akteuren wie dem europäischen Parlament oder der Kommission bearbeitet werden, weil die nationalen Akteure im höheren Maß den Restriktionen nationaler Politik, die europäischen Akteure hingegen stärker den Strukturbedingungen des europäischen Politikfeldes unterworfen sind.“

¹³⁰ Es ist aber durchaus möglich, dass die jeweils verantwortlichen Akteure im Fernsehbeitrag im Sprechertext genannt werden.

¹³¹ In 12.600 Beiträgen mit rhetorischen Referenzen auf die EU konnte für 5.071 Fälle eine direkte Referenz auf EU-Akteure festgestellt werden. Der verbleibende Rest, also 7.529 EU-Referenzen, entfällt demnach auf unspezifische EU-Verweise.

¹³² Auf Transparenzbarrieren und mangelnde Personalisierungsmöglichkeiten wird auch in der Literatur immer wieder verwiesen (vgl. Lepsius 1997, Gerhards 2000 und vor allem Mayer 2004). Als potenzielle politisch-institutionelle Ursachen dafür gelten (1) die Unübersichtlichkeit aufgrund der Pluralisierung von Steuerungsebenen (Regionen, Nationalstaaten, EU-Institutionen), (2) die Intransparenz der Entscheidungsprozesse im Rat der Europäischen Union, sowie (3) das Kollegialprinzip in der EU-Kommission.

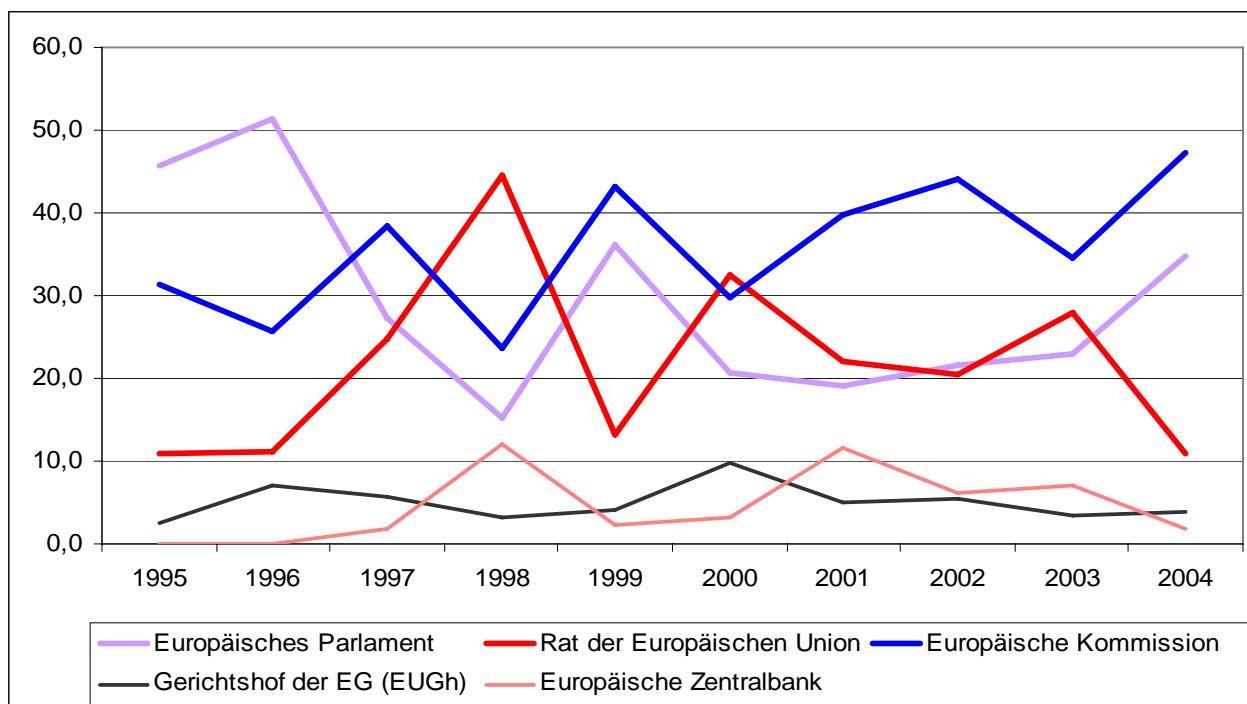
Im Untersuchungszeitraum 1995-2004 erhielt die Europäische Union mehr Aufmerksamkeit als die wichtigsten internationalen Institutionen zusammen (UNO, NATO, OSZE, OPEC, IAEO, WTO und OECD). 12.600 rhetorischen EU-Referenzen stehen 8.656 Nennungen der anderen internationalen Einrichtungen gegenüber. Davon wiederum entfällt ein Großteil auf die Vereinten Nationen (4.596 Beiträge) und die NATO (3.049 Beiträge). Im Längsschnitt ist kein eindeutiger Trend dahingehend ersichtlich, dass die mediale Aufmerksamkeit für die EU kontinuierlich auf Kosten der medialen Aufmerksamkeit für internationale Institutionen zugenommen hat.¹³³ Mit den Daten bestätigt sich eher die Vermutung, dass die Entwicklung der Medienpräsenz der ausgewählten internationalen Einrichtungen in Fernsehnachrichten nicht gleichmäßig und kontinuierlich steigt oder fällt, sondern stark von Ereignissen und vor allem von Konflikten und Kriegen abhängt, die zu kurzfristigen Aufmerksamkeitsschüben führen können. Im Fall der wichtigen internationalen Institutionen sorgten beispielsweise die Kosovo-Krise (1999; 11,2%) und der Irak-Krieg (2003, 6,4%) für eine überdurchschnittliche Medienpräsenz internationaler Institutionen, v.a. der NATO und der Vereinten Nationen.¹³⁴ Die Ergebnisse zeigen zudem, dass die in Krisen-/Kriegsjahren steigende Aufmerksamkeit für UNO und NATO jeweils mit mehr oder weniger starken Aufmerksamkeitsverlusten für die EU einhergehen. Das kann als erster Hinweis darauf gedeutet werden, dass die EU bislang in militärischen Auseinandersetzungen nicht jene zentrale Rolle spielt, wie die NATO und die UNO.

Im direkten Vergleich der Medienpräsenz der EU-Institutionen dominieren erwartungsgemäß die zentralen EU-Institutionen EU-Kommission, EU-Rat und Europäisches Parlament, wie die Verteilung der 5.071 direkten Referenzen auf EU-Akteure zeigt (Abbildung 5):

¹³³ Auch Brüggemann et al. (2006) finden in ihrer Längsschnittanalyse (1989-2003) dafür keine Hinweise. Die Sichtbarkeit anderer internationaler Institutionen bleibe im Zeitverlauf stabil, falle jedoch im Untersuchungszeitraum hinter die Aufmerksamkeit für EU-Institutionen zurück. Brüggemann et al. (2006) interpretieren dies als Europäisierungsprozess und nicht ein grundsätzliches Phänomen zunehmender Transnationalisierung.

¹³⁴ Unsere Ergebnisse zur Medienpräsenz internationaler Institutionen bestätigen damit teilweise die Daten von Brüggemann et al. (2006, 223f.), die mit ihrer Längsschnittanalyse ebenfalls zeigen können, dass „die öffentliche Aufmerksamkeit für die UN [...] 2003 im Kontext der Entscheidungen des UN-Sicherheitsrates anlässlich der US-amerikanisch geführten Irak-Intervention kurzzeitig stark zugenommen [hatte]“, und dass andere politisch relevante westliche Institutionen wie die OECD und die WTO im öffentlichen Diskurs weniger sichtbar waren. Die Rolle der NATO wird durch die Anlage der Analyse von Brüggemann et al. (2006) allerdings unterschätzt. Ihre Daten zeigen, dass „durchschnittlich 5% aller Erwähnungen auf das westliche Militärbündnis entfielen, was als Indikator „für die (Nicht)-Existenz einer zunehmenden Westernisierung“ gewertet wird. Die Untersuchung umfasst jedoch nur die Jahre 1982, 1989, 1996, und 2003. Mit dieser Auswahl des Untersuchungszeitraums bleiben genau die Jahre 1995, 1999, 2001 ausgeblendet, in denen die NATO unseren eigenen Ergebnissen zufolge aufgrund ihrer Involvierung in militärische Auseinandersetzungen und aufgrund der Nato-Osterweiterung 1999 (am 12. März 1999 traten Polen, Tschechien und Ungarn der NATO bei) medial besonders stark präsent war.

Abbildung 5: Medienpräsenz der EU-Institutionen im Vergleich



ORF-ZIB: 1995-2004; n = 5.071 Nachrichtenbeiträge mit rhetorischen Referenzen auf EU-Akteure/Institutionen in 165.714 Nachrichtenbeiträgen. (Gesamtnachrichtenvolumen 1995-2004). Darstellung nach dem Anteil der institutionenspezifischen Referenzen am Umfang aller Referenzen auf EU-Institutionen/Akteure pro Jahr in %. Datenquelle: ORF Film- und Fernseharchiv (FARAO); eigene Abfragen, eigene Darstellung.

Die detaillierte Analyse der Entwicklung der Sichtbarkeit der verschiedenen EU-Institutionen deutet darauf hin, dass die Medienpräsenz der Institutionen sehr stark von spezifischen EU-relevanten Ereignissen beeinflusst wird. Wahlen zum Europäischen Parlament (1996, 1999, 2004) führen beispielsweise regelmäßig zu kurzfristig erhöhter Medienpräsenz von Parlament bzw. Parlamentariern, die Ratspräsidentschaft Österreichs (1998) führte zu einer Zunahme von rhetorischen Referenzen auf den Rat der Europäischen Union und die damit verbundenen Veranstaltungen. In ereignisschwachen Jahren kann die mediale Aufmerksamkeit für Parlament und Rat aber auch wieder sehr stark sinken. Demgegenüber bleiben die rhetorischen Referenzen zur EU-Kommission trotz ebenfalls sichtbarer Schwankungen auf hohem Niveau (durchschnittlich 37,5%) vergleichsweise stabiler und steigen im Zeitverlauf an. Lediglich für die EU-Kommission kann somit ein einigermaßen klarer Trend zu erhöhter Medienpräsenz gezeigt werden.

Ansonsten liefern die vorliegenden Daten jedoch keine eindeutigen Hinweise darauf, dass es zu kontinuierlichen Verschiebungen und eindeutigen Veränderungstrends in der medialen Präsenz der EU-Institutionen kommt und dass Kompetenzverschiebungen im Institutionengefüge der EU auch medial abgebildet werden. Die Aufwertung des EU-Parlaments mit dem Vertrag von Amsterdam¹³⁵

¹³⁵ Der Vertrag ist seit 1999 in Kraft und weitet die Befugnisse des Europäischen Parlaments aus, indem er seine Rechte im Mitentscheidungsverfahren und bei der Ernennung des Kommissionspräsidenten stärkt.

hat beispielsweise offenbar noch nicht zu einer eindeutigen Zunahme der Medienpräsenz des Parlaments auf Kosten der anderen EU-Institutionen geführt.

3.3 Horizontale Europäisierung

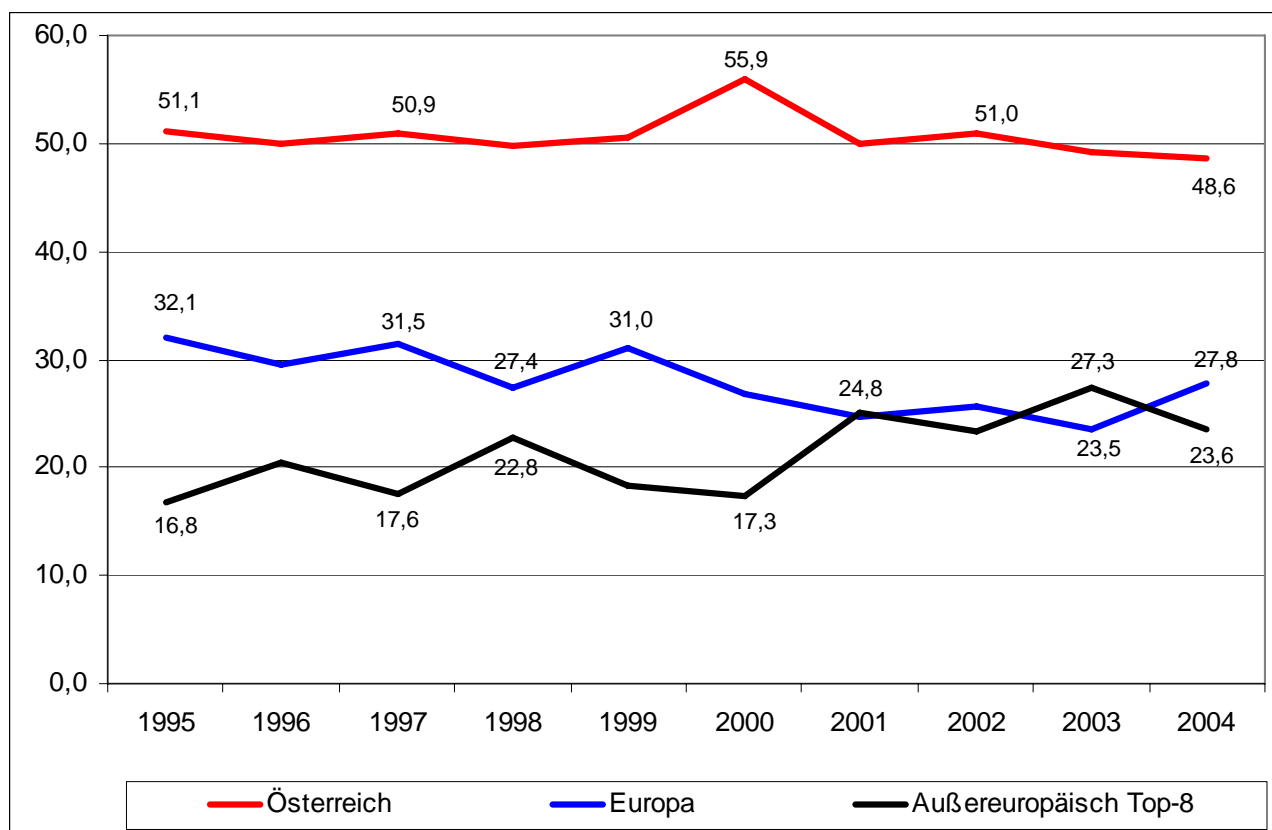
Mit der Erfassung des Umfangs von EU-Referenzen im Nachrichtenvolumen konnte die Entwicklung der vertikalen Europäisierung gezeigt werden. In der Literatur wird jedoch davon ausgegangen, dass sich die Europäisierung von Öffentlichkeit nicht ausschließlich über die Beachtung der EU-Politik in der nationalen Arena, sondern auch über die zunehmende Aufmerksamkeit für andere europäische Staaten vollzieht. Mit Begriffen wie „horizontale Europäisierung“ (Koopmans/Erbe 2003) oder „gegenseitige Beobachtung“ (Brüggemann et al. 2006) wird eine Europäisierungsform beschrieben, die transnationale Referenzen im Kommunikationsraum Europa in den Mittelpunkt rückt. Wir wollen uns auch dieser Form der Europäisierung widmen, und erfassen deshalb Ausmaß und Entwicklung der österreichischen „Europa-Berichterstattung“. Als Vergleichsmaßstab wählen wir die Entwicklung der medialen Aufmerksamkeit für rein national/österreichische Ereignisse und für ausgewählte außereuropäische Länder.

Für die Erhebung genutzt wird die Kategorie „Geobild“ im ORF-Film- und Fernseharchiv (Farao), in der die ZIB-Nachrichtenbeiträge jenen Ländern zugeordnet werden aus denen das Bildmaterial für die Beiträge kommt.¹³⁶ Durchgeführt wurde eine Vollerhebung der Geobild-Einträge für 45 europäische Länder, sowie eine Teilerhebung für 8 außereuropäische Staaten. In die Auswahl wurden jene außereuropäischen Staaten aufgenommen, auf die im Untersuchungszeitraum 1995-2004 mehr als 1000 Beiträge entfielen.¹³⁷ Die Datenbasis bilden 173.774 Geobildeinträge, die sich wie folgt auf Österreich, die anderen europäischen Staaten und 8 ausgewählte außereuropäische Staaten verteilen (Abbildung 6).

¹³⁶ Auch Mehrfacheinträge sind möglich, wenn Bildbeiträge aus mehreren Ländern eingespielt werden.

¹³⁷ Die Auswahl erfolgt damit nach dem Kriterium Relevanz. Mehr als 1000 Einträge im Zeitraum 1995-2004 entfielen auf 8 Staaten: USA, Israel, Russland, Irak, China, Japan, Afghanistan, Indien. Auf den „Rängen“ folgen Australien (804), Pakistan (790), Indonesien (666), Ägypten (656), Iran (556) und Kanada (504). Kein südamerikanischer Staat (Brasilien: 485) und kein afrikanischer Staat (Republik Südafrika: 409) kommt auf 500 Nennungen.

Abbildung 6: Nachrichtengeographie: Mediale Aufmerksamkeit für Österreich, Europa und 8 ausgewählte außereuropäische Staaten



ORF-ZIB: 1995-2004; n = 173.774 Geobildeinträge in 156.714 Nachrichtenbeiträgen. Darstellung nach der Verteilung aller Geo-Referenzen auf Österreich, Europa und ausgewählte außereuropäische Staaten pro Jahr in %. Datenquelle: ORF Film- und Fernseharchiv (FARAO); eigene Abfragen, eigene Darstellung.

Die Ergebnisse der Nachrichtengeographie-Analyse zeigen, dass nationale/österreichische Angelegenheiten in den aktuellen Nachrichten des ORF eine dominante Rolle spielen (Nachrichtenfaktor „Nähe“). Mehr als die Hälfte aller ZIB-Beiträge (88.100 Beiträge; 50,7% vom Gesamtvolumen im 10-Jahres Schnitt) wird dem Ereignisland Österreich zugewiesen.¹³⁸ 2000 erreicht die Österreich-Berichterstattung ihren Höhepunkt (55,9%). Die „politische Wende“ durch die Bildung der Mitte-Rechts Koalition unter Beteiligung der FPÖ sorgte für heftige innenpolitische Turbulenzen und war Anlass für die Sanktionen der EU-14 gegen die österreichische Regierung.¹³⁹ Wende und Sanktionen machen sich also nicht nur in einer Steigerung der EU-Referenzen¹⁴⁰, sondern auch in erhöhter nationaler Selbstreferenzialität klar bemerkbar.

Während die Berichterstattung über Österreich mit Ausnahme des Jahres 2000 auf hohem Niveau stabil bleibt, sind im Verhältnis europäischer und außereuropäischer Nachrichten

¹³⁸ Zum Vergleich: Gerhards (vgl. 2000, 294) zeigt, dass in Deutschland 60,4% der Themen, über die berichtet wird, sich mit innerdeutschen Angelegenheiten der BRD beschäftigen. Brüggemann et al. (2006) zeigen in einem internationalen Vergleich, ebenfalls, dass das jeweils eigene Land im Zeitraum 1982-2003 die stärkste mediale Aufmerksamkeit bekommt (im Trend einigermaßen stabil um ca. 50%). Pfetsch et al. (2004, 17) zeigen, dass sich ein Großteil (44,8%) der „Claims“ in den Medienkommentaren zu ausgewählten politischen Themen in den Jahren 2000-2004 auf Ereignisse im jeweils eigenen Land beziehen, wobei jedoch Politikfeld spezifische Divergenzen sichtbar sind.

¹³⁹ Gerhards (2000, 294f.) zeigt für Deutschland einen deutlichen Anstieg der nationalen Selbstreferenzialität in der Zeit der deutschen Wiedervereinigung nach dem Fall der Berliner Mauer.

¹⁴⁰ Siehe Abschnitt 3.2, Abb. 4.

Verschiebungen zu beobachten. Nachrichten aus anderen europäischen Ländern machen insgesamt 27,8% (48.308 Beiträge) des Gesamtvolumens aus, aber europäische Länder verlieren im Zeitverlauf an medialer Beachtung, gleichzeitig steigt die Aufmerksamkeit für die 8 ausgewählten außereuropäischen Staaten. War 1995 noch knapp ein Drittel (32,1%) der ZIB-Nachrichtenbeiträge den anderen europäischen Ländern gewidmet, so sank die mediale Aufmerksamkeit für Europa 2003 auf unter ein Viertel (23,5%) und markiert damit den absoluten Tiefpunkt im 10-Jahresverlauf. Gleichzeitig erreicht das Nachrichtenvolumen über die ausgewählten außereuropäischen Staaten im Zuge des Irak-Krieges 2003 den Höhepunkt (27,3%). Mit den vorliegenden Daten erhärtet sich die These, dass sich die mediale Aufmerksamkeit ab 2001 stärker auf die USA und die Kriegs- und Krisengebiete nach Afghanistan und in den Irak verlagert. Gleichzeitig kann die sinkende Trendlinie für Europa als eine „Ent-Europäisierung“ der Berichterstattung interpretiert werden. Tabelle 4 bietet einen Überblick zur Verteilung der medialen Aufmerksamkeit im Ländervergleich und zeigt kriegs- und krisenbedingte Verschiebungen in der Nachrichtengeographie.

Tabelle 4: Nachrichtengeographie: Mediale Aufmerksamkeit im Ländervergleich

Rang	Land	Nennungen 1995-1999	Nennungen 2000-2004	Nennungen total 1995-2004	Anteil in % 1995-2004
1.	Österreich	40.570	47.530	88.100	50,70
2.	USA	7.832	9.983	17.815	10,25
3.	Deutschland	4.506	4.913	9.419	5,42
4.	Israel	1.898	3.879	5.777	3,32
5.	Frankreich	2.602	2.611	5.213	3,00
6.	Italien	2.345	2.443	4.788	2,76
7.	Russland	2.753	1.791	4.544	2,61
8.	Großbritannien	2.328	2.052	4.380	2,52
9.	Irak	706	3.206	3.912	2,25
10.	Belgien	1.503	2.084	3.587	2,06
11.	Bosnien & Herzegowina	1.858	228	2.086	1,20
12.	Spanien	688	1.085	1.773	1,02
13.	China	827	736	1.563	0,90
14.	Türkei	874	666	1.540	0,89
15.	Schweiz	683	782	1.465	0,84
16.	Japan	801	594	1.395	0,80
17.	Afghanistan	187	1.167	1.354	0,78
18.	Tschechische Republik	428	855	1.283	0,74
19.	Serbien & Montenegro	710	525	1.235	0,71
20.	Niederlande	555	645	1.200	0,69
21.	Indien	443	563	1.006	0,58
22.	Griechenland	362	509	871	0,50
23.	Albanien	800	27	827	0,48
24.	Kroatien	602	187	789	0,45
25.	Mazedonien	333	358	691	0,40
	Andere	3.185	3.976	7.161	4,12
	Total	80.379	93.395	173.774	100,00

ORF-ZIB: 1995-2004; n = 173.774 Geobildeinträge in 156.714 Nachrichtenbeiträgen; Datenquelle: ORF Film- und Fernseharchiv (FARAO); eigene Abfragen, eigene Darstellung.

Die Ergebnisse des detaillierten Ländervergleichs verdeutlichen nochmals, dass die Berichterstattung primär vom Nachrichtenfaktor „Nähe“ (50,7% österreichische Berichterstattung) bestimmt wird.¹⁴¹ Erst mit Respektabstand folgt die Berichterstattung über die USA (10,3%) und über Deutschland (5,4%), wobei BRD-Nachrichten nur etwas mehr als die Hälfte der US-Nachrichten ausmachen. Weit nach dem Faktor „Nähe“ ist demnach der Faktor „weltpolitischer Einfluss/Macht“ (USA) die zweite zentrale Einflussvariable bei der journalistischen Nachrichtenselektion. Erst dahinter machen sich „Next-Door-Giant Effekte“ (Deutschland) bemerkbar.

Beiträge aus Belgien, die vor allem die Nachrichten zu EU-Angelegenheiten aus Brüssel inkludieren, liegen mit 2,1% des Nachrichtenvolumens erst an 10. Stelle im Ländervergleich. Die Berichterstattung aus Belgien und der EU-Hauptstadt nimmt jedoch im Vergleichszeitraum 2000-2004 gegenüber der Periode 1995-1999 um etwa 25% zu. Dies kann als weiteres Indiz für verstärkte vertikale Europäisierung gewertet werden.¹⁴²

Von Bedeutung erscheint weiters der Nachrichtenfaktor „Konflikt“, denn bereits an vierter Stelle im Ländervergleich folgt die Berichterstattung über den Nahost-Krisenherd Israel (3,3%).¹⁴³ Israel erhält damit mehr mediale Aufmerksamkeit als die meisten welt- und europapolitisch einflussreichen Staaten (wie etwa Russland, China, Frankreich, Großbritannien). Insgesamt umfasst die Berichterstattung aus den Kriegs- und Krisengebieten im Nahen Osten (Israel, Irak, Afghanistan) und auf dem Balkan (Bosnien, Serbien, Albanien, Kroatien) 9,6% des Gesamtnachrichtenvolumens und liegt damit in Summe beinahe auf dem Aufmerksamkeitsniveau für die USA. Im Bereich der Kriegs- und Krisenberichterstattung sind auch die umfangreichsten Verschiebungen in der Nachrichtengeographie zu verzeichnen, die sich an der Verteilung der 16.671 Beiträge aus Krisenherden zeigen (Tabelle 5).

Tabelle 5: Berichterstattung aus Kriegs-/und Krisenherden im Vergleich

Kriegs-/Krisengebiete	1995-1999	in %	2000-2004	in %	Total	in %
Krisenherde europäischer Balkan	4.303	25,8	1.325	7,9	5.628	33,8
Krisenherde Naher-/Mittlerer Ost	2.791	16,7	8.252	49,5	11.043	66,2
Total	7.094	42,6	9.577	57,4	16.671	100,0

ORF-ZIB: 1995-2004; n = 16.671 Geobildeinträge für Kriegs-/Krisenherde in 156.714; Datenquelle: ORF Film- und Fernseharchiv (FARAO); eigene Abfragen, eigene Darstellung.

¹⁴¹ „Arena-Selbstreferenz gilt als Kriterium für die Einheit (Identität) nationaler Medienarenen und muss im Vergleich transnationaler Arenenreferenzialität weit stärker ausgeprägt sein“ (Tobler 2006, 117).

¹⁴² Siehe Abschnitt 3.2, Abb. 4.

¹⁴³ Die Israel-Berichterstattung inkludiert auch die Berichte aus den palästinensischen Autonomiegebieten im Westjordanland und im Gazastreifen, die von einigen arabischen Ländern als autonomer Staat anerkannt werden.

In Summe entfällt im Untersuchungszeitraum 1995-2004 ein Großteil der Krisenberichterstattung auf ausgewählte Krisenherde des Nahen- und Mittleren Ostens (66,2%), etwa ein Drittel auf die europäischen Balkanländer (33,8%). Hervorstechend ist vor allem die starke Steigerung der Anzahl der Berichte aus dem Nahen- und Mittleren Osten im Vergleichszeitraum 2000-2004 gegenüber der Periode 1995-1999 (+5.461 Beiträge). Dieser Zuwachs zeichnet gemeinsam mit der verstärkten USA-Berichterstattung seit den Terroranschlägen von New York 2001 (+2.151 Beiträge) für die Steigerung der medialen Aufmerksamkeit für außereuropäische Länder verantwortlich. Gleichzeitig verringert sich der Umfang der Berichterstattung über die Staaten Ex-Jugoslawiens mit dem Ende der Kriege auf dem Balkan (-2.978 Beiträge). In Summe führen die Veränderungen zwischen 1995 und 2004 zu deutlichen Verschiebungen in der Nachrichtengeographie, wobei sich die mediale Aufmerksamkeit immer stärker auf außereuropäische Staaten konzentriert und Europa etwas aus dem Blickfeld rückt.

Gemessen an der normativen Forderung nach verstärkter transnationaler gegenseitiger Beobachtung im zusammenwachsenden Europa wirkt der sichtbare Prozess der „Ent-Europäisierung“ auf den ersten Blick problematisch. Umgekehrt sind Aufmerksamkeitsverluste nicht zu bedauern, die aus dem Ende eines Krieges resultieren. Gründe, die Anlass geben, die Anforderungen an Formen und Umfang horizontaler Europäisierung durch „transnationale Beobachtung“ in der theoretischen und empirischen Analyse adäquater zu differenzieren.

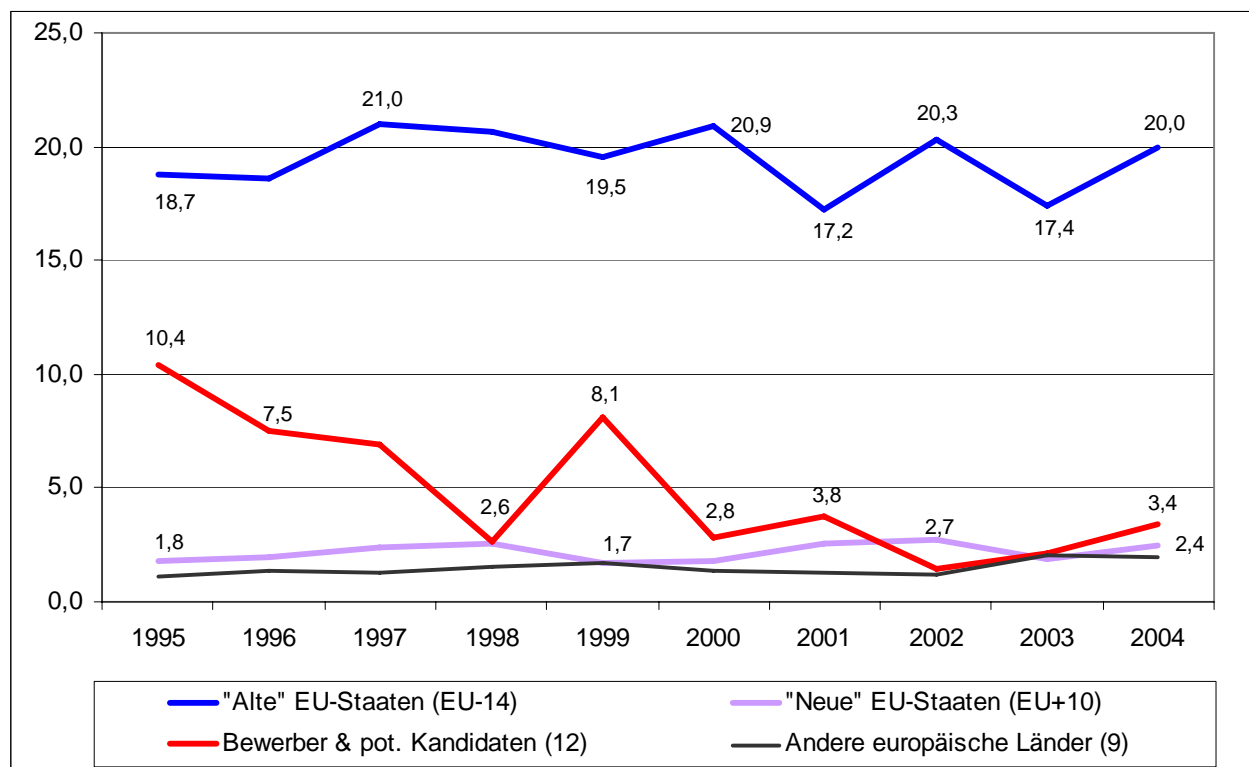
Mediale Aufmerksamkeit für EU-Staaten

Ausgangspunkt für eine detaillierte Analyse der medialen Aufmerksamkeit für die EU-Staaten ist die Überlegung, dass sich Ausmaß und Entwicklung der horizontalen Europäisierung weder über alle europäischen Staaten hinweg gleichmäßig verteilen, noch verteilen müssen. Aus theoretischer Perspektive gilt das Erfordernis bezüglich steigender Aufmerksamkeit vor allem für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Steigender Bedarf an „gegenseitiger Beobachtung“ besteht, weil in immer mehr Politikfeldern Kompetenzen an die EU übertragen werden und weil in immer mehr Politikbereichen Mehrheitsentscheidungen gefällt werden (können), die für die eigene nationale Arena relevant werden. Die Positionen anderer EU-Staaten, die mitunter von den eigenen Positionen abweichen und zu Entscheidungsblockaden durch Vetos oder zur Überstimmung einzelner Staaten führen können, sowie die Argumente mit denen diese Positionen gerechtfertigt werden, sollten daher auch über Grenzen hinweg deutlich gemacht werden. Für die empirische Analyse der horizontalen Europäisierung in den letzten 10 Jahren werden deshalb Differenzierungen nach Länderblocks (EU-14, Erweiterungsländer, Bewerber- und potenzielle

Kandidatenländer sowie andere europäische Staaten) erforderlich, weil diese Staatengruppen in unterschiedlichem Ausmaß in die Entscheidungsprozesse der EU involviert waren.

Die Datenbasis für diese Differenzierung der ZIB-Europaberichterstattung bilden die 173.774 Geobild-Einträge. Insgesamt wurden 48.308 Beiträge über europäische Länder gesendet, die sich wie folgt auf vier Länderblocks verteilen (Abbildung 7).

Abbildung 7: Nachrichtengeographie Europa: Mediale Aufmerksamkeit für alte (EU-14) und neue EU-Staaten (EU+10) sowie für andere europäische Staaten im Vergleich



ORF-ZIB: 1995-2004; n = 173.774 Geobildeinträge in 156.714 Nachrichtenbeiträgen. Darstellung von 48.308 Geobild-Referenzen auf europäische Länder (ohne Österreich) entsprechend der Verteilung auf alte und neue EU-Staaten sowie Bewerber/potentielle Kandidatenländer und andere europäische Länder pro Jahr in %. Datenquelle: ORF Film- und Fernseharchiv (FARAO); eigene Abfragen, eigene Darstellung.

Erwartungsgemäß zeigen die Ergebnisse die höchste mediale Aufmerksamkeit für die 14 „alten“ EU-Staaten. In dieser Gruppe befinden sich mit Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien die vier großen und einflussstarken europäischen Länder denen gemeinsam etwa 13,7% der Gesamtberichterstattung und fast die Hälfte (49,3%) der Europaberichterstattung gewidmet ist (23.800 Beiträge über EU-Top-4). Die Verteilung der Aufmerksamkeit für europäische Länder folgt damit ganz klar der Logik von Einfluss und Macht.

Ein Trend zur verstärkten medialen Aufmerksamkeit für die im Zeitraum 1995-2004 EU-politisch besonders entscheidungsrelevanten EU-14 ist jedoch nicht ersichtlich. Die Beachtung der EU-14 oszilliert einigermaßen stabil um die 20%, steigt jedoch keinesfalls kontinuierlich an und liegt in den letzten Jahren (2001: 17,2%; 2003: 17,4%) sogar mehrmals etwas unter dem 10-

Jahresschnitt (19,4%). Die Berichterstattung in der Zeit im Bild liefert also keine Hinweise auf eine zunehmende Öffnung der österreichischen Öffentlichkeit für Beiträge aus den anderen „alten“ EU-Staaten.

Die Aufmerksamkeitsverluste der Ländergruppe, die hier als „Bewerber- und potenzielle Kandidatenländer“¹⁴⁴ zusammengefasst werden, sind klar ersichtlich. Von 1995 bis 1998 nimmt der Anteil der Nachbeiträge über diese Gruppe, die sich zum überwiegenden Teil aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawien zusammensetzt von 10,4% auf 2,6% ab, vor allem aufgrund der stark sinkenden Anzahl der Berichte aus Bosnien & Herzegowina. Nur im Zuge der Kosovo-Krisen 1999 und 2001 rückt der Balkan wieder etwas stärker ins mediale Blickfeld (8,1%). Der Trend bestätigt abermals die These, dass die Aufmerksamkeitsverluste für Europa aus dem Ende der Balkan-Kriege resultieren, daher positiv zu interpretieren sind und nicht auf eine demokratiepolitisch problematische „Ent-Europäisierung“ hindeuten.

Beinahe unter der Wahrnehmungsgrenze liegt die mediale Aufmerksamkeit für die EU-Erweiterungsländer und für die restlichen europäischen Staaten¹⁴⁵. Die Ländergruppen liegen mit Anteilen von 2,2% (10 Erweiterungsländer) bzw. 1,5% (9 europäische Nicht-EU Staaten) am Gesamtnachrichtenvolumen weit unter dem Europa-Durchschnitt. Das ist erstaunlich wenig, zumal die beiden Gruppen zusammen sehr viele Länder umfassen. Mit Polen befindet sich einer der größten europäischen Staaten unter den Erweiterungsländern. Mit Lichtenstein und der Schweiz, sowie den Erweiterungsländern Ungarn, Tschechien, Slowakei und Slowenien sind auch Österreichs direkte Nachbarn und zum Teil wichtige Wirtschaftspartner stark vertreten. Im Vergleich zum Next-Door-Giant-Effekt und zum Nachrichtenwert „Konflikt“ fällt die Bedeutung des einfachen „Nachbarschaftsfaktors“ gering aus. 14 Erweiterungs- und 9 europäische Nicht-EU-Staaten erreichen mit 3,7% gemeinsam deutlich weniger Aufmerksamkeit als Deutschland (5,4%) und nur etwas mehr als das geographisch viel weiter entfernte Israel (3,3%, siehe Tabelle 4).

¹⁴⁴ Die Gruppe umfasst insgesamt 12 ost- und südosteuropäische Staaten: (1) Die 5 aktuellen „Bewerberländer“ Kroatien, Bulgarien, Rumänien, Türkei und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien. (2) Die Westbalkanstaaten denen ein möglicher EU-Beitritt in Aussicht gestellt wird (vgl. KOM (2006) 27): Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Serbien und Montenegro, einschließlich des Kosovo im Sinne der Resolution 1244/99 des UN-Sicherheitsrats. (3) Die GUS-Staaten Ukraine und Weißrussland sowie Moldawien werden von uns in dieser Gruppe aufgrund der geographischen Nähe zur EU erfasst, die manchmal zu Diskussionen über einen möglichen EU-Beitritt führt. Eine Ablehnung des EU-Beitritts aus geografischen Gründen gilt als unwahrscheinlich, historische und wirtschaftliche Gründe stehen einem Beitritt dieser Staaten jedoch kurz- und mittelfristig entgegen.

¹⁴⁵ In dieser Gruppe zusammengefasst sind 9 westeuropäische Staaten, die sich in unterschiedlicher Intensität explizit gegen einen EU-Beitritt entschieden haben, aber über verschiedene Abkommen mit der EU verbunden sind: Die 4 EFTA-Länder Schweiz, Liechtenstein, Island, Norwegen sind über das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bzw. im Fall der Schweiz über sieben bilaterale Abkommen in den EU-Binnenmarkt integriert. In der Gruppe befinden sich weiters die 4 europäischen Kleinstaaten Andorra, Monaco, San Marino und Vatikanstadt, sowie Grönland das 1995 aus der EG ausgetreten und autonomer Bestandteil Dänemarks ist. Andorra, Vatikanstadt, Monaco und San Marino haben den Euro eingeführt. Monaco und San Marino sind darüber hinaus noch Teil des EU-Zollgebiets. Grönland genießt weiterhin den Status eines überseeischen EU-Territoriums mit den Vorteilen einer Zollunion.

Am untersten Ende der Aufmerksamkeitsskala rangieren erwartungsgemäß Kleinstaaten wie Andorra und San Marino (je 2 Beiträge in 10 Jahren), aber auch aus dem größeren, oft als „Armenhaus Europas“ bezeichneten, Moldawien wird im Jahresschnitt kaum mehr als ein Nachrichtenbeitrag (insgesamt 12) gesendet. In der 12 Staaten umfassenden Schlussgruppe der Länder mit unter 100 Erwähnungen in 10 Jahren befinden sich mit Malta, Estland, Lettland und Litauen zudem gleich 4 der Erweiterungsländer.

Mediale *Aufmerksamkeit für die Erweiterungsländer* ist nicht nur durch ein niedriges Gesamtaufmerksamkeitsniveau (2,2%) gekennzeichnet, sondern auch dadurch, dass sich im Zeitverlauf seit 1995 überraschenderweise keine signifikanten Veränderungen zeigen. Die Sichtbarkeit der Erweiterungsländer bleibt beinahe stabil auf einem sehr niedrigen Niveau (1995: 1,8%; 2004: 2,4%). Nur für einzelne Jahre (1998, 2002, 2004) sind punktuell leichte Steigerungen zu sehen. Die Berichterstattung aus den Erweiterungsländern steigt jedoch keinesfalls kontinuierlich und stark an, obwohl die Staatengruppe seit Mitte der 1990er Jahre real-politisch immer näher an die EU heranrückt und immer mehr an Bedeutung für den europäischen Politik- und Wirtschaftsraum gewinnt.¹⁴⁶ Aus der Berichterstattung in der Zeit im Bild kann jedoch nicht abgelesen werden, dass sich diese Bedeutungszunahme auch in entsprechend stark steigender medialer Sichtbarkeit niederschlägt. Die Nachrichtengeographie der ZIB liefert damit auch keine Hinweise auf eine zunehmende Öffnung der österreichischen Öffentlichkeit für Beiträge aus den „neuen“ EU-Staaten.¹⁴⁷

Trotzdem zeigt eine weitere, etwas detailliertere Analyse der medialen Aufmerksamkeit für Erweiterungsländer einen eindeutigen und interessanten Trend zur Europäisierung: Klar zugenommen haben nämlich jene Nachrichtenbeiträge aus Erweiterungsländern, die auch inhaltliche Referenzen zur Europäischen Union aufweisen, wie Tabelle 6 verdeutlicht.¹⁴⁸

¹⁴⁶ Bereits 1993 setzte der Europäische Rat von Kopenhagen die Beitrittskriterien für die Bewerberländer Mittel- und Osteuropas fest. 1994 vereinbarte der Europäische Rat von Essen eine Heranführungsstrategie, um die Bewerberstaaten Mittel- und Osteuropas für den Beitritt der EU vorzubereiten. Mitte der 1990er Jahre stellten die Staaten formelle Beitrittsanträge. 1998 bzw. 1999 wurde mit den Beitrittsverhandlungen begonnen, die mit der Unterzeichnung der Beitrittsverträge im April 2003 in Athen endeten. Im Mai 2004 traten acht Länder Mittel- und Osteuropas sowie Zypern und Malta der EU bei. Ihre wirtschaftliche Integration in die EU war zu diesem Zeitpunkt bereits längst im Gange, denn mit Hilfe von Handelsabkommen, die noch vor dem Beitritt ausgehandelt und umgesetzt wurden, wurden viele tarifären und mengenmäßigen Handelsbeschränkungen beseitigt.

¹⁴⁷ Die vorliegenden Daten erfassen die Bildberichte aus den Erweiterungsländern. Es erscheint daher durchaus möglich, dass im Zeitverlauf die Anzahl jener Nachrichtenbeiträge zunimmt, in denen „aus“ Österreich (Geobild: Österreich), „über“ die Osterweiterung und die Erweiterungsländer berichtet wird. Es handelt sich dann aber um Beiträge die vermutlich stärker aus österreichischer Perspektive berichten.

¹⁴⁸ Für die Datenerhebung wurden hier zuerst jeweils die Geobild-Einträge pro Land abgefragt („Land gesamt“), in einer zweiten Abfragerunde wurde zusätzlich nach inhaltlichen EU-Referenzen im Moderationstext gesucht („Land/EU“).

Tabelle 6: Mediale Aufmerksamkeit für EU-Erweiterungsländer mit und ohne rhetorische EU-Referenzen, Beiträge in absoluten Zahlen

Erweiterungsländer	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	Total
Polen gesamt	77	39	124	48	65	29	79	60	58	67	646
... Polen/EU	1	3	3	19	4	6	18	26	30	30	140
Tschechien gesamt	44	81	125	120	58	166	276	229	98	86	1283
... Tschechien/EU	0	4	1	7	18	30	86	88	29	41	304
Ungarn gesamt	47	57	32	57	73	54	46	101	65	88	620
... Ungarn/EU	2	1	3	6	7	18	18	35	23	32	145
Slowakei gesamt	61	38	22	130	73	18	14	22	35	60	473
... Slowakei/EU	1	0	2	9	16	2	1	9	16	29	85
Slowenien gesamt	34	42	20	26	32	28	38	32	25	41	318
... Slowenien/EU	1	1	2	6	2	7	11	13	15	15	73
Estland gesamt	5	5	1	1	0	0	3	8	2	14	39
... Estland/EU	0	0	0	1	0	0	3	2	2	11	19
Lettland gesamt	1	0	4	4	1	4	1	3	12	14	44
... Lettland/EU	0	0	0	0	0	0	1	1	9	12	23
Litauen gesamt	3	1	2	1	4	0	3	8	14	25	61
... Litauen/EU	0	0	0	0	0	0	1	4	8	15	28
Malta gesamt	3	0	0	3	2	0	5	6	8	8	35
... Malta/EU	0	0	0	2	0	0	1	4	8	8	23
Zypern gesamt	4	38	17	34	2	10	15	33	40	60	253
... Zypern/EU	0	0	0	6	0	1	7	20	28	49	111
Beiträge aus Erweiterungsländer gesamt	279	301	347	424	310	309	480	502	357	463	3772
... in % der Gesamtberichterstattung p.a.	1,8%	2,0%	2,3%	2,5%	1,7%	1,8%	2,5%	2,7%	1,8%	2,4%	2,2%
Beiträge aus Erweiterungsländern mit EU	5	9	11	56	47	64	147	202	168	242	951
... in % der Beiträge aus Erweiterungsländern p.a.	1,8%	3,0%	3,2%	13,2%	15,2%	20,7%	30,6%	40,2%	47,1%	52,3%	25,2%

ORF-ZIB: 1995-2004; n = 173.774 Geobildeinträge in 156.714 Nachrichtenbeiträgen; Datenquelle: ORF Film- und Fernseharchiv (FARAO); eigene Abfragen, eigene Darstellung.

Die Ergebnisse zeigen, dass ein Viertel (25,2%) der Nachrichtenbeiträge aus Erweiterungsländern rhetorische Referenzen zur „Europäischen Union“ aufweist (951 von 3.772 Beiträgen) und dass der Anteil der Beiträge mit EU-Referenzen in der Berichterstattung aus Beitrittsländern im Zeitverlauf stark und kontinuierlich zugenommen hat. 1995 weisen nicht einmal 2% aller Beiträge auch EU-Bezüge auf, im Jahr 2004 wird in jedem zweiten Nachrichtenbeitrag eine rhetorische Referenz zur Europäischen Union hergestellt (52,3%).¹⁴⁹ Dieses Muster der Berichterstattung deutet darauf hin, dass aus den Erweiterungsstaaten zwar in Summe nicht viel mehr, dafür aber immer häufiger vor dem Hintergrund der damals immer näher rückenden gemeinsamen EU-Mitgliedschaft berichtet wurde.

Schließlich zeigt die detaillierte Analyse der Beiträge über die Erweiterungsländer einige atypische Steigerungen der medialen Aufmerksamkeit. Ursachen dafür sind beispielsweise Krisen und

¹⁴⁹ Diese Form der Europäisierung hebt sich von den bekannten und oft zitierten Modi der vertikalen und horizontalen Europäisierung ab. Es wird in einem EU-Staat wie Österreich über einen anderen EU-Staat wie etwa ein Erweiterungsland berichtet (horizontal) und dabei wird ein Bezug zur EU rhetorisch hergestellt (vertikal). Wenn beide Kriterien gleichzeitig zutreffen wollen wir von „konglomerater Europäisierung“ sprechen. Ein anderes EU-Land wird dabei unter Hinweis auf die gemeinsame Mitgliedschaft beachtet. Für die Form der Europäisierung der Berichterstattung macht es einen Unterschied, ob beispielsweise lediglich die Wahlergebnisse aus Polen in einem Beitrag referiert werden, oder ob die EU-Position des siegreichen Kandidaten mitreflektiert wird.

Konflikte (wie etwa in Zypern 1996, 1998) und politische Ereignisse rund um die EU-Osterweiterung (EU-Referendum in Ungarn 2002). Besonders viele Beiträge widmen sich den Auseinandersetzungen rund um die Errichtung und die Inbetriebnahme von Atomkraftwerken (Slowakei 1998: AKW Mohovce; Tschechien 2000, 2001, 2002: AKW Temelin).¹⁵⁰ Die Datenlage deutet darauf hin, dass die Debatte über die EU-Osterweiterung in Österreich durch die Diskussionen über grenznahe Atomkraftwerke wesentlich mitgeprägt wurde. In Abschnitt 5 dieses Berichts erfolgt daher eine detaillierte Analyse des österreichischen medialen Diskurses über die EU-Osterweiterung und die Debatte über den EU-Beitritt Tschechiens und die Konflikte um das Kernkraftwerk Temelin.

3.4 Mediale Aufmerksamkeit und Europäisierung in unterschiedlichen Politikfeldern

Im letzten Abschnitt unserer Überblickserhebungen untersuchen wir die Medienpräsenz der Europäischen Union in unterschiedlichen Politikfeldern. Im Zentrum stehen die Fragen, in welchen Politikbereichen die EU über eine besonders hohe, wo über eine besonders niedrige mediale Sichtbarkeit verfügt, und ob divergierende EU-Kompetenzen in verschiedenen Politikfeldern auch durch Unterschiede in der medialen Sichtbarkeit abgebildet werden. Den Hintergrund für diese Untersuchung bildet die Annahme, dass Europäisierung nicht in allen Politikfeldern gleichförmig verläuft, und dass sich daher auch Unterschiede in der medialen Aufmerksamkeit zeigen, die sich systematisch auf Kompetenz-/Machtverhältnisse in unterschiedlichen Politikfeldern zurückführen lassen (siehe v.a. Koopmans/Pfetsch 2003; Pfetsch/Koopmans 2006; Neidhardt 2006). Daher ist zu erwarten, dass sich öffentliche Kommunikation danach richtet, ob der politische Entscheidungsprozess in der Sache auf nationaler oder intergouvernementaler oder supranationaler Ebene verläuft. „Es liegt in der Logik publikumsbezogener Nachrichtenwertselektion und verstößt nicht gegen demokratiethoretische Argumente, dass die Medien ihre Programme dort aufnehmen und senden, wo in der Politik die Musik spielt. Das Medieninteresse, das politische Öffentlichkeit konstituiert, platziert sich bei den politischen Instanzen und hängt von deren autoritativen Entscheidungsfunktionen ab“ (Neidhardt 2006, 51).

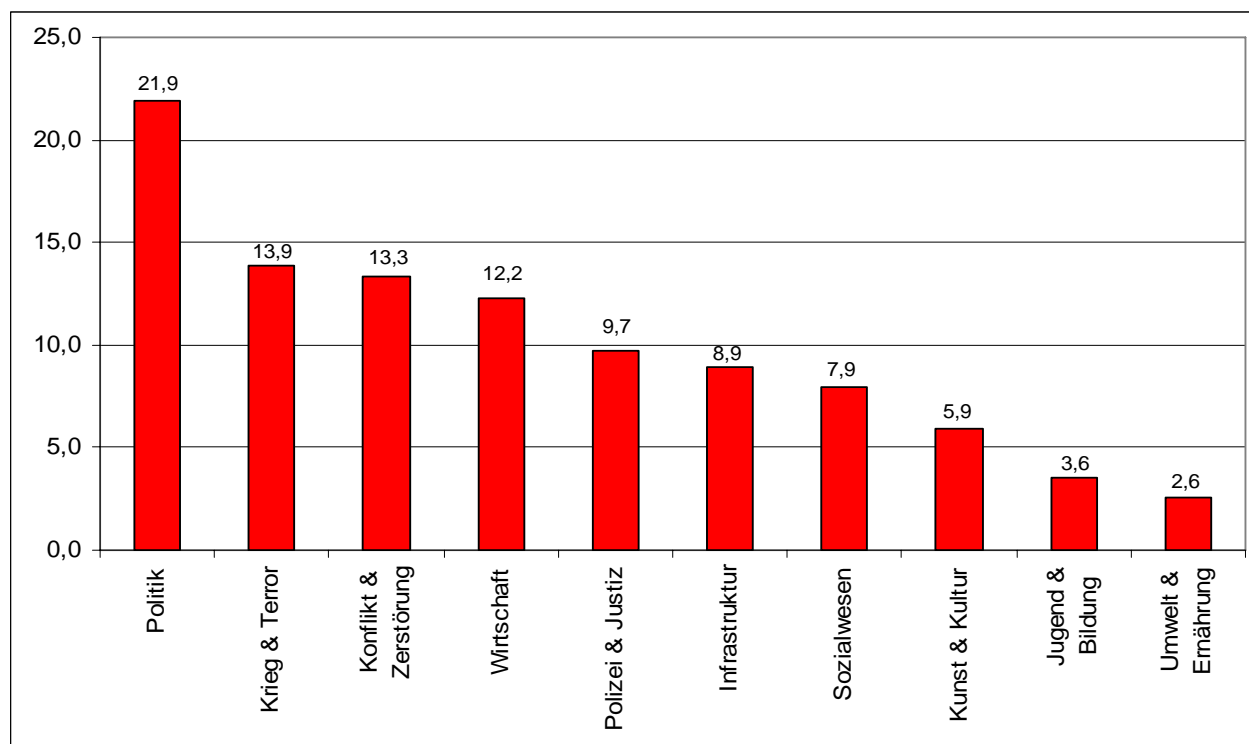
Für die Erhebung greifen wir auf die Kategorie „Sachbegriffe“ im ORF Film- und Fernseharchiv (Farao) zurück, in der jeder ZIB-Nachrichtenbeitrag jenen Themenbereichen zugeordnet wird, von denen der Beitrag handelt.¹⁵¹ Durchgeführt wurde eine Vollerhebung der Einträge für 51

¹⁵⁰ 1998 thematisieren 69 von insgesamt 130 Slowakei-Beiträgen das AKW Mohovce (53%). 2000 und 2001 sind 316 von 505 Beiträgen über Tschechien dem AKW Temelin gewidmet (62,6%). Insgesamt umfassen die Berichte über Grenznahe AKWS zumindest mehr als 10% der Gesamtberichterstattung über die Erweiterungsländer.

¹⁵¹ Auch Mehrfacheinträge sind möglich, wenn ein Ereignis gleichzeitig mehrere Themenbereiche betrifft. Insgesamt gibt es ein standardisiertes Set von 84 Sachbegriffen im Archivierungssystem, von A wie Alter bis Z wie Zerstörung.

Sachbegriffe mit politischem Bezug,¹⁵² die anschließend zu 10 thematischen Gruppen zusammengefasst wurden. Die Datenbasis bilden 418.556 thematische Einträge, die sich wie folgt auf die 10 Themengruppen verteilen (Abbildung 8).

Abbildung 8: ORF-ZIB: Nachrichtenthemenstruktur (Verteilung nach Themenbereichen in %)



ORF-ZIB: 1995-2004; n = 418.556 thematische Einträge für 156.714 Nachrichtenbeiträge. Darstellung der Verteilung aller thematischen Einträge aus dem Untersuchungszeitraum auf 10 Themenbereiche (Politik, Krieg & Terror, etc ...) in %. Datenquelle: ORF Film- und Fernseharchiv (FARAO); eigene Abfragen, eigene Darstellung.

Die Ergebnisse der Themenstrukturanalyse zeigen, dass die aktuellen Nachrichten von politischer Berichterstattung dominiert sind.¹⁵³ Insgesamt 21,9% aller Beiträge weisen politische Bezüge auf, wobei dieser hohe Anteil auch darauf zurückzuführen ist, dass sachpolitische Themen – wie etwa Verkehrspolitik – im Farao-Archivierungssystem sowohl mit dem allgemeinen Sachbegriff „*politik“ als auch mit dem themenspezifischen Sachbegriff „Verkehr“ klassifiziert werden. Innerhalb der politischen Berichterstattung dominieren die auf Österreich bezogenen innenpolitischen Beiträge (36% der politischen Berichterstattung). Die Daten bestätigen die Einschätzung, dass nationale Themen die höchste mediale Aufmerksamkeit erhalten, und dass damit der Nachrichtenfaktor „Nähe“ die zentrale Einflussvariable bei der journalistischen Nachrichtenselektion darstellt.

¹⁵² Ausgeschlossen wurden Begriffe ohne offensichtlichen politischen Bezug wie TV-Hit, Mode oder Unwetter.

¹⁵³ In der Gruppe zusammengefasst sind die Beiträge die mit folgenden Sachbegriffen klassifiziert wurden: Innenpolitik (unilateral), Außenpolitik (bilateral), Internationale Politik (multilateral), Regionalpolitik, Kommunalpolitik, Verwaltung und Föderalismus.

Mit etwas Abstand, aber bereits an zweiter Stelle folgt die Berichterstattung rund um bewaffnete Konflikte („Krieg & Terror“: 13,9%),¹⁵⁴ gefolgt von Beiträgen, die negative Nachrichtenwerte wie Konflikt, Zerstörung, Krise und Skandal¹⁵⁵ aufweisen (13,3%). Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass Politik- und Kriegsberichterstattung mit negativen Nachrichtenwerten ein zentraler Stellenwert in den Fernsehnachrichten eingeräumt wird.

Bei den Themengruppen zu spezifischen Sachthemen dominiert die Wirtschaftsberichterstattung¹⁵⁶ (12,2%), vor Berichten aus den Bereichen Polizei & Justiz¹⁵⁷ (9,7%) und den Infrastrukturthemen¹⁵⁸ (8,9%). Erst dahinter folgen die Berichte zu sozialen Themen wie Arbeit, Gesundheit, Alter, Familie, Frauen, Minderheiten und Rassismus (insgesamt 7,9%). Weniger Beiträge entfielen auf die Themenbereiche Kultur & Kunst (5,9%), Jugend & Bildung (3,6%) sowie Umwelt und Ernährung¹⁵⁹ (2,6%). Die Themenstruktur der Nachrichten ist von Bedeutung, weil sie Potenziale für den Umfang der EU-Berichterstattung mitbestimmt.

Europäisierung nach Politikbereichen

Die Bereitschaft der Journalisten, über Europathemen zu berichten, hängt u.a. von der zu erwartenden Aufmerksamkeit für Europathemen beim Publikum ab (vgl. Gerhards 2002, 150). Die Aufmerksamkeit des Publikums für europäische Themen wiederum ist in hohem Maße vom Interesse der Bürgerinnen und Bürger für die jeweiligen politischen Sachfragen abhängig, welches wiederum vom Grad der individuellen Betroffenheit durch Entscheidungen beeinflusst wird. Viele jener politischen Themen, die in der Regel Publikumsaufmerksamkeit auf sich vereinen können,¹⁶⁰ sind aber offenbar nicht im primären Kompetenzbereich der EU. Die differenzierte Analyse der EU-Medienpräsenz in verschiedenen Politikfeldern gibt einerseits Aufschluss darüber, in welchen Politikfeldern die EU über eine besonders hohe *mediale Sichtbarkeit*, gemessen an der Anzahl der EU-Referenzen in diesem Politikfeld, verfügt. Sie zeigt andererseits, welche Politikfelder durch einen besonders hohen *medialen Europäisierungsgrad*, gemessen am Anteil der EU-Referenzen in

¹⁵⁴ In dieser Gruppe zusammengefasst sind Beiträge zu den Themen: Krieg, Bürgerkrieg, Militär, Besatzung, Terror, Widerstand, Flüchtling und Wiederaufbau.

¹⁵⁵ Hier zusammengefasst zur Kategorie „Konflikt & Zerstörung“.

¹⁵⁶ Die Gruppe umfasste die Themenbereiche Wirtschaft, Finanz, Gastronomie, Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr und Bauwesen.

¹⁵⁷ Darunter fallen Beiträge zu den Themen Recht, Justiz, Exekutive und Kriminalität.

¹⁵⁸ Energie, Verkehr, Kommunikation, Medien und Technik

¹⁵⁹ In der Kategorie Umwelt & Ernährung zusammengefasst sind Beiträge zu den Sachthemen Landwirtschaft, Ernährung, Umwelt, Fauna und Flora.

¹⁶⁰ Moravcsik und Neidhardt nennen hier beispielhaft Themen wie Gesundheitswesen, Bildung, „law and order“, Pensionen/Renten, soziale Sicherheit oder Steuerpolitik (vgl. Moravcsik 2003; Moravcsik 2002, 615 zitiert nach Neidhardt 2006, 50). Die größten „Sorgen“ der Österreicherinnen und Österreicher betreffen mit Arbeitslosigkeit (57%), steigender Preise/Inflation (28%), wirtschaftlicher Lage (26%) und der Sorge um Pensionen (17%) sozioökonomische Themen. Dahinter reihen sich Kriminalität (14%) und Einwanderung (14%), Gesundheit (11%) und Sorgen um das Bildungssystem (9%). Siehe EB-64 2005 [Österreich], 14f.

der themenspezifischen Berichterstattung, gekennzeichnet sind. Ein hoher Europäisierungsgrad kann dort erwartet werden, wo Entscheidungen auch tatsächlich auf EU-Ebene fallen. Im Anschluss soll deshalb ermittelt werden, ob jene Politikfelder in denen die EU auf starke Regulierungskompetenzen zurückgreifen kann (z.B. Wirtschaftspolitik) auch durch einen entsprechend hohen Europäisierungsgrad in der Berichterstattung gekennzeichnet sind.¹⁶¹

Für die Erhebung präzisieren wir die Ergebnisse zur Themenstruktur, indem wir zusätzlich nach rhetorischen EU-Referenzen im Moderationstext suchen. In den 418.556 thematischen Einträgen finden wir in 35.825 (8,6%) Fällen gleichzeitig EU-Referenzen, die sich wie folgt auf die 10 Themengruppen verteilen (Tabelle 7).

Tabelle 7: Europäisierungsgrade nach Politikfeldern

Politikfeld	Nachrichtenvolumen: Beiträge gesamt	EU Sichtbarkeit: Beiträge mit EU-Bezug	Europäisierungsgrad: EU-Anteil im Segment
Politik	91.839	15.890	17,3%
Wirtschaft	51.221	5.136	10,0%
Konflikt & Zerstörung	55.743	3.669	6,6%
Krieg & Terror	57.985	2.911	5,0%
Infrastruktur	37.420	2.320	6,2%
Polizei & Justiz	40.696	2.037	5,0%
Umwelt & Ernährung	10.848	1.762	16,2%
Sozialwesen	33.173	1.558	4,7%
Jugend & Bildung	14.970	354	2,4%
Kunst & Kultur	24.661	188	0,8%
Total	418.556	35.825	8,6%

ORF-ZIB: 1995-2004; n = 418.556 thematische Einträge für 156.714 Nachrichtenbeiträge; Europäisierungsgrad = Anteil der Beiträge mit EU-Bezug in einem Politikfeld am Politikfeld spezifischen Nachrichtenvolumen. Datenquelle: ORF Film- und Fernseharchiv (FARAO); eigene Abfragen, eigene Darstellung.

Erwartungsgemäß finden wir die höchste Anzahl an EU-Referenzen (15.890) im Bereich der politischen Nachrichten. Politikthemen sorgen somit für die höchste Sichtbarkeit der EU. Auch der Anteil der Beiträge mit EU-Bezug am themenspezifischen Nachrichtenvolumen ist bei Politikthemen am höchsten (17,3%). Die politische Berichterstattung verfügt damit auch über den höchsten Europäisierungsgrad. Innerhalb der politischen Berichterstattung wird, wie zu erwarten, in der Kategorie „Internationale Politik“ am häufigsten über die EU berichtet (8.438 EU-Beiträge: Europäisierungsgrad 37,2%).¹⁶² In der, aufgrund der hohen Gesamtanzahl an Beiträgen, hochrelevanten Kategorie „Innenpolitik“ beträgt der Europäisierungsgrad immerhin 9,6%, ähnlich wie im politischen Teilbereich Verwaltung (9,9%). Mit zunehmender regionaler Ausrichtung der Berichterstattung nimmt der Anteil der EU-Referenzen am themenspezifischen Nachrichtenvolumen immer mehr ab. Auf Regionalpolitik (6,9%), Föderalismus (6,1%) und Kommunalpolitik (2,1%) entfallen deutlich weniger Beiträge mit EU-Bezug.

¹⁶¹ Für Ergebnisse die dies für die Kommentare in Tageszeitungen aus 7 Ländern indizieren siehe Pfetsch et al. (2004).

¹⁶² Auch deshalb, weil Berichte über EU-Politik durch die multilateralen Zusammenhänge lange Zeit der Kategorie „Internationale Politik“ im ORF-Archiv zugeordnet wurden. Seit 2002 wird eine eigene EU-Kategorie geführt.

Ein ebenfalls hoher Europäisierungsgrad wird in der Kategorie „Umwelt & Ernährung“ erreicht (16,2%). Hier weist vor allem der Teilbereich Landwirtschaft mit 36,3% einen hohen Anteil an EU-Referenzen auf. Zwei Gründe könnten dafür verantwortlich zeichnen: Zum einen stellte Österreich im Untersuchungszeitraum mit Franz Fischler den für Landwirtschaftsagenden zuständigen Agrarkommissar. Der starke Bezug auf die EU in diesem Segment könnte also durch gute Personalisierungsmöglichkeiten („Fischler-Effekt“) bedingt sein. Zum anderen bestätigt sich mit dem Landwirtschaftsbeispiel die Vermutung, dass in realpolitisch stark europäisierten Politikfeldern auch ein entsprechend hoher medialer Europäisierungsgrad zu verzeichnen ist. Auch in den anderen Teilbereichen der Themenkategorie wird bei Ernährung (18,7%), Umwelt (10,0%) und Fauna/Flora (8,9%) ebenfalls in überdurchschnittlich vielen Beiträgen auf die EU Bezug genommen. In Summe tragen diese EU-Referenzen jedoch wenig zur medialen Sichtbarkeit der EU bei, weil sowohl die Gesamtzahl der Beiträge zu Themen aus dem Bereich „Umwelt & Ernährung“ (10.848 Beiträge; 2,6% der Gesamtberichterstattung) als auch die Zahl der themenspezifischen Beiträge mit EU-Bezug (1.762 Beiträge; 4,9% aller Beiträge mit EU-Bezug) vergleichsweise niedrig sind. Das Beispiel zeigt: Ein hoher medialer Europäisierungsgrad in einem Politikfeld muss nicht notwendigerweise zu hoher medialer Sichtbarkeit für die EU führen.

Für eine stärkere Sichtbarkeit der EU sorgen die Beiträge zum Themenbereich Wirtschaft. Hier führt die hohe Gesamtzahl an Beiträgen (51.221 Beiträge; 12,2% der Berichterstattung) in Kombination mit einer hohen Anzahl an Beiträgen mit EU-Bezug (5.136 Beiträge) sowohl zu einem hohen Europäisierungsgrad (10%) als auch zu hoher medialer Aufmerksamkeit für die EU. Innerhalb der Kategorie Wirtschaft weisen vor allem die Finanzthemen (12,2%) einen hohen Anteil an EU-Referenzen auf. Damit bestätigt sich abermals, dass auf die EU vor allem in der Berichterstattung über „vergemeinschaftete“ Politikfelder¹⁶³ mit entsprechend starken EU-Kompetenzen überdurchschnittlich oft Bezug genommen wird. Und dementsprechend weisen auch jene Politikfelder die fast ausschließlich im nationalen Regelungsbereich liegen nicht nur eine geringe Anzahl an Beiträgen mit EU-Bezug auf, sondern auch einen sehr niedrigen Europäisierungsgrad: Bildung & Jugend (2,4%), Kunst & Kultur (0,8%).

¹⁶³ Vergemeinschaftete Politikbereiche sind durch die Anwendung der sogenannten Gemeinschaftsmethode gekennzeichnet. Als Gemeinschaftsmethode wird die institutionelle Funktionsweise des ersten Pfeilers der Europäischen Union bezeichnet die folgende Hauptmerkmale aufweist: (1) alleiniges Initiativrecht der Kommission; (2) Mehrheitsbeschlüsse im Rat als Regelfall; (3) aktive Rolle des Europäischen Parlaments (Stellungnahmen, Abänderungsanträge usw.); (4) einheitliche Auslegung des Gemeinschaftsrechts durch den Gerichtshof. Die Gemeinschaftsmethode steht im Gegensatz zur Funktionsweise des zweiten und dritten Pfeilers, der sich auf die Zusammenarbeit der Regierungen stützt und v.a. durch Einstimmigkeit im Rat, die beratende Rolle des Europäischen Parlaments und die eingeschränkte Rolle des Gerichtshofs gekennzeichnet ist (vgl. http://europa.eu.int/scadplus/glossary/community_intergovernmental_methods_de.htm).

Weniger eindeutig ist die Datenlage für Themenkategorien, die einen mittelmäßigen Europäisierungsgrad aufweisen: In der Berichterstattung über Infrastruktur (6,2%), Polizei & Justiz (5,0%), Krieg & Terror (5,0%) sowie Sozialwesen (4,7%) wird deutlich seltener auf die EU Bezug genommen, als in der Wirtschafts- und Umweltberichterstattung. Die EU verfügt in diesen Politikfeldern jedoch auch über deutlich weniger, zum Teil jedoch wachsende Regelungskompetenzen.¹⁶⁴ Die niedrigeren Europäisierungsgrade bestätigen zunächst die Vermutung, dass der mediale Europäisierungsgrad in der Berichterstattung über unterschiedliche Politikfelder von der realpolitischen Kompetenzverteilung beeinflusst wird. Eine detaillierte Analyse der Berichterstattung über diese Themengebiete verweist jedoch auch auf einige Widersprüche und Messprobleme:

Der Kategorie „Infrastruktur“ wird u.a. das – für die Beziehungen zwischen Österreich und der EU hochbrisante – Sachthema *Verkehr* zugeordnet. Verkehrsnachrichten haben in der Berichterstattung einen zentralen Stellenwert und liegen in der Liste der 51 politisch relevanten Nachrichtenthemen an insgesamt 8. Stelle (15.651 Einträge), gleich hinter verschiedenen Politik-, Kriegs- und Wirtschaftsthemen. Auch die Gesamtanzahl der Beiträge zu Verkehrsthemen mit EU-Bezug ist hoch (975 Beiträge, ebenfalls Platz 8. in der Liste der Beiträge mit EU-Bezug). Dies führt zu einer insgesamt hohen Sichtbarkeit der EU beim Thema Verkehr. Die sehr hohe Gesamtzahl an Beiträgen zum Thema Verkehr führt jedoch gleichzeitig zu einem mittelmäßigen Europäisierungsgrad (6,2%, Platz 24. in der Liste der 51 Themenbereiche geordnet nach EU-Anteil). Dieses Beispiel verdeutlicht neuerlich, dass eine hohe Sichtbarkeit der EU in einem Politikfeld (gemessen an der Anzahl der EU-Referenzen im jeweiligen Politikbereich) nicht notwendigerweise mit einem hohen Europäisierungsgrad in diesem Politikfeld (gemessen am Anteil der EU-Referenzen an der Gesamtberichterstattung über den Politikbereich) einhergehen muss. Eine konzeptionelle Differenzierung zwischen „Sichtbarkeit der EU“ und „Europäisierungsgrad“ ist daher wichtig.

Innerhalb der Kategorie „Sozialwesen“ weist das Sachthema „Alter“, dem auch alle Nachrichtenbeiträge über Renten/Pensionen zugeordnet werden, den niedrigsten Europäisierungsgrad auf (1,9%). Altersversorgungspolitik ist auf den nationalen Rahmen beschränkt. Auch bei den publikumswirksamen Sachthemen Gesundheit und Arbeit (je 5,6%) wird unterdurchschnittlich oft auf die EU Bezug genommen. Die Datenlage indiziert, dass EU-Referenzen bei sozialen Themen eine untergeordnete Rolle spielen und erhärtet damit die These,

¹⁶⁴ Regelungskompetenzen können u.a. durch „Vergemeinschaftung“ von Politikbereichen auf die EU übertragen werden. Vergemeinschaftung bedeutet, dass ein Bereich, der im institutionellen Gefüge der Union unter die Regierungszusammenarbeit (zweiter und dritter Pfeiler) fällt, der Gemeinschaftsmethode (erster Pfeiler) zugeordnet wird (http://europa.eu.int/scadplus/glossary/communitisation_de.htm).

dass der mediale Europäisierungsgrad von der politischen Kompetenzverteilung abhängt, weil sowohl Arbeit als auch Gesundheit nicht in den primären Kompetenzbereich der EU fallen.¹⁶⁵ In Summe legen die Ergebnisse nahe, dass die EU aufgrund ihrer schwachen politischen Kompetenzen in der Sozialpolitik, sowie aufgrund ihrer mittelmäßigen Sichtbarkeit und des niedrigen Europäisierungsgrades in der Berichterstattung zu Sozialthemen bislang noch kaum als „Sozialunion“ wahrgenommen werden dürfte. Andererseits werden gerade die Themen Arbeit und Beschäftigung in hohem Maß mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen und der wirtschaftspolitischen Berichterstattung in Verbindung gebracht, in der die EU jeweils eine wichtige Rolle spielt. Dies wird jedoch durch die analytische Trennung von „Wirtschaft“ einerseits und „Sozialwesen“ (inkl. Arbeit/Beschäftigung) andererseits nicht reflektiert. Exakte Aufschlüsse über die Berücksichtigung der EU in arbeitsmarktpolitischen Fragen könnte nur eine detaillierte Inhaltsanalyse der Berichterstattung über soziale und wirtschaftliche Angelegenheiten geben. Zudem müsste durch weiterführende Forschung geklärt werden, ob sich die seit 1997 von der EU unternommenen Vorstöße im Bereich Beschäftigung auch in entsprechend steigender medialer Aufmerksamkeit für die EU in beschäftigungspolitischen Fragen niederschlagen (Längsschnittanalyse).¹⁶⁶

Ein sehr ambivalentes Bild zeigt die detaillierte Analyse der EU-Referenzen in der Kategorie „Krieg & Terror“, der die Nachrichtenbeiträge rund um bewaffnete Konflikte zugeordnet wurden. Einerseits weist die Kategorie mit 2.911 Referenzen auf die EU eine vergleichsweise hohe EU-Sichtbarkeit aus, die beispielsweise über den EU-Sichtbarkeitswerten in Politikfeldern liegt, in denen die EU über deutlich mehr politische Kompetenzen verfügt (etwa für die Bereiche Energie, Landwirtschaft, Justiz & Inneres). Diese vergleichsweise hohe mediale Aufmerksamkeit für die EU in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik kann jedoch nicht auf besonders starke politische Kompetenzen zurückgeführt werden.¹⁶⁷

Gleichzeitig führt das hohe Gesamtnachrichtenvolumen in der Kriegsberichterstattung (57.985 Beiträge) zu einem insgesamt mittleren Europäisierungsgrad (5,0%), der als Indiz für mittelmäßige EU-Kompetenzen im Bereich der Verteidigungspolitik gewertet werden könnte. Der Europäisierungsgrad liegt auf dem Niveau der Berichterstattung über Justiz & Inneres. Direkte

¹⁶⁵ So kommt etwa im Bereich der Beschäftigungspolitik die offene Koordinierungsmethode zum Einsatz. Dabei werden auf EU-Ebene lediglich gemeinsame quantitative Ziele aufgestellt, über die Maßnahmen zur Umsetzung bestimmen die Mitgliedstaaten selbst. Auf Gemeinschaftsebene wird eine durch Informationsaustausch unterstützte Überwachung eingerichtet (siehe: <http://www.europa.eu.int/scadplus/leg/de/cha/c11318.htm>). Die Methode der offenen Koordinierung gilt als Instrument mit dem niedrigsten Grad an supranationaler Intervention (vgl. Treib/Bähr/Falkner 2005, 14).

¹⁶⁶ Vor allem vor dem Hintergrund der Brisanz des Beschäftigungsthemas für die Bevölkerung und für die politischen Akteure erscheinen hier weitere detaillierte Analysen besonders notwendig.

¹⁶⁷ Der Grundsatz einer *Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)* wurde 1992 im Vertrag von Maastricht verankert. Beim Kerngeschäft der Außen- und Sicherheitspolitik gilt die Methode der Regierungszusammenarbeit und die Herbeiführung gemeinsamer Entscheidungen ist bislang schwierig. Bezeichnend dafür ist etwa die Charakterisierung der EU Sicherheits- und Verteidigungspolitik durch das Europäische Parlament: „[W]enn Europas Stimme in der Welt gerufen wird, antwortet allzu oft noch ein vielstimmiger Chor. Europa ist besonders bei internationalen Krisen nicht so kraftvoll, wie es seinem Gewicht auf der internationalen Bühne angemessen wäre. Die Irak-Krise im Jahr 2003 hat dies verdeutlicht. Weil Außen- und Sicherheitspolitik ein sehr sensibles Feld nationaler Politik ist, werden Fortschritte ihre Zeit benötigen.“

Vergleiche zwischen diesen Politikfeldern sind zwar aufgrund der sehr unterschiedlichen und komplexen Formen der Zusammenarbeit auf EU-Ebene kaum möglich. In beiden Politikfeldern zeigen sich jedoch Ansätze für eine verstärkte Zusammenarbeit auf EU-Ebene.¹⁶⁸ Ob sich die neueren Initiativen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)¹⁶⁹ auch in entsprechend steigender medialer Aufmerksamkeit für die EU niederschlagen, müsste ebenfalls durch Längsschnittanalysen geklärt werden.

Die detaillierte Analyse der EU-Referenzen innerhalb der Berichterstattung rund um bewaffnete Konflikte zeigt, dass die Themenfelder „Krieg“ (1,3%) und „Terror“ (2,6%) die niedrigsten Europäisierungsgrade aufweisen.¹⁷⁰ Europäisierungsgrade in den Themenbereichen „Flüchtling“ (8,0%) und „Wiederaufbau“ (14,5%) liegen hingegen deutlich über dem Durchschnitt. Möglicherweise machen sich die Bemühungen der EU in den Bereichen Wiederaufbau und Flüchtlingshilfe bereits in einem entsprechend höheren Europäisierungsgrad bemerkbar.

In Summe zeigen sich jedoch noch keine klaren Zusammenhänge zwischen politischen Kompetenzen und Mustern in der Berichterstattung rund um bewaffnete Konflikte. Die hohe Sichtbarkeit der EU (gemessen an der Anzahl der EU-Referenzen) und der mittlere Europäisierungsgrad (gemessen am Anteil der EU-Referenzen in Kriegsberichterstattung) können nicht eindeutig mit den politischen Kompetenzen der EU erklärt werden. Sie resultieren möglicherweise aus der anhaltenden Diskussion über den Mangel an gemeinsamen Standpunkten und Strategien in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Mit anderen Worten: Die EU könnte also gerade aufgrund fehlender Kompetenzen besonders oft zum Thema der Berichterstattung geworden sein.¹⁷¹

Eine etwas höhere Sichtbarkeit erreicht die EU im Themenkomplex „Konflikt & Zerstörung“ (8%). Darunter gefasste Sachbegriffe wie „Krise“, „Konflikt“, „Skandal“ und „Zerstörung“ lassen sich keinem einzelnen Politikfeld zuordnen. Sie werden im Archivierungsverfahren zur Präzisierung der

¹⁶⁸ Mit dem Amsterdamer Vertrag wurden z.B. bestimmte Materien in den Bereichen *Justiz und Inneres (J&I)* wie Asyl, Einwanderung und die justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen „vergemeinschaftet“. Mit dem Vertrag von Nizza wurde für mehrere vergemeinschaftete J&I-Bereiche, insbesondere für den freien Personenverkehr und einen Teil der Zusammenarbeit der Justizbehörden, der Anwendungsbereich der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit erweitert. Dagegen ist für J&I-Materien, die dem dritten Pfeiler, d.h. der Regierungszusammenarbeit, vorbehalten sind, nach wie vor Einstimmigkeit erforderlich (http://europa.eu.int/scadplus/glossary/justice_home_affairs_de.htm).

¹⁶⁹ Die Union schuf das Amt des Hohen Vertreters für die Außen- und Sicherheitspolitik und hat Sonderbeauftragte an einige internationale Krisenherde entsandt. Neuere Initiativen deuten auf eine weitere Verstärkung der Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen hin: Als Teil der GASP rief die Union eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ins Leben, die vorbehaltlich entsprechender Beschlüsse auch die Schaffung einer gemeinsamen Verteidigungsstruktur ermöglicht. Im Dezember 2003 nahmen die europäischen Staats- und Regierungschefs eine Europäische Sicherheitsstrategie an und verständigten sich über ihren Grundauftrag und eine Reihe von Aufgaben, die von militärischen Kräften erfüllt werden könnten (v.a. humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Maßnahmen, Krisenmanagement aber auch friedensschaffende Einsätze). Zur Umsetzung dieser Aufgaben hat die Union eine „Schnelle Eingreiftruppe“ eingesetzt, deren militärische Stärke über mehrere Jahre ausgebaut werden soll (vgl. http://europa.eu.int/pol/cfsp/overview_de.htm).

¹⁷⁰ In Abschnitt 3.2 konnte zudem gezeigt werden, dass in Krisen-/Kriegsjahren eine steigende Aufmerksamkeit für UNO und NATO zu verzeichnen ist, die mit Aufmerksamkeitsverlusten für die EU einhergehen.

¹⁷¹ Ein Beispiel dafür wäre die Heterogenität der europäischen Meinungen zum Irakkrieg. Es erscheint plausibel, dass im Zuge der hohen medialen Aufmerksamkeit für den Irak-Krieg auch die aktuelle und zukünftige weltpolitische Rolle der EU in sicherheitspolitischen Fragen häufig zur Diskussion stand.

Beitragsinhalte verwendet und erlauben Rückschlüsse auf die Bedeutung von negativen Nachrichtenwerten in der EU-Berichterstattung. Die Ergebnisse zeigen, dass 8,6% aller Beiträge zu Konfliktthemen Referenzen zur EU aufweisen. Hervorstechend ist die starke Steigerung konfliktbezogener Beiträge mit EU-Bezug im Jahr 2000.¹⁷² Die deutliche Erhöhung der medialen Aufmerksamkeit für die EU (vgl. Abschnitt 3.2) ist mit einer signifikanten Steigerung von Konfliktthemen mit EU-Bezug begleitet und kann auf die „Sanktionen der EU-14“ gegen die österreichische Regierung und die dadurch bedingte Krise zwischen Österreich und der EU zurückgeführt werden. Das Ergebnis bestätigt abermals die Vermutung wonach Europäisierung vor allem durch Konflikt- und Krisensituationen bedingt ist und „konfliktinduziert“ erfolgt (vgl. Tobler 2006).

In Summe lassen sich aus der Analyse des Umfangs der EU-Berichterstattung in verschiedenen Politikfeldern drei *Schlussfolgerungen* ziehen:

(1) In konzeptioneller Hinsicht scheint eine Differenzierung zwischen „Sichtbarkeit der EU“ und „Europäisierungsgrad“ notwendig, weil eine hohe EU-Sichtbarkeit in einem Politikfeld (gemessen an der Anzahl der EU-Referenzen im jeweiligen Politikbereich) nicht notwendigerweise mit einem hohen Europäisierungsgrad in diesem Politikfeld (gemessen am Anteil der EU-Referenzen an der Gesamtberichterstattung über den Politikbereich) einhergehen muss.

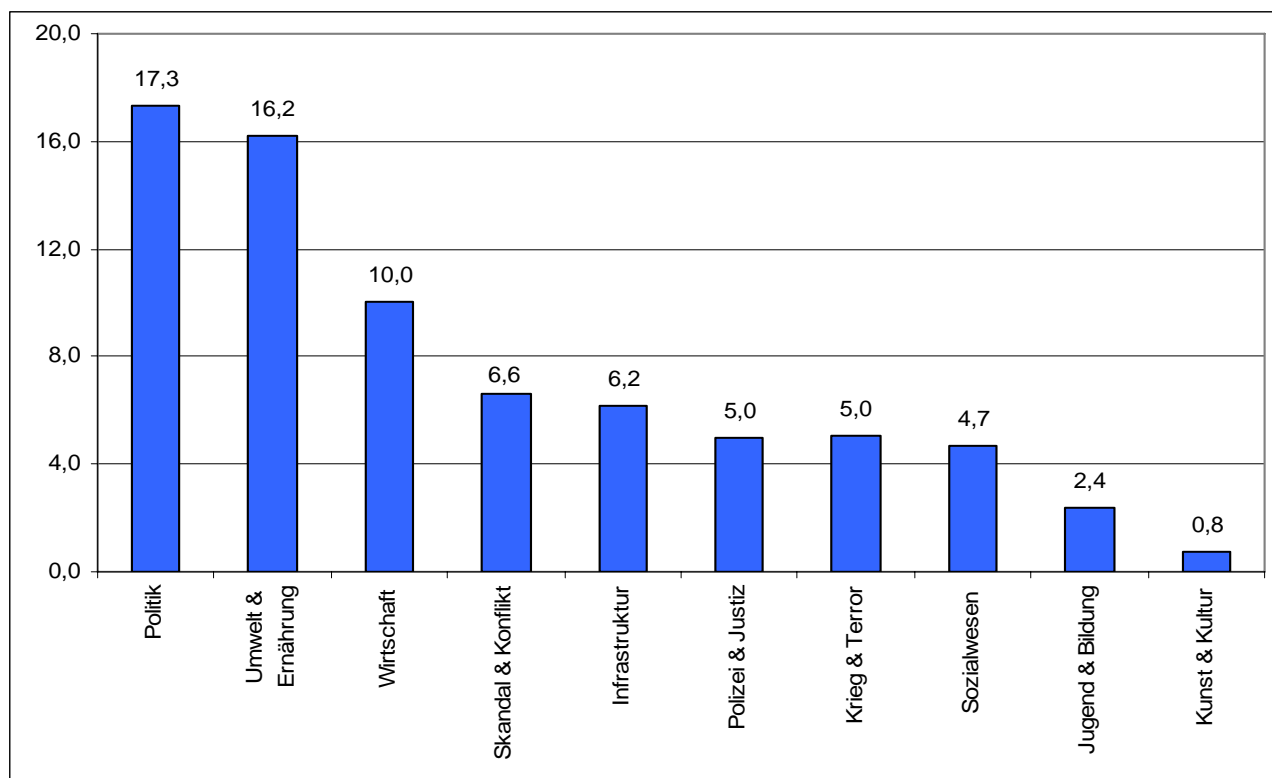
(2) Im themenübergreifenden Vergleich wird deutlich, dass die Sichtbarkeit der EU in einem Politikfeld nicht systematisch auf die politischen Kompetenzstrukturen in diesem Politikfeld zurückgeführt werden kann. Das zeigt sich beispielsweise beim Themenkomplex „Umwelt & Ernährung“. Hier führt ein vergleichsweise niedriges themenspezifisches Gesamtnachrichtenvolumen dazu, dass auch die Anzahl an themenspezifischen Beiträgen mit EU-Bezug in absoluten Zahlen niedrig ist. Somit erreicht die EU durch Berichte zum Themenbereich „Umwelt & Ernährung“ auch nur eine geringe Sichtbarkeit.

(3) Die politischen Kompetenzstrukturen werden besser durch den medialen Europäisierungsgrad der Berichterstattung über einen Politikbereich widerspiegelt. Tendenziell steigt der Europäisierungsgrad mit steigenden EU-Kompetenzen. Der Europäisierungsgrad im Themenbereich Umwelt & Ernährung ist entsprechend hoch, weil in diesem Themenkomplex „viele der insgesamt wenigen“ Beiträge EU-Bezüge aufweisen. Doch auch für den Zusammenhang zwischen Europäisierungsgraden und politischen EU-Kompetenzen lassen sich vereinzelt Ausnahmen finden, wie beispielsweise in der Berichterstattung über Kriege und Terror. Die EU kann fallweise gerade aufgrund mangelnder Kompetenzen häufig zum Thema der

¹⁷² Der Anteil der EU-Referenzen in den Themenbereichen Krise/Konflikt stieg zwischen 1995 (2,2%) und 1999 (7,3%) kontinuierlich an und erreichte im Jahr 2000 einen absoluten Höhepunkt (22,5%). Seit 2001 liegt der EU-Anteil mit durchschnittlich 7,8% wieder deutlich darunter.

Berichterstattung werden. In Abbildung 9 werden die unterschiedlichen Europäisierungsgrade in der Berichterstattung über unterschiedliche Politikfelder zusammenfassend dargestellt.

Abbildung 9: Politikfelder nach Europäisierungsgraden



ORF-ZIB: 1995-2004; n = 418.556 thematische Einträge für 156.714 Nachrichtenbeiträge. Darstellung der politikfeldspezifischen Europäisierungsgrade in %, gemessen am Anteil der politikfeldspezifischen Beiträge mit EU-Bezug am politikfeldspezifischen Nachrichtenvolumen. Z.B. Insgesamt 51.221 Einträge zum Thema „Wirtschaft“ im Untersuchungszeitraum 1995-2004, davon 5.136 Einträge mit rhetorischem EU-Bezug (=10,0% Europäisierungsgrad im Politikfeld Wirtschaft). Datenquelle: ORF Film- und Fernseharchiv (FARAO); eigene Abfragen, eigene Darstellung.

3.5 Fazit

Der erste Abschnitt unserer empirischen Analysen zur Europäisierung der österreichischen Öffentlichkeit widmet sich der Entwicklung der medialen Aufmerksamkeit für die Europäische Union (EU). Hintergrund für die Erfassung der Aufmerksamkeitsentwicklung ist die Frage, ob der politische und ökonomische Integrationsprozess in Europa auch von zunehmender EU-Berichterstattung im Zeitverlauf begleitet wird. Die Analyse des Europäisierungstrends erfolgt durch die Analyse der EU-Berichterstattung in der wichtigsten österreichischen TV-Informationssendung *ORF Zeit im Bild*. 165.714 TV-Nachrichtenbeiträge aus dem Zeitraum 1995-2004 bilden die Datengrundlage. Mittels Stichwortsuche nach rhetorischen EU-Referenzen wird analysiert, welche Bedeutung der EU in der aktuellen Berichterstattung beigemessen wird, welche Länder im Mittelpunkt der Berichterstattung stehen und in welchen Politikfeldern besonders oft

und besonders selten auf die EU-Bezug genommen wird. Die wichtigsten Ergebnisse dieser Untersuchungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Die zunehmende Bedeutung der EU ist von einer Zunahme der medialen Aufmerksamkeit für die EU begleitet. Die *Ergebnisse indizieren einen klaren Trend zur vertikalen Europäisierung*, der sich vor allem an der Zunahme der rhetorischen Referenzen zur EU und an einer verstärkten Medienpräsenz von EU-Akteuren zeigt. Auch die Erhöhung der Anzahl der Nachrichtenbeiträge aus dem Ereignisland Belgien (darunter jene aus der EU-Hauptstadt Brüssel) kann als Indiz für verstärkte EU-Berichterstattung gewertet werden. Insgesamt erhält die EU mehr mediale Aufmerksamkeit als die wichtigsten internationalen Institutionen zusammen (UNO, NATO, OSZE, OPEC, IAEO, WTO und OECD). Die steigende Sichtbarkeit der EU und die steigende Medienpräsenz der politisch handelnden EU-Akteure können zur Verbesserung der Transparenz bzw. zur besseren Sichtbarkeit von politischer Verantwortlichkeit beitragen.

Aus dem kontinuierlichen Europäisierungstrend sticht der *„Europäisierungsschub“ im Jahr 2000* hervor. Die „politische Wende“ durch die Bildung der Mitte-Rechts Koalition unter Beteiligung der FPÖ sorgte 2000 für heftige innenpolitische Turbulenzen und war Anlass für die Sanktionen der EU-14 gegen die österreichische Regierung. Wende und Sanktionen machen sich in einer Steigerung der EU-Referenzen, in erhöhter nationaler Selbstreferenzialität und in einer Steigerung der Nachrichtenbeiträge mit dem Nachrichtenfaktor Konflikt deutlich bemerkbar. Das Ergebnis bestätigt die Vermutung wonach Europäisierung vor allem „konfliktinduziert“ erfolgt.

Ein Trend zur horizontalen Europäisierung ist demgegenüber nicht erkennbar. Weder der Anteil der Beiträge aus den anderen „alten“ EU-Staaten (EU-14) noch der Anteil der Beiträge aus den neuen EU-Ländern (EU-10) nimmt seit 1995 kontinuierlich zu. Die Berichterstattung in der Zeit im Bild liefert damit keine Hinweise auf eine zunehmende Öffnung der österreichischen Öffentlichkeit für Nachrichten aus den anderen EU-Staaten. Die realpolitische Bedeutungszunahme der 10 Erweiterungsländer schlägt sich nicht in einer Steigerung von Korrespondentenberichten aus den neuen EU-Staaten nieder. Wenn Beiträge aus den Erweiterungsländern gesendet werden, dann weisen diese jedoch immer öfter rhetorische Referenzen zur EU auf. Dieses Muster der Berichterstattung deutet darauf hin, dass aus den Erweiterungsstaaten zwar im Zeitverlauf nicht mehr, dafür aber immer häufiger vor dem Hintergrund der gemeinsamen EU-Mitgliedschaft berichtet wird.

Die einigermaßen stabile mediale Aufmerksamkeit für die anderen EU-Staaten wird von einem *Bedeutungsverlust der Berichterstattung über „Europa“* begleitet. Die Daten zeigen, dass

kontinuierliche Aufmerksamkeitsverluste für Europa vor allem auf die sinkende Anzahl der Kriegsberichte aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawien, vor allem aus Bosnien & Herzegowina und dem Kosovo zurückzuführen sind. Stattdessen rücken in Folge der Terroranschläge in New York die USA und die Kriegs- und Krisengebiete in Afghanistan und im Irak immer stärker ins mediale Blickfeld. Im Bereich der Kriegs- und Krisenberichterstattung sind auch die umfangreichsten Verschiebungen in der Nachrichtengeographie zu verzeichnen.

Krieg und Konflikt sind wichtige, aber nicht die wichtigsten *Nachrichtenwerte*. Größere Bedeutung für die journalistische Nachrichtenselektion haben die Faktoren „Nähe“ und „Macht“. Nationale Angelegenheiten spielen in den aktuellen Nachrichten eine dominante Rolle. Mehr als die Hälfte aller ZIB-Beiträge wird dem Ereignisland Österreich zugewiesen. Hinter dem Faktor Nähe spielt der weltpolitische Einfluss und somit „Macht“ eine wichtige Rolle, wie sich am hohen Stellenwert der USA-Berichterstattung ablesen lässt. Auch in der Europa-Berichterstattung entfällt ein Großteil der Nachrichtenbeiträge auf die großen und einflussstarken europäischen Länder (Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien). Die Ergebnisse indizieren, dass die Nachrichtenwerte Nähe und Macht den größten Einfluss auf die Struktur der Nachrichtengeographie haben und die Aufmerksamkeitsniveaus auch über einen längeren Zeitraum hinweg entscheidend mitbestimmen.

Demgegenüber führen *Ereignisse zu eher kurzfristigen Änderungen ansonsten stabiler Aufmerksamkeitsniveaus*. Vor allem Konflikte können Beachtungsschübe auslösen. Das zeigt sich zum Beispiel in der erhöhten Aufmerksamkeit für die EU in Verbindung mit den EU-Sanktionen (2000) und in den Auseinandersetzungen rund um die Errichtung und die Inbetriebnahme von tschechischen und slowakischen Atomkraftwerken (1998, 2000). Auch die Konflikte in Bosnien (1995) und im Kosovo (1999), die Anschläge von New York (2001) und die Kriege in Afghanistan (2001) und im Irak (2003) sorgten für eine überdurchschnittliche Medienpräsenz der involvierten Länder und für Verschiebungen in der Nachrichtengeographie. Bedeutungsvolle politische Ereignisse können sich ebenfalls in kurzfristigen Aufmerksamkeitssteigerungen niederschlagen. Die EU und die jeweils involvierten individuellen und kollektiven Akteure rückten beispielsweise durch EU-Wahlen (1996, 1999, 2004) oder die EU-Ratspräsidentschaft Österreichs (1998) stärker ins mediale Blickfeld.

Der Umfang der Berichterstattung über die EU variiert in unterschiedlichen Politikfeldern. Differenzen zeigen sich in der Sichtbarkeit der EU (gemessen an der Anzahl der Beiträge mit EU-Bezug) und im medialen Europäisierungsgrad der Berichterstattung über unterschiedliche Politikfelder (gemessen am Anteil der Beiträge mit EU-Bezug in der themenspezifischen Berichterstattung). Unterschiede im Europäisierungsgrad spiegeln weitgehend die realpolitischen

Kompetenzverteilungen in unterschiedlichen Politikfeldern wider. Erwartungsgemäß findet sich der höchste Anteil an EU-Referenzen in den Nachrichten über internationale Politik. Mit zunehmender regionaler Ausrichtung der politischen Berichterstattung nimmt der Anteil der EU-Referenzen immer mehr ab. *In stark vergemeinschafteten Politikbereichen wie der Landwirtschaft und der Finanzwirtschaft ist der Europäisierungsgrad deutlich höher als in jenen Politikfeldern, in denen die EU über weniger Regulierungskompetenzen verfügt, wie etwa in den Bereichen Bildung & Jugend sowie Kunst & Kultur.* In Summe spiegeln die Ergebnisse zum Europäisierungsgrad die realpolitischen Kompetenzverteilungen wider, und sie indizieren, dass die Medien „ihre Programme dort aufnehmen und senden, wo in der Politik die Musik spielt“. Hingegen können aus der Sichtbarkeit der EU in einem Politikfeld keine Rückschlüsse auf die politischen Kompetenzverteilungen gezogen werden. Eine sehr hohe Anzahl an Beiträgen zu einem Thema (wie etwa zum Irak-Krieg) eröffnet zahlreiche Möglichkeiten, um auf die EU Bezug zu nehmen auch wenn es sich nicht um einen primären Politikbereich der EU handelt. Umgekehrt führt ein geringes Nachrichtenvolumen zu einem Politikfeld (wie etwa zum Thema Landwirtschaft) zwangsläufig zu einer niedrigen Anzahl an EU-Referenzen, selbst wenn es sich dabei um einen vergemeinschafteten Politikbereich handelt.

Potenziale und Grenzen des Erhebungsinstruments

Den empirischen Kern der Untersuchung in diesem Abschnitt bildet die Analyse der EU-Berichterstattung in der wichtigsten österreichischen Fernsehinformationssendung *ORF-ZIB*. Stichwortabfragen im anbieterspezifischen Archivsystem (Farao) deuten auf einen Trend zur vertikalen Europäisierung hin, zeigen keine Anzeichen für horizontale Europäisierung, unterstreichen die Bedeutung der Nachrichtenfaktoren Nähe und Macht und bestätigen die Vermutung, dass Europäisierung stark von der realpolitischen Kompetenzverteilung in unterschiedlichen Politikfeldern geprägt ist.

Die größte *Stärke des Erhebungsinstruments*, mit dem diese Ergebnisse erzielt werden konnten, leitet sich aus den Systemeigenschaften des ORF-Archivs ab.

Durch die textliche Bearbeitung der Nachrichtenbeiträge vor ihrer Archivierung steht ein umfassender und bereinigter Datensatz zur Verfügung. Jedem Nachrichtenbeitrag ist ein eigener Metatextschriftsatz im Archiv zugeordnet, der die wichtigsten Beitragsinhalte zusammenfasst (Sendedatum, Land im Geobild, Sachbegriff zum Thema, Bildmotive, Akteure, etc.). Das ermöglicht systematische Überblicksabfragen und einfache Häufigkeitsanalysen. Unseren Forschungszielen entsprechend können ohne größeren Aufwand vor allem Daten zu rhetorischen EU-Referenzen und

Ländernennungen relativ einfach ermittelt und geordnet nach Jahren im Untersuchungszeitraum dargestellt werden.

Das Archivsystem weist darüber hinaus die Gesamtanzahl der pro Jahr gesendeten Beiträge aus. Dadurch kann die Anzahl an Beiträgen mit den forschungsrelevanten Merkmalen als Anteil des Gesamtnachrichtenvolumens dargestellt und der Entwicklungstrend erfasst werden. Das Archivsystem bietet mit dem Gesamtnachrichtenvolumen die breitestmögliche Datengrundlage und erlaubt auf die ansonsten üblichen forschungsökonomischen Einschränkungen (etwa auf Politikberichterstattung oder Kommentare) zu verzichten.

Die größte *Stärke des Erhebungsinstruments* bedingt gleichzeitig seine größten Schwächen:

Die textliche Zusammenfassung der Nachbeiträge in einem Metatextschriftsatz schafft ein Artefakt, das nur Ausschnitte des Originalbeitrags abbildet. Die Selektion folgt zwar idealtypisch dem Faktor Relevanz, weil beispielsweise die Inhaltsbeschreibung dem Moderationstext zum Originalbeitrag entspricht. Trotzdem sind die Datengrundlagen und damit auch die erzielten Ergebnisse stark von den Dokumentationsleistungen der Archivare abhängig.

Durch die Suche im Moderationstext bleiben EU-Referenzen unbeachtet, die nicht im Moderationstext, sehr wohl aber im Sprechertext vorhanden sind. Dadurch kommt es zu einer systematischen „Untermessung“ des Umfangs der EU-Referenzen und damit des Europäisierungsniveaus. Die Ergebnisse zur Trendentwicklung werden durch den systematischen, aber gleich bleibenden Messfehler vermutlich nicht so sehr berührt.

Systematische Vergleiche mit anderen Medien entlang aller forschungsrelevanten Parameter sind nicht möglich, weil andere Archive (z.B. Tageszeitungsarchive) andere Systemeigenschaften aufweisen. Unterschiede in der Beschlagwortung und in der Dokumentationsintensität erlauben keine direkten Vergleiche. Zeitungsarchive bieten zwar Zugriff auf Originaltexte, weisen aber ein weit höheres Maß an Mehrfacheinträgen für alle abgelegten Beiträge auf, sodass keine seriösen Berechnungen von Anteilen am Gesamtnachrichtenvolumen möglich sind.

Schließlich kann eine Reihe inhaltlich relevanter Parameter für Europäisierungsprozesse mittels Stichwortsuche gar nicht erfasst werden. So lassen sich beispielsweise noch keinerlei Aussagen über die Intensität und die Qualität der EU-Referenzen machen. Es kann nicht gesagt werden, ob EU-Politik in den jeweiligen Beiträgen das Haupt- oder nur ein Nebenthema darstellt oder wie die diskursive Qualität von Interaktionen über EU-Themen zu bewerten ist. Dafür sind Präzisierungen durch detaillierte Inhaltsanalysen auf Basis kleinerer Samples notwendig, die in den nächsten Abschnitten vorgenommen werden.

In Summe erlauben die, in diesem ersten Untersuchungsschritt erzielten Ergebnisse erste Rückschlüsse auf Trendentwicklungen und liefern einige Indizien über die Muster der EU-

Berichterstattung in Fernsehnachrichten, die als Thesen für die weitere Forschung herangezogen werden können. Die Ergebnisse können alleine und isoliert betrachtet jedoch kein komplettes und exaktes Bild der Europäisierung der österreichischen Öffentlichkeit liefern. Sie sind unbedingt mit Hilfe anderer Analyseinstrumente und Vorgangsweisen zu überprüfen. Mit der detaillierten Inhaltsanalyse im nächsten Abschnitt sollen Präzisierungen zum Europäisierungstrend erfolgen und nicht zuletzt auch die Ergebnisse aus diesem ersten Abschnitt überprüft werden.

4 EU-Berichterstattung im intermedialen Vergleich

4.1 Untersuchungsziele und Vorgangsweise

Im zweiten Schritt unserer empirischen Analyse zur Europäisierung der österreichischen Öffentlichkeit widmen wir uns der Medienberichterstattung über die Europäische Union auf drei wichtigen österreichischen Informationsplattformen: ORF-ZIB (TV), Der Standard (Qualitätspresse) und Kronen Zeitung (Boulevardpresse). Mit den Untersuchungen sollen die Formen der Europäisierung der medialen Öffentlichkeit nun im intermedialen Vergleich analysiert werden, um die Gemeinsamkeiten und Differenzen der Berichterstattung in TV- und Printmedien einerseits und in Qualitäts- und Boulevardmedien andererseits zu identifizieren. Darüber hinaus sollen die ermittelten Daten aus unserer Überblickserhebung in Abschnitt 3 durch inhaltsanalytische Detailerhebungen in diesem Abschnitt gezielt überprüft und um weitere Ergebnisse zu den Ausprägungen von Europäisierung ergänzt werden, die mittels einfacher Stichwortsuche nicht erfassbar sind. Mit Hilfe der Inhaltsanalysen soll festgestellt werden:

- durch welche Intensität die EU-Berichterstattung in den unterschiedlichen Medien gekennzeichnet ist (Umfang; Haupt- Nebenthema, Verweise),
- welche Genres für die EU-Berichterstattung genutzt werden (meinungs-, tatsachenbetonte Berichterstattung) und in welchem Umfang im journalistisch besonders relevanten Genre der Medienkommentare EU-Themen aufgegriffen werden,
- welche sachpolitischen Themenbereiche im Zentrum der EU-Berichterstattung stehen (Erweiterung, Institutionenreform, Verkehr, Sozialpolitik, etc.),
- welche (europäischen) Länder in der EU-Berichterstattung besonders stark sichtbar sind und welche Rolle Beiträge aus den EU-Erweiterungsländern in der Berichterstattung spielen.

Die Analyse der Europäisierung im intermedialen Vergleich erfolgt durch die Erfassung von Umfang und Formen medialer Aufmerksamkeit für die Europäische Union in der neueren EU-Berichterstattung 2002-2004 (Untersuchungszeitraum: 3 Jahre). Die Datenbasis für die Inhaltsanalyse bilden 1.925 Nachrichtenbeiträge (TV-Beiträge und Zeitungsartikel), die in einem mehrstufigen Selektionsverfahren ausgewählt wurden, das durch folgende Eckpunkte gekennzeichnet ist:¹⁷³

¹⁷³ Für eine detaillierte Beschreibung der Methode siehe Abschnitt 2.5 in diesem Bericht.

- Die Erhebung basiert auf 4 künstlichen Wochen (28 Tage) pro Untersuchungsjahr, damit ergeben sich für den Untersuchungszeitraum 2002-2004 84 Untersuchungstage.
- Für die insgesamt 84 Untersuchungstage wurde eine Vollerhebung aller Nachrichtenbeiträge mit EU-Bezug in anbieterspezifischen Archiven durchgeführt. Im Unterschied zur Analyse in Abschnitt 3 setzt sich das Artikelsample für Untersuchungsschritt 4 nun ausschließlich aus Beiträgen mit EU-Bezug zusammen.
- Für die auf diese Weise gefundenen Beiträge mit EU-Bezug wurde im Anschluss eine Sichtung mit händischer Selektion durchgeführt, mit der mehrfach-archivierte Beiträge und Artikel ohne Bezug zur „politischen“ Europäischen Union ausgeschlossen wurden.¹⁷⁴ Das daraus resultierende Sample für den Zeitraum 2002-2004 umfasst 1.925 Beiträge mit EU-Bezug.

Die Analyseeinheit für alle weiteren Untersuchungsschritte ist der jeweilige Nachrichtenbeitrag (Fernsehen) bzw. Zeitungsartikel (Presse).¹⁷⁵ Die detaillierte Analyse der ausgewählten Beiträge erfolgt mittels standardisierter inhaltsanalytischer Auswertung auf Basis eines Codebuchs, das 43 Variablen umfasst. Im folgenden Abschnitt werden die Ergebnisse dieser Analysen präsentiert, beginnend mit der Intensität der EU-Berichterstattung im Zeitraum 2002-2004 (Abschnitt 4.2) und der Differenzierung der EU-Berichterstattung nach Mediengenres (Abschnitt 4.3). Anschließend werden die Länder identifiziert, in denen jene Ereignisse stattfinden, die zur Medienberichterstattung über EU-Themen führen (Abschnitt 4.4) sowie die Sachthemen die in der EU-Berichterstattung behandelt werden (4.5). Zum Schluss werden die Ergebnisse zusammengefasst (4.6).

4.2 Intensität der EU-Information

Bei der empirischen Analyse der medialen Aufmerksamkeit für die Europäische Union ist zu berücksichtigen, dass die Intensität der Auseinandersetzung mit EU-politischen Themen sowohl zwischen unterschiedlichen Medien als auch innerhalb der Analyseeinheit Nachrichtenbeitrag erheblich variieren kann (siehe grundsätzlich und ausführlich v.a. Trenz 2005). Es macht einen Unterschied, ob EU-Politik im thematischen Zentrum des Beitrags steht und das „Hauptthema“ bildet, ob EU-Politik in einem Beitrag als „Nebenthema“ aufgegriffen wird, oder ob in einem Artikel lediglich kurz und unspezifisch auf die EU verwiesen wird.

¹⁷⁴ So wird z.B. in Beiträgen in Sportressorts mitunter auf eine „EU-Meisterschaft“ Bezug genommen.

¹⁷⁵ Dies beispielsweise im Unterschied zur Untersuchung über den Osterweiterungsdiskurs (Abschnitt 5), in dem die Aussagen innerhalb der Beiträge die Analyseeinheit darstellen.

Analytische Differenzierungen in Bezug auf die *Intensität* der Auseinandersetzung mit der EU innerhalb der untersuchten Beiträge erscheinen daher von Bedeutung und wurden bereits von einigen Autoren thematisiert (vgl. z.B. Gerhards 2000) und mitunter auch in der Operationalisierung zur Messung von Europäisierungsniveaus und -trends berücksichtigt (siehe etwa Brüggemann et al. 2006). Trenz (vgl. 2004, 295f; 2005; 2006) legte die bislang differenzierteste Operationalisierung zur Erfassung der Intensität der Europaberichterstattung vor. Er unterscheidet 3 Kategorien der Intensität europapolitischer Kommunikation:

- *Europäische Artikel*, die schwerpunktmäßig europäische Themen diskutieren und einen expliziten Zusammenhang zu einem europäischen politischen Handlungskontext in den Vordergrund stellen.
- *Europäisierte Artikel*, die schwerpunktmäßig innen- oder außenpolitische Themen diskutieren, die mit mindestens einem Thema der europäischen Politik in Zusammenhang gebracht werden, das aber dem Hauptthema des Artikels eindeutig untergeordnet ist.
- *Artikel mit europäischem Verweiskontext*, die sich durch themenunspezifische Verweise auf Europa auszeichnen, wobei Europa als vergleichender oder generalisierender Sinnkontext in der Diskussion innenpolitischer oder außenpolitischer Themen hervortritt.¹⁷⁶ Darunter werden Artikel gefasst, in denen z.B. auf europäische Ereignisse, Akteure oder Gesetze/Verträge/Verordnungen verwiesen wird, ohne eine Erläuterung, Kommentierung oder argumentative Vertiefung der rhetorischen Referenzen vorzunehmen.

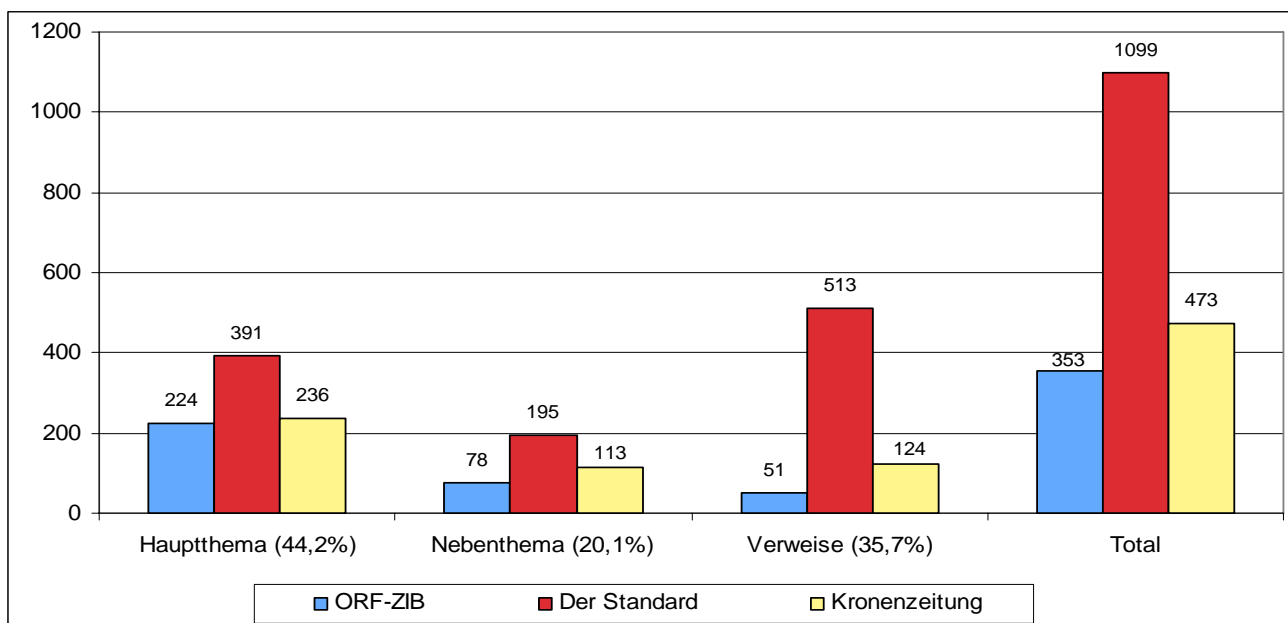
Wir orientieren uns für unsere Analyse an diesen drei Parametern, verwenden aber einen engeren Europäisierungsbegriff der nur auf die „EU“ (nicht wie bei Trenz (vgl. 2004; 2005; 2006) auf „Europa“) bezogen ist.¹⁷⁷ Die Ergebnisse unserer Analysen (Abbildung 10) zeigen, dass erwartungsgemäß in allen untersuchten österreichischen Medien auf die Europäische Union Bezug genommen wird. In Summe finden wir im Untersuchungszeitraum 2002-2004 1.925 Nachrichtenbeiträge mit rhetorischer Referenz zur Europäischen Union, die über die drei untersuchten Medien (ORF-ZIB, Der Standard, Kronen Zeitung) verteilt sind. Das Gesamtvolumen entspricht einem Tagesschnitt von 7,6 Beiträgen mit EU-Bezug pro untersuchtem Medium. Zusammenfassende Ergebnisse zum Europäisierungsniveau sind jedoch von geringer Aussagekraft, weil kein definierter Level für ein adäquates Europäisierungsniveau existiert, der zur Beurteilung von Ergebnissen heran gezogen werden könnte. Im intermedialen Vergleich zeigen sich dagegen

¹⁷⁶ Für eine detaillierte Analyse dieser letzten Kategorie der Europäisierung politischer Kommunikation siehe Trenz (2006). Trenz spricht in Zusammenhang mit der Europa-Berichterstattung im europäischen Verweiskontext, die immerhin etwa ein Drittel der Europaberichterstattung ausmacht, von „banalem Europäismus“.

¹⁷⁷ Wir fokussieren auf die politische Europäische Union, weil sich Fragen der Demokratie, der Transparenz, und damit der medialen Aufmerksamkeit und Kontrolle vor allem dort stellen, wo politische Macht entsteht.

übergreifende Muster der Intensität in der EU-Berichterstattung und Differenzen zwischen den untersuchten Mediengattungen.

Abbildung 10: EU-Information nach Intensitätstypus im intermedialen Vergleich (Verteilung der Beiträge in absoluten Zahlen)



		EU-Hauptthema	EU-Nebenthema	EU-Verweise	Gesamt	Verteilung intermedial (%)
ORF-ZIB	Anzahl	224	78	(51) ¹⁷⁸	353	18,3%
	Anteil intramedial (%)	63,5%	22,1%	14,4%	100,0%	
Der Standard	Anzahl	391	195	513	1099	57,1%
	Anteil intramedial (%)	35,6%	17,7%	46,7%	100,0%	
Kronen Zeitung	Anzahl	236	113	124	473	24,6%
	Anteil intramedial (%)	49,9%	23,9%	26,2%	100,0%	
Total	Anzahl	851	386	688	1925	100,0%
	Anteil nach Typus (%)	44,2%	20,1%	35,7%	100,0%	

Datenbasis: n = 1.925 Nachrichtenbeiträge mit EU-Bezug in ORF-ZIB (n = 353), Der Standard (n = 1.099) und Kronen Zeitung (n = 473). Abbildung 10 zeigt die Verteilung aller Beiträge nach Intensitätstypen und Medien in absoluten Zahlen. Die anschließende Tabelle zeigt zusätzlich die Verteilung der Beiträge auf Intensitätstypen innerhalb der jeweiligen Medien in % (Anteil intramedial), sowie die Verteilung aller Beiträge zwischen den drei untersuchten Medien in % (Verteilung intermedial).

Wie vermutet zeigt sich die höchste *Berichterstattungsintensität* zu EU-Themen in der Qualitätspresse. 57,1% (1099 von 1925), also mehr als die Hälfte aller codierten Beiträge mit EU-Bezug wurden in der Tageszeitung Der Standard abgedruckt. Dies entspricht einem Durchschnitt von 13,1 Beiträgen mit EU-Bezug pro Untersuchungstag. Die Berichterstattungsintensität in der Kronen Zeitung (5,6 Beiträge pro Tag) sowie in den aktuellen ORF-ZIB Nachrichten (4,2 Beiträge

¹⁷⁸ Ergebnisse zur ORF-Berichterstattung sind mit Vorsicht zu interpretieren, weil den ORF-Daten nicht die Originalbeitragstexte, sondern lediglich die komprimierten Darstellungen in Form von Moderationstexten zu Grunde liegen. Verweise auf die EU sind daher nicht immer erfasst, auch wenn sich solche Verweise im Beitrags-/Sprechertext selbst finden würden. Durch diese „Untermessung“ kommt es bei den vorliegenden Vergleichsdaten vermutlich zu leichten Verschiebungen zu Lasten der ORF-Berichterstattung und der Daten zum Verweisungskontext. Die Hauptaussagen zur Intensität der EU-Berichterstattung können aber auch unter Berücksichtigung der Untermessung aufrecht erhalten werden.

pro Tag)¹⁷⁹ liegt unter der Hälfte jener der Qualitätspresse. Dieses Ergebnis bestätigt die Ansicht, dass sich Europäisierung vor allem in der Qualitätspresse zeigt. Zahlreiche Studien beschränken sich aus diesem Grund auf die Analyse der EU-Berichterstattung in der Qualitätspresse, weil vermutet wird, dass sich – wenn überhaupt – nur dort „eine Europäisierung oder Transnationalisierung öffentlicher Diskurse entwickelt haben könnte, und nicht etwa in Regional- oder Boulevardzeitungen“ (Brüggemann et al 2006, 220). Sollte nicht einmal in sogenannten „Elitezeitungen“ ein signifikanter Europäisierungstrend nachweisbar sein, wäre dieser in anderen Medien sicher noch weniger zu erwarten (vgl. Brüggemann et al 2006, 220). Unsere Ergebnisse zeigen jedoch, dass auch in Fernsehnachrichten und in der Boulevardpresse in beachtenswertem Umfang über die EU berichtet wird, wenn auch in einem geringeren Ausmaß als in der Qualitätspresse. Aufgrund der hohen Publikumsaufmerksamkeit für Fernsehnachrichten und für die Boulevardpresse und ihrer damit verbundenen Relevanz für die öffentliche Meinungsbildung über EU-politische Themen, scheint die Berücksichtigung dieser Mediengattungen in der Analyse geboten.

Wenn über die EU berichtet wird, so erfolgt dies häufig, indem Angelegenheiten der Europäischen Union als *Hauptthemen* behandelt werden. 44,2% (851 von 1925) aller untersuchten Nachrichtenbeiträge stellen einen expliziten Zusammenhang zu einem EU-politischen Handlungskontext in den Vordergrund. Im intermedialen Vergleich weist der Standard in der Vergleichskategorie „EU-Hauptthema“ das höchste EU-Nachrichtenvolumen auf. Relational erreicht der Standard in der Subkategorie Hauptthema 45,9% aller Beiträge (391 von 851 Beiträgen). Die restlichen Beiträge verteilen sich beinahe gleichmäßig auf die ORF-ZIB (26,3%; 224 von 851 Beiträge;) und auf die Kronen Zeitung (27,7%; 236 von 851). Durchschnittlich finden wir 3,3 Beiträge pro Medium und Tag, die einen expliziten Zusammenhang zu einem europäischen politischen Handlungskontext in den Vordergrund stellen: im Standard 4,7 Beiträge pro Tag in der Kronen Zeitung 2,8 Beiträge und in der ORF-ZIB 2,7. In diesem Ausmaß wird täglich in drei österreichischen Leitmedien schwerpunktmäßig über Angelegenheiten der EU berichtet.

Die Europäische Union wird aber auch in einem hohen Ausmaß im Verweisungskontext thematisiert. In mehr als einem Drittel aller Fälle (35,7%; 688 von 1925) finden wir Verweise auf die EU, die hier als vergleichender oder generalisierender Sinnkontext in der Diskussion innenpolitischer oder außenpolitischer Themen hervortritt, in dem z.B. auf EU-Ereignisse, EU-Akteure oder EU-Regelwerke verwiesen wird, ohne eine Erläuterung, Kommentierung oder

¹⁷⁹ Bei ORF-Werten ist zu berücksichtigen, dass hier lediglich die ZIB-Nachrichten in die Analyse Eingang finden, andere Informationsformate jedoch nicht berücksichtigt sind. Mit der Berücksichtigung anderer Formate würde sich der Tagesschnitt erhöhen. Eine genauere Erfassung der EU-Verweise in der ZIB würde zu einer weiteren Erhöhung der Tagesdurchschnittswerte führen.

argumentative Vertiefung dieser rhetorischen EU-Referenzen vorzunehmen.¹⁸⁰ Ein Fünftel (20,1%; 386 von 1925) der Beiträge behandelt EU-Angelegenheiten als Nebenthemen indem innen- oder außenpolitische Themen mit EU-Politik in Zusammenhang gebracht werden. Trotz des hohen Anteils an EU-Hauptthemen (s.o.) darf nicht übersehen werden, dass insgesamt mehr als die Hälfte aller EU-Bezüge (55,8%) auf EU-Nebenthemen oder -Verweise zurückzuführen sind, wodurch sich Europäisierung zu einem überwiegenden Teil abseits der EU-Schwerpunktberichterstattung zeigt.¹⁸¹

Signifikante Unterschiede in der Berichterstattungsintensität zeigen sich im Pressevergleich. Der dominante Intensitätstypus bei der Thematisierung der EU in den Nachrichtenbeiträgen der Kronen Zeitung (Boulevardpresse) ist die Form des Hauptthemas (63,5% aller EU-Beiträge). Beim Standard¹⁸² (Qualitätspresse) hingegen findet sich ein hoher Anteil an Beiträgen mit Verweisen auf die EU (46,7%).¹⁸³ Die Wahl des Intensitätstypus innerhalb der untersuchten Medien zeigt, dass die Kronen Zeitung der EU – gemessen am Anteil der Artikel mit EU-Hauptthema – hohe Relevanz zuweist. Die Differenz zum Standard lässt sich auf die unterschiedliche Präsentationslogik in den untersuchten Mediengattungen zurückführen: Annahmegemäß erfordern Artikel in Boulevardzeitungen aufgrund der stärker eingeschränkten Beitragslänge eine stärkere Fokussierung des behandelten Themas, und damit tendenziell den Verzicht auf Nebenthemen und Verweise. Die umfangreicheren Artikel der Qualitätspresse bieten demgegenüber mehr Platz, erlauben eine stärkere Kontextualisierung der Hauptthemen durch das Aufgreifen von Nebenthemen und die Einarbeitung von Verweisen. Daraus resultieren u.a. erhebliche Unterschiede in der Anzahl der gattungsspezifischen Verweise auf die EU.¹⁸⁴

¹⁸⁰ Eine exakte Erfassung der EU-Verweise in der ZIB würde vermutlich zu einer weiteren Verschiebung zu Gunsten von Tertiärthemen führen.

¹⁸¹ Gerhards (vgl. 2000, 295) ermittelte für die deutsche Berichterstattung in der Qualitätspresse ein insgesamt niedriges Europäisierungsniveau (Schnitt: 6,9%), stellte jedoch in Rechnung, dass mit seinen Daten jeweils nur „das wichtigste Thema“ eines Artikels berücksichtigt wird, und dass es durchaus möglich sei, „dass sich eine zunehmende Transnationalisierung und Europäisierung der Öffentlichkeit zuerst und vor allem in Sekundär- und Tertiärthemen eines Artikels zeigt“. Die Ergebnisse unserer Analyse erlauben zwar keinen direkten Vergleich mit Gerhards Daten, scheinen jedoch dessen Vermutung zur Bedeutung von Sekundär- und Tertiärthemen für die Medienpräsenz der EU zu bestätigen. Gleichzeitig bestätigen unsere Ergebnisse auch die Daten von Trenz (2005), denen zu Folge Nachrichten mit EU-Bezug als „Nebenthema“ den EU-Schwerpunktbeiträgen klar untergeordnet bleiben.

¹⁸² Die Typusverteilung im Standard wurde auch von Trenz (2005) ermittelt und drängt sich daher für einen Vergleich auf. Die Ergebnisse unserer Analyse zeigen für den Untersuchungszeitraum 1/2002 bis 12/2004, dass der Standard in 35,6% aller EU-bezogenen Beiträge EU-Angelegenheiten als Hauptthemen behandelt. Die Daten von Trenz weisen demgegenüber für den Standard im Zeitraum 1/2000 bis 12/2000 einen signifikant höheren Anteil an europäischen Hauptthemen aus (46,4%). Die Differenz kann möglicherweise mit den EU-Sanktionen gegen Österreich begründet werden, mit denen die EU im Jahr 2000 stärker ins Blickfeld der österreichischen Europaberichterstattung geraten ist und öfter als Hauptthema behandelt wurde.

¹⁸³ Wir finden lediglich 124 EU-Verweise in den Artikeln der Kronen Zeitung. Der Wert für EU-Verweise in den Nachrichten im Standard ist mit 513 Verweisen daher mehr als vier Mal so hoch. Der relative hohe Tagesschnitt an Beiträgen mit EU-Bezug im Standard (13,1 Beiträge pro Tag) resultiert zu einem erheblichen Teil aus Beiträgen mit Verweisen auf die EU (6,1 Beiträge pro Tag). Der hohe Anteil an EU-Verweisen innerhalb des Gesamtnachrichtenvolumens im Standard geht jedoch nicht mit einer Vernachlässigung von EU-Hauptthemen einher. Die dominante Stellung der Qualitätszeitung in Bezug auf die Berichterstattungsintensität manifestiert sich in allen Subkategorien, in denen der Standard jeweils die höchsten Werte im Beitragsvolumen in absoluten Zahlen erreicht.

¹⁸⁴ Ein direkter intermediärer Vergleich mit den Daten für die ZIB ist aufgrund der Untermessung der Verweise nicht möglich. Wir können lediglich mit Sicherheit feststellen, dass Moderationstexte für Fernsehnachrichten einen sehr geringen Anteil an Verweisen aufweisen, weil die Moderationen konsequenterweise auf die Hauptthemen der Beiträge fokussieren.

Erwartungsgemäß liegt der von uns für österreichische Medien errechnete Durchschnittswert von 7,6 Beiträgen mit „EU-Referenzen“ pro Tag und Medium aufgrund unserer Berücksichtigung von Boulevard- (Kronen Zeitung) und TV-Medien (ORF-ZIB) und unserem engeren Europabegriff unter jenem der von Trenz (2005) untersuchten „Europa-Referenzen“ in der europäischen Qualitätspresse.¹⁸⁵

Allerdings zeigen sich beim Vergleich der Ergebnisse zur Verteilung nach Berichterstattungstypen erstaunliche Parallelen: Trenz errechnet für die Behandlung von „europäischen Themen“ in der europäischen Qualitätspresse, eine Verteilung von 45,6% (Hauptthemen), 19,3% (Nebenthemen) und 35,1% (Verweiskontext). Wir finden für die Behandlung von „EU-Themen“ in den österreichischen Medien eine beinahe exakt gleiche Verteilung von 44,2% (Hauptthemen), 20,1% (Nebenthemen) und 35,7% (Verweiskontext). Damit scheint sich die Verwendung weiterer und engerer Europabegriffe zwar signifikant auf die Aufmerksamkeitsniveaus, aber nicht auf die Intensitätstypusverteilung auszuwirken.

Ein weiterer Grund für die von Trenz gezeigte hohe Aufmerksamkeit für europäische Themen im Jahr 2000 könnte in der intensiven Berichterstattung über den Regierungseintritt der FPÖ und den darauf folgenden EU-Sanktionen gegen die österreichische Regierung zu finden sein. Für diese Annahme spricht auch die von Trenz (2005, 201) berechnete Verteilung der Themen in europäischen Artikeln: in neun der elf untersuchten Tageszeitungen lagen die EU-Sanktionen unter den Top 4-Themen, im Standard mit 41,6% mit großem Vorsprung an erster Stelle.¹⁸⁶ Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die EU-Sanktionen in Österreich zu besonders hoher medialer Aufmerksamkeit und europaweit zur thematischen Synchronisierung beigetragen haben (vgl. auch van de Steeg 2004, 19).

4.3 EU-Medienpräsenz nach Genres

Die Bedeutung der EU-Berichterstattung in Österreich zeigt sich auch an der Platzierung von EU-Themen in unterschiedlichen Genres. Dabei können grundsätzlich tatsachenbetonte von meinungsbetonten Genres unterschieden werden. Besondere Bedeutung wird in der rezenten Literatur vor allem den meinungsbetonten Genres und insbesondere dem Kommentar zugeschrieben. Nachdem nur wenige ausgewählte Themen auch „kommentiert“ werden, spiegelt die Selektion jene Sachfragen und Probleme wider, denen seitens der Redaktionen besondere Relevanz beigemessen wird. Pressekommentare, vor allem jene der Leitmedien, gelten als

¹⁸⁵ Im Durchschnitt findet Trenz täglich 18,2 Beiträge mit Europabezug (davon 7,8 europäische Artikel) in europäischen Qualitätszeitungen (Durchschnittswert für 11 Zeitungen aus 6 europäischen Ländern).

¹⁸⁶ Für den Standard fand Trenz (2005, 197) im Jahr 2000 in Summe 26,1 Artikel mit Europa-Bezug pro Tag, davon 12,1 Artikel mit EU als Hauptthema.

„dichteste Form medialer Relevanzzuweisungen und Meinungsäußerungen“ (Pfetsch/Eilders/Neidhardt 2004, 3), als wesentliches Instrument für Agenda-Setting (vgl. Page/Shapiro/Dempsey 1987; Dalton/Beck/Huckfeldt 1998; Kriesi 2001, 24), als wichtiger Faktor im Inter-Media Agenda-Setting (Pfetsch/Eilders/Neidhardt 2004, 27) mit Potenzialen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung und des politischen Entscheidungsprozesses.

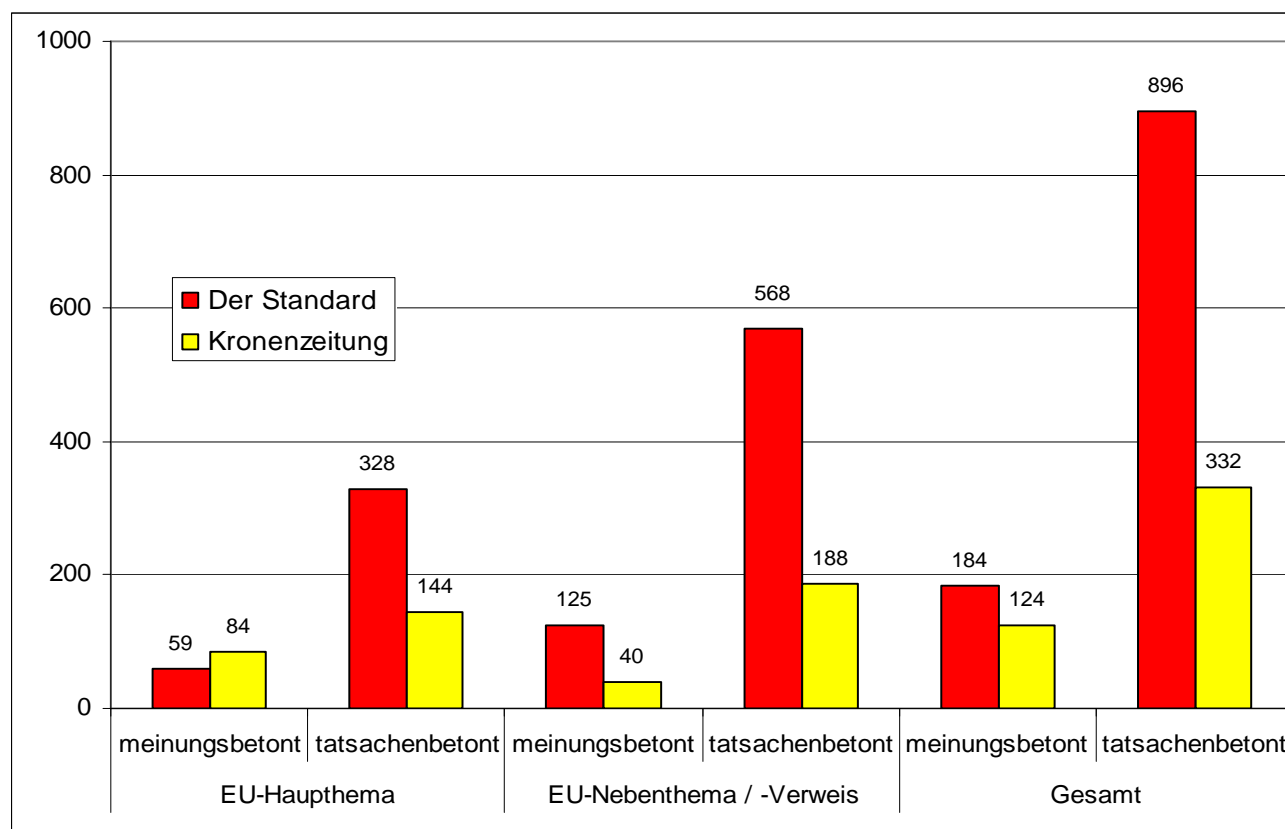
Im Genre des Kommentars agieren die Medien nicht nur als Vermittler aktueller Nachrichten, sondern auch als Sprecher, die ihre Stimme auf eigene Rechnung erheben und ihre eigenen Themen und Meinungspräferenzen haben (vgl. Pfetsch/Koopmans 2006). Im Gegensatz zu tatsachenbetonten Genres werden meinungsbetonte Genres als interpretative, erklärende Formen der journalistischen Berichterstattung mit meinungsbildender Funktion beschrieben, bei denen nicht die Weitergabe von Nachrichten im Vordergrund steht, sondern deren Bewertung (vgl. Haas 1999, 105). In der politischen Kommunikation üben sie daher Strukturierungs- und Orientierungsfunktion aus, weil Verfasser von Kommentaren politische Probleme definieren und interpretieren, Ursachen diagnostizieren („diagnostic framing“) und potenzielle Lösungen zur Beseitigung von Problemen formulieren („prognostic framing“).

Wir unterscheiden daher in unserer Analyse meinungsbetonte von tatsachenbetonten journalistischen Darstellungsformen,¹⁸⁷ da das Genre der medialen Berichterstattung als ein zentraler Indikator für die journalistische Definition der Relevanz von EU-Themen gilt. Ein hoher Anteil an meinungsbetonter Berichterstattung zu EU-Themen kann als Indiz für die hohe Bedeutung der EU in der redaktionellen Meinung herangezogen werden. Die Datenbasis für die Analyse bilden 1.572 Presseartikel, die an den 84 Untersuchungstagen in den Tageszeitungen Der Standard und Kronen Zeitung abgedruckt wurden. Eine eindeutige Zuordnung zu einem der Genres war für 1.228 Beiträge möglich, die sich wie folgt auf meinungs- und tatsachenbetonte Genres verteilen (Abbildung 11).¹⁸⁸ 80% der Pressebeiträge mit EU-Bezug sind tatsachenbetonten Gattungen wie Meldung, Nachricht oder Bericht zuzuordnen, 20% der Artikel erscheinen in meinungsbetonnen Darstellungsformen wie Medien- und Gastkommentare, Leitartikel, Glossen und Leserbriefe.

¹⁸⁷ Unterschieden wurde dabei zwischen tatsachenbetonten-, meinungsbetonten- und Mischformen. Bei den tatsachenbetonten Formen wurden Meldung, Nachricht, Bericht, Korrespondentenbericht, reine Bildnachricht, Reportage, Feature, Dokumentation, Interview, Diskussion und Kurzmeldungen unterschieden. Zu den meinungsbetonten Formen zählen: Kommentar (Medien- und Gastkommentare), Leitartikel, Glosse, Portrait, Leserbrief, Pressestimme, Karikatur und spezielle Glossen (wie z.B. Gedichte von Herrn Strudl und Wolf Martin in der Kronen Zeitung). Im pragmatischen Ansatz von Walter von La Roche (1995) und der so genannten Mainzer Schule (beispielsweise Reumann 1994) werden die Interviews den tatsachenbetonten Formen zugerechnet.

¹⁸⁸ Für die Beiträge der Zeit im Bild (ORF) konnte für das vorliegende Untersuchungsmaterial keine detaillierte Analyse durchgeführt werden, da die vorhandene Datenlage keine genaue Identifikation des Genres zulässt. Grundsätzlich dominieren in der ZIB tatsachenbetonte Formate, Medienkommentare sind äußerst selten. Anhand einer Stichprobe von 39 ORF-ZIB-Beiträgen zur Osterweiterung der EU wurde dies bestätigt: 38 dieser Berichte wurden dem tatsachenbetonten Genre Nachricht zugeordnet, ein Beitrag dem Genre Analyse/Hintergrundberichterstattung.

Abbildung 11: EU-Informationen nach Intensitätstypus und Genre im intermedialen Vergleich



		EU-Hauptthema		EU-Nebenthema/-Verweis		Gesamt	
		meinungsbetont (davon Kommentar)	tatsachenbetont	meinungsbetont (davon Kommentar)	tatsachenbetont	meinungsbetont (davon Kommentar)	tatsachenbetont
Der Standard	Anzahl	59	328	125	568	184	896
	Anteil intramedial (%)	5,5% (5,3%)	30,4%	11,6% (10,2%)	52,6%	17,0% (15,5%)	83,0%
Kronen Zeitung	Anzahl	84	144	40	188	124	332
	Anteil intramedial (%)	18,4% (3,3%)	31,6%	8,8% (3,3%)	41,2%	27,2% (6,6%)	72,8%
Total	Anzahl	143	472	165	756	308	1228
	Anteil n. Genre (%)	9,3% (5,9%)	30,7%	10,7% (10,2%)	49,2%	20,1% (16,0%)	79,9%

Datenbasis: n = 1.536 Nachrichtenbeiträge (308 tatsachenbetont + 1228 meinungsbetont) in Der Standard und Kronen Zeitung. Abbildung 11 zeigt die Verteilung aller Beiträge nach Intensitätstypus, Genre und Medium in absoluten Zahlen. Die anschließende Tabelle zeigt zusätzlich die Verteilung der Beiträge auf Genres und Intensitätstypen innerhalb (intramedial) von Standard bzw. Kronen Zeitung in % und weist dabei Anzahl und Anteil an „Kommentaren“ als Subkategorie der meinungsbetonten Beiträge extra aus. Kommentare umfassen sowohl Medienkommentare, Leitartikel, Glossen und Gastkommentare

Etwa die Hälfte (49,2%) aller analysierten Beiträge mit EU-Bezug entfallen auf tatsachenbetonte Beiträge, die nicht primär EU-Politik behandeln (Nebenthemen/Verweise). Die EU wird also vor allem durch eine hohe Anzahl an einfachen Nachrichten und Meldungen sichtbar, die schwerpunktmäßig innen- oder außenpolitische Themen diskutieren, diese jedoch mit der EU in Verbindung bringen (EU als Nebenthema) oder zumindest unspezifische Verweise auf die EU einarbeiten (Verweisungskontext). Annahmegemäß stellt dieser Berichterstattungstypus die schwächste Form unter allen Thematisierungsoptionen dar. Die stärkste Thematisierungsform, um der EU Sichtbarkeit zu verschaffen, wird hingegen seltener gewählt: Meinungsbetonte Beiträge, in

denen die EU auch das Hauptthema bildet, machen 9,3% der Berichterstattung mit EU-Bezug aus, Kommentare 5,9%.

Unterschiede zeigen sich im intermedialen Vergleich zwischen Qualitäts- und Boulevardpresse: In Summe erreicht die EU, gemessen an der Gesamtanzahl der Beiträge, sowohl in der tatsachen- als auch in der meinungsbetonten Berichterstattung in der Qualitätspresse (Der Standard) stärkere mediale Aufmerksamkeit als in der Boulevardpresse (Kronen Zeitung). Allerdings wird die journalistische Darstellungsform mit sehr hoher Relevanzzuweisung, nämlich der meinungsbetonte Beitrag mit EU-Hauptthema, von der Redaktion der Kronen Zeitung (18,4% aller Beiträge mit EU-Bezug) relativ gesehen mehr als drei mal so häufig für die Behandlung von EU-Themen ausgewählt als von der Redaktion des Standard (5,5%). Dem Boulevard kann also nicht vorgeworfen werden EU-Themen zu ignorieren und ihnen keine Relevanz beizumessen.

Allerdings resultiert der hohe Anteil an meinungsbetonten Beiträgen mit EU-Bezug im Boulevard aus einer vergleichsweise hohen Anzahl an „Meinungsbeiträgen“ auf den Leserbriefseiten. Hier treten Journalisten nicht als aktive Sprecher auf, sondern lassen – nach entsprechender redaktioneller Selektion – die Leserschaft sprechen. Im Genre des Kommentars verschiebt sich das Verhältnis wieder zu Gunsten der Qualitätspresse: Wenn es um EU-Themen geht, ergreifen Standard-Kommentatoren deutlich öfter selbst das Wort (15,5% aller Beiträge mit EU-Bezug in Kommentarform) als Kommentatoren in der Kronen Zeitung (6,6%). Die Kronen Zeitungs-Redaktion lässt offenbar mit Vorliebe das Publikum über EU-Themen sprechen.¹⁸⁹

4.4 Ereignisländer der EU-Berichterstattung

Europäisierung von Öffentlichkeit vollzieht sich nicht ausschließlich über die Thematisierung von EU-Politik in der nationalen Arena, sondern auch über die zunehmende Aufmerksamkeit für andere europäische Staaten (horizontale Europäisierung; gegenseitige Beobachtung). Wir wollen uns auch in diesem Abschnitt dieser Form der Europäisierung widmen und untersuchen deshalb abermals die Nachrichtengeographie der EU-Berichterstattung.¹⁹⁰ Für die Analyse werden die Länder

¹⁸⁹ Ein Beispiel: In der Kronen Zeitung wurden insgesamt 124 meinungsbetonte Beiträge mit EU-Bezug gefunden. Davon behandeln 84 Beiträge (67,7%) die EU als Hauptthema. Bei lediglich 15 Beiträgen (12,1%) handelt es sich um Kommentare von Journalisten oder Gastkommentatoren und 8 weitere Beiträge entfallen auf spezielle Glossen der Redakteure (6,5%). Fast die Hälfte aller Beiträge findet sich auf den Leserbriefseiten (61 Beiträge: 49,2% aller meinungsbetonten Beiträge mit EU-Bezug). Die Daten zeigen, dass die Redaktion der Kronen Zeitung die Leser im selben Artikelumfang (wenn auch in kürzerer Form) zu Wort kommen lässt wie die Redakteure selbst.

¹⁹⁰ Für Ergebnisse zur Entwicklung der Nachrichtengeographie in der ORF-ZIB im Zeitverlauf siehe Abschnitt 3.3. Dort konnte u.a. gezeigt werden, dass ein Trend zur horizontalen Europäisierung nicht erkennbar ist. Weder der Anteil der Beiträge aus den anderen „alten“ EU-Staaten (EU-14) noch der Anteil der Beiträge aus den „neuen“ EU-Ländern (EU+10) nimmt seit 1995 kontinuierlich zu. Die Berichterstattung in der Zeit im Bild liefert damit keine Hinweise auf eine zunehmende Öffnung der österreichischen Öffentlichkeit für Nachrichten aus den anderen EU-Staaten. Die realpolitische Bedeutungszunahme der 10 Erweiterungsländer schlägt sich nicht in einer Steigerung von Berichten aus den neuen EU-Staaten nieder.

identifiziert, in denen jene Ereignisse stattfinden, die zur Medienberichterstattung über EU-Themen führen. Ergebnisse sollen zeigen, welche Länder in der EU-Berichterstattung besonders stark sichtbar sind, welche Rolle Beiträge aus den EU-Zentren (Brüssel, Straßburg, Luxemburg, Frankfurt) und aus den 10 EU-Erweiterungsländern in der Berichterstattung spielen. Als Vergleichsmaßstab wählen wir die mediale Aufmerksamkeit für Österreich und außereuropäische Ereignisländer, die Bezüge zur EU aufweisen.

Die Datenbasis für die Analyse der Nachrichtengeographie bilden 1.144 Beiträge in denen EU-Politik als Haupt- oder Nebenthema behandelt wird. Für jeden Beitrag wurden bis zu 3 „Ereignisländer“ codiert, verstanden als jene Länder, in denen jene Ereignisse stattfanden, die zur Berichterstattung über EU-Themen führten. Tabelle 8 zeigt, wie sich die in den Beiträgen genannten primären und sekundären Ereignisländer und -orte¹⁹¹ auf 5 Länderblocks und auf die lokalen Zentren für die „supranationale“ EU-Politik (Brüssel, Straßburg, Luxemburg, Frankfurt) verteilen.

Tabelle 8: Nachrichtengeographie: Ereignisorte in der EU-Berichterstattung im intermedialen Vergleich

		Ereignisland 1				Ereignisland 2			
		ORF-ZIB	Der Standard	Kronen Zeitung	Total	ORF-ZIB	Der Standard	Kronen Zeitung	Total
national Österreich	Anzahl	124	172	186	482	19	30	6	55
	Anteil intramedial (%)	41,1%	29,7%	71,0%	(42,1%)	6,3%	5,2%	2,3%	(4,8%)
national EU-14	Anzahl	82	116	21	219	46	32	21	99
	Anteil intramedial (%)	27,2%	20,0%	8,0%	(19,1%)	15,2%	5,5%	8,0%	(8,7%)
national EU+10	Anzahl	24	22	11	57	12	12	23	47
	Anteil intramedial (%)	7,9%	3,8%	4,2%	(5,0%)	4,0%	2,1%	8,8%	(4,1%)
nicht EU-Staaten in Europa	Anzahl	24	23	3	50	12	17	12	41
	Anteil intramedial (%)	7,9%	4,0%	1,1%	(4,4%)	4,0%	2,9%	4,6%	(3,6%)
außereuropäische Staaten	Anzahl	3	31	2	36	6	21	0	27
	Anteil intramedial (%)	1,0%	5,3%	0,8%	(3,1%)	2,0%	3,6%	0,0%	(2,4%)
EU-Zentren (Brü., Stra., Lux., Frankf.)	Anzahl	41	139	16	196	23	29	16	68
	Anteil intramedial (%)	13,6%	24,0%	6,1%	(17,1%)	7,6%	5,0%	6,1%	(5,9%)
nicht erkennbar / nicht zuordenbar	Anzahl	4	77	23	104	184	439	184	807
	Anteil intramedial (%)	1,3%	13,3%	8,8%	(9,1%)	60,9%	75,7%	70,2%	(70,5%)
Total	Anzahl	302	580	262	1144	302	580	262	1144
	Anteil intramedial (%)	100,0%	100,0%	100,0%	(100,0%)	100,0%	100,0%	100,0%	(100,0%)

¹⁹¹ Die einzelnen Orte, Regionen und Städte etc. werden von den Codierern zuerst einem Land zugeordnet, welches dann erfasst wird.

Die Ergebnisse der Nachrichtengeographieanalyse zeigen, dass die Berichterstattung über die EU im überwiegenden Ausmaß aufgrund bzw. im Rahmen von Ereignissen erfolgt,¹⁹² und dass häufig nationale Ereignisse Anlass zur Berichterstattung über EU-Themen geben. In allen drei untersuchten Medien wird Österreich am häufigsten (gesamt 42,1%) als primäres Ereignisland genannt. Die 14 alten EU-Staaten (19,1%) und die EU-Zentren Brüssel, Straßburg, Luxemburg und Frankfurt (17,1%) sind jeweils seltener das primäre Ereignisland. Ereignisse in Erweiterungsländern (5,0%), in europäischen Staaten außerhalb der EU (4,4%) und in außereuropäischen Staaten (3,1%) geben kaum Anlass, um über EU-Themen zu berichten. Nationale Selbstreferenzialität ist ausgeprägt, in Summe erreichen aber auch Ereignisse innerhalb der EU eine vergleichbar hohe mediale Aufmerksamkeit wie Ereignisse in Österreich. Das Niveau der vertikalen Europäisierung, gemessen an Beiträgen mit Ereignissen in den EU-Zentren liegt in etwa auf dem Niveau der horizontalen Europäisierung, gemessen an Beiträgen über Ereignisse aus den EU-Mitgliedstaaten, wobei jedoch die Beachtung der alten EU-Staaten deutlich über jener für neue Mitgliedstaaten liegt.¹⁹³

Signifikante Differenzen zeigen sich im intermedialen Vergleich. Während in der Qualitätspresse (Der Standard) in weniger als einem Drittel der Fälle Österreich das „primäre Ereignisland“ darstellt (29,7%) steigt dieser Anteil in den TV-Nachrichten des öffentlichen Rundfunks (ORF-ZIB) auf 41,1% und in der Boulevardpresse (Kronen Zeitung) auf über 71%. Die Datenlage verdeutlicht eine starke Polarisierung zwischen den Qualitätsmedien und der Boulevardpresse in Bezug auf Nationalisierung und Internationalisierung. Speziell die EU-Berichterstattung in der Kronen Zeitung ist durch eine starke nationale Ereignisorientierung gekennzeichnet, der Standard und die ORF-ZIB weisen einen deutlich höheren Grad an internationaler Ereignisorientierung auf, die sich v.a. an der Analyse des primären Ereignislandes zeigt. In der Kronen Zeitung behandeln lediglich 8,0% der Beiträge mit EU-Bezug Ereignisse aus den anderen 14 EU-Staaten (Der Standard 20%; ORF-ZIB: 27,2%) und nur 6,1% solche aus den EU-Zentren (Der Standard 24%; ORF-ZIB: 13,6%). Möglicherweise macht sich hier bemerkbar, dass die Kronen Zeitung im Gegensatz zum Standard und zum ORF über kein eigenes Korrespondentenbüro in der EU-Hauptstadt Brüssel verfügt.¹⁹⁴

¹⁹² In nur 9,1% aller Fälle war kein primäres Ereignisland zu erkennen oder zuzuordnen. Dies deutet darauf hin, dass die Berichterstattung über die EU stark an aktuelle Ereignisse gekoppelt ist, und dass es selten zu ereignisunabhängiger Berichterstattung über die EU kommt.

¹⁹³ Dies bestätigt die Ergebnisse der Nachrichtengeographieanalyse in Abschnitt 3.3. Dort konnte ebenfalls gezeigt werden, dass die neuen EU-Staaten deutlich weniger Aufmerksamkeit erreichen als die Alten.

¹⁹⁴ Laut einem Verweis in einem Zeitungsbericht der Salzburger Nachrichten über den EU-Gipfel in Brüssel im Frühjahr 2006 hat die Kronen Zeitung keinen Korrespondenten in der EU-Hauptstadt. Der Außenpolitikredakteur der Kronen Zeitung Kurt Seinitz reist nur zu Gipfeln in Brüssel an (<http://blogs.salzburg.com/perterer/2006/03/gipfel.html>). „Unsere Kosten-Nutzen-Rechnung lässt es nicht geboten erscheinen. Da muss sich vorher Brüssel total ändern“ (Seinitz, zit. nach Apfl/Huter/Jilich 2005).

Ereignisse aus EU-Erweiterungsländern spielen eine deutlich untergeordnete Rolle in der Berichterstattung über die Europäische Union. In allen untersuchten Medien wird in weniger als 10% (ORF-ZIB: 7,9%)¹⁹⁵ bzw. in weniger als 5% aller Fälle (Der Standard: 3,8%; Kronen Zeitung: 4,2%) einer der osteuropäischen Staaten als primäre Ereignisländer in den Mittelpunkt gerückt. Dies, obwohl im Untersuchungszeitraum 2002-2004 die EU-Erweiterung im Mittelpunkt der Berichterstattung mit EU-Bezug stand.

Die Ergebnisse zeigen aber auch, dass über Ereignisse aus europäischen Ländern außerhalb Österreichs mitunter dann berichtet wird, wenn nationale Ereignisse (Österreich als Ereignisland 1) Anlass geben, gleichzeitig und zusätzlich auch Ereignisse in anderen Ländern in der Berichterstattung aufzugreifen (andere Länder als Ereignisland 2). Mit dem Sprung von primären zu sekundären und tertiären Ereignisländern verschiebt sich das Verhältnis in der Nachrichtengeographie merklich zu Gunsten der Staaten außerhalb Österreichs. Dies deutet darauf hin, dass andere Länder und die EU-Zentren von „bandwagon Effekten“ profitieren können, die durch nationale Ereignisse ausgelöst werden.¹⁹⁶

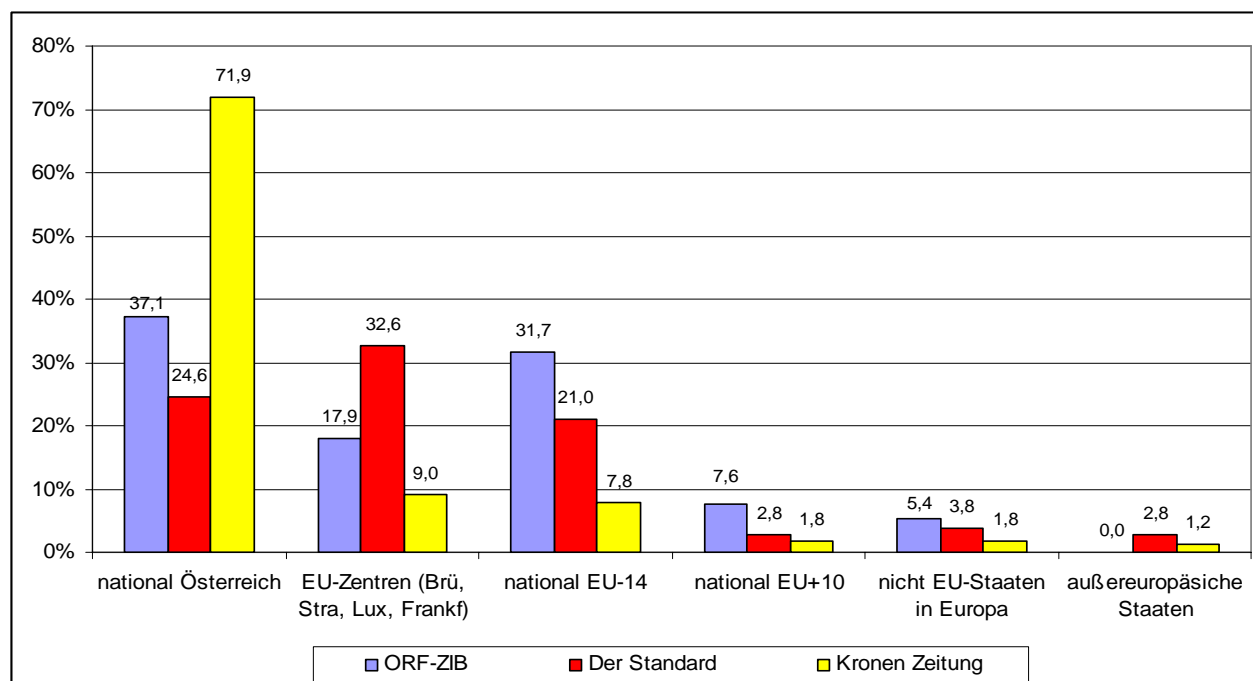
Die Ergebnisse zur Sichtbarkeit von Ereignisländern in der österreichischen medialen Öffentlichkeit können weiter differenziert und präzisiert werden. Von besonderem Interesse erscheint die Frage nach den zentralen Ereignisorten im Rahmen der Berichterstattung, die schwerpunktmäßig europäische Themen behandelt und einen expliziten Zusammenhang zu einem europäischen politischen Handlungskontext in den Vordergrund stellt (EU als Hauptthema). Erfolgt diese „EU-Berichterstattung im engen Sinn“ überwiegend aus jenen Zentren, in denen viele¹⁹⁷ der wichtigen EU-politisch zentralen Entscheidungen getroffen werden (Brüssel, Straßburg, Luxemburg, Frankfurt) oder zeigt sich in der EU-Schwerpunktberichterstattung eine Fixierung auf nationale Ereignisse? Abbildung 12 zeigt die primären Ereignisländer in der EU-Schwerpunktberichterstattung.

¹⁹⁵ Der ORF verfügt über Auslandsbüros in Ungarn (ORF-Büro Budapest) und der Tschechischen Republik (Büro Prag/Warschau), von dem aus auch über Ereignisse in Polen berichtet wird (<http://www.journalistenindex.at/indexverlag/orf+elektr.pdf>).

¹⁹⁶ Das Beispiel verdeutlicht wie wichtig es ist, die Analyseinstrumente in Bezug auf Nebenthemen, Nebenakteure oder wie hier auf Nebenschauplätze bei Ereignisorten sensibel zu halten (vgl. auch Neidhardt 2006, 48).

¹⁹⁷ Nicht alle Schlüsselentscheidungen werden in EU-Zentren getroffen, auch die EU-Gipfel in den Staaten die die EU-Präsidentschaft innehaben sind von zentraler Bedeutung.

Abbildung 12: Primäre Ereignisländer in der EU-Schwerpunktberichterstattung im intermediären Vergleich



		ORF-ZIB	Der Standard	Kronen Zeitung	Total (Anteil %)
national Österreich	Anzahl	83	96	120	299 (38,3%)
	Anteil intramedial (%)	37,1%	24,6%	71,9%	
EU-Zentren (Brü., Stra., Lux., Frankf.)	Anzahl	40	127	15	182 (23,3%)
	Anteil intramedial (%)	17,9%	32,6%	9,0%	
national EU-14	Anzahl	71	82	13	166 (21,3%)
	Anteil intramedial (%)	31,7%	21,0%	7,8%	
national EU+10	Anzahl	17	11	3	31 (4,0%)
	Anteil intramedial (%)	7,6%	2,8%	1,8%	
nicht EU-Staaten in Europa	Anzahl	12	15	3	30 (3,8%)
	Anteil intramedial (%)	5,4%	3,8%	1,8%	
außereuropäische Staaten	Anzahl	0	11	2	13 (1,7%)
	Anteil intramedial (%)	0,0%	2,8%	1,2%	
nicht erkennbar / nicht zuordenbar	Anzahl	1	48	11	60 (7,7%)
	Anteil intramedial (%)	0,4%	12,3%	6,6%	
Total	Anzahl	224	390	167	781 (100%)
	Anteil intramedial (%)	100,0%	100,0%	100,0%	

Datenbasis: n = 781 Nachrichtenbeiträge in ORF-ZIB (n = 224), Der Standard (n = 390) und Kronen Zeitung (n = 167), in denen EU-Themen das Hauptthema bilden und für die ein primäres Ereignisland codiert wurde. Abbildung 12 zeigt die Verteilung aller Beiträge nach Ereignisland und Medien im intramedialen Vergleich in %. Die anschließende Tabelle zeigt zusätzlich die Primärdaten in absoluten Zahlen sowie die Verteilung der Beiträge in allen Medien nach Ereignisländern in % (Klammerangaben in der rechten Spalte).

Das primäre Ereignisland in der EU-Schwerpunktberichterstattung ist Österreich (38,3%). Damit bestätigt sich das Bild, dass die Logik der Nachrichtenproduktion in erster Linie dem Nachrichtenfaktor Nähe folgt. Erst dahinter macht sich der Faktor „Macht/Einfluss“ in europapolitischen Angelegenheiten bemerkbar. Mit einigem Abstand zum Ereignisland Österreich rangieren in etwa gleichauf die EU-Zentren Brüssel, Straßburg, Luxemburg und Frankfurt

(gemeinsam 23,3%) sowie die EU-14 Länder (gemeinsam 21,3%), unter denen sich u.a. die 4 großen und einflussreichen Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien befinden. Ereignisse in EU-Erweiterungsländern spielen auch hier eine deutlich untergeordnete Rolle. In allen untersuchten Medien wird in nur 4% aller Fälle ein Ereignis aus einem Erweiterungsland in der EU-Schwerpunktberichterstattung in den Mittelpunkt gerückt.

Im intermedialen Vergleich zeigen sich auch in der Nachrichtengeographie der EU-Schwerpunktberichterstattung die bereits identifizierten Differenzen zwischen Qualitätsmedien und der Boulevardpresse. Die Berichterstattung der Kronen Zeitung ist in einem hohen Ausmaß (71,0%) durch nationale Ereignisorientierung gekennzeichnet (zum Vergleich: 24,6% nationale Ereignisse im Standard; 37,1% in der ORF-ZIB). Die Qualitätspresse sticht durch einen vergleichsweise hohen Anteil an Beiträgen über Ereignisse aus EU-Zentren hervor (32,6%), der sogar die Berichterstattung über nationale Ereignisse übertrifft (24,6%). Die ORF-ZIB zeigt einen hohen Anteil an Berichterstattung über Ereignisse aus den 14 alten EU-Staaten (31,7%).¹⁹⁸

In Summe erlaubt die Datenlage erste *vorsichtige Rückschlüsse* auf die Sichtbarkeit von europäischen Akteuren und ihren (europa-)politischen Positionen in der österreichischen Medienarena. Den Rückschlüssen kann die Annahme zugrunde gelegt werden, dass nationale Ereignisse eher nationale Akteure und Positionen in der medialen Öffentlichkeit sichtbar machen, während Ereignisse im europäischen Ausland bzw. in den EU-Zentren potenziell eher europäischen Akteuren aus anderen EU-Staaten bzw. jenen der EU-Institutionen zu medialer Sichtbarkeit verhelfen.¹⁹⁹ Sofern dies zutrifft muss davon ausgegangen werden, dass europäische Akteure und ihre Positionen in der österreichischen EU-Berichterstattung in Summe eine schwächere Sichtbarkeit erreichen als nationale Akteure, wobei sie in Qualitätsmedien deutlich stärker vertreten sind als in der Boulevardpresse.

4.5 EU-Medienpräsenz nach Politikfeldern

Im nächsten Schritt unserer Analyse untersuchen wir – wie schon in Abschnitt 3.4 – die Medienpräsenz der Europäischen Union in unterschiedlichen Politikfeldern. Mit einer detaillierten Inhaltsanalyse soll nun einerseits überprüft werden, ob sich die für den Zeitraum 1995-2004

¹⁹⁸ In den alten EU-Staaten verfügt der ORF über Auslandsbüros in Berlin, Brüssel, Madrid, Paris und Rom (<http://www.journalistenindex.at/indexverlag/orf+elektr.pdf>).

¹⁹⁹ Diese Annahme gilt nicht mit absoluter Sicherheit für alle Ereignisse, Ereignisländer, Akteure und Positionen hinweg. Es ist durchaus möglich, dass Sprecher von EU-Institutionen anlässlich österreichischer Ereignisse die Position ihrer EU-Institution vermitteln, dass nationale Akteure anlässlich von Ereignissen in den EU-Zentren Brüssel, Straßburg, Luxemburg, Frankfurt die nationalen Positionen darlegen oder dass nationale Akteure anlässlich nationaler Ereignisse Positionen mit deutlich „europäischer Perspektive“ einnehmen.

identifizierten Trends auch für die jüngere EU-Berichterstattung in der Periode 2002-2004 bestätigen. Andererseits erlaubt die Inhaltsanalyse auf Basis des kleineren Samples die Präzisierung der Daten, weil neben den klassischen Politikfeldern (Wirtschafts-, Sozial-, Infrastrukturpolitik, etc.) auch aktuelle Themen der EU-Politik (Integration, Institutionenreform, Erweiterung, etc.) in der Codierung berücksichtigt werden.

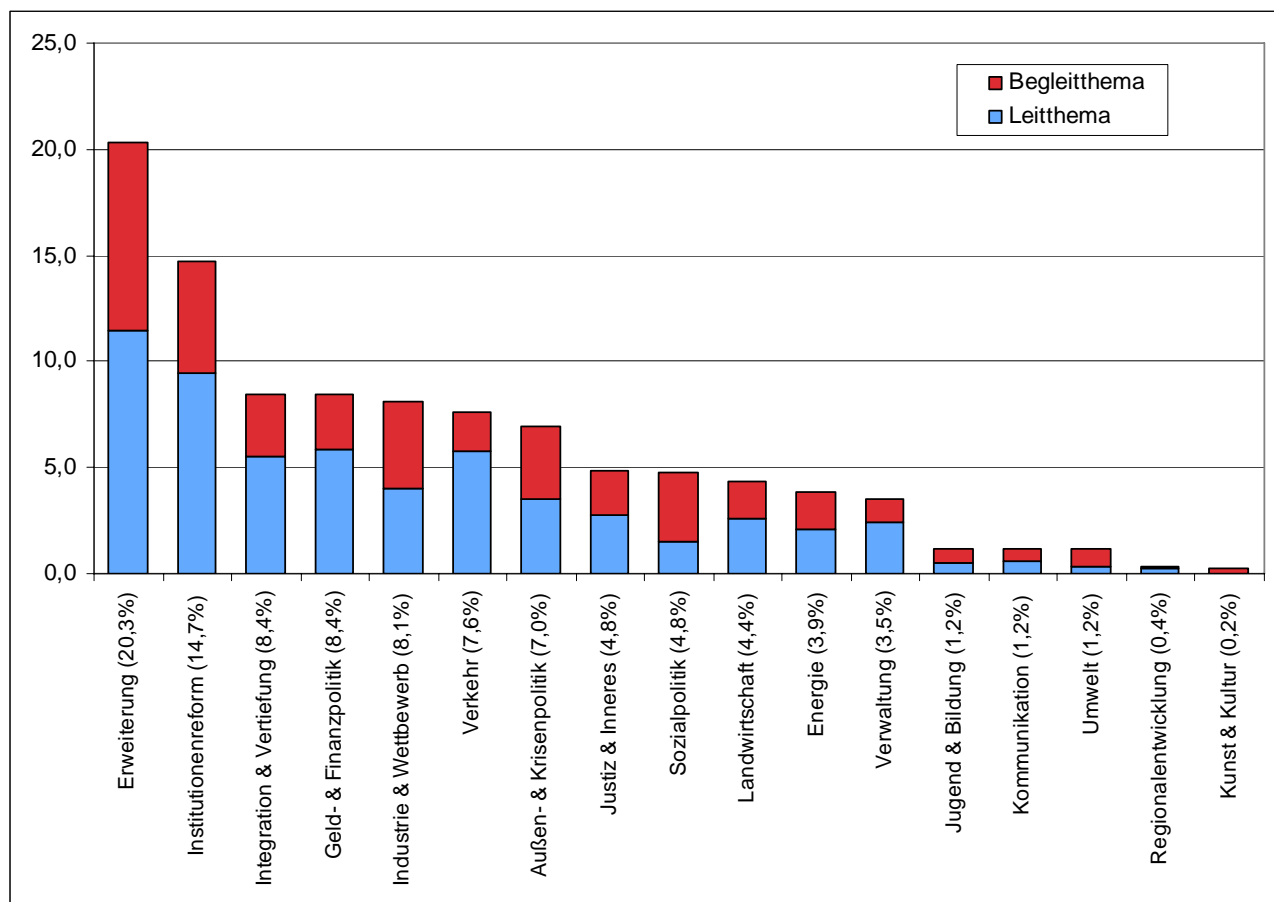
Besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die mediale Aufmerksamkeit für Konfliktthemen. Es stellt sich die Frage, ob die Intensität der Berichterstattung für jene Politikbereiche besonders hoch ist, deren Entwicklung die Bevölkerung aufgrund von Ängsten und Sorgen besonders kritisch gegenübersteht. Die größten Befürchtungen der Österreicherinnen und Österreicher in Zusammenhang mit der Entwicklung der Europäischen Union betreffen die Auslagerung von Arbeitsplätzen in Mitgliedstaaten mit niedrigeren Produktionskosten (71%), steigende Zahlungen an die EU (70%) und die Zunahme von Drogenhandel und organisierter Kriminalität (66%). Sorgen betreffen weiters den Verlust sozialer Leistungen (63%), den Machtverlust der kleinen Mitgliedsstaaten (56%), wirtschaftliche Krisen (54%), die Schwierigkeiten für österreichische Landwirte (51%), den Verlust nationaler Identität und Kultur (42%) und die Sorge um die Muttersprache, die immer weniger verwendet wird (35%).²⁰⁰

Die Datenbasis für die Inhaltsanalyse bilden jene 1.237 Nachrichtenbeiträge, in denen EU-Politik das Hauptthema oder ein Nebenthema bildet.²⁰¹ In der EU-Berichterstattung von 2002 bis 2004 konnten in diesen Beiträgen insgesamt 1.423 thematische Referenzen mit Bezug zur EU identifiziert werden, die sich wie folgt auf insgesamt 17 Politikbereiche verteilen (Abbildung 13).

²⁰⁰ Siehe EB-64 2005 [Österreich], 27.

²⁰¹ 688 Beiträge, in denen die EU lediglich im Verweiskontext thematisiert wurde, sind hier nicht berücksichtigt.

Abbildung 13: EU-Information nach Politikbereichen



Datenbasis: 1.423 thematische Referenzen mit EU-Bezug in 1.237 Nachrichtenbeiträgen. Davon 835 Leitthemen in Artikeln mit EU als Hauptthema, 233 Begleitthemen in Artikeln mit EU als Hauptthema; 355 Begleitthemen in Artikeln mit EU als Nebenthema.

Die detaillierte Analyse der Politikbereiche zeigt, dass die Berichterstattung mit EU-Bezug in der Periode 2002-2004 von den Themen „Ost-Erweiterung“ (20,3%) und „Institutionenreform“ (14,7%) dominiert war.²⁰² In Summe behandelte jeder dritte Beitrag mit EU-Bezug Themen wie den Stand und die Entwicklung der Beitrittsverhandlungen oder die Vorbereitungen und Debatten zum EU-Verfassungsvertrag. Die Ergebnisse spiegeln die Prioritäten der EU-politischen Agenda im Untersuchungszeitraum wider und sie verdeutlichen, dass Nachrichtenmedien in der Themenwahl der EU-Berichterstattung dem Faktor „Relevanz“ hohe Bedeutung beimessen. Sowohl im Fall der Erweiterung als auch im Fall der Institutionenreform (v.a. Verfassungsfrage) handelt es sich um Entscheidungsprozesse zu „Schlüsselthemen“ der europäischen Politik, denn die Ergebnisse berühren vielfältige Bereiche des Zusammenlebens in Europa und verändern die politischen Strukturen der EU langfristig in hohem Maße.²⁰³

²⁰² Beiträge aus dem Bereich „Integration & Vertiefung“, der neben der Erweiterung und der Institutionenreform den dritten Schwerpunkt der speziellen EU-Themen bildet, wurden vergleichsweise selten behandelt (8,4%).

²⁰³ Die Ergebnisse präzisieren die gewonnenen Erkenntnisse aus Abschnitt 3.4: Dort wurde gezeigt, dass im Zeitraum 1995-2004 im Bereich der „internationalen Politik“ der höchste Europäisierungsgrad (37,2%) erreicht wird. Für den Zeitraum 2002-2004 kann der hohe Europäisierungsgrad vermutlich auf die Berichterstattung über Erweiterung und Institutionenreform zurückgeführt werden.

Eine besonders hohe Sichtbarkeit erreicht die EU durch die Berichterstattung über die EU-Erweiterung. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Ost-Erweiterung eines der zentralen Konfliktthemen im Untersuchungszeitraum 2002-2004 darstellt. Die Ablehnung der Osterweiterung durch die Österreicherinnen und Österreicher stieg in der Periode 2002-2004 von 36% (2002) auf 52% (2004) und lag damit im Jahr 2004 deutlich über dem EU-Durchschnitt (39%). Die skeptische Haltung der Bevölkerung zeigt sich auch darin, dass die Auslagerung von Arbeitsplätzen in Mitgliedstaaten mit niedrigeren Produktionskosten die größte Sorge der Österreicherinnen und Österreicher in Verbindung mit der EU darstellt. Die zunehmende Ablehnung der Erweiterung und die Befürchtungen in Verbindung mit der Erweiterung waren also von einer hohen medialen Aufmerksamkeit für die Erweiterung begleitet.²⁰⁴

Erwartungsgemäß erreicht die EU auch in der wirtschaftspolitischen Berichterstattung (Geld- & Finanzpolitik; Industrie- & Wettbewerbspolitik) eine hohe Sichtbarkeit (jeweils 8,4% aller thematischen Referenzen). Die dominierenden Themen innerhalb der EU-bezogenen Wirtschaftsnachrichten sind das EU-Budget²⁰⁵, der Euro und die Währungsstabilität. Das Konfliktthema „Österreich als Nettobeitragszahler“ wurde unseren Ergebnissen zufolge im Zeitraum 2002-2004 von den Medien kaum aufgegriffen. Die Sorge über steigende Nettobeitragszahlungen an die EU wird jedoch an prominenter Stelle auf der Liste der Ängste der Österreicher vor der EU geführt, und für die kritische EU-Stimmungslage in Österreich mitverantwortlich gemacht. Anders als in der Erweiterungsfrage ist hier kein Zusammenhang zwischen der medialen Aufmerksamkeit für das Thema „Nettobeiträge“ und den Sorgen der Bevölkerung in Bezug auf erhöhte Beitragszahlungen ersichtlich.²⁰⁶

Eine hohe Sichtbarkeit erreicht die EU auch in der Berichterstattung über Verkehrsthemen (7,6% aller thematischen Referenzen).²⁰⁷ Die hohe mediale Aufmerksamkeit resultiert auch hier aus der umfassenden Berichterstattung über die konfliktgeladenen Transitfragen. Insgesamt entfallen 78 Beiträge mit EU-Bezug auf das Transitthema. Das entspricht einem Anteil von 5,5% an der Gesamtberichterstattung sowie einem Anteil von 72,2% an der Verkehrsberichterstattung mit EU-

²⁰⁴ Siehe Daten aus EB-57 bis EB-61 für den Zeitraum Frühling 2002 bis Herbst 2004.

²⁰⁵ Trotzdem sind die Österreicher wie die meisten Europäer unzureichend über die Verwendung der Budgetmittel der EU informiert. „In der Realität werden derzeit etwa 45% für die Landwirtschaft verwendet, ein Drittel für regionale Förderungen, gefolgt von Forschung, Außenpolitik, externer Hilfe. Erst an Stelle sechs stehen Verwaltungs-, Personal- und Budgetkosten, doch glauben 34% der ÖsterreicherInnen (EU-25: 31%), dieser Posten verschlinge den Bärenanteil des EU-Budgets“ (EB-64 2005 [Österreich], 41).

²⁰⁶ Allerdings wurde die Frage nach Angst vor steigenden Nettobeitragszahlungen erstmals im Rahmen von Eurobarometer 61 im Frühjahr 2004 explizit gestellt. Sie belegte Platz drei in der Liste der größten Sorgen, die die Österreicher mit dem Aufbau Europas verbinden. Im Frühjahr 2006 verdrängt die „Nettozahler-Angst“ sogar die Angst vor Drogenhandel und organisierter Kriminalität von Platz zwei. Dazwischen lagen der Verhandlungsstart mit der Türkei im Herbst 2005, die EU Budget-Debatte und die neu aufgeflamten „Nettozahler“-Debatte in Zusammenhang mit Österreichs wirtschaftlicher Position nach der 2004-Erweiterungsrunde. Diese Ereignisse fallen nicht in unseren Untersuchungszeitraum.

²⁰⁷ Insgesamt liegen Verkehrsthemen mit einem Anteil von 7,6% an der Berichterstattung mit EU-Bezug an 6. Stelle der 17 Themenbereiche. Dabei ist der Anteil der Beiträge, in denen Verkehrsthemen das Leitthema bilden überdurchschnittlich hoch. Bei einer isolierten Betrachtung der Leitthemen liegen Verkehrsthemen gleichauf mit Geld- und Finanzthemen an 3. Stelle.

Bezug.²⁰⁸ Nach dem Thema Erweiterung rangiert „Transit“ damit an 2. Stelle der von den österreichischen Leitmedien am häufigsten thematisierten Konflikte.²⁰⁹

Eine überdurchschnittlich hohe Sichtbarkeit der EU zeigt sich auch beim Themenkomplex „Außen- und Krisenpolitik“. Die hohe mediale Aufmerksamkeit für die EU kann hier weder von politischen EU-Kompetenzen²¹⁰ noch aus aktuellen Konflikten zwischen der EU und Österreich in außen- und krisenpolitischen Fragen abgeleitet werden.²¹¹ Hier macht sich möglicherweise die Diskussion über die Heterogenität der europäischen Meinungen zum Irakkrieg und der Mangel an gemeinsamen Standpunkten und Strategien in einer hohen Anzahl an Beiträgen mit EU-Bezug bemerkbar. Ob die EU tatsächlich gerade aufgrund fehlender Kompetenzen besonders häufig zum Thema der Berichterstattung wurde, müsste in der weiterführenden Forschung geklärt werden.

Den Themenbereichen Justiz & Inneres, Sozialpolitik, Landwirtschaft, Energie und Verwaltung wird verhältnismäßig weniger mediale Aufmerksamkeit in der EU-Berichterstattung zuteil.²¹² Die niedrigere Sichtbarkeit ist von Bedeutung, weil die Themenkomplexe einige weitere der zentralen Konfliktthemen inkludieren, die immer wieder mit dem Prozess der europäischen Integration und Erweiterung in Verbindung gebracht werden. Beispielsweise organisierte Kriminalität (Justiz & Inneres), Atompolitik und grenznahe AKWs (Energie), Lebensmittelsicherheit und das Bergbauernsterben (Landwirtschaft) oder die Debatte über Gehälter und Spesen für Mitarbeiter der EU-Institutionen (Verwaltung). In der genauen Rangfolge der Beiträge zu Konfliktthemen folgen dem brisanten Erweiterungsthema mit Respektabstand zuerst die Transitproblematik, dann die Landwirtschaftsthemen, die Atompolitik und die Kriminalität und mit weiterem Abstand das Thema Gehälter/Spesen.

Im Bereich der Landwirtschaftsthemen fallen die starken politischen EU-Kompetenzen mit einer leicht unterdurchschnittlichen medialen Sichtbarkeit zusammen. Gleichzeitig wird die Sorge um die Schwierigkeiten für österreichische Landwirte von einer knappen Mehrheit der Österreicherinnen

²⁰⁸ Dieses Ergebnis bestätigt, ergänzt und präzisiert die Ergebnisse aus Abschnitt 3.4: Dort konnte gezeigt werden, dass Verkehrsnachrichten in Summe einen sehr hohen Stellenwert einnehmen (sehr hohe Sichtbarkeit: Gesamtnachrichtenvolumen Verkehr). Obwohl auch die Anzahl der Verkehrsnachrichten mit EU-Bezug hoch ist (hohe EU-Sichtbarkeit: Nachrichtenvolumen Verkehr/EU) führt das sehr hohe Gesamtnachrichtenvolumen zu Verkehrsthemen zu einem mittelmäßigen „Europäisierungsgrad“. Die Ergebnisse in diesem Abschnitt bestätigen nun einerseits die hohe EU-Sichtbarkeit beim Verkehrsthema und sie zeigen zusätzlich, dass diese hohe Sichtbarkeit vor allem aus der Berichterstattung zur Transitproblematik resultiert. Trotzdem darf das hier erzielte Ergebnis nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Europäisierungsgrad in der Verkehrsberichterstattung nur mittelmäßig ist.

²⁰⁹ Ob diese hohe Sichtbarkeit mit Ängsten und Sorgen der Bevölkerung in Bezug auf steigendes grenzüberschreitendes Verkehrsaufkommen einhergeht, kann nicht ermittelt werden, weil zur Transitproblematik im Standard Eurobarometer keine expliziten Fragen gestellt werden.

²¹⁰ Siehe ausführlich Abschnitt 3.4 in diesem Bereich.

²¹¹ Die Frage zur Zukunft der österreichischen Neutralität im Rahmen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wird eher innerhalb Österreichs als zwischen Österreich und der EU kontrovers diskutiert. Welche Bedeutung der Neutralitätsdebatte in der EU-bezogenen Berichterstattung eingeräumt wird könnte in der weiterführenden Forschung erfasst werden. Mit dem „Österreich bleib frei“ Volksbegehren der FPÖ im März 2006 wurde beispielsweise die Forderung nach der Beibehaltung der Neutralität gestellt.

²¹² Vgl. auch die dazu passenden Ergebnisse aus Abschnitt 3.4.

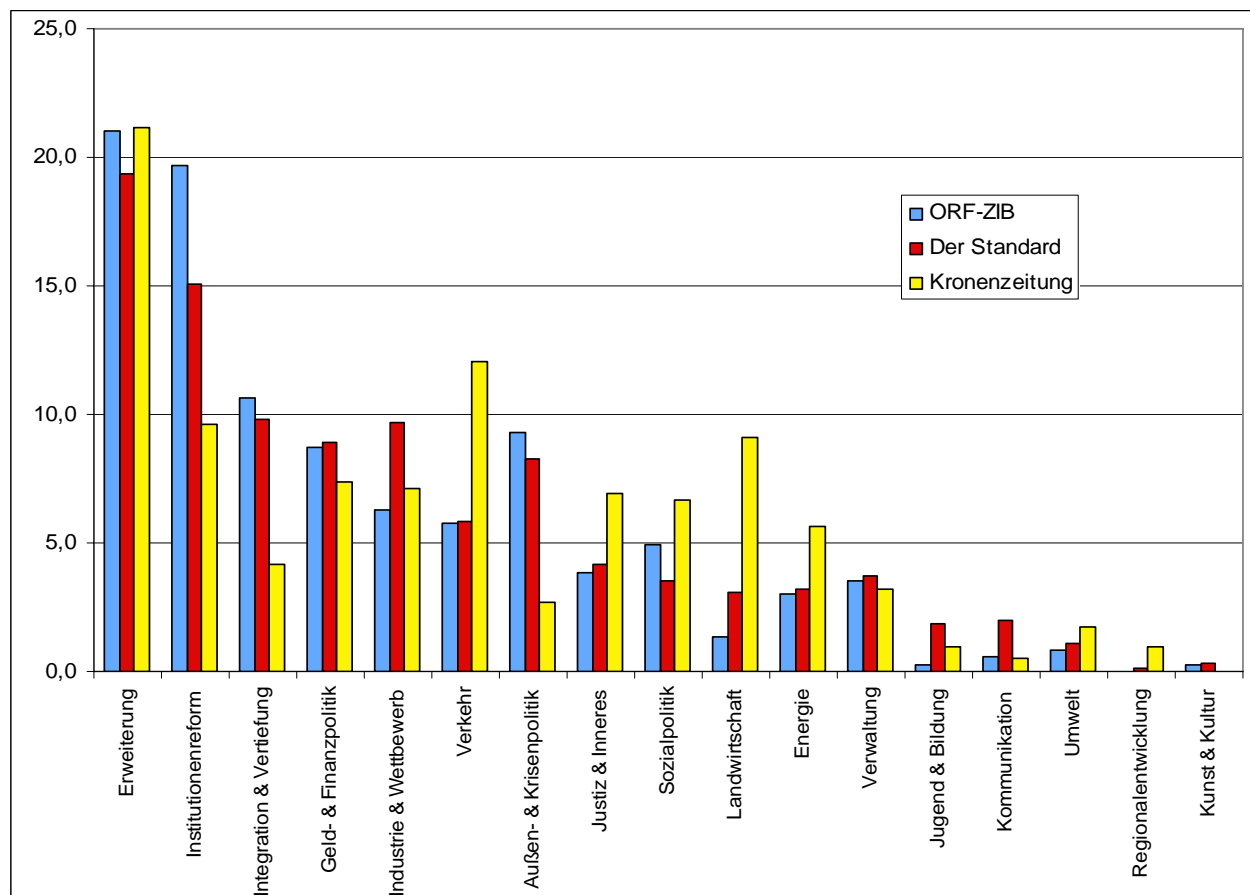
und Österreicher geäußert (51%). Eines der wichtigen Konfliktthemen der 1990er Jahre aus dem Bereich der Landwirtschaft, nämlich die Probleme der österreichischen Bergbauern im Rahmen der EU-Agrarpolitik, spielte im Untersuchungszeitraum 2002-2004 jedoch in der Medienberichterstattung offenbar keine Rolle mehr. Und auch für ein zweites zentrales Konfliktthema der jüngeren Geschichte, nämlich die Sanktionen der EU-14 gegen Österreich aus dem Jahr 2000 kann keine nennenswerte mediale Aufmerksamkeit im Zeitraum 2002-2004 nachgewiesen werden.²¹³ Das Thema „EU-Sanktionen“ scheint nach deren Ende aus dem medialen Blickfeld verschwunden zu sein. Die Datenlage deutet damit auf keine „Mythenbildung“ hin, bei der der Konflikt auch nach dessen Ende immer wieder medial aufgegriffen wird.²¹⁴

Die Ergebnisse zeigen damit in Summe eine hohe mediale Sichtbarkeit der EU in der Berichterstattung über zentrale Fragen ihrer weiteren Entwicklung am Beginn des 21. Jahrhunderts (Erweiterung, Integration & Vertiefung und Institutionenreform). Im Bereich der Sachpolitik wird einigen Konfliktthemen vergleichsweise viel Beachtung in der Berichterstattung zuteil (Erweiterung, Transit, Landwirtschaft Atompolitik, Kriminalität), während andere Konfliktthemen wie die EU-Sanktionen gegen Österreich und die Probleme der Bergbauern aus dem medialen Blickfeld verschwinden. Einige bemerkenswerte Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Schwerpunktsetzung in der Berichterstattung mit EU-Bezug zeigen sich im intermedialen Vergleich (Abbildung 14).

²¹³ Das Thema EU-Sanktionen wurde für die Kodierung der Kategorie „Integration & Vertiefung“ zugeordnet. Insgesamt finden wir im Untersuchungszeitraum nur 4 Nachrichtenbeiträge in denen auf die EU-Sanktionen Bezug genommen wurde.

²¹⁴ Dies gilt zumindest für die Haupt- und Nebenthemen der Berichterstattung mit EU-Bezug. Es erscheint jedoch sehr gut möglich dass die EU-Sanktionen im Verweisungskontext als Thema erhalten bleiben und so zur Mythosbildung beitragen. Ob sich ein hoher Anteil an Verweisen auf die EU-Sanktionen in der Berichterstattung nach 2000 findet, sollte durch weiterführende Forschung geklärt werden.

Abbildung 14: EU-Information: Schwerpunkte nach Politikbereichen im intermedialen Vergleich



Datenbasis: 1.423 thematische Referenzen mit EU-Bezug in 1.237 Nachrichtenbeiträgen in der ORF-ZIB (n = 366), dem Standard (n = 651) und der Kronen Zeitung (n = 406). Die Berechnung der Verteilung für den intermedialen Vergleich basiert auf dem Anteil politikfeldspezifischer Referenzen innerhalb aller thematischer Referenzen im jeweiligen Medium. Z.B. ORF-ZIB: N = 366 thematische Referenzen mit EU-Bezug, davon 77 thematische Referenzen zur Erweiterung (= 21,0% aller thematischen Referenzen mit EU-Bezug in der ORF-ZIB).

Sowohl die ORF-ZIB, als auch der Standard und die Kronen Zeitung räumen im Zeitraum 2002-2004 der EU-Erweiterung höchste Priorität im Rahmen ihrer EU-Berichterstattung ein. In allen untersuchten Medien behandelt jeweils etwa ein Fünftel aller Beiträge mit EU-Bezug das Erweiterungsthema, wobei sich nur geringe Unterschiede zwischen Print- und TV- und zwischen Qualitäts- und Boulevardmedien zeigen, die sich in der medienspezifischen Berichterstattungsintensität messen lassen.²¹⁵

Bei den anderen beiden prioritären Themen der EU-Politik (Institutionenreform, Integration & Vertiefung) zeigen sich Differenzen im intermedialen Vergleich: Sie werden in den TV-Nachrichten vergleichsweise stärker berücksichtigt als in den Printmedien und in der Qualitätspresse stärker als in der Boulevardpresse. In Summe belegen die 3 Hauptthemen der EU-Politik (Erweiterung, Institutionenreform, Integration & Vertiefung) in der ORF-ZIB und im Standard auch die Plätze 1.-

²¹⁵ In Summe umfasst die Berichterstattung über die Erweiterung 289 Nachrichtenbeiträge an 84 Untersuchungstagen im Zeitraum 2002-2004. Dies entspricht einem Schnitt von 3,5 Beiträgen pro Tag. Die 289 Beiträge zum Erweiterungsthema verteilen sich nicht gleichmäßig auf die drei untersuchten Medien. Die höchste Berichterstattungsintensität zeigt sich im Standard (126 Beiträge; 1,5 pro Tag) gefolgt von der Kronen Zeitung (86 Beiträge; 1,0 pro Tag) und der ORF-ZIB (77 Beiträge; 0,9 pro Tag).

3. bei den Schwerpunkten der EU-Berichterstattung. Demgegenüber spielt in der Berichterstattung der Kronen Zeitung lediglich die kontrovers diskutierte Erweiterung eine vergleichbar zentrale Rolle.

Die Schwerpunktsetzungen in der Berichterstattung unterscheiden sich vor allem durch den Anteil des Umfangs an Nachrichten zu jenen Themenkomplexen, die zentrale Konfliktthemen wie Verkehr (Transit), Inneres und Justiz (Kriminalität), Energie (Atompolitik) und Landwirtschaft inkludieren. Diese Themen erreichen in der Boulevardpresse verhältnismäßig mehr Aufmerksamkeit als in der Qualitätspresse und in den Fernsehnachrichten des öffentlichen Rundfunks. Qualitätspresse und TV-Nachrichten rücken hingegen Fragen der Institutionenreform, das Thema Integration & Vertiefung und die Rolle der EU in der Außen- und Krisenpolitik deutlich stärker in ihr mediales Blickfeld.

Keine empirische Evidenz finden wir für die These, dass komplexe, sperrige Themen in TV-Nachrichten, auf Grund von Problemen, passende Bilder ins Bild zu rücken, weniger Verbreitung finden als in Printmedien.²¹⁶ Die ORF-ZIB widmet dem vermeintlich sperrigen Thema „Institutionenreform“ innerhalb seiner EU-bezogenen Berichterstattung vergleichsweise mehr Beachtung als die Printmedien, und die ORF-ZIB schenkt dem ebenfalls sperrigen Thema Integration & Vertiefung anteilmäßig etwas mehr Aufmerksamkeit als der Standard. Die Qualitätszeitung liegt im intermedialen Vergleich erwartungsgemäß bei den Wirtschaftsthemen (Geld- und Finanzpolitik, Industrie- und Wettbewerbspolitik) vor den TV- und den Boulevardnachrichten.

Insgesamt bestätigt die Datenlage, dass sich Unterschiede in der medialen Sichtbarkeit der EU (gemessen an der Anzahl an EU-Referenzen) in unterschiedlichen Politikfeldern nicht systematisch auf die politische Kompetenzverteilung in diesen Politikfeldern zurückführen lassen:²¹⁷

Überdurchschnittlich häufig wird auf die EU in den Politikfeldern Geld & Finanz-, Industrie- & Wettbewerb, Verkehr, sowie Außen- & Krisenpolitik Bezug genommen. In dieser Gruppe befinden sich sowohl stark europäisierte Politikfelder (Finanz-, Wettbewerbspolitik) als auch Politikbereiche, in denen die EU auf weit weniger Kompetenzen zurückgreifen kann (Außen- und Krisenpolitik). Auch für die Politikbereiche der Themengruppe, die leicht unterdurchschnittlich oft mit der EU in

²¹⁶ Thomaß (2002) kommt in Interpretation der Ergebnisse der Inhaltsanalysen von Kevin (vgl. 2001) zu einem Schluss, der dies nahe legt: „Während sich die Printmedien, die nicht so stark auf Bilder angewiesen sind, auch solchen sperrigen Themen wie der europäischen Währungsunion oder der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik widmeten, brachten die audiovisuellen Medien mehr solche Themen, die sich leichter bebildern lassen, wie den Dioxin- und den BSE-Skandal.“

²¹⁷ Siehe auch Abschnitt 3.4 in diesem Bericht: Dort konnte gezeigt werden, dass die politische Kompetenzverteilung besser durch den Europäisierungsgrad in der themenspezifischen Berichterstattung widerspiegelt wird, als durch die mediale Sichtbarkeit der Europäischen Union in den unterschiedlichen Politikfeldern.

Verbindung gebracht wird, zeigt sich kein gemeinsames Muster. Hier weisen ein stark vergemeinschaftetes Politikfeld (Landwirtschaft), zwei Politikbereiche mit wachsenden EU-Kompetenzen (Justiz & Inneres; Energie) sowie ein Politikfeld auf dem die EU bislang kaum auf Regulierungskompetenzen zurückgreifen kann (Sozialpolitik) ähnlich viele Beiträge mit EU-Bezug auf. Schließlich finden sich in der Schlussgruppe der Themenbereiche, auf die jeweils weniger als 2% aller EU-Referenzen entfielen, mit den Politikfeldern Jugend & Bildung, Kunst & Kultur zwei Politikfelder, für die eine niedrige Anzahl an Beiträgen mit EU-Bezug aufgrund fehlender EU-Kompetenzen erwartet werden konnte. In den Bereichen Umwelt und Regionalentwicklung müsste aufgrund stärkerer EU-Kompetenzen jedoch eine höhere Sichtbarkeit erreicht werden.

In Summe bestätigen diese Ergebnisse die Vermutung, dass sich Kompetenzverteilungen eher im Europäisierungsgrad der themenspezifischen Berichterstattung als an den unterschiedlichen medialen Sichtbarkeiten widerspiegeln.

4.6 *Fazit*

Mit den Untersuchungen in Abschnitt 4 wird die EU-Berichterstattung in Österreich im intermedialen Vergleich analysiert, um die Gemeinsamkeiten und Differenzen der Berichterstattung in TV- und Printmedien einerseits und in Qualitäts- und Boulevardmedien andererseits zu identifizieren. Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Auf die Europäische Union wird erwartungsgemäß in allen untersuchten österreichischen Medien Bezug genommen, wobei sich die höchste Berichterstattungsintensität zu EU-Themen – wie vielfach angenommen – in der Qualitätspresse zeigt. Die dominante Stellung der Qualitätszeitung Der Standard in Bezug auf den Umfang der Information über die EU manifestiert sich in beinahe allen Subkategorien der Analyse, in denen der Standard jeweils die höchsten Werte im Beitragsvolumen in absoluten Zahlen erreicht. Aber auch die Boulevardpresse weist EU-Themen keinesfalls nur geringe Relevanz zu, was sich u.a. an einem vergleichsweise hohen Anteil an meinungsbetonten Beiträgen im intermedialen Vergleich deutlich zeigt. Dieser resultiert jedoch vor allem aus zahlreichen Leserbriefen mit denen die Redaktion der Kronen Zeitung das Publikum über EU-Themen sprechen lässt.

Der EU sind in der Berichterstattung der untersuchten Medien zwar täglich jeweils durchschnittlich etwa 3,3 Schwerpunktbeiträge (EU-Hauptthema) gewidmet, EU-Themen werden aber trotzdem überwiegend als Nebenthema oder im Verweisungskontext (4,3 Beiträge) behandelt. Abseits der eigentlichen EU-Schwerpunktberichterstattung kommt es also auch zu einer Europäisierung der

Berichterstattung „durch die Hintertür“, weil innen- oder außenpolitische Themen diskutiert und mit europäischen Politik in Zusammenhang gebracht werden).

Die Berichterstattung über die EU erfolgt häufig aufgrund von nationalen Ereignissen, während über Ereignisse in alten EU-Staaten sowie in den EU-Zentren etwas seltener und über Ereignisse in Erweiterungsländern kaum berichtet wird, obwohl im Untersuchungszeitraum 2002-2004 die EU-Erweiterung im Mittelpunkt der Berichterstattung mit EU-Bezug stand. Die nationale Ereignisorientierung ist in der Boulevardpresse deutlich stärker ausgeprägt als in Qualitätsmedien. Die Logik der Nachrichtenproduktion folgt in erster Linie dem Nachrichtenfaktor Nähe und erst dahinter macht sich der Faktor „Macht/Einfluss“ in europapolitischen Angelegenheiten bemerkbar. Nationale Selbstreferenzialität ist besonders in der Boulevardpresse stark ausgeprägt, trotzdem zeigen sich auch Anzeichen für vertikale und horizontale Europäisierung und zwar vor allem in der Beachtung der EU-Zentren und der alten EU-Staaten, aber kaum in jener für neue Mitgliedstaaten. Die Ergebnisse zeigen aber auch, dass über Ereignisse aus europäischen Ländern und EU-Zentren mitunter dann berichtet wird, wenn nationale Ereignisse Anlass geben zusätzlich auf Ereignisse in EU-Zentren und anderen EU-Ländern Bezug zu nehmen (bandwagon Effekte). Trotzdem sollte davon ausgegangen werden, dass europäische Akteure und ihre Positionen in der österreichischen EU-Berichterstattung in Summe eine schwächere Sichtbarkeit erreichen als nationale Akteure, wobei sie in Qualitätsmedien deutlich stärker vertreten sind als in der Boulevardpresse.

Thematisch folgt die EU-Berichterstattung in Österreich in der Periode 2002-2004 dem Faktor Relevanz. Mit der EU-Erweiterung und der Institutionenreform spiegelt die Medien-Agenda die realen europapolitischen Prioritäten am Beginn des 21. Jahrhunderts wider. Speziell die Ablehnung der Erweiterung durch die Bevölkerung und die Befürchtungen in Verbindung mit der Erweiterung (Arbeitsplätze) wird von höchster medialer Aufmerksamkeit für die Erweiterung in allen drei Medien begleitet. Weitere strittige Themen wie Transit, Landwirtschaft, Atompolitik und Kriminalität erreichen ebenfalls mediale Aufmerksamkeit, vor allem in der Boulevardpresse. Qualitätspresse und TV-Nachrichten rücken hingegen Fragen der Institutionenreform, das Thema Integration & Vertiefung und die Rolle der EU in der Außen- und Krisenpolitik deutlich stärker in ihr mediales Blickfeld. Andere Konfliktthemen wie Nettobeiträge, die „EU-Sanktionen“ und das Bergbauernsterben scheinen aus dem medialen Blickfeld verschwunden zu sein, auch wenn sie zum Teil für die kritische EU-Stimmungslage in Österreich mitverantwortlich gemacht werden. Unterschiede in der medialen Sichtbarkeit der EU (gemessen an der Anzahl an EU-Referenzen) in unterschiedlichen Politikfeldern spiegeln nicht die politische Kompetenzverteilung wider. Auf die EU wird in der wirtschaftspolitischen Berichterstattung erwartungsgemäß häufig Bezug genommen. Die überdurchschnittlich hohe EU-Sichtbarkeit in der Berichterstattung über Außen- und

Krisenpolitik kann jedoch nicht auf EU-Kompetenzen in diesem Bereich zurückgeführt werden. Hier macht sich möglicherweise gerade im Gegenteil die Diskussion über den Mangel an gemeinsamen Standpunkten und Strategien im Irakkrieg (2003) bemerkbar.

5 Der mediale Diskurs zur EU-Osterweiterung

5.1 Untersuchungsziele und Vorgangsweise

Im folgenden dritten Analyseschritt erfolgt die detaillierte Analyse des öffentlichen Diskurses zur EU-Osterweiterung unter spezieller Berücksichtigung des EU-Beitritts der tschechischen Republik und der damit verknüpften Debatte rund um das grenznahe Atomkraftwerk Temelin. Hintergrund für die Analyse des Erweiterungsdiskurses ist die Ansicht, dass vor allem bei besonders strittigen Themen nicht nur erhöhte mediale Aufmerksamkeit für das jeweilige Thema, sondern auch diskursive Qualität in Form von gegenseitiger Berücksichtigung, diskursiver Interaktion und rationaler Argumentation erforderlich ist. Mit Hilfe einer Analyse der Aussagen zur EU-Osterweiterung in der Boulevardzeitung Kronen Zeitung sowie in der Qualitätszeitung Der Standard soll daher festgestellt werden:

- welche Sprecher im medialen Erweiterungsdiskurs zu Wort kommen, welche Akteure von diesen angesprochen werden und über welche Akteure gesprochen wird,
- wie die Erweiterungspolitik, der Beitritt der Tschechischen Republik und EU-Akteure und - Institutionen von österreichischen Akteuren bewertet werden,
- ob die Erweiterungsdebatte in den österreichischen Tageszeitungen den Kriterien hoher diskursiver Qualität gerecht wird und
- ob eine Entwicklung europäischer Identität feststellbar ist.

Zur Beantwortung der forschungsleitenden Fragen nach der Europäisierung und der Qualität des Erweiterungsdiskurses wurde ein Instrumentarium entwickelt, mit dem sich die *Akteursensembles*, *Interaktionsstrukturen*, *Bewertungen der zentralen Akteure und Themen* sowie die *Diskursqualität* der öffentlichen Debatten analysieren lassen. Codiereinheit sind einerseits (auf formaler Ebene) die Artikel selbst, und andererseits die Aussagen von individuellen und kollektiven Akteuren innerhalb der Artikel. Im Fokus der Untersuchung stehen die Aussagen, mit denen Akteure (Aussageträger) mit ihren eigenen Meinungen, Äußerungen und Forderungen zur Osterweiterung im Allgemeinen bzw. zum EU-Beitritt der Tschechischen Republik im Besonderen entweder direkt oder indirekt zitiert Erwähnung finden oder mit ihren eigenen Beiträgen (v.a. Kommentare) zur Diskussion des jeweiligen Themas beitragen. Dieses Vorgehen ermöglicht uns die Berücksichtigung der dualen Rolle der Medien, die sowohl Vermittler von Aussagen sind als auch selbst mit ihren Aussagen zur Debatte beitragen (siehe Kapitel 2.5.3).

Damit kann gezeigt werden, welche Sprecher im Erweiterungsdiskurs in den ausgewählten österreichischen Medien zu Wort kommen (Aussageträger), zu wem (Adressat) und über wen (Objektakteur) gesprochen wird und ob es im Erweiterungsdiskurs zu einer *Europäisierung der Interaktionsmuster* kommt. Besonderes Augenmerk liegt in den einzelnen Analyseschritten auch immer auf dem intermedialen Vergleich, um Rückschlüsse auf die Unterschiede des medialen Diskurses in Qualitäts- und Boulevardmedien ziehen zu können.

Zu Beginn (Abschnitt 5.3) erfolgt die Analyse der Sprecher, die mit ihren Debattenbeiträgen in den ausgewählten Medien zu Wort kommen in zwei Schritten: zuerst wird gemessen, wie hoch der Anteil der europäischen Sprecher in den Aussagen innerhalb aller Genres ist, anschließend werden die potentiell diskursiven Genres, in denen Gäste direkt zu Wort kommen (Gastkommentare, Gastkolumnen und Interviews) einer näheren Analyse unterzogen. Ein hoher Anteil europäischer Sprecher in der Berichterstattung, insbesondere in letztgenannten Genres gilt auch in der Literatur als Indikator für *transnationale Interaktion*. Darauf folgend analysieren wir die *kommunikativen Referenzen* auf Adressaten und Objektakteure. Damit kann gemessen werden, wie hoch der Anteil europäischer Akteure ist, die in den Aussagen angesprochen werden bzw. davon betroffen sind. Anschließend werden die *Akteursensembles* der Aussagen untersucht. Dadurch wird die Bestimmung des Europäisierungsgrades gemessen an der Zusammensetzung der Akteursensembles möglich, der ebenfalls als Indikator für europäisierte Interaktion gilt.

Der nächste Schritt (Abschnitt 5.4) soll zeigen, wie die EU-Erweiterung, der Beitritt der Tschechischen Republik und die zentralen EU-Akteure und -Institutionen im Erweiterungsdiskurs von zivilgesellschaftlichen Akteuren bewertet werden. Diese Frage stellt sich vor allem aufgrund der ablehnenden Haltung der Österreicherinnen und Österreicher zur Erweiterung und der steigenden EU-Skepsis in der Bevölkerung.

Abschnitt 5.5 widmet sich der Frage, durch welches Niveau die Diskursqualität der Debatten gekennzeichnet ist. Die Anordnung auf der Zentrum-Peripherie-Achse ermöglicht uns die Bestimmung des Diskursniveaus der einzelnen Akteursgruppen und die Beantwortung der Frage, ob nicht vermachtete zivilgesellschaftliche Akteure in den medialen Diskurs eingebunden werden und den in deliberativen Öffentlichkeitsmodellen an sie gerichteten Erwartungen eines diskursiveren Kommunikationsverhaltens entsprechen. Dazu analysieren wir das Rationalitätsniveau der Aussagen.

Abschließend (Abschnitt 5.6) wenden wir uns den expliziten Identitätsbezügen innerhalb der Aussagen zu, um zu untersuchen, ob in der Themenöffentlichkeit zur EU-Osterweiterung Anzeichen für die Entstehung einer europäischen Identität festgestellt werden können.

5.2 Analysierte Artikel und Aussagen

Die Grundlage für die Analyse des Diskurses zur EU-Osterweiterung im Allgemeinen und zum EU-Beitritt der Tschechischen Republik im Speziellen bilden 993 Artikel, die in 7 ausgewählten Untersuchungsmonaten im Zeitraum 1997 bis 2004 in den Tageszeitungen Der Standard und Kronen Zeitung erschienen sind. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Intensität der Auseinandersetzung mit den beiden Untersuchungsthemen innerhalb der Analyseeinheit Zeitungsartikel erheblich variieren kann (Hauptthema, Nebenthema, Verweise). Enthielten Artikel codierbare „Aussagen“, die für die Analyse von Diskursen von zentraler Bedeutung sind, wurde dies zumindest als Behandlung im Nebenthema klassifiziert. Tabelle 9 gibt einen Überblick zur Verteilung der Beiträge nach Untersuchungsthemen und Intensitätstypen.²¹⁸ Die Zuordnung bildet die analytische Grundlage für die weitere Zusammenstellung des Samples für die Aussagenanalyse.

Tabelle 9: Artikel nach Thema und Intensitätstypus

		Thematisierung EU-Beitritt Tschechiens				Total
		EU-Beitritt Tschechiens kein Thema	EU-Beitritt Tschechiens Hauptthema	EU-Beitritt Tschechiens Nebenthema	EU-Beitritt Tschechiens Verweis	
Thematisierung Osterweiterung allgemein	Osterweiterung kein Thema		37	123	44	204
	Osterweiterung Hauptthema	198		13		211
	Osterweiterung Nebenthema	275	25	69	9	378
	Osterweiterung Verweis	153	10	23	14	200
Total		626	72	228	67	993

Untersuchungszeitraum 1997-2004, alle Artikel in sieben ausgewählten Monaten aus Der Standard und Kronen Zeitung, leere Felder bedeuten keine Nennungen

782 der 993 Artikel behandeln die Osterweiterung und/oder den tschechischen EU-Beitritt als Haupt- oder Nebenthema.²¹⁹ Von diesen Beiträgen enthalten 658 Artikel zumindest eine codierbare Aussage,²²⁰ und finden Eingang in das Sample. 128 Artikel enthielten eine zweite und 45 eine dritte codierbare Aussage, die ebenfalls in der Analyse berücksichtigt werden. Die Datenbasis für die Analyse bilden somit 831 codierte Aussagen, die sich wie folgt auf die beiden untersuchten Tageszeitungen verteilen (Tabelle 10).

²¹⁸ Die Variable „Thematisierung EU-Beitritt Tschechiens“ umfasst alle Artikel, die den EU-Beitritt Tschechiens thematisierten. Die Variable „Thematisierung Osterweiterung“ erfasst alle Artikel, die sich mit Aspekten der Osterweiterung im Allgemein oder dem Beitritt eines Staates (exklusive Tschechien) befassten. Die Tschechische Republik wurde dabei ausgeklammert bzw. als Sonderfall behandelt, weil die Debatte um den EU-Beitritt Tschechiens und die Konflikte rund um das AKW Temelin eine zentrale Rolle im Erweiterungsdiskurs spielen und einer genaueren Analyse unterzogen werden.

²¹⁹ Der Untersuchungszeitraum umfasst 7 ausgewählte Untersuchungsmonate (217 Untersuchungstage) aus dem Zeitraum 1997-2004, die durchschnittliche Berichterstattungsintensität liegt bei 4,6 Beiträgen zum Erweiterungsthema pro Untersuchungstag, bzw. bei 2,7 Beiträgen für den Standard und 1,8 Beiträgen für die Kronen Zeitung. In Abschnitt 4.4 wurden ebenfalls Daten für die Intensität der Berichterstattung über die Erweiterung in der Periode 2002-2004 ermittelt. Die höchste Berichterstattungsintensität zeigte sich im Standard (1,5 Beiträge pro Tag) gefolgt von der Kronen Zeitung (1,0 pro Tag) und der ORF-ZIB (0,9 pro Tag). Die höhere Berichterstattungsintensität im Zeitraum 1997 bis 2004 ist auf die Auswahl der Untersuchungsmonate zurückzuführen, die zum Teil von wichtigen Debatten oder Ereignissen zum Thema Osterweiterung geprägt waren.

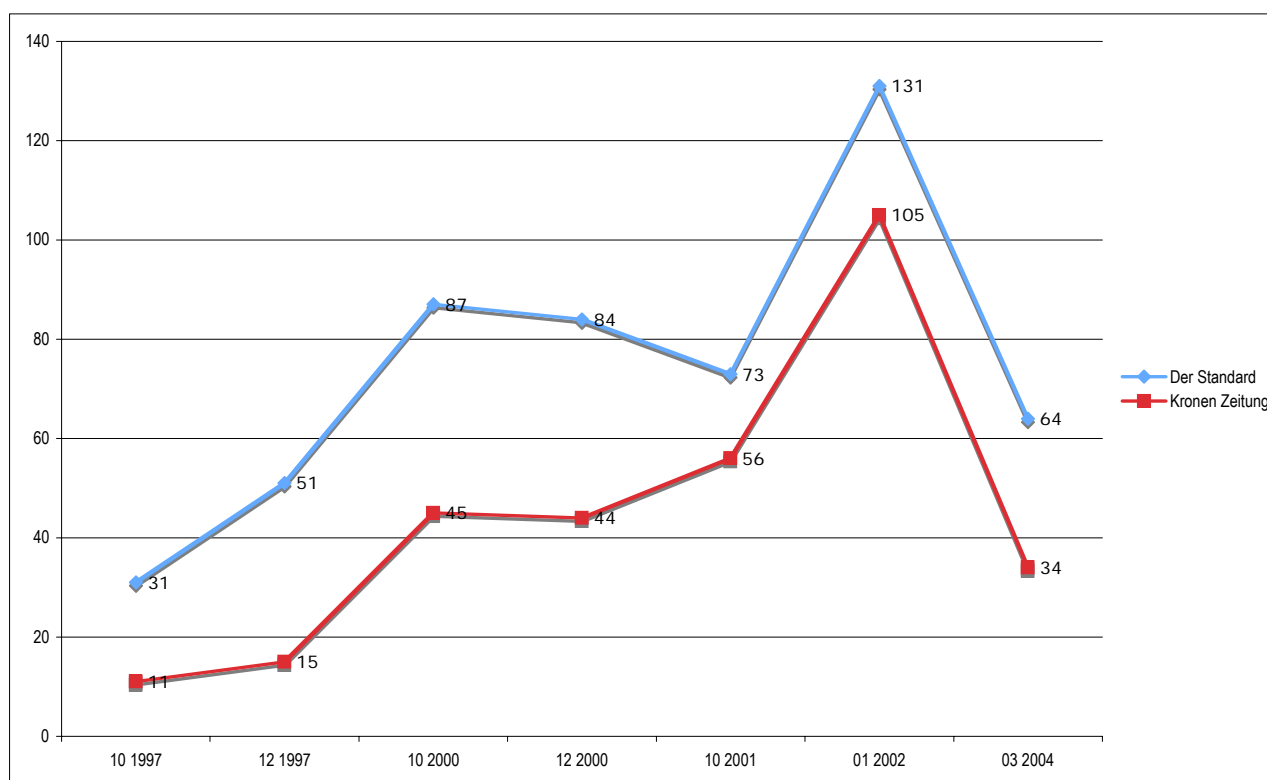
²²⁰ Das entspricht einem Anteil von 73,4% aller ausgewerteten Artikel bzw. 84,1% jener Artikel, in denen die Osterweiterung und/oder der EU-Beitritt Tschechiens das Haupt- oder Nebenthema bildeten.

Tabelle 10: Anzahl der Aussagen nach Medien

			Aussagen			Total
			1. Aussage	2. Aussage	3. Aussage	
Medien	Der Standard	N	390	99	32	521
	Kronen Zeitung	N	268	29	13	310
	Total	N	658	128	45	831

Insgesamt wurden 831 Aussagen zum Osterweiterungsdiskurs codiert, davon fielen 521 (62,7%; durchschnittlich 2,4 Aussagen pro Untersuchungstag) auf den Standard und 310 (37,3%; 1,4 pro Untersuchungstag) auf die Kronen Zeitung. Die Thematisierungsintensität gemessen an der Anzahl der Aussagen ist in der Qualitätszeitung deutlich stärker als in der Boulevardzeitung.²²¹ Dass dies für alle Untersuchungszeiträume gilt, wird aus Abbildung 15 ersichtlich, mit der gezeigt wird, wie sich die codierten Aussagen auf die 7 Untersuchungsmonate und die beiden Medien verteilen.

Abbildung 15: Aussagen nach Untersuchungszeiträumen und Medien



N = 831, Der Standard = 521, Kronen Zeitung = 310; Angaben in absoluten Zahlen

Die Entwicklung der Thematisierungsintensität gemessen an der Aussagenanzahl verläuft in den beiden untersuchten Medien sehr ähnlich. Sie erreicht im Jänner 2002 – im Monat des Anti-Temelin Volksbegehrens – in beiden Zeitungen ihren Höhepunkt. In der Qualitätszeitung Der

²²¹ Auch gemessen an Artikeln zeigt sich im Standard eine höhere Thematisierungsintensität, von 993 Artikeln, die zumindest einen Verweis auf unsere Themen enthielten, entfielen 594 auf den Standard und 399 auf die Kronen Zeitung.

Standard liegt das Aufmerksamkeitsniveau gemessen an der Anzahl der Aussagen zu den Themen Osterweiterung und EU-Beitritt Tschechiens zu allen Untersuchungszeitpunkten höher als in der Kronen Zeitung.

5.3 Europäisierte Interaktion

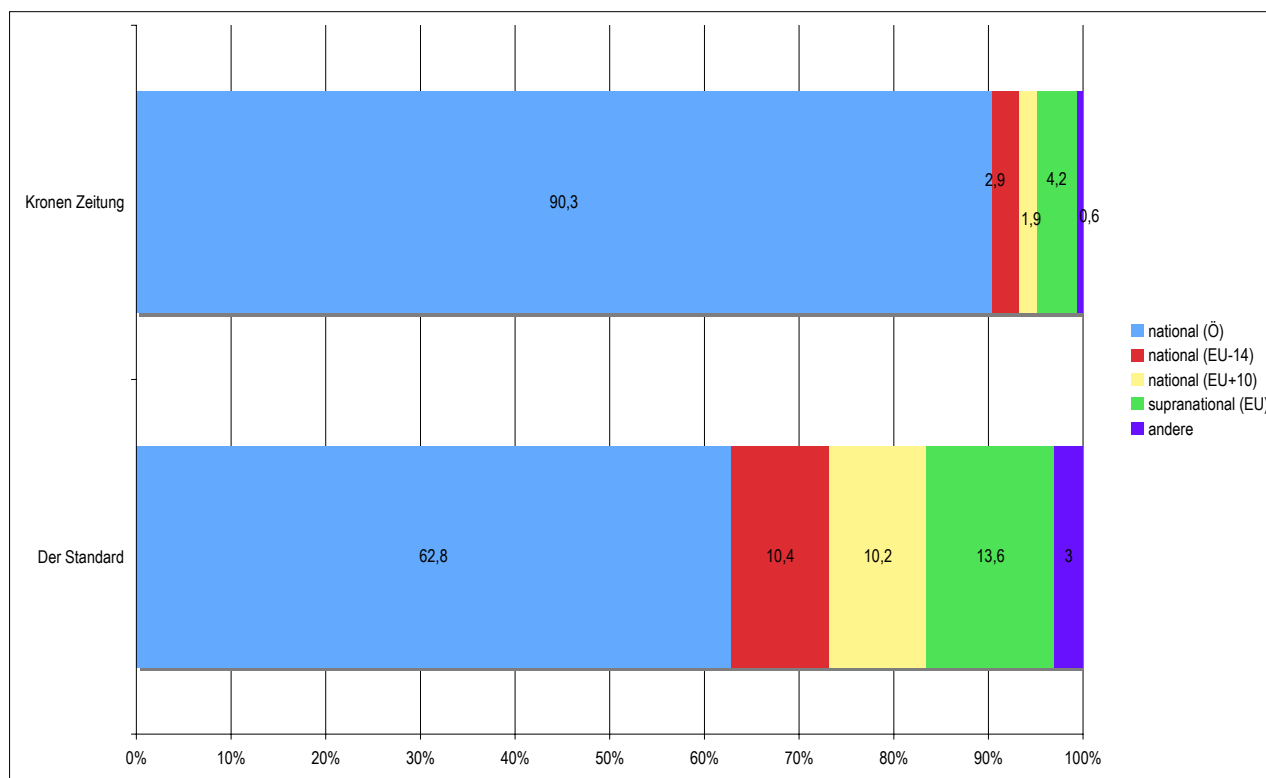
Im Folgenden suchen wir nach Anzeichen für die Europäisierung der Interaktion in den themenspezifischen Diskursen zur Osterweiterung und zum EU-Beitritt Tschechiens: Zur Bestimmung des Europäisierungsgrades messen wir innerhalb der codierten Aussagen (1) den Anteil europäischer Akteure, die im Osterweiterungsdiskurs zu Wort kommen (Sprecher), angesprochen werden (Adressaten) oder Gegenstand der Debatte sind (Objektakteure). (2) Anschließend stellen wir die Frage wer typischerweise zu wem über wen spricht. Wir untersuchen die Zusammensetzung der Akteursensembles und vergleichen den Anteil an vertikalen, horizontalen, konglomeraten, supranationalen sowie rein nationalen Akteurskonstellationen.

5.3.1 Europäische Sprecher im österreichischen Osterweiterungsdiskurs

Die Öffnung der nationalen medialen Öffentlichkeit für Sprecher aus anderen nationalen Arenen bzw. der supranationalen Ebene gilt als wichtiger Europäisierungsindikator. Auch für den Osterweiterungsdiskurs stellen sich die Fragen, ob die Debatten von österreichischen Sprechern geprägt werden und in welchem Ausmaß auch europäische Akteure selbst zu Wort zu kommen, um ihre Positionen darzulegen. Im folgenden Analyseschritt wird deshalb die Herkunft der Aussageträger (Sprecher) der Aussagen analysiert. Abbildung 16 zeigt die Herkunft der Sprecher,²²² die mit ihren Aussagen in den untersuchten Medien zu Wort gekommen sind.

²²² Genannte Sprecher der Europäischen Union wurden hier nicht nach ihrer nationalen Herkunft codiert (siehe Variable Atragscope im Codebuch), sondern gemäß ihrer Zuordnung zur EU als supranational. So wird z.B. für die österreichische EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner nicht Österreich codiert sondern supranational.

Abbildung 16: Herkunft der Aussageträger nach Medien



N = 831; Der Standard: N = 521; Kronen Zeitung: N = 310 (alle Aussagen zur Osterweiterung); $\chi^2 = 79,162$, $df = 8$ (signifikant, $p < 0,001$), Cramer's V = ,309²²³

Das Ergebnis zeigt, dass die Debatte über die EU-Osterweiterung in Österreich von österreichischen Sprechern dominiert wird. Fast drei Viertel (72,9%) aller Aussagen zur Erweiterung werden den nationalen Akteuren zugeordnet. Vor allem in der Kronen Zeitung erscheint die EU-Erweiterungsdiskussion gemessen an der Sprecherherkunft fast wie ein rein nationales Thema. Hier stammen 90,3% der analysierten Aussagen von österreichischen Akteuren, andere europäische Sprecher kommen mit ihren Beiträgen kaum zu Wort. In Summe finden wir lediglich 9% europäische Sprecher, wobei 4,2% auf supranationale Akteure entfallen. Die Sprecher aus Erweiterungsstaaten – die Hauptbetroffenen der Erweiterungsdebatte – bilden mit 1,9% die kleinste Sprechergruppe.

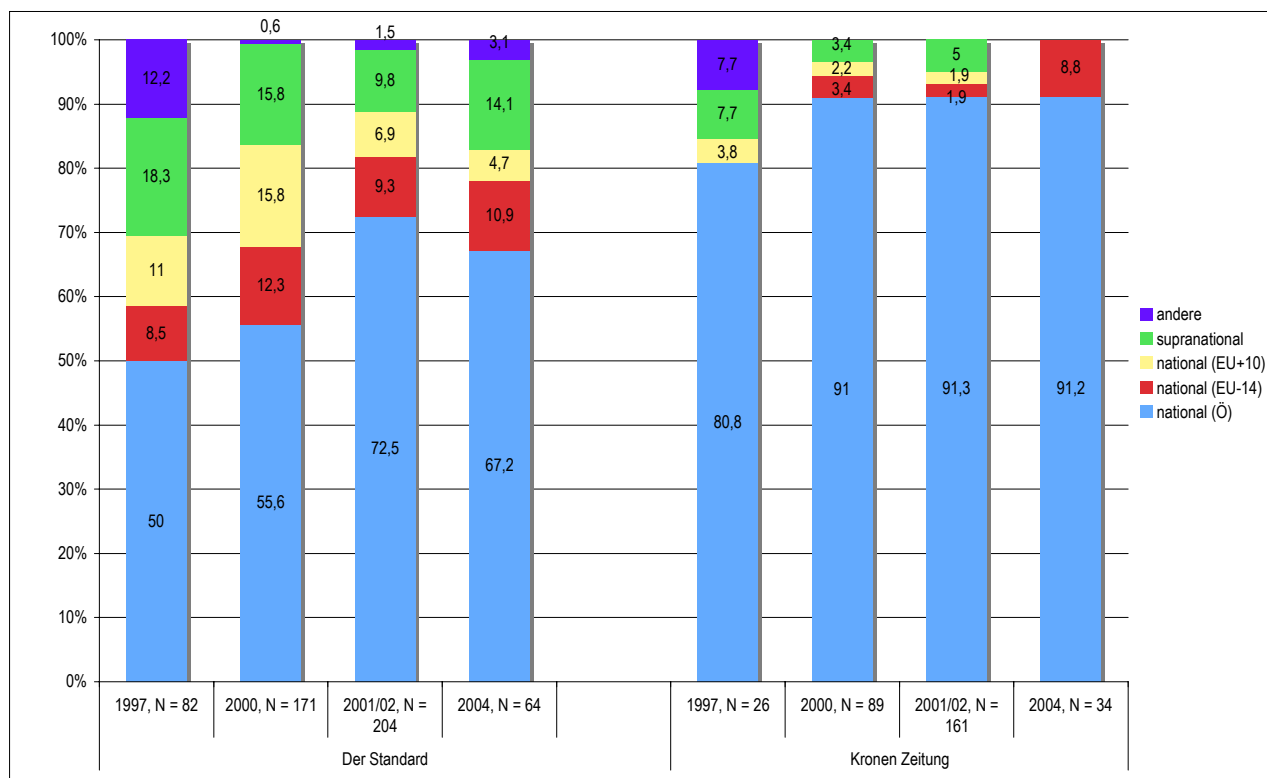
Erwartungsgemäß liegt der Europäisierungsgrad in der Qualitätspresse über jenem der Boulevardpresse. Im Vergleich zur Boulevardzeitung zeigt die Qualitätszeitung einen um ca. 25% höheren Anteil an europäischen Sprechern. Trotzdem bilden auch in der Qualitätszeitung nationale

²²³ Mit Hilfe des χ^2 -Test wird geprüft, ob sich die beobachteten Werte signifikant von den erwarteten Werten der Verteilungsfunktion der χ^2 -Funktion unterscheiden, ob also der empirisch ermittelte χ^2 -Wert über dem kritischen Wert der χ^2 -Verteilungsfunktion liegt und somit von einem überzufällig häufigen Zusammenhang zwischen unabhängiger (Medium) und abhängiger (Herkunft der Aussageträger) Variable ausgegangen werden kann. Im vorliegenden Fall kann von einem Zusammenhang ausgegangen werden, der mit $\chi^2 = 79,162$, $df = 8$, $p < 0,001$ signifikant ist. Das Assoziationsmaß Cramer's V gibt die Stärke des Zusammenhangs zwischen unabhängiger und abhängiger Variable an, es kann zwischen den Werten 0 (= kein Zusammenhang) und 1 (= perfekter Zusammenhang) liegen. Im vorliegenden Fall bedeutet ein Wert von 0,309 einen mittleren Zusammenhang. Insgesamt liegt somit ein signifikanter ($p < 0,001$) mittlerer Zusammenhang (Cramer's V = 0,309) zwischen Medium und Herkunft der Aussageträger vor.

Akteure eine klare Mehrheit (62,8%). Etwas mehr als ein Drittel, (34,2%) der Sprecher sind den alten oder neuen EU-Staaten oder EU-Institutionen zuzurechnen.

Abbildung 17 zeigt zudem, wie sich die Sichtbarkeit europäischer Sprecher in den verschiedenen Untersuchungszeiträumen verändert hat.

Abbildung 17: Sprecherherkunft in den verschiedenen Untersuchungszeiträumen



N = 831; Standard: $\chi^2 = 59,215$, $df = 21$ (signifikant, $p < 0,001$), Cramer's V = ,195; Kronen Zeitung: $\chi^2 = 31,416$, $df = 15$ (signifikant, $p < 0,01$), Cramer's V = ,184

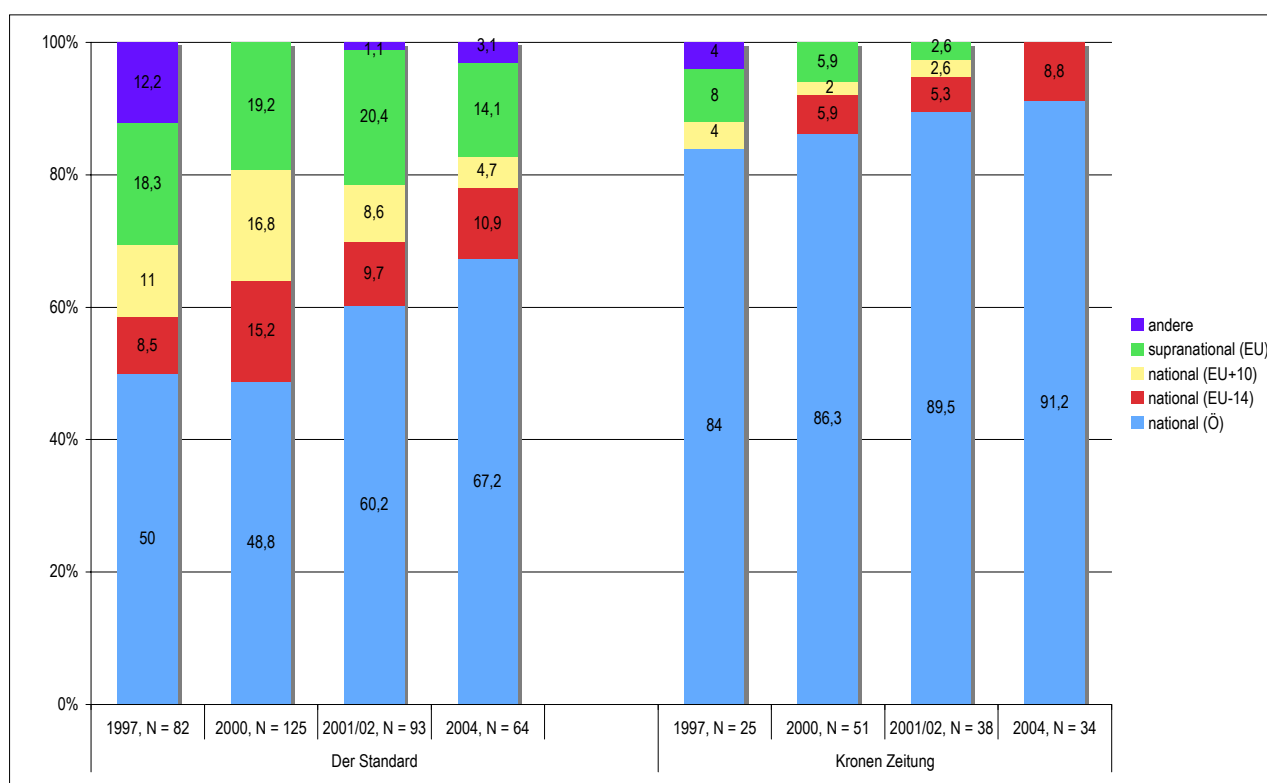
Im Diskurs zur Osterweiterung hat auch im Zeitverlauf keine Europäisierung des Sprecherensembles stattgefunden. In Summe indiziert die Datenlage sogar eher eine zunehmende Nationalisierung des Erweiterungsdiskurses. Der Anteil an nationalen Sprechern steigt in der Kronen Zeitung von 80,8% (1997) auf 91,0% (2000) und stagniert in den darauf folgenden Untersuchungszeiträumen auf diesem hohen Niveau. Auch Der Standard verzeichnet zuerst eine kontinuierliche Zunahme nationaler Sprecher von 50% (1997) auf 55,6% (2000) und 72,5% (2001/02). Erst 2004 sinkt der Anteil nationaler Sprecher leicht (67,2%).

Hervorstechend ist vor allem der hohe Anteil an österreichischen Akteuren im Osterweiterungsdiskurs in den Untersuchungsmonaten Oktober 2001 und Jänner 2002. Der hohe Nationalisierungsgrad resultiert aus der damals intensiv geführten Diskussion über das Atomkraftwerk Temelin und das Anti-Temelin-Volksbegehren der FPÖ, mit dem versucht wurde, den EU-Beitritt Tschechiens durch ein österreichisches Veto zu verhindern, sollte das Atomkraftwerk nicht stillgelegt werden. Auch die Kronen Zeitung hat in diesem Zeitraum eine

intensive Kampagne²²⁴ für dieses Volksbegehren gestartet. Das Beispiel verdeutlicht wie ein europäisches Thema (Osterweiterung) mit einem nationalen Ereignis (Volksbegehren) verschränkt werden kann.

Doch auch ohne die „Temelin-Debatte“ bleibt das Sprecherensemble national dominiert. Schließt man jene Fälle aus, in denen das Atomkraftwerk Temelin als Haupt- oder Nebenthema²²⁵ behandelt wurde, zeigt sich zwar ein höherer Anteil an europäischen Sprechern im Osterweiterungsdiskurs, trotzdem bleiben nationale Sprecher in der Mehrheit und ein Europäisierungstrend ist nicht erkennbar, wie Abbildung 18 verdeutlicht.

Abbildung 18: Sprecherherkunft in den verschiedenen Untersuchungszeiträumen ohne „Temelin-Aussagen“



N = 512; Standard, N = 364; $\chi^2 = 40,479$, df = 18 (signifikant, $p < 0,01$), Cramer's V = ,193; Kronen Zeitung, N = 148; $\chi^2 = 11,328$, df = 12 (nicht signifikant, $p > 0,5$), Cramer's V = ,160

²²⁴ Die Temelin-Berichterstattung der Kronen Zeitung weist viele Elemente des Kampagnen-Journalismus auf: mono-thematische Berichterstattung, Dramatisierung, Emotionalisierung, täglicher Aufmacher, negative Personalisierung, Schlagzeilen, ressortübergreifende Ausrichtung der Kommentare und Glossen, Aufgebot prominenter Unterstützer, Aufruf zur Unterzeichnung (vgl. Plasser/Ullram 2004, 52f.; auch Fabris 2002). Eine nähere Analyse wird in der Dissertation von Cornelia Brantner erfolgen.

²²⁵ Von allen 504 analysierten Artikeln (diese Zahl beinhaltet alle codierten Artikel zu den Themen Atomenergie sowie Osterweiterung, der Atomenergiediskurs wird – wie weiter oben ausgeführt – in der Dissertation von Cornelia Brantner näher untersucht) in der Kronen Zeitung im Januar 2002 hatten 87,3% (445 Artikel) das Atomkraftwerk Temelin als Haupt- oder Nebenthema, davon behandelten 85,2% (379 Artikel) das Anti-Temelin-Volksbegehren, codierbare Aussagen zur Osterweiterung bzw. zum spezifischen Fall des EU-Beitritts Tschechiens enthielten von allen Artikeln, die im Januar 2002 Temelin zum Thema hatten, 87 Artikel. Von den 95 analysierten Artikeln im Oktober 2001 befassten sich 48 (50,5%) mit Temelin als Haupt- oder Nebenthema, codierbare Aussagen enthielten davon 30 Artikel. In Der Standard befassten sich im Oktober 2001 von insgesamt 94 analysierten Artikeln 27 (28,7%) mit der Temelin-Thematik, davon enthielten 25 Artikel codierbare Aussagen. Im Januar 2002 widmeten sich von 212 Artikeln 92 (43,4%) Temelin als Haupt- oder Nebenthema, davon behandelten 76 das Volksbegehren, 54 Artikel enthielten codierbare Aussagen zur Osterweiterung bzw. zum EU-Beitritt Tschechiens.

Sowohl im Standard als auch in der Kronen Zeitung nimmt der Anteil nationaler Sprecher im Zeitraum 1997 bis 2004 beinahe durchwegs zu. Im Standard von 50% (1997) bzw. 48,8% (2000) auf 60,2% (2001/02) und 67,2% (2004). In der Kronen Zeitung von hohen 84% (1997) auf 86,3% (2000), 89,5% (2001/02) und 91,2%. (2004).²²⁶ Demgegenüber verringert sich der Anteil europäischer Sprecher im Akteursensemble auch hier (mit Ausnahme der Berichterstattung im Standard 2000) kontinuierlich. Auch wenn die vorhandenen Daten noch keine seriöse Ableitung eines langfristigen Trends zulassen, findet man auf Basis des vorliegenden Materials jedenfalls keinerlei Anzeichen für eine Europäisierung des Sprecherensembles im Erweiterungsdiskurs.²²⁷

Eindeutige Unterschiede zeigen sich beim Vergleich zwischen Qualitäts- und Boulevardpresse: Die Kronen Zeitung räumt der Temelin Berichterstattung vergleichsweise viel Raum ein, über 50% der analysierten Aussagen in der Kronen Zeitung thematisieren Temelin, in Der Standard sind es lediglich ca. 30%. Im intermediären Vergleich ist die Berichterstattung in der Qualitätspresse wie zu erwarten durch ein höheres Europäisierungsniveau gekennzeichnet. Während beim Standard die nicht-österreichischen Sprecher immer zumindest ein Drittel ausmachen, liegt dieser Anteil bei der Kronen Zeitung bei maximal 16% (1997).

Europäische Sprecher in Interviews und Gastbeiträgen

Der Anteil der Aussagen, in denen europäische Akteure als Sprecher auftreten, kann durch eine Differenzierung nach Genres weiter präzisiert werden. Zu unterscheiden sind dabei einerseits jene Aussagen europäischer Akteure, die in Nachrichtenbeiträgen, Analysen usw. *von den Journalisten vermittelt* wurden, und andererseits jene Aussagen, in denen die europäischen Sprecher in Gastbeiträgen und Interviews *selbst direkt zu Wort* kommen.²²⁸ In der Literatur gilt speziell ein hoher Anteil an Gastbeiträgen von Autoren anderer Länder als einer der zentralen Indikatoren für transnationale Interaktion. Darüber hinaus können europäische Sprecher mit ihren Aussagen aber auch in Interviews direkt zu Wort kommen²²⁹ (vgl. z.B. van de Steeg 2003, 181). Ein hoher Anteil direkter Aussagen kann zur Sichtbarkeit von Positionen und Argumenten anderer und damit zum transnationalen Meinungsaustausch über die nationalen Grenzen hinweg beitragen. Tabelle 11

²²⁶ In der Kronen Zeitung sind die Unterschiede im Zeitverlauf jedoch nicht signifikant.

²²⁷ Für eine umfassende Trendanalyse sind die Untersuchungszeiträume (7 Monate in 7 Jahren) zu eng gewählt. Zudem wurden bewusst jeweils Monate ausgesucht, in denen konflikthafte Thematiken debattiert worden sind. Vor allem in den Monaten Oktober 2001 und Dezember 2002 kam es zu starken Verknüpfungen der Themen Osterweiterung einerseits und AKW Temelin andererseits.

²²⁸ Kommentare wurden als Aussagen behandelt, d.h. pro Kommentar kann nur eine Aussage codiert werden, da dies einen Diskursbeitrag darstellt und die Autoren der Kommentare und Gastbeiträge gleichzeitig die Aussage Träger sind.

²²⁹ In unserer Aussagenanalyse werden aber wie erwähnt die Aussagen innerhalb aller Genres analysiert, also auch von Journalisten vermittelte Aussagen. Diese entsprechen in etwa jenen diskursiven Referenzen innerhalb der analysierten meinungsorientierten Artikel, die Brüggemann et al. (2006) neben den diskursiven Beiträgen (u.a. Gastbeiträgen und Interviews) unter transnationalen diskursiven Austausch subsumieren.

zeigt die Verteilung der (Gast-)Meinungsbeiträge nach der Herkunft der Aussageträger und vergleicht die Bedeutung nationaler und europäischer Akteure.

Tabelle 11: Meinungsbeiträge von Gastkommentatoren, Kolumnisten bzw. Interviewten

		Aussageträger				Total
		national Österreich	national EU-14	national EU +10	supranational EU	
Der Standard	Anzahl	28	8	6	8	50
	%	56,0%	16,0%	12,0%	16,0%	100,0%
Kronen Zeitung	Anzahl	20	1			21
	%	95,2%	4,8%			100,0%
Total	Anzahl	48	9	6	8	71
	%	67,6%	12,7%	8,5%	11,3%	100,0%

Chi² = 10,721 df = 3 (signifikant, p < 0,025), Cramer's V = ,389

Auch die Zusammensetzung der Aussageträger in den Meinungsbeiträgen ist in hohem Maße nationalisiert. Mehr als zwei Drittel (67,6%) der Aussagen in Gastkommentaren und Interviews sind nationalen Akteuren zuzurechnen. Obwohl die Erweiterungsländer die Hauptbetroffenen der Erweiterungsdebatte sind, kommen sie selbst nur in 8,5% der Meinungsbeiträge direkt zu Wort und liegen damit noch hinter den Akteuren aus anderen EU-Staaten (12,7%) und den supranationalen Akteuren (11,3%). Die Datenlage zeigt, dass im Osterweiterungsdiskurs zwar *über* die Osterweiterungsländer diskutiert wird (siehe Abschnitt 4.5)²³⁰, wobei deren Vertreter jedoch kaum zu Wort kommen.

Signifikante Unterschiede zeigen sich im intermedialen Vergleich. Die Zusammensetzung der Aussageträger in Meinungsbeiträgen der Kronen Zeitung ist fast ausschließlich national. 95,2% der Gastbeiträge zur Osterweiterungsthematik stammen von nationalen Akteuren. Im gesamten Untersuchungszeitraum kann nur ein einziger Beitrag von einem Akteur aus einem anderen alten EU-Staat gefunden werden. Die von der Erweiterung hauptsächlich betroffenen Beitrittsländer, aber auch die entscheidungsrelevanten supranationalen Akteure kommen in Krone-Meinungsbeiträgen überhaupt nicht zu Wort. Die Boulevardzeitung öffnet sich weder für Gastbeiträge von Akteuren aus anderen EU-Staaten noch für Beiträge von Vertretern der EU-Institutionen. Auch insgesamt erscheinen in der Boulevardzeitung (21 Beiträge, 6,8% aller Aussagen in der Kronen Zeitung) zur Osterweiterungsdebatte deutlich weniger Gastbeiträge und Interviews als in der Qualitätszeitung (50 Beiträge, 9,8% aller Aussagen in Der Standard). Die Kronen Zeitung veröffentlicht im Untersuchungszeitraum aber 52 Leserbriefe (16,8% aller

²³⁰ In Abschnitt 4.5 konnte gezeigt werden, dass die EU-Erweiterung in der Periode 2002-2004 das zentrale Thema in der EU-Berichterstattung war.

Aussagen in der Kronen Zeitung), die Aussagen betroffener Bürger zum Erweiterungsthema enthalten.

Die Qualitätszeitung öffnet ihr Meinungsforum in der Osterweiterungsdebatte erwartungsgemäß in einem höheren Ausmaß. Hier stammen 16% der Gastbeiträge von supranationalen Akteuren und 28% von nationalen europäischen Akteuren (16% EU-14 sowie 12% EU+10). Vergleichsweise weniger Aussagen aber immer noch eine Mehrheit von 56% sind nationalen/österreichischen Ursprungs.²³¹ Somit zeigt sich innerhalb der Gastkommentare und Interviews wieder in der Qualitätszeitung ein relativ hohes Europäisierungsniveau. Dies bestätigt erwartungsgemäß die Annahme vieler Autoren (z.B. Brüggemann et al. 2006; Trenz 2006), der zufolge sich Europäisierung, wenn überhaupt, vor allem in Qualitätsmedien zeigt.²³²

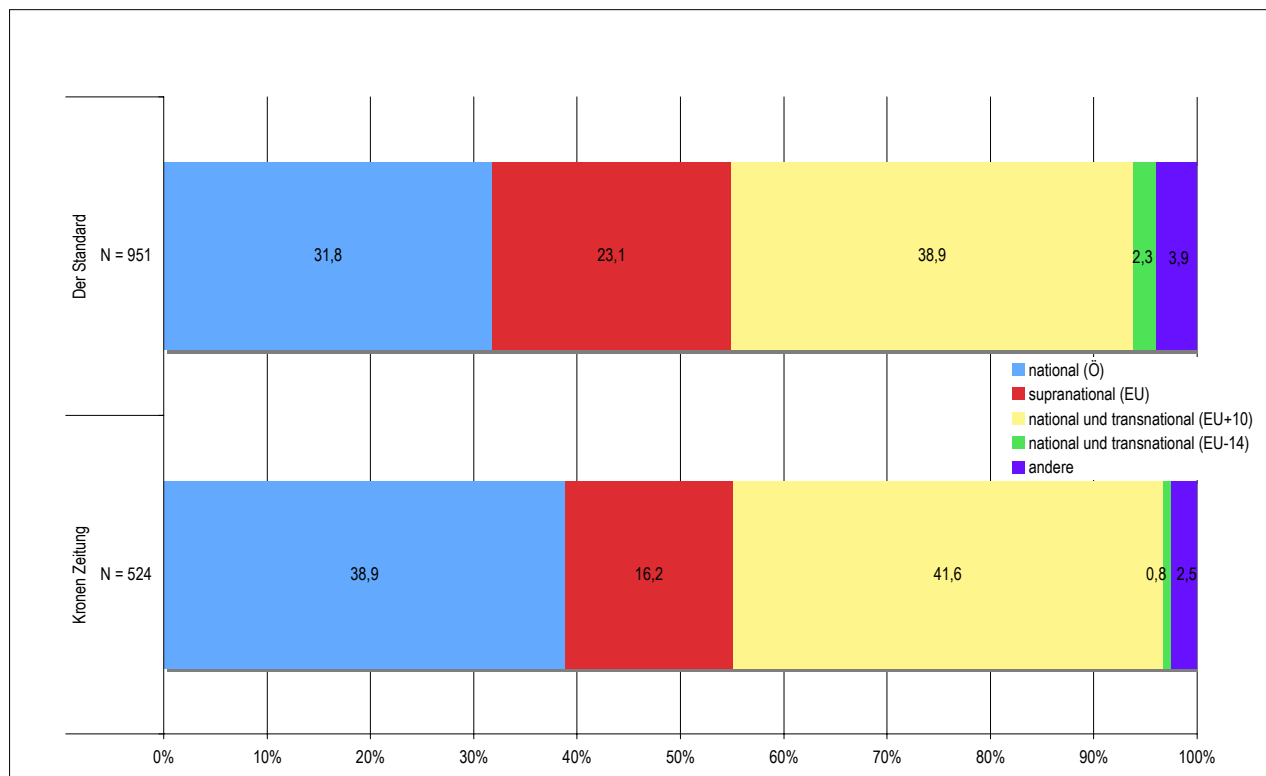
5.3.2 Europäische Akteure als Adressaten und Objekte der Berichterstattung

Neben der Zusammensetzung des Sprecherensembles kann der Grad der Europäisierung auch anhand der Zusammensetzung der passiven Akteure (Adressaten, Objektakteure) bestimmt werden. Wir wollen daher untersuchen, ob und welche europäischen Akteure in der Erweiterungsdebatte in passiven Rollentypen sichtbar werden. Dazu wurden innerhalb der Aussagen die *kommunikativen Referenzen* auf Adressaten und Objektakteure codiert. Dies sind jene Akteure, die von den Aussageträgern/Sprechern angesprochen werden (Adressaten) bzw. von diesen Aussagen negativ oder positiv betroffen sind (Objektakteure). Die Ergebnisse geben Aufschluss darüber, in welchem Ausmaß Aussagen an europäische Akteure gerichtet sind und in welchem Ausmaß über europäische Akteure gesprochen wird (Abbildung 19).

²³¹ Im Standard zeigt sich in den Gastbeiträgen und Interviews sogar ein niedrigerer Anteil nationaler Sprecher als über alle Genres gerechnet.

²³² Leserbriefe wurden nicht in die Berechnung eingeschlossen, insgesamt erschienen 57 Leserbriefe, 52 in der Kronen Zeitung und 5 im Standard. Alle Leserbriefe waren von österreichischen Sprechern, die Leserbriefseiten sind vorwiegend betroffenen Bürgern vorbehalten. An der Argumentation würde die Einbeziehung der Leserbriefe nichts ändern, in der Kronen Zeitung würde der Anteil der Aussagen von nationalen Sprechern auf 98,6% steigen, für den Standard würde sich der Wert von 56% auf 60% erhöhen.

Abbildung 19: Herkunft der passiven Akteure nach Medien



N = 1475 (Objektakteure und Adressaten); Objektakteure: $\chi^2 = 28,157$, $df = 8$ (signifikant; $p < 0,001$), Cramer's V = ,191; Adressaten: $\chi^2 = 26,591$, $df = 7$ (signifikant; $p < 0,001$), Cramer's V = ,194

Das Ensemble passiver Akteure weist einen höheren Europäisierungsgrad auf als jenes der Sprecher. 64,3% der passiven Akteure im Standard sind supranationale Akteure bzw. Akteure aus alten oder neuen Mitgliedsländern der Europäischen Union, in der Kronen Zeitung liegt dieser Wert bei 58,6%. In beiden Medien überwiegen somit innerhalb der passiven Akteure europäische, wobei auch hier analog zu den Aussageträgern der Europäisierungsgrad in der Qualitätszeitung höher ist.

Im intermedialen Vergleich fällt auf, dass in der Kronen Zeitung (41,6%) Akteure aus den neuen Mitgliedsländern vergleichsweise öfter als passive Akteure auftreten als im Standard (38,9%). Aussagen im Standard enthalten dafür häufiger kommunikative Referenzen auf Akteure der supranationalen Ebene (Der Standard: 23,1%; Kronen Zeitung: 16,2%) und der alten EU-Mitgliedstaaten (Der Standard: 2,3%; Kronen Zeitung: 0,8%).

Trotz des sehr hohen Anteils europäischer Akteure weisen beide Zeitungen auch im Ensemble der passiven Akteure einen beachtlichen Anteil an österreichischen Akteuren aus. In immerhin 31,8% (Der Standard) bzw. 38,9% (Kronen Zeitung) der Fälle werden im Diskurs über die EU-Osterweiterung nationale Akteure mit Aussagen adressiert oder sind davon betroffen.

Die Erweiterungsländer sind die Haupt-Betroffenen der Erweiterungsdiskussion. Ihre Vertreter kommen aber wie oben gezeigt als Sprecher im Boulevard kaum und in der Qualitätspresse nur in etwa jeder zehnten Aussage zu Wort. Häufiger werden Aussagen *an* sie gerichtet und noch viel öfter wird *über* sie gesprochen, wie folgende Daten in Tabelle 12 verdeutlichen:

Tabelle 12: Herkunft von Objektakteuren und Adressaten²³³

	Adressat Herkunft					Total
	national Österreich	national und transnational EU-14	national und transnational EU +10	supranational EU	andere	
Der Standard, N = 451	45,9%	2,6%	13,1%	36,8%	1,6%	100,0%
Kronen Zeitung, N = 252	56,7%	1,2%	19,5%	21,4%	1,2%	100,0%
Total, N = 703	49,8%	2,2%	15,3%	31,3%	1,4%	100,0%
	Objektakteur Herkunft					
Der Standard, N = 500	19,0%	1,6%	62,2%	10,8%	6,4%	100,0%
Kronen Zeitung, N = 272	22,4%	0,4%	62,2%	11,4%	3,7%	100,0%
Total, N = 772	20,2%	1,1%	62,2%	11,0%	5,5%	100,0%

Objektakteure: $\chi^2 = 28,157$, $df = 8$ (signifikant; $p < 0,001$), Cramer's $V = ,191$; Adressaten: $\chi^2 = 26,591$, $df = 7$ (signifikant; $p < 0,001$), Cramer's $V = ,194$

Erweiterungsländer und ihre Vertreter sind häufig Gegenstand der Diskussion und manchmal Adressaten von Aussagen aber kaum aktive Sprecher. Sie stellen in beiden Zeitungen 62,2% der Objektakteure²³⁴ und durchschnittlich 15,3% der Adressaten von Aussagen (13,1%: Der Standard; 19,5%: Kronen Zeitung). *Selbst zu Wort* kommen ihre Vertreter aber nur in 1,9% (Kronen Zeitung) bzw. 10,2% (Der Standard) aller Aussagen (siehe Abbildung 16).

Im Vergleich zu Akteuren der Erweiterungsländer treten *EU-Akteure* im Osterweiterungsdiskurs etwas häufiger als Sprecher (Der Standard: 13,6%; Kronen Zeitung 4,2%) und als Adressaten (36,8% Standard; Kronen Zeitung 21,4%) der Aussagen auf. Über sie wird jedoch deutlich seltener gesprochen (10,8% Standard; 11,4% Kronen Zeitung). Akteure aus den alten 14 EU-Staaten spielen weder als aktive noch als passive Akteure im österreichischen Erweiterungsdiskurs eine große Rolle.

In Summe nimmt der Stellenwert der europäischen Akteure im Erweiterungsdiskurs mit dem Sprung vom passiven zum aktiven Rollentypus deutlich ab, während nationale Akteure an Bedeutung gewinnen. Es wird zwar sehr viel über die anderen europäischen Akteure gesprochen

²³³ Passive Akteure können – anders als Sprecher – auch politische Gemeinschaften (z.B. „die EU“ oder „Ungarn“) sein.

²³⁴ Von allen Objektakteuren aus den zehn Erweiterungsländern von 2004 (169) waren in der Kronen Zeitung 68,6% opponente Objektakteure, d.h. sie waren von den getätigten Aussagen (v.a. Forderungen) negativ betroffen. Im Standard waren von 311 Objektakteuren aus diesen Staaten nur 24,1% opponente und 75,9% waren geförderte Objektakteure, die von den Aussagen positiv betroffen werden. In der Boulevardzeitung werden die Erweiterungsländer also eher sichtbar, wenn sie als negativ Betroffene von Forderungen usw. erscheinen. In der Qualitätszeitung zeigt sich ein konträres Bild, hier zeigt sich ein erweiterungsfreundlicher Diskurs.

und sie werden, wenn auch in einem weit geringeren Ausmaß, bisweilen direkt angesprochen. Als aktive Sprecher, die selbst ihre Meinungen und Argumente darlegen treten sie jedoch weniger in Erscheinung. Dieser Befund gilt sowohl für die Qualitäts- als auch für die Boulevardpresse, wengleich die Zusammensetzung der aktiven und passiven Akteure in der Qualitätszeitung in einem deutlich höheren Ausmaß europäisiert erscheint.

5.3.3 Europäisierte Akteursensembles

Der Europäisierungsgrad im Erweiterungsdiskurs kann nicht nur an der Sichtbarkeit europäischer Sprecher, Adressaten und Objektakteure abgelesen werden, sondern auch an der Zusammensetzung des Akteursensembles innerhalb einer Aussage. Es stellen sich die Fragen, wer typischerweise zu wem über wen spricht, welche dominanten Muster im Akteursensemble erkennbar sind und welchen Stellenwert die Formen der transnationalen Interaktion einnehmen. Deshalb soll der Europäisierungsgrad im Akteursensemble bestimmt werden.

Ein Akteursensemble besteht aus dem Aussageträger/Sprecher sowie Adressaten und Objektakteur einer Aussage, die sich in ihrer Herkunft unterscheiden (können). Durch die Bestimmung der Herkunft der aktiv und passiv beteiligten Akteure können rein national/österreichische Akteurskonstellationen (ohne Beteiligung anderer europäischer Akteure) von europäisierten Formen (mit Beteiligung anderer europäischer Akteure) unterschieden werden. Innerhalb der europäisierten Formen sind weitere Differenzierungen der Interaktionsbeziehungen möglich: Supranationale Interaktion meint, dass das Akteursensemble aus Repräsentanten der Europäischen Union besteht. Vertikale Interaktion liegt vor, wenn nationale Akteure mit EU-Repräsentanten in Beziehung treten. Horizontale Interaktion bezeichnet Beziehungen zwischen Akteuren aus verschiedenen EU-Mitgliedstaaten. Konglomerate Formen liegen vor, wenn sowohl supranationale Akteure als auch solche aus mindestens zwei verschiedenen EU-Staaten involviert sind. Tabelle 13 zeigt die Verteilung von vertikalen, horizontalen, konglomeraten, supranationalen sowie rein nationalen Akteursensembles im Erweiterungsdiskurs.

Tabelle 13: Europäisierte Akteursensembles nach Medien

Akteursensembles	Der Standard		Kronen Zeitung	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Nicht-europäisierte Form der Akteursensembles				
nationale Selbstreferenzialität (Beziehungen rein Österr. national), sowie Ö. Aussagen ohne passive Akteure	71	13,6	72	23,2
Europäisierte Formen der Akteursemsembles	450	86,4	238	76,8
<i>Supranational</i> rein supranational EU	15	2,9	4	1,3
<i>konglomerat</i>	110	21,1	38	12,3
Beziehungen zwischen Österreich anderen EU-Staaten und EU	51	9,8	28	9,0
Beziehungen anderer EU-Staaten miteinander und mit EU	44	8,4	5	1,6
Beziehungen zwischen Österreich, EU und europ. Nicht-EU-Staaten	7	1,3	3	1,0
Beziehungen zwischen EU-Staaten, EU und europ. Nicht-EU-Staaten	7	1,3	2	0,6
Beziehungen zwischen EU, europ. Nicht-EU-Staaten und Staaten außerhalb Europas	1	0,2		
<i>vertikal</i>	105	20,2	44	14,2
<i>bottom up</i>				
Beziehungen zwischen Österreich und EU (österr. Aussageträger)	38	7,3	35	11,3
Beziehungen anderer EU-Staaten mit EU (Aussageträger aus anderem EU-Staat)	31	6,0	3	1,0
Beziehungen zwischen europ. Nicht-EU-Staaten und EU	6	1,2	1	0,3
<i>top down</i>				
Beziehung zwischen EU und Österreich (supranationale Aussageträger)	8	1,5	3	1,0
Beziehungen zwischen EU und anderen EU-Staaten (supranationale Aussageträger)	13	2,5	1	0,3
Beziehungen EU mit europ. Nicht-EU Staaten	9	1,7	1	0,3
<i>horizontal</i>	220	42,2	152	49,0
<i>einfach</i>				
Beziehungen zwischen Österreich und einem anderen EU-Staat	114	21,9	110	35,5
Beziehungen zwischen und innerhalb anderer EU-Staaten (max. 2 verschiedene)	11	2,1	3	1,0
Beziehungen zwischen Österreich und einem anderen europäischen Staat (Nicht EU)	1	0,2	2	0,6
Beziehungen anderer EU-Staaten mit europäischen Nicht-EU-Staaten	3	0,6	2	0,6
Beziehungen anderer EU-Staaten mit Staaten außerhalb Europas	1	0,2		
<i>komplex</i>				
Beziehungen zwischen Österreich und mind. 2 anderen EU-Staaten	79	15,2	35	11,3
Beziehungen zwischen anderen EU Staaten (mind. 3 verschiedene)	10	1,9		
Beziehungen zwischen Österreich, anderen EU-Staaten und europ. Nicht-EU-Staaten	1	0,2		
Gesamtzahl der analysierten Aussagen (N = 831)	521	100,0	310	100,0

EU-Staaten inkludiert die Erweiterungsländer von 2004; Vier-Felderkorrelation für europäisierte und nicht-europäisierte Akteure: $r = -0,1237$, $\text{Chi}^2 = 12,716$, $df = 1$; nach der Chi^2 -Tabelle ist dies bei 1 Freiheitsgraden ein höchst signifikanter, wenn auch betragsmäßig geringer negativer Zusammenhang; leere Felder bedeuten keine Nennungen

Das gesamte Akteursensemble zeigt erwartungsgemäß einen höheren Europäisierungsgrad als das Sprecherensemble und das Ensemble passiver Akteure. In mehr als drei Viertel aller Aussagen in Der Standard und in der Kronen Zeitung sind europäische Akteure als Sprecher, als Adressaten oder als Objektakteure in die Debatte über die Osterweiterung involviert. Im Standard weisen nur 13,6% der analysierten Aussagen im Osterweiterungsdiskurs ein rein österreichisches Akteursensemble auf. In der Kronen Zeitung zeigt sich mit 23,2% ein fast 10% höherer Anteil an nationaler Selbstreferenzialität in der Osterweiterungsdiskussion. Das heißt, in fast einem Viertel

der Aussagen aus der Kronen Zeitung sprechen nationale Aussageträger nationale Adressaten an und nationale Objektakteure sind von der Aussage positiv oder negativ betroffen.

Der hohe Anteil europäisierter Akteursensembles verteilt sich nicht gleichmäßig auf die unterschiedlichen Europäisierungsformen. *Horizontal-europäisierte* Akteurskonstellationen sind in beiden Tageszeitungen der dominante Enembletypus.²³⁵ Sie umfassen in Summe 44,7%, wobei der Anteil in der Kronen Zeitung (49,0%) etwas höher liegt als jener im Standard (42,2%). Dahinter folgen in etwa gleichauf *vertikal-* und *konglomerat-europäisierte*²³⁶ Akteursensembles, wobei diese Formen im Standard eine bedeutendere Rolle spielen als in der Kronen Zeitung. *Rein supranationale* Akteursensembles finden sich hingegen kaum (Der Standard 2,9%, Kronen Zeitung 1,3%).

In Summe werden in weit mehr als der Hälfte aller Aussagen nationale Grenzen zwischen europäischen Staaten kommunikativ überschritten. Horizontale und konglomerate Akteursensembles, die dieses „Grenzüberschreitungskriterium“ erfordern, machen 61,4% aller identifizierten Akteurskonstellationen aus. Dabei fällt auf, dass zumeist auch österreichische Akteure als Sprecher, Adressaten oder Objektakteure involviert sind.²³⁷ Ensembles, die ohne österreichische Beteiligung auskommen, finden sich in Summe seltener, und wenn dann eher im Standard als in der Kronen Zeitung.

Die Grenze zum Zentrum der europäischen Politik wird insgesamt weniger häufig überschritten als die Grenzen zwischen den europäischen Staaten. Supranationale, vertikale und konglomerate²³⁸ Akteursensembles, die durch die Involvierung supranationaler Akteure gekennzeichnet sind, bilden 38,0% aller untersuchten Fälle. Akteure der Europäischen Union sind also in mehr als einem Drittel aller Aussagen als Sprecher, Adressaten oder als Objektakteure sichtbar. Dabei entfällt etwa jede fünfte Aussage im Standard bzw. 14,2% in der Kronen Zeitung auf vertikale Referenzen, bei denen die Grenzen zum/vom politischen Zentrum der EU kommunikativ überschritten werden. In der bottom up Variante richten nationale Akteure ihre Aussagen an supranationale Akteure oder

²³⁵ Zusätzlich können einfache von komplexen Formen horizontaler Europäisierung unterschieden werden. In der einfachen Form (25% in Der Standard, 37,7% in der Kronen Zeitung) der Akteursensembles sind zwei der Akteure innerhalb einer Aussage aus verschiedenen europäischen Nationen, einer davon muss aus einem EU-Staat sein. In der komplexen Form (17,3% Der Standard, 11,3% Kronen Zeitung) sind alle drei Akteure aus verschiedenen europäischen Staaten, wobei aber mindestens zwei dieser Staaten der EU angehören.

²³⁶ Auf konglomerate Formen der Akteursensembles entfallen 21,1% (Der Standard) bzw. 12,3% (Kronen Zeitung) aller untersuchten Fälle. Dabei werden gleichzeitig Grenzen zwischen Mitgliedstaaten und die Grenze zum politischen EU-Zentrum kommunikativ überschritten, indem beispielsweise ein Sprecher aus Deutschland seine Aussage an einen Akteur der supranationalen Ebene adressiert, und dabei über einen österreichischen Akteur redet. In dieser aggregierten Form der Daten, kann jedoch nicht mehr gesehen werden, wer jeweils innerhalb des Akteursensembles spricht.

²³⁷ 91,9% (342 von 372) der horizontalen Akteursensembles und 60,1% (89 von 148) der konglomeraten Akteursensembles zeigen eine österreichische Beteiligung.

²³⁸ Auf die konglomeraten Akteursensembles, an denen mindestens ein EU-Akteur beteiligt ist, entfallen 21,1% (Der Standard) bzw. 12,3% (Kronen Zeitung) der Aussagen.

sprechen über sie. 14,5% der Aussagen im Standard und 12,6% in der Kronen Zeitung sind dieser Variante zuzuordnen. Die top down Variante, in der supranationale Akteure die Sprecher sind und Akteure aus einem europäischen Staat die Adressaten und/oder Objektakteure, weisen hingegen nur 5,7% (Der Standard) bzw. 1,6% (Kronen Zeitung) der Aussagen auf. In Summe werden Aussagen häufiger aus den Mitgliedstaaten an das politische EU-Zentrum gerichtet als umgekehrt.²³⁹

5.4 Bewertung der EU-Erweiterung, des EU-Beitritts der Tschechischen Republik sowie der EU-Akteure durch österreichische Aussageträger

Im folgenden Abschnitt soll untersucht werden, wie die EU-Osterweiterung im Allgemeinen, der EU-Beitritt der Tschechischen Republik im Speziellen sowie die Institutionen und Akteure der Europäischen Union im medial vermittelten Diskurs von österreichischen Sprechern bewertet werden. Die Frage der Bewertung der EU-Politik und vor allem der Osterweiterung, stellt sich aufgrund der ablehnenden Haltung der Österreicherinnen und Österreicher zur Erweiterung und aufgrund der steigenden EU-Skepsis in der Bevölkerung, wie z.B. die Eurobarometer Daten zeigen:

Im Herbst 2005 sahen gerade noch 32% der Österreicherinnen und Österreicher die eigene Mitgliedschaft in der Europäischen Union als „gute Sache“, Österreich hat damit sogar die Briten (34%) – die immer wieder als Paradebeispiel für EU-Skeptiker herangezogen werden – überholt und liegt damit an letzter Stelle im EU-weiten Vergleich. Auch in der Bewertung der EU-Osterweiterung zeigen sich die Österreicherinnen und Österreicher als starke Opponenten und liegen zu allen Erhebungszeitpunkten über dem EU-weiten Durchschnitt. Die Ablehnung der Osterweiterung stieg von Herbst 2002 (31% dagegen) bis Frühling 2004 – zwei Monate vor dem Beitritt der zehn neuen Staaten – auf 52%. Davor war die Ablehnung seit Herbst 2000, wo sie bei 50% lag, kontinuierlich gesunken.

Auch in der Ablehnung eines EU-Beitritts der Tschechischen Republik liegt Österreich über dem EU-Durchschnitt. In den sechs Erhebungswellen von Herbst 1997 bis Frühling 2000 lag die Ablehnung des Beitritts zwischen 42% und 51% und stieg im November/Dezember 2000 auf 60%.²⁴⁰ Die hohe Ablehnung in den letzten beiden Monaten des Jahres 2000 könnte unter anderem aus der negativen Berichterstattung über die Tschechische Republik in Zusammenhang mit Temelin resultieren, auch im Oktober/November 2001 und im April/Mai 2002 lag die Ablehnung bei über 50% (vgl. Eurobarometer 43-64).

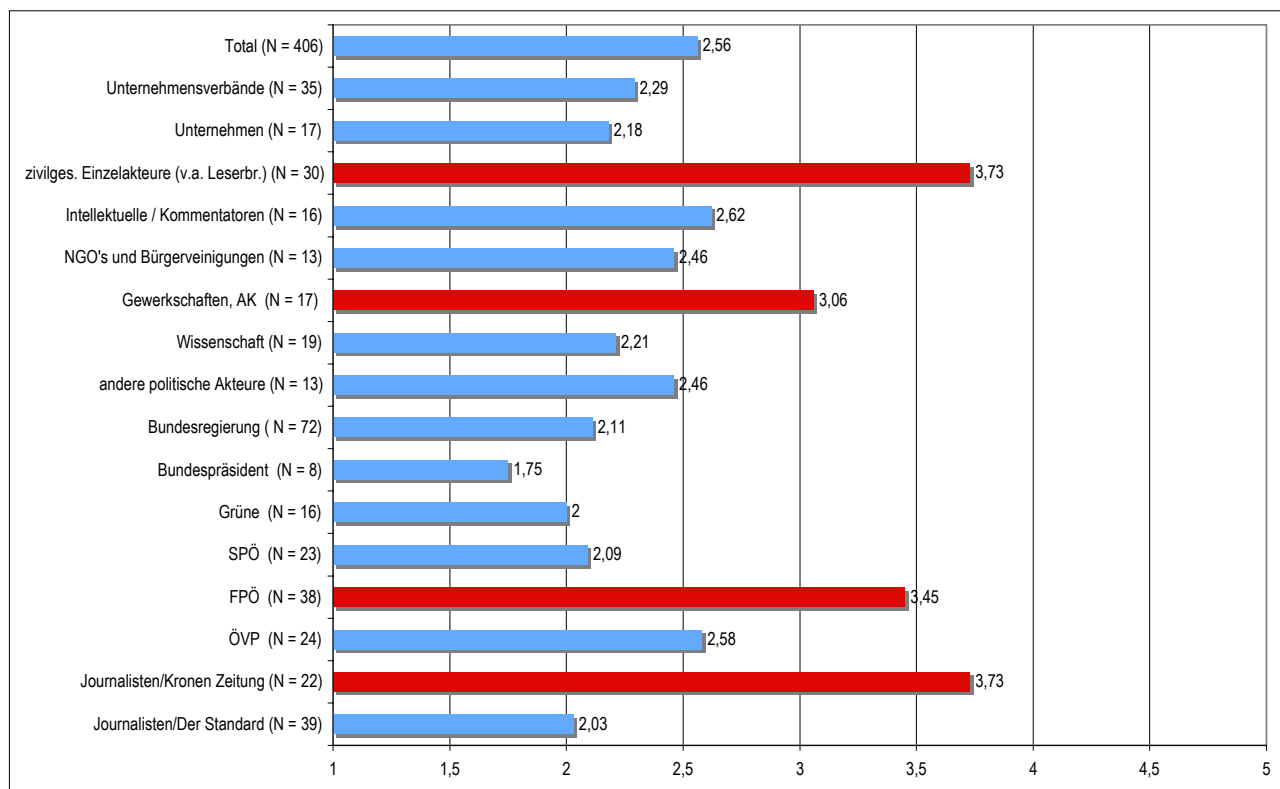
²³⁹ 56,4% (84 von 149) der vertikalen Akteursensembles weisen eine Beteiligung von österreichischen Akteuren auf.

²⁴⁰ Im Herbst 2001 fiel der Wert auf 51%, stieg im Frühling 2002 leicht auf 53% an und fiel im Herbst 2002, als diese Frage zum letzten Mal gestellt wurden, auf 43%.

5.4.1 Bewertung der EU-Erweiterung durch österreichische Sprecher

Abbildung 20 zeigt zunächst die Mittelwerte der Bewertung der EU-Erweiterung²⁴¹ durch verschiedene österreichische Akteursgruppen anhand einer fünfstufigen Skala (1 sehr positiv bis 5 sehr negativ).²⁴²

Abbildung 20: Bewertung der EU-Erweiterung durch österreichische Aussageträger



N = 406; Anova: $df_1 = 19$, $df_2 = 386$, $F = 14,388$ (signifikant; $p < 0,001$), $\eta^2 = ,415$ ²⁴³

In Summe bewerten österreichische Akteure die EU-Erweiterung eher positiv (2,56). Diese leicht erweiterungsfreundliche Gesamthaltung korrespondiert in keiner Weise mit der starken und zunehmenden Ablehnung der EU-Erweiterung in der österreichischen Bevölkerung. Eine deutliche Ablehnung der EU-Erweiterung kann für wenige, dafür aber vielleicht umso öffentlichkeitswirksamere Akteure gezeigt werden: Für die Redakteure der Kronen Zeitung (3,73)

²⁴¹ Insgesamt enthielten 583 Aussagen Bewertungen der Erweiterung, davon stammen 406 (69,6%) von österreichischen Aussageträgern.

²⁴² Folgende Aussageträger, die maximal zwei Mal die Erweiterung bewerteten, bleiben in der Abbildung unberücksichtigt: Kirchen (2x, Bewertung = 2,00); „spontane“ zivilgesellschaftliche Vereinigung (1x, Bewertung = 4,00), 1x Journalist eines anderen Mediums (Bewertung = 1,00).

²⁴³ Mit Hilfe der einfaktoriellen Varianzanalyse ANOVA (Analysis of Variance) wird überprüft, ob die Differenzen der arithmetischen Mittel signifikant von Null verschieden sind. Im vorliegenden Beispiel zeigt sich, dass die Unterschiede in den Bewertungen, die von verschiedenen Akteuren vorgenommen werden, sich signifikant voneinander unterscheiden ($F = 14,388$ bei $p < 0,001$). Als Maß für den Zusammenhang/die Erklärungskraft zwischen abhängiger (Bewertung) und unabhängiger Variable (Akteur) wurde Eta gewählt. Im vorliegenden Fall liegt somit ein signifikanter Zusammenhang ($p < 0,001$) vor, bei dem 41,5 Prozent der Verteilung der Variable "Bewertung" durch die unabhängige Variable "Akteur" erklärt werden.

und ihre LeserbriefschreiberInnen²⁴⁴, für die FPÖ (3,45) und – wenn auch in etwas geringerem Ausmaß – für die Gewerkschaften (3,06). Alle anderen hier berücksichtigten Gruppen, die im Erweiterungsdiskurs zu Wort kamen, darunter Unternehmen und Unternehmerverbände, Intellektuelle und Wissenschaftler, NGOs, die anderen politischen Parteien und die Staatsspitze bewerteten die Erweiterung hingegen überwiegend positiv, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß.

Bei der Bewertung der Erweiterung durch Medienakteure zeigt sich eine starke Polarisierung. Während die JournalistInnen des Standard die Erweiterung positiv bewerteten (2,03), zeigt sich für die Journalisten der Kronen Zeitung eine insgesamt deutlich negative Beurteilung (3,73).²⁴⁵ Ob die Bewertung der Erweiterung durch österreichische Medien auch insgesamt ähnlich polarisiert ist, oder ob die Ergebnisse unserer Analyse lediglich die beiden äußeren Pole eines breiten und vielfältigen Meinungsspektrums darstellen, sollte in der weiterführenden Forschung geklärt werden.

Auf der Seite der politischen Akteure reichen die Bewertungen von deutlich positiven Beurteilungen durch den Bundespräsidenten (1,75), die Grünen (2,0), die SPÖ (2,09) und die Akteure der Bundesregierung (2,11) und eher positiven Bewertungen durch Mitglieder der ÖVP (2,58) und andere politische Akteure (2,46) bis zu deutlich negativen Beurteilungen der FPÖ (3,45). Gleichzeitig zeigen sich dabei einige beachtliche Divergenzen: Das in Summe positive Urteil der Akteure der Bundesregierung resultiert nicht aus einer homogenen Regierungslinie, sondern ergibt sich vor allem aus den Stellungnahmen der ÖVP-Regierungsmitglieder (2,0: N=52²⁴⁶). FPÖ-Regierungsmitglieder bewerten negativer und deutlich seltener aber insgesamt neutral (3,0: N=6)²⁴⁷. Die geringe Anzahl von sechs Aussagen von FPÖ-Regierungsmitgliedern zum Thema Osterweiterung deutet darauf hin, dass sich die FPÖ-Regierungsmitglieder kaum zur Erweiterung äußerten. Möglicherweise um keine Koalitionskrise zu riskieren, denn Bundeskanzler Schüssel hat die Osterweiterung wiederholt als „Herzstück der Regierungsarbeit“²⁴⁸ bezeichnet. Zudem zeigt sich, dass sich Regierungsmitglieder der FPÖ (3,0) und der ÖVP (2,0) tendenziell positiver zur

²⁴⁴ 24 von 30 Bewertungen von zivilgesellschaftlichen Akteuren stammen von LeserbriefschreiberInnen der Kronen Zeitung. Sie kommentieren die Osterweiterung somit öfter als die Journalisten der Kronen Zeitung selbst und bewerten dabei die EU-Erweiterung noch schlechter (3,96). Dem Boulevardblatt wird auch in der Literatur hohe Öffentlichkeitswirksamkeit attestiert (vgl. Vitouch/Mayer 2004, 12; auch Abschnitt 2.4.2), v.a. weil die Tageszeitung von über 3.000.000 ÖsterreicherInnen gelesen wird (vgl. Media Analyse 2005. <http://www.media-analyse.at/frmdate2005.html>).

²⁴⁵ Pfetsch/Koopmans (2006, 187f.) zeigen für die Bewertung der Europäischen Integration durch deutsche Medien einen viel geringeren Grad der Polarisierung.

²⁴⁶ 23 Bewertungen stammen von Wolfgang Schüssel (3x als Außenminister 1997, 20x als Bundeskanzler ab 2000), 11 von Benita Ferrero-Waldner (10x als Außenministerin, 1x als Staatssekretärin), 18 von anderen Ministern, Staatssekretären oder Sprechern der ÖVP.

²⁴⁷ 1997 bestand noch die große Koalition aus SPÖ und ÖVP. 6 Bewertungen im Jahr 1997 stammen von SPÖ Regierungsmitgliedern und weisen einen Mittelwert von 2,17 (N = 6) auf. Weitere 8 Bewertungen waren von der Bundesregierung als Kollektiv (N = 3, MW = 2,67) sowie von Erhard Busek, dem Erweiterungsbeauftragten der Bundesregierung (N = 5, MW = 1,8).

²⁴⁸ In: Der Standard vom 23.01.2002, 2; Kronen Zeitung vom 23.01.2002, 2.

Osterweiterung äußern als ihre Parteimitglieder, die nicht der Regierung angehören (ÖVP: 2,58 bzw. FPÖ: 3,45).

Betrachtet man die Bewertungen der Osterweiterung durch österreichische Sprecher getrennt nach Medien, zeigen sich bemerkenswerte Unterschiede, die in Tabelle 14 dargestellt sind:

Tabelle 14: Bewertung der EU-Osterweiterung durch österreichische Sprecher nach Medien

Aussageträger		Der Standard			Kronen Zeitung		
		MW	N	SA	MW	N	SA
Medien und Journalisten	Journalisten des Mediums	2,03	39	0,36	3,73	22	0,77
	andere ö. Medien und Journalisten	1	1	0,00			
Politik (Staat und Parteien)	ÖVP	2,08	12	0,52	3,08	12	0,90
	FPÖ	3,22	27	0,93	4	11	0,45
	SPÖ	1,87	15	0,74	2,5	8	1,07
	Grüne	2	14	0,39	2	2	0,00
	Bundespräsident	2	4	0,00	1,5	4	0,58
	Bundesregierung, Akteure der Breg.	2,16	56	0,65	1,94	16	0,44
	andere politische Akteure	2,1	10	0,57	3,67	3	1,53
Wissenschaft	Wissenschaft	2,22	18	0,43	2	1	0,00
Zivilgesellschaft	Kirchen	2	2	1,41			
	Gewerkschaften, AK	2,91	11	0,70	3,33	6	0,82
	NGO's	2,6	5	0,55	4	1	0,00
	Bürgerinitiativen, -vereine	1,6	5	0,55	3,5	2	0,71
	unorg. zivilges. Kollektive				4	1	0,00
	Intellektuelle / Kommentatoren	1,8	5	0,84	3	11	0,78
	unorg. zivilges. Einzelakteure	2,83	6	0,75	3,96	24	0,81
Wirtschaft	nationale Unternehmen	2,21	14	0,58	2	3	1,00
	nationale Unternehmensverbände	2,12	25	0,83	2,7	10	1,25
Total		2,25	269	0,75	3,16	137	1,09

Anova für Bewertung nach Medien: $df_1 = 1$, $df_2 = 404$, $F = 97,413$ ($p < ,001$); $\eta^2 = 194$; leere Felder bedeuten, dass keine Nennungen vorliegen; MW = Mittelwert, N = Anzahl, SA = Standardabweichung

Österreichische Akteure, die im Standard zu Wort kommen, bewerten die Erweiterung weitgehend positiv (2,25) allerdings nicht ganz so positiv wie die Redakteure des Standard selbst (2,03). Sprecher, deren Meinung zur Osterweiterung in der Kronen Zeitung zu lesen ist, urteilen in Summe deutlich negativer (3,16)²⁴⁹, wenn auch nicht ganz so negativ wie die Kronen Zeitungs-Redaktion (3,73). Die negative Bewertung in der Kronenzeitung entspricht der ablehnenden Haltung der Bevölkerung gegenüber der Erweiterung viel deutlicher als die positiven Bewertungen im Standard. Die Heterogenität der Meinungen indiziert ein vielfältiges Meinungsspektrum und wäre nicht weiter

²⁴⁹ In der Kronen Zeitung weisen SPÖ, Grüne, Akteure der Bundesregierung, der Bundespräsident und Wirtschaftsakteure positive Beurteilungswerte auf. Sie sind insgesamt für 32% (insgesamt 44) aller Bewertungen in der Kronen Zeitung verantwortlich.

verwunderlich, wenn sich in den beiden Medien nicht unterschiedliche Bewertungen durch dieselben Akteure finden würden: So urteilen beispielsweise ÖVP-Akteure in der Kronen Zeitung (3,08) deutlich negativer als im Standard (2,08), ebenso, wenn auch in etwas geringerem Ausmaß, die Politiker der SPÖ, der FPÖ und die Unternehmensverbände. Für diese Mittelwertunterschiede könnten einerseits unterschiedliche Meinungen innerhalb der Akteursgruppen und andererseits eine selektive Berücksichtigung der Bewertungen durch die Medien mitverantwortlich zeichnen.

Differenziert nach Medien zeigt sich, dass die insgesamt positive Bewertung der EU-Erweiterung vor allem auf jene Akteure zurückzuführen ist, welche im Standard direkt oder indirekt zu Wort gekommen sind. Von 60,8% Positiv-Bewertungen waren 49% in der Qualitätszeitung zu lesen (innerhalb des Mediums waren 74% Positiv-Bewertungen) und nur 11,8% in der Boulevardzeitung (innerhalb des Mediums waren 35% Positiv-Bewertungen). Von den 21,9% negativen Bewertungen stammen 16,5% von der Kronen Zeitung (innerhalb des Mediums 48,9% Negativ-Bewertungen) und 5,4% vom Standard (innerhalb des Mediums 8,2% Negativ-Bewertungen).²⁵⁰

Tabelle 15: Bewertung der EU-Erweiterung durch österreichische Akteure nach Medien

		Bewertung EU-Erweiterung					Total
		sehr positiv	eher positiv	neutral / ambivalent	eher negativ	sehr negativ	
Der Standard	Anzahl	26	173	48	21	1	269
	%	9,7%	64,3%	17,8%	7,8%	0,4%	100,0%
Kronen Zeitung	Anzahl	7	41	22	57	10	137
	%	5,1%	29,9%	16,1%	41,6%	7,3%	100,0%
Total	Anzahl	33	214	70	78	11	406
	%	8,1%	52,7%	17,2%	19,2%	2,7%	100,0%

Anmerkung: Chi² = 92,900, df = 4; Cramer's V = ,478 (signifikant; p < ,001)

In der Literatur wird häufig unterstellt, dass Medienakteure europäische Themen und europäische Akteure noch negativer bewerten als dies andere nationale Akteure tun. Dies trifft auch im speziellen Fall der Bewertung der EU-Erweiterung durch die österreichische Boulevardpresse zu. Aus *integrationspolitischer Perspektive* wird die Europa-Skepsis in Medien als Gefahr für die Unterstützung der Europäischen Union in breiten Bevölkerungskreisen und als Gefahr für den Europäischen Einigungsprozess gesehen. Aus *demokratiethoretischer Perspektive* wird EU-kritische Berichterstattung positiv bewertet (vgl. Abromeit 2003, auch Eder 2000). Kritische Resonanzen auf die von EU-Institutionen vorgebrachten Themen zwingen die EU-Institutionen zur

²⁵⁰ 177 (30,4%) der 583 erfassten Bewertungen der EU-Erweiterung stammen von nicht österreichischen Akteuren. Ausländische Akteure bewerten überwiegend positiv: Mittelwert in Der Standard 2,08; in der Kronen Zeitung 2,70. In der Kronen Zeitung stammen jedoch nur zehn Aussagen von ausländischen Akteuren, im Standard fanden sich hingegen 167 Bewertungen von ausländischen Akteuren.

Rechtfertigung, wodurch ein öffentlicher Diskurs beginne, der verstärkt Selbst-Legitimierung seitens der europäischen Institutionen nach sich ziehe.²⁵¹

5.4.2 Bewertung des Beitritts der Tschechischen Republik durch österreichische Sprecher

Mit den Überblicksanalysen zum Thema Osterweiterung in Abschnitt 3.3 konnte u.a. gezeigt werden, dass viele Nachrichtenbeiträge sich den Auseinandersetzungen rund um die Errichtung und die Inbetriebnahme von grenznahen Atomkraftwerken (Mohovce, Temelin) widmeten.²⁵² Die hohe mediale Aufmerksamkeit für die Diskussionen über die AKWs legt nahe, dass die Debatte über die EU-Osterweiterung in Österreich durch die Diskussion über Atompolitik wesentlich mitgeprägt wurde. In diesem Abschnitt erfolgt daher eine detaillierte Analyse des österreichischen medialen Diskurses über den EU-Beitritt Tschechiens und die Konflikte rund um Temelin. Es stellen sich die Fragen, wie der Beitritt der Tschechischen Republik durch österreichische Akteure bewertet wurde, und wie die Beitrittsdebatte mit jener über das Atomkraftwerk Temelin in Verbindung stand. Tabelle 16 zeigt die Bewertung des EU-Beitritts der Tschechischen Republik durch österreichische Sprecher.²⁵³

Tabelle 16: Bewertung des EU-Beitritts der Tschechischen Republik durch österreichische Sprecher

Hauptaussagen und Forderungen zum EU-Beitritt Tschechiens	Anzahl	Anteil (%)
Beitritt der Tschechischen Republik ohne Bedingungen (kein Verweis auf Temelin)	11	4,4%
Beitritt der Tschechischen Republik soll/darf nicht an Temelin scheitern	57	22,6%
Beitritt der Tschechischen Republik nur unter bestimmten Bedingung (kein Verweis auf Temelin)	29	11,5%
Beitritt der Tschechischen Republik nur, wenn bestimmte Bedingungen bezüglich Temelin erfüllt werden	92	36,5%
Beitritt der Tschechischen Republik muss/soll an Temelin scheitern	54	21,4%
andere Bewertung	3	1,2%
ambivalente Bewertungen	6	2,4%
Total	252	100%

Dem Beitritt der Tschechischen Republik standen die österreichischen Aussageträger bei weitem skeptischer gegenüber als der EU-Osterweiterung im Allgemeinen. Während die EU-Erweiterung von einer Mehrheit der Aussageträger positiv bewertet wurde (60,8% pro; 21,9% contra;

²⁵¹ Beide Perspektiven greifen jedoch zu kurz. Für die Diskussion zur Bedeutung EU-kritischer Berichterstattung siehe das Fazit dieses Abschnitts.

²⁵² Dies lässt sich an den Daten zur Berichterstattung in der ORF-ZIB veranschaulichen: 1998 thematisieren 69 von insgesamt 130 Slowakei-Beiträgen in der ORF-ZIB das AKW Mohovce (53%). 2000 und 2001 sind 316 von 505 Beiträgen über Tschechien dem AKW Temelin gewidmet (62,6%). Insgesamt umfassen die Berichte über grenznahe AKWS zumindest mehr als 10% der Gesamtberichterstattung über die Erweiterungsländer.

²⁵³ Insgesamt enthalten 295 Aussagen eine Bewertung des EU-Beitritts der Tschechischen Republik, davon sind 85,4% (252 Aussagen) von österreichischen Sprechern. 59 (23,4%) dieser Aussagen wurden im Oktober/Dezember 2000 getätigt, 65 (25,8%) im Oktober 2001, 126 (50%) im Januar 2002, 2 (0,8%) im März 2004.

Mittelwert 2,56 im 5-stufigen Bewertungsschema), zeigen die Meinungen zum tschechischen EU-Beitritt ein konträres Bild (27% pro; 69,4% contra bzw. mit Bedingungen).²⁵⁴

Die Auseinandersetzungen rund um die Errichtung und die Inbetriebnahme des grenznahen Atomkraftwerks Temelin spielte in der Debatte über den Tschechischen EU-Beitritt eine wesentliche Rolle. In insgesamt 80,5% aller Aussagen, die den EU-Beitritt der Tschechischen Republik thematisieren und bewerten, wird auch explizit auf das Atomkraftwerk Bezug genommen. Weniger als 20% aller Aussagen zum EU-Beitritt Tschechiens kamen ohne einen Verweis auf das AKW Temelin aus und forderten beispielsweise einen bedingungslosen EU-Beitritt Tschechiens (4,4%) oder einen Beitritt unter sonstigen Bedingungen (11,5%), welche vor allem die Abschaffung der Benes-Dekrete betrafen.²⁵⁵

Der überwiegende Teil der Diskussion rund um Temelin betraf Sicherheitsstandards im AKW oder Forderungen nach einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), die zur Bedingung für den Beitritt Tschechiens gemacht wurden (36,5%). Mehr als ein Fünftel aller Aussageträger (21,4%), die den Beitritt der Tschechischen Republik bewerteten, forderten sogar ein österreichisches Veto, wenn Temelin nicht stillgelegt wird. In Summe stellten somit mehr als die Hälfte der Sprecher, die sich zum Beitritt Tschechiens äußerten auch Forderungen bezüglich Temelin. Nur 22,6% traten explizit dafür ein, die Temelin-Debatte von der Erweiterungsfrage zu entkoppeln und den tschechischen Beitritt nicht an Temelin scheitern zu lassen.

Die detaillierte Analyse des Diskurses getrennt nach Medien zeigt, dass der insgesamt hohe Grad der Verschränkung der Beitrittsdebatte mit dem Atomenergiediskurs und speziell die hohe Anzahl expliziter Forderungen in Bezug auf das AKW Temelin vor allem auf die Berichterstattung in der Kronen Zeitung zurückgeführt werden können (Tabelle 17).

²⁵⁴ Analog dazu zeigt sich in den durch den Eurobarometer erhobenen Einstellungen der ÖsterreicherInnen zur EU-Erweiterung im Allgemeinen und zum Beitritt der Tschechischen Republik im Besonderen, dass auch hier die Osterweiterung weniger negativ bewertet wird als der EU-Beitritt Tschechiens. Im Oktober/November 2000 waren 50% der Befragten gegen die Osterweiterung im Allgemeinen aber 60% gegen den Beitritt der Tschechischen Republik. Im Erhebungszeitraum Oktober/November 2001 waren 38% der ÖsterreicherInnen gegen die Osterweiterung und knapp mehr als die Hälfte (51%) gegen einen tschechischen Beitritt. Im April/Mai 2002 sprachen sich 36% gegen die Osterweiterung aus aber 53% gegen den Beitritt der Tschechischen Republik. Im Oktober/November 2002, als die Frage nach dem Tschechischen EU-Beitritt zum letzten Mal gestellt wurde, zeigten sich nur mehr 43% als Gegner des Beitritts, jedoch lag der Anteil der Gegner der Erweiterung auf dem Tiefstwert von 31%.

²⁵⁵ In 20 (69%) der 29 codierten Fälle, wurde die Aufhebung der Benes-Dekrete gefordert.

Tabelle 17: Bewertung des EU-Beitritts der Tschechischen Republik durch österreichische Sprecher nach Medien

		Bewertung des EU-Beitritts der Tschechischen Republik						Total
		Beitritt ohne Bedingungen (kein Verweis auf Temelin)	Beitritt soll/darf nicht an Temelin scheitern	Beitritt nur unter best. Bedingung (kein Temelin-Verweis)	Beitr. nur, wenn bestimmte Beding. bez. Temelin erfüllt	Beitritt muss/soll an Temelin scheitern	andere Bewertung / ambivalent	
Der Standard	Anzahl	9	46	19	27	10	2	113
	%	8,0%	40,7%	16,8%	23,9%	8,8%	1,8%	100%
Kronen Zeitung	Anzahl	2	11	10	65	44	7	139
	%	1,4%	7,9%	7,2%	46,8%	31,7%	5,0%	100%
Total	Anzahl	11	57	29	92	54	9	252
	%	4,4%	22,6%	11,5%	36,5%	21,4%	3,6%	100%

Anmerkung: Chi² = 70,2140, df = 6; Cramer's V = ,528 (signifikant; p < 0,001)

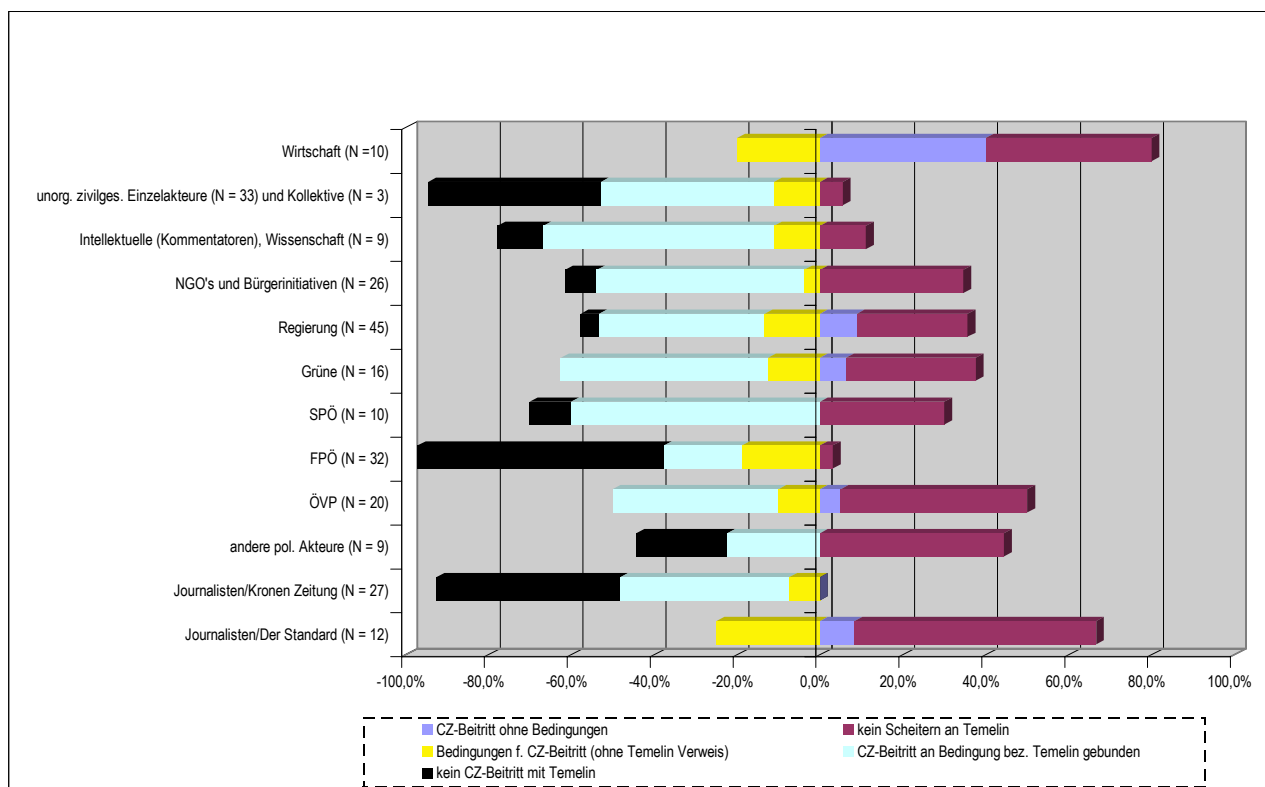
Im intermediären Vergleich zeigt sich analog zur allgemeinen Bewertung der EU-Osterweiterung auch in der Frage des EU-Beitritts Tschechiens eine starke Polarisierung zwischen der Qualitäts- und der Boulevardpresse. Die Aussagen in der Kronen Zeitung sind in Summe deutlich kritischer und überwiegend mit konkreten Bedingungen verknüpft.²⁵⁶ Insgesamt finden sich fast drei Viertel (74,7%) aller Aussagen, in denen Bedingungen bezüglich Temelin gestellt werden (Abschaltung, Sicherheitsstandards), auf den Seiten der Boulevardpresse. In der Berichterstattung der Kronen Zeitung wird vor allem die Verbesserung der Sicherheitsstandards und eine Umweltverträglichkeitsprüfung thematisiert (46,8%). In fast einem Drittel (31,7%) der Aussagen, in denen in der Boulevardzeitung der Tschechische Beitritt bewertet wird, wird ein Scheitern des Beitritts an Temelin gefordert. Weniger als 10% der Aussagen in der Kronen Zeitung plädieren für einen bedingungslosen Beitritt Tschechiens oder für eine Entkoppelung der Beitrittsdebatte von der Temelin-Frage. Mehr als 80% aller Aussagen, in denen genau das gefordert wird, sind dem Standard zu zurechnen, und auch innerhalb der Berichterstattung im Standard dominieren Aussagen, in denen dazu aufgefordert wird, den Beitritt Tschechiens nicht an Temelin scheitern zu lassen (40,7%).

Betrachtet man die Bewertung des tschechischen EU-Beitritts differenziert nach den verschiedenen Akteursgruppen so zeigt sich, dass die skeptische Haltung auf einer breiten Akteursbasis beruht (Abbildung 21).²⁵⁷

²⁵⁶ Von jenen 27% Bewertungen, die eine positive Einstellung zum EU-Beitritt der Tschechischen Republik zeigen, waren 21,9% im Standard zu lesen (insgesamt 48,7% positive Bewertungen) und nur 5,2% in der Kronen Zeitung (insgesamt 9,3% positive Bewertungen). 22,2% der 69,4% negativen Bewertungen des EU-Beitritts waren in Aussagen der Qualitätszeitung (insgesamt 49,5%), 47,3% in jenen der Boulevardzeitung (insgesamt 85,7%) enthalten.

²⁵⁷ Andere/ambivalente Bewertungen (insgesamt 9) sind prozentuell mitgerechnet, jedoch in der Darstellung nicht ausgewiesen.

Abbildung 21: Bewertung des EU-Beitritts der Tschechischen Republik nach österreichischen Akteursgruppen



N = 252; $\chi^2 = 212,796$; df = 96 (signifikant; $p < 0,001$), Cramer's V = ,375

Die überwiegend kritische Haltung gegenüber Temelin und dem tschechischen EU-Beitritt ist nicht auf einzelne Akteursgruppen beschränkt, sondern findet eine breite Basis im heterogenen Akteursensemble. Lediglich Akteure der Wirtschaft und die Journalisten des Standard äußern sich überwiegend positiv und stellen keine Forderungen in Bezug auf Temelin, bei Akteuren der ÖVP halten sich positive und kritische Bewertungen die Waage. Bei allen anderen Akteursgruppen überwiegt – wenn auch in unterschiedlich starkem Ausmaß – die kritische Haltung gegenüber dem tschechischen Beitritt, die sich insbesondere in expliziten Forderungen in Bezug auf Temelin manifestiert.²⁵⁸

Analog zur Beurteilung der Osterweiterung im Allgemeinen sind es auch hier die FPÖ, unorganisierte zivilgesellschaftliche Akteure (v.a. die Leserbriefschreiber²⁵⁹) und die Journalisten der Kronen Zeitung, die sich besonders intensiv gegen Temelin und den tschechischen EU-Beitritt aussprechen. Von ihnen wird besonders häufig die Stilllegung des AKW gefordert und mit einem

²⁵⁸ Ausländische Akteure bewerteten den EU-Beitritt Tschechiens insgesamt positiver als die österreichischen: Von den 43 Aussagen die Bewertungen von nicht österreichischen Akteuren enthielten, wurden 32 im Standard und 11 in der Kronen Zeitung berücksichtigt. Im Standard waren 78,2% der Bewertungen positiv. Von den insgesamt 11 Aussagen in der Kronen Zeitung wurde in fünf ein bedingungsloser Beitritt Tschechiens gefordert, in zwei wurden Bedingungen bezüglich Temelin angeführt und in drei Aussagen wurde gefordert, dass der Beitritt an Temelin scheitern solle.

²⁵⁹ 31 der insgesamt 33 unorganisierten zivilgesellschaftlichen Einzelakteure kamen in der Kronen Zeitung zu Wort, davon waren 30 LeserbriefschreiberInnen und ein Künstler, zwei Bewertungen fallen auf LeserbriefschreiberInnen des Standard. Die drei codierten unorganisierten zivilgesellschaftlichen Kollektive waren Demonstrantengruppen.

möglichen Veto gegen den tschechischen EU-Beitritt verbunden. Andere Gruppen, bei denen ebenfalls eine kritische Haltung festgestellt werden kann (darunter die anderen politischen Parteien und die Regierungsakteure), zeigen sich gemäßiger und beschränken ihre Forderungen zumeist auf die Verbesserung der Sicherheitsstandards und entsprechende Kontrollen im Rahmen einer Umweltverträglichkeitsprüfung. Doch auch von Regierungsvertretern²⁶⁰ und SPÖ-Akteuren wird vereinzelt sogar die Stilllegung gefordert.

Analog zur Beurteilung der Osterweiterung im Allgemeinen zeigt sich auch in der Temelin-Debatte eine starke Polarisierung zwischen der Qualitäts- und der Boulevardpresse. Treten die Medienakteure aus ihrer Vermittlerrolle heraus und ergreifen sie selbst das Wort, plädieren die JournalistInnen des Standard vor allem für eine Entkoppelung der Temelin-Frage von der Beitrittsdebatte, während die Redakteure der Kronen Zeitung sich explizit für die Verschränkung der Entscheidungen aussprechen, zumeist Forderungen bezüglich Sicherheitsstandards oder UVP formulieren und sogar häufig die Stilllegung des AKW fordern. Die Ergebnisse bestätigen überwiegend die Einschätzungen aus den Eurobarometer-Analysen zur Temelin-Debatte:

„Die Kampagne, speziell das Volksbegehren gegen Temelin wurde im wesentlichen von der Freiheitlichen Partei und der größten österreichischen Tageszeitung getragen, faktisch auch von Politikern und regionalen Organisationen der Sozialdemokratischen Partei unterstützt. Gegen diese (...) Initiative sprachen sich insbesondere der Kanzler, die Regierungsmitglieder der ÖVP und die Grünen sowie die Qualitätsmedien aus. Im Endergebnis unterzeichneten 15,5% der Stimmberechtigten das Begehren, in dem die Regierung unter anderem aufgefordert wurde, die Inbetriebnahme des AKW nötigenfalls durch ein Veto gegen einen tschechischen EU-Beitritt zu verhindern“ (EB-57 [Österreich], 29).

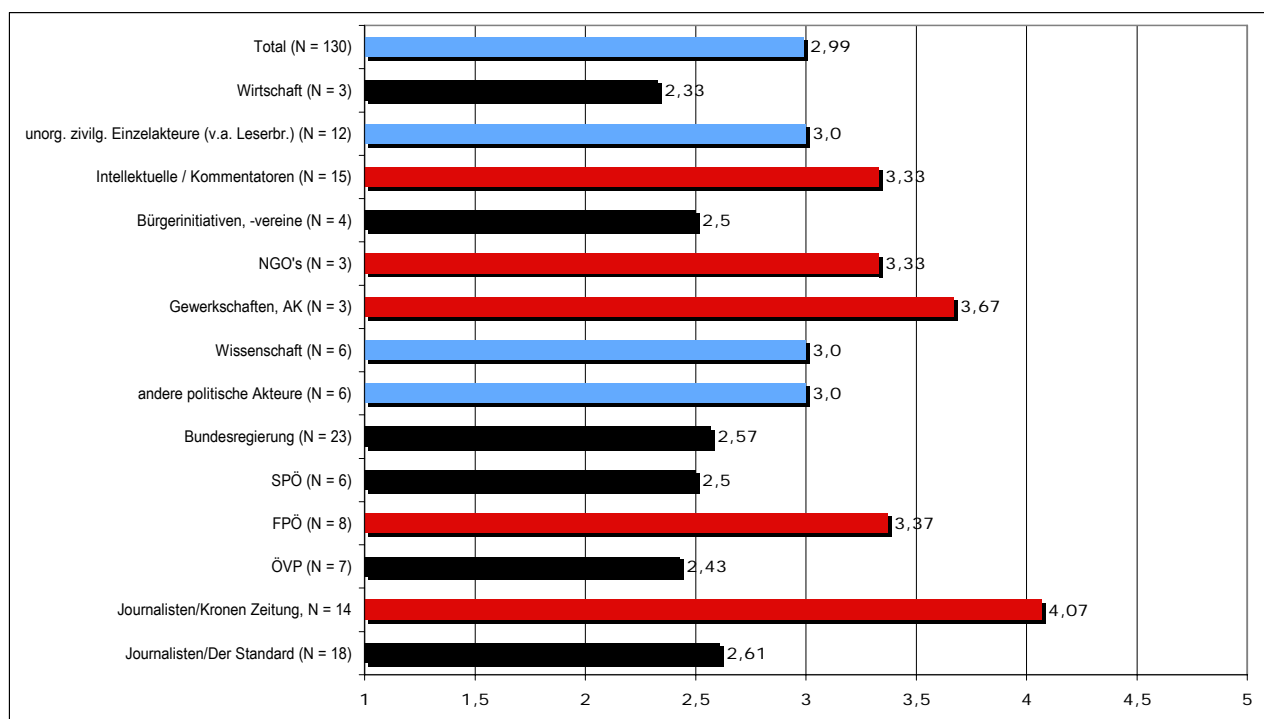
Darüber hinaus sollte jedoch nicht übersehen werden, dass die Debatte unseren Ergebnissen zu Folge nicht von der Forderung der Stilllegung, sondern von der Diskussion über die Verbesserung der Sicherheitsstandards und der Forderungen einer Umweltverträglichkeitsprüfung geprägt war, dass die überwiegend kritische Haltung der österreichischen Akteure vor allem von der Unzufriedenheit mit diesen Sicherheitsstandards herrührt und sich diese Unzufriedenheit keinesfalls auf die Kronen Zeitung und die FPÖ beschränkt, sondern von einer beachtenswert breiten Basis an Akteuren bzw. Akteursgruppen getragen wird (vgl. Abb. 21).

²⁶⁰ Diese Forderung stammt von der damaligen Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer und wurde je einmal für die Kronen Zeitung und Der Standard codiert.

5.4.3 Bewertung von Institutionen und Akteuren der EU durch österreichische Sprecher

Mit den Ergebnissen zur Bewertung der EU-Osterweiterung im Allgemeinen und zum EU-Beitritt Tschechiens im Speziellen durch österreichische Aussageträger wurden die Meinungen österreichischer Akteure zu EU-relevanten sachpolitischen Entscheidungsprozessen gezeigt. Darüber hinaus soll untersucht werden, wie die Institutionen und Akteure der EU im Kontext des Erweiterungsdiskurses beurteilt werden. Die Frage stellt sich insbesondere aufgrund der generellen EU-Skepsis in Österreich.²⁶¹ Die Osterweiterung könnte dabei eine Schlüsselrolle spielen, denn die Zustimmung zur eigenen EU-Mitgliedschaft erreichte mit schwachen 30% kurz vor der Erweiterung 2004 den vorläufigen Tiefpunkt, gleichzeitig erreichte die Ablehnung der Osterweiterung mit 52% ihren Höchststand. Werden EU-Institutionen und -Akteure trotz der kritischen Haltung der österreichischen BürgerInnen gegenüber der Europäischen Union und der Osterweiterung von österreichischen Aussageträgern positiv bewertet? Abbildung 22²⁶² bietet einen Überblick zum Meinungsbild unter den österreichischen Aussageträgern im Kontext des Erweiterungsdiskurses.

Abbildung 22: Bewertung von EU-Institutionen und -Akteuren durch österreichische Sprecher



Anova für Objektakteure: $df_1 = 17$, $df_2 = 71$, $F = 3,917$ (signifikant; $p < ,001$); $\text{Eta}^2 = ,484$; Anova für Adressaten: $df_1 = 10$, $df_2 = 30$, $F = 6,405$ (signifikant; $p < ,001$); $\text{Eta}^2 = ,681$. Die Bewertung durch jene Akteure mit nur einer Nennung (insgesamt zwei) ist im Gesamtmittelwert enthalten, jedoch in der Tabelle nicht eigens ausgewiesen.

²⁶¹ Die Bewertung der EU durch die österreichische Bevölkerung hatte ihren vorläufigen negativen Höhepunkt im Sanktionsjahr 2000 als 25% der Österreicherinnen und Österreicher die Mitgliedschaft in der Union als schlechte Sache bezeichneten. Bis 2002 sank die Ablehnung zunächst deutlich auf 13%. Seither nimmt die Ablehnung wieder kontinuierlich zu und liegt nach der letzten Umfragewelle (Herbst 2005) wieder bei 25%. Österreich ist damit das Schlusslicht der EU und hat seit dem Herbst 2005 selbst die euroskeptischen Briten überholt (vgl. Eurobarometer 53-64).

²⁶² Insgesamt wurden in 130 Aussagen EU-Akteure und Institutionen von österreichischen Aussageträgern bewertet, in 89 Fällen als Adressaten und 41 Mal als Objektakteure. Für Abbildung 22 wurden diese Bewertungen zusammengefasst. Die Abbildung enthält die Mittelwerte der Bewertungen der aufgelisteten Akteursgruppen. Die Bewertungsskala reicht von 1 sehr positiv bis 5 sehr negativ.

In Summe bewerteten österreichische Aussageträger EU-Institutionen und Akteure im Kontext der Erweiterungsdebatte neutral (MW 2,99). Die neutrale Gesamthaltung korrespondiert nicht mit der EU-Skepsis der österreichischen Bevölkerung. Eine deutliche negative Bewertung der EU kann aus dieser Darstellung nur noch für die Redakteure der Kronen Zeitung (4,07) abgelesen werden, die in diesem Fall sogar die ansonsten hoch-kritische Meinung der Leserbriefschreiber bei weitem übersteigt (3,0²⁶³). In den Chor der EU-Skeptiker stimmen diesmal neben der FPÖ (3,37) und den Gewerkschaften (3,67) auch Intellektuelle/Kommentatoren²⁶⁴ und NGOs (jeweils 3,33) ein. Der Grad der negativen Bewertungen durch diese Gruppen ist hier aber nicht extrem ausgeprägt. Die Regierung, andere politische Parteien (SPÖ, ÖVP), Bürgerinitiativen, Akteure der Wirtschaft und die JournalistInnen des Standard urteilen demgegenüber positiver (Werte um 2,5), aber ebenfalls nicht extrem positiv.

Die Polarisierung zwischen den Medien ist deutlich ausgeprägter:

Tabelle 18: Bewertung von Institutionen/Akteuren der EU durch österreichische Akteure nach Medien

	Adressaten		Objektakteure		passive Akteure gesamt	
	Total	MW	Total	MW	Total	MW
Der Standard	53	2,96	22	2,00	75	2,68
Kronen Zeitung	36	3,67	19	2,95	55	3,42
Total	89	3,25	41	2,40	130	2,99

Anova für Adressaten und Medien: $df_1 = 1$, $df_2 = 87$, $F = 18,537$ (signifikant; $p < ,001$), $\eta^2 = ,176$; MW = Mittelwert

In Summe zeigt sich bei der Bewertung von EU-Akteuren und -Institutionen ein ähnliches Bild wie bei der Bewertung der Osterweiterung und des EU-Beitritts Tschechiens. Redakteure des Standard bewerten EU-Akteure und -Institutionen etwas positiver (2,61) als österreichische Akteure, die im Standard zu Wort kommen (2,68). Sprecher, deren Meinung zur Osterweiterung in der Kronen Zeitung zu lesen ist, urteilen in Summe deutlich negativer (3,42) wenn auch nicht ganz so negativ, wie die Kronen Zeitungs-Redaktion (4,07). In Summe korrespondiert auch hier das veröffentlichte Meinungsbild in der Kronen Zeitung stärker mit der EU-kritischen Bevölkerungsmeinung als das Meinungsbild im Standard. Und auch hier indiziert die Datenlage eine selektive Berücksichtigung der Sprechermeinungen durch die Medien, weil das medienspezifisch vermittelte Meinungsbild auffällig stark mit der jeweiligen Redaktionsmeinung übereinstimmt.

²⁶³ Acht der 12 Bewertungen von zivilgesellschaftlichen Einzelakteuren, stammen von LeserbriefschreiberInnen, die in der Kronen Zeitung zu Wort gekommen sind, der Mittelwert ihrer Beurteilungen liegt mit 3,13 im leicht negativen Bereich.

²⁶⁴ Von 15 Bewertungen durch Kommentatoren/Intellektuelle kommen 12 von Kommentatoren der Kronen Zeitung.

Das Meinungsbild unter österreichischen Akteuren weicht damit von jenem in Deutschland ab. Pfetsch/Koopmans (2006, 188) zeigen für Deutschland eine überwiegend negative Bewertung der EU durch Parteien, Zeitungen und zivilgesellschaftliche Institutionen, wobei Zeitungen deutlich weniger negativ urteilen als die anderen Akteure. Festgestellt wird zudem eine Synchronisierung in der Bewertung durch Deutschlands linksliberale Medien und Parteien einerseits und konservative Medien und Parteien andererseits. Die Boulevardzeitung Bild weist eine ähnlich hohe negative Bewertung auf wie die Parteien CDU und CSU. Auch in Österreich urteilt der Boulevard deutlich negativ, eine Synchronisierung mit dem konservativen Parteienspektrum ist für Österreich jedoch nicht ersichtlich. Ein Grund dafür könnte sein, dass die konservativen Parteien in Deutschland zum Untersuchungszeitpunkt in der Opposition waren, die ÖVP jedoch Regierungspartei.

5.5 Diskursive Interaktion – Diskursqualität

Abschnitt 5.5 präsentiert die Ergebnisse der Analyse zur Diskursqualität in der medialen Debatte um die EU-Osterweiterung. Den theoretischen Hintergrund für die Untersuchung bildet die Deliberative Demokratietheorie (vgl. Habermas 1998; 1996a) mit der normative Vorgaben für die Qualität der Kommunikationsprozesse formuliert werden. Deliberation wird als Kernmerkmal betrachtet und beinhaltet die Anerkennung, Berücksichtigung und Achtung der Argumente von Dritten, Dialog und gegenseitigen Respekt sowie die Rechtfertigung der eigenen Argumente (vgl. Ferree et al. 2002, 306). Damit verbunden ist die Vorstellung, dass Sprecher in öffentlichen Diskursen voneinander lernen und sich argumentativ annähern sollen. Im Ergebnis führt dies zu diskursiv geprüfem Konsens (Gerhards 2002, 139) oder koordiniertem Dissens (Eder/Kantner 2000, 308). „Mit diesem 'Mehr oder Weniger' an 'rationaler' Verarbeitung von 'erschöpfenden' Vorschlägen, Informationen und Gründen variieren allgemein das diskursive Niveau der Meinungsbildung und die 'Qualität' des Ergebnisses“ (Habermas 1998, 438).

Im Folgenden wird deshalb untersucht, ob im Osterweiterungsdiskurs neben den Akteuren des politischen Zentrums auch zivilgesellschaftliche Akteure zu Wort kommen (Abschnitt 5.5.1), ob Kriterien des gegenseitigen Respekts (5.5.2) sowie der Diskursrationalität (5.5.3) erfüllt werden und ob die zivilgesellschaftlichen Akteure, wie zum Teil postuliert, eine höhere Diskursrationalität aufweisen als die vermachteten Akteure des Zentrums und der Peripherie des politischen Systems.

5.5.1 Vermachtete und autochthone Akteure im Osterweiterungsdiskurs

Zu Beginn stellen wir die Frage, welche Akteursgruppen im Erweiterungsdiskurs zu Wort kommen, und ob neben den Akteuren des vermachteten politischen Zentrums auch zivilgesellschaftliche Akteure der Peripherie vertreten sind, denen Habermas in einer autochthonen Öffentlichkeit eine wesentliche Rolle zuschreibt (Tabelle 19).²⁶⁵

Tabelle 19: Verteilung der Aussageträger auf Zentrum und Peripherie nach Medien

			Aussageträgerfeld						Total
			Akteure der vermachteten Öffentlichkeit					Akteure der autochth. Öff.	
			Zentrum	Peripherie des politischen Systems					
			Politik (Staat und Parteien)	Medien und Journalisten	Wissenschaft	Wirtschaft	organisierte Zivilgesellschaft	nicht vermachtete Akteure der Zivilgesellschaft	
Der Standard	national Österreich	Anzahl	177	46	18	41	24	20	326
		%	54,3%	14,1%	5,5%	12,6%	7,4%	6,1%	100,0%
	national EU 14 sowie EU+10	Anzahl	83	11	5	2	1	6	108
		%	76,9%	10,2%	4,6%	1,9%	0,9%	5,6%	100,0%
	national Europa nicht-EU	Anzahl	8	2					10
		%	80,0%	20,0%					100,0%
	außereuropäische Staaten	Anzahl	2						2
		%	100,0%						100,0%
supranational EU	Anzahl	68		3				71	
	%	95,8%		4,2%				100,0%	
transnational EU (EU-14, EU+10)	Anzahl	4						4	
	%	100,0%						100,0%	
Total	Anzahl	342	59	26	43	25	26	521	
	%	65,6%	11,3%	5,0%	8,3%	4,8%	5,0%	100,0%	
Kronen Zeitung	national Österreich	Anzahl	123	48	2	14	12	81	280
		%	43,9%	17,1%	0,7%	5,0%	4,3%	28,9%	100,0%
	national EU 14 sowie EU+10	Anzahl	13	2					15
		%	86,7%	13,3%					100,0%
	national Europa nicht-EU	Anzahl	1						1
		%	100,0%						100,0%
	außereuropäische Staaten	Anzahl							
		%							
supranational EU	Anzahl	13						13	
	%	100,0%						100,0%	
transnational EU (EU-14, EU+10)	Anzahl						1	1	
	%						100,0%	100,0%	
Total	Anzahl	150	50	2	14	12	82	310	
	%	48,4%	16,1%	0,6%	4,5%	3,9%	26,5%	100,0%	
Total	Anzahl	492	109	28	57	37	108	831	
	%	59,2%	13,1%	3,4%	6,8%	4,5%	13,0%	100,0%	

Der Standard: $\chi^2 = 69,225$, $df = 28$ (signifikant, $p < 0,001$), Cramer's $V = ,182$; Kronen Zeitung: $\chi^2 = 29,528$, $df = 20$, (nicht signifikant, $p < 0,078$), Cramer's $V = ,154$; leere Felder bedeuten keine Nennungen

²⁶⁵ Für die Analyse wurde codiert, welche Kollektive sprechen, für welche Kollektive bzw. für welche Institutionen genannte Personen sprechen, d.h. welche kollektiven Akteure sie repräsentieren oder ob genannte Personen als individuelle Akteure auftreten, die keine Kollektive repräsentieren. Diese Daten wurden auf einem relativ disaggregierten Niveau erhoben (siehe die Variable Institutionenzuordnung im Codebuch). Für die folgende Darstellung wurden diese Daten in sechs Akteursgruppen aggregiert.

Tabelle 19 zeigt das Akteursensemble geordnet nach sechs Akteursgruppen und ordnet die Aussageträger entlang der Zentrums-Peripherie Achse. Die Themenöffentlichkeit zur EU-Osterweiterung stellt sich als vorwiegend nationale vermachtete Öffentlichkeit dar. Akteure des Zentrums des politischen Systems zeichnen für 59,2% der Aussagen im Osterweiterungsdiskurs verantwortlich (Der Standard: 65,5%; Kronen Zeitung 48,4%). Weitere 27,8% aller Aussagen sind Akteuren der Peripherie des politischen Systems zuzurechnen, die ebenso zur vermachteten Öffentlichkeit gezählt werden (Medien und Journalisten, Wissenschaft, Wirtschaft, organisierte Zivilgesellschaft). Insgesamt 72,9% aller Aussagen stammen von österreichischen Aussageträgern. Nur etwas mehr als ein Viertel aller Aussagen kommt von nicht österreichischen Akteuren.

Die Ergebnisse zeigen weiters, dass im Osterweiterungsdiskurs vorwiegend Kollektive bzw. Repräsentanten von Kollektiven als Sprecher zu Wort kommen (89,9%), jedoch kaum individuelle Akteure die keine Kollektive repräsentieren (10,1%)²⁶⁶. Die Datenlage bestätigt die Einschätzungen zahlreicher Autorinnen und Autoren, denen zufolge die Sprecherrolle in der medialen Öffentlichkeitsarena vor allem den organisierten intermediären Akteuren und ihren Repräsentanten vorbehalten bleibt. Andere Gesellschaftsmitglieder sind wenn, dann über die „Kommunikations-Repräsentanz“ am Kommunikationsprozess beteiligt. Die auftretenden Akteure sprechen meist nicht für sich, sondern für Kollektive (vgl. Schönhagen 2000, 559), „organisierte Sprecher treffen hier aufeinander, nicht Einzelpersonen“ (Gerhards 1997, 16).²⁶⁷

Die nicht vermachteten, zivilgesellschaftlichen Akteure spielen eine eindeutig untergeordnete Rolle (siehe Tabelle 19).²⁶⁸ Auf sie entfallen lediglich 13% aller Aussagen.²⁶⁹ Wenn sich „autochthone Öffentlichkeit“ überhaupt in unterschiedlicher Intensität ausdrücken kann, etwa im „Grad der Autochthonisierung“, so zeigt sie sich im medial vermittelten Osterweiterungsdiskurs in Österreich nur in Ansätzen. Von einer „autochthonen Öffentlichkeit“ im Sinne Habermas, die von zivilgesellschaftlichen, wenig vermachteten Akteuren der Peripherie dominiert wird (vgl. Habermas 1998, 432ff.; vgl. auch Gerhards 1997, 10), kann jedenfalls keine Rede sein.²⁷⁰ Und für die

²⁶⁶ Dazu wurde in der Variable Aussageträgertyp codiert, ob Kollektive zu Wort kommen bzw. ob genannte Personen für Kollektive sprechen oder als individuelle Akteure auftreten.

²⁶⁷ Der österreichische Osterweiterungsdiskurs zeigt sich allerdings etwas weniger stark von kollektiven Akteuren geprägt als der deutsche Abtreibungsdiskurs. Im Vergleich zu Gerhards Untersuchung des deutschen Abtreibungsdiskurses, in dem 99,7% der Sprecher Kollektive waren (vgl. Gerhards 1997, 16), zeigt sich in unserer Untersuchung ein um ca. 10% niedrigerer Anteil an Kollektiven. Jedoch kann aus den Veröffentlichungen zum Abtreibungsdiskurs (vgl. Gerhards/Neidhardt/Rucht 1998) nicht nachvollzogen werden, ob dabei auch die Leserbriefe mitberücksichtigt wurden, wie dies in unserer eigenen Analyse der Fall ist.

²⁶⁸ Als organisierte Zivilgesellschaft wurden gut organisierte Gruppen, wie Kirchen, Gewerkschaften und NGOs codiert, als nicht oder schwach organisierte Zivilgesellschaft spontane Vereinigungen (z.B. Demonstranten), Einzelakteure (Künstler, Sportler, Kommentatoren, Bürger) sowie Bürgerinitiativen, -vereine und -gruppen (etwa das Anti-Atom-Komitee).

²⁶⁹ Inkludiert sind auch VerfasserInnen von Leserbriefen.

²⁷⁰ Trotzdem kommt im Hinblick auf die Zusammenstellung der Akteure, die das Thema diskutieren, die massenmedial vermittelte Öffentlichkeit im Osterweiterungsdiskurs dem deliberativen Modell um einiges näher als im von Gerhards und anderen untersuchten Diskurs zur Abtreibungsfrage, in dem nur 0,8% nicht vermachtete Akteure zu Wort kamen (vgl. Gerhards 1997, 17)

Europäisierung der vorhandenen Ansätze der autochthonen Öffentlichkeit zeigen sich erst recht keinerlei Hinweise. Lediglich ein einziges Mal wird in der Kronen Zeitung ein transnationaler zivilgesellschaftlicher Akteur – eine tschechisch-österreichische Atomgegnergruppe – mit ihrer Position berücksichtigt. Im Standard stammen insgesamt 7 (1,3%) der berücksichtigten Debattenbeiträge von zivilgesellschaftlichen Akteuren aus anderen EU-Staaten.²⁷¹ Dies erscheint problematisch, wenn – wie in pluralistischen/partizipativen Demokratiemodellen²⁷² – davon ausgegangen wird, dass in europapolitische Debatten auch die Bürgerinnen und Bürger einbezogen werden sollten, die von den Entscheidungen betroffen sind ebenso wie jene zivilgesellschaftlichen Gruppen (v.a. soziale Bewegungen), von denen angenommen wird, dass sie die Interessen Betroffener repräsentieren.

Im intermedialen Vergleich wird deutlich, dass die vorhandenen Ansätze autochthoner Öffentlichkeit vor allem auf die Berichterstattung in der Boulevardpresse zurückzuführen sind. Mehr als ein Viertel (26,5%) aller Aussagen in der Kronen Zeitung stammen von nicht-vermachteten zivilgesellschaftlichen Akteuren. Der Diskurs in der Qualitätszeitung stellt sich deutlich vermachteter dar, denn nur 5% der Aussagen im Standard sind nicht-vermachteten zivilgesellschaftlichen Akteuren zuzurechnen. Das Hauptforum für die Veröffentlichung von Aussagen autochthoner Akteure in der Kronen Zeitung bilden die Leserbriefseiten²⁷³, seltener aber doch kommen Bürgerinnen und Bürger auch innerhalb der Artikel zu Wort. Die veröffentlichten Bürgermeinungen korrespondieren auffallend stark mit der allgemeinen Redaktionslinie und sind in Fragen der EU-Politik überwiegend negativ.²⁷⁴ Dieser Befund ist nicht überraschend, da die Boulevardzeitung Kronen Zeitung einerseits Leserbriefen viel Platz einräumt und andererseits auch immer wieder Bürgermeinungen einholt. Vor allem in der Kampagne²⁷⁵ gegen das Atomkraftwerk Temelin sind zahlreiche Leserbriefe zur Thematik erschienen und Bürgermeinungen in die Berichterstattung eingebunden worden.

²⁷¹ Eder/Hellmann/Trenz (1998) zeigen demgegenüber, dass zivilgesellschaftliche Gruppen über die Verfahren des Gemeinschaftsrechts in EU-politische Entscheidungsprozesse eingebunden sind (Präsenzöffentlichkeit von Eliten in deliberativen Verfahren). Kritisiert wird, dass damit jedoch noch keine umfassende Inklusion der Bürgerinnen und Bürger über den öffentlichen Diskurs stattfindet (vgl. Gerhards 2002; Tobler 2006). Nur massenmediale Öffentlichkeit kann Inklusion auf breiter Basis gewährleisten. Vor überzogenen Partizipations- und Inklusionsanprüchen wird jedoch regelmäßig gewarnt.

²⁷² In liberal-repräsentativen Demokratiemodellen wird der Involvierung von Bürgerinnen und Bürgern weniger Bedeutung beigemessen. Sie erfolgt im Wesentlichen über die durch Wahlen legitimierte Repräsentanten.

²⁷³ Die hohe Bedeutung, die die Kronen Zeitung den Leserbriefen beimisst, konnte in dieser Untersuchung anhand verschiedener Beispiele gezeigt werden. Die Redaktion der Kronen Zeitung lässt die Leser in meinungsbezogenen Beiträgen zu EU-Themen im ungefähr selben Artikelumfang (wenn auch in kürzerer Form) zu Wort kommen, wie die Redakteure selbst (Abschnitt 4.3). Zu den Themen Osterweiterung und EU-Beitritt Tschechiens finden wir im Untersuchungszeitraum sogar mehr Leserbriefe als redaktionelle Kommentare (30 Medienkommentare, 52 Leserbriefe). Als weiteres Indiz für eine hohe Bedeutungszuweisung kann angeführt werden, dass Leserbriefe in der Kronen Zeitung bisweilen vom Herausgeber Hans Dichand persönlich ausgewählt werden (siehe Interview mit Hans Dichand in der Dokumentation „Tag für Tag ein Boulevardstück“ von Nathalie Borgers).

²⁷⁴ Dies konnte in dieser Untersuchung am Beispiel der Meinungen zur EU-Osterweiterung und zum Beitritt Tschechiens gezeigt werden. Lediglich in der Bewertung von EU-Akteuren und -Institutionen weicht die in Summe neutrale Meinungen der Leserbriefschreiber von der überwiegend negativen Redaktionsmeinung ab.

²⁷⁵ Die Kronen Zeitung hat in ihrer Temelin-Berichterstattung das Arsenal des Kampagnen-Journalismus eingesetzt: mono-thematische Berichterstattung, Dramatisierung, Emotionalisierung, täglicher Aufmacher, negative Personalisierung, Schlagzeilen, ressortübergreifende Ausrichtung der Kommentare und Glossen, Aufgebot prominenter Unterstützer, Aufruf zur Unterzeichnung (vgl. auch Fabris 2002; Plasser/Ullram 2004, 52f). Eine nähere Analyse wird in der Dissertation von Cornelia Brantner erfolgen.

5.5.2 Gegenseitiger Respekt

Diskursqualität verlangt nach gegenseitigem Respekt in der Kommunikation. Um bestimmen zu können, ob die Debatte zur EU-Osterweiterung von gegenseitigem Respekt getragen ist, wird die Bewertung der passiven Akteure (Objektakteure sowie Adressaten)²⁷⁶ durch die Aussageträger untersucht. Die Tendenz der Bewertung wird anhand einer 5-stufigen Skala, die von 1 „sehr positiv“ bis 5 „sehr negativ“ reicht, gemessen. In Anlehnung an Gerhards (1997, 19) interpretieren wir nur die Bewertung 5 „sehr negativ“ als nicht den Kriterien des gegenseitigen Respekts entsprechend. „Sehr negativ“ wurde codiert, wenn die Bewertung der Akteure polemisch negativ war. Beispielsweise wurde ein Akteur mit dem Negativattribut „nicht reif für Europa und die Demokratie“²⁷⁷ versehen oder Außenministerin Ferrero-Waldner zu den „sattsam bekannten und ewig lächelnden EU-Liebdiener(n)“ gezählt, die sich „als dienstbefleßene Vasallen unserer Brüsseler Herren“ hervortun.²⁷⁸ Tabelle 20 zeigt die Verteilung der unterschiedlichen Bewertungen der passiven Akteure.²⁷⁹

Tabelle 20: Bewertung der passiven Akteure nach Medien

		sehr positiv	eher positiv	neutral / ambivalent	eher negativ	sehr negativ	Total
Der Standard	Anzahl	21	352	208	252	17	850
	%	2,5%	41,4%	24,5%	29,6%	2,0%	100,0%
Kronen Zeitung	Anzahl	6	113	67	201	27	414
	%	1,4%	27,3%	16,2%	48,6%	6,5%	100,0%
Total	Anzahl	27	3,25	275	453	44	1264
	%	2,1%	36,8%	21,8%	35,8%	3,5%	100,0%

Chi² = 69,2, df = 4, dies ist nach der Chi²-Tabelle ein höchst signifikanter Wert, die Unterschiede zwischen Standard und Kronen Zeitung in der Bewertung „sehr negativ“ sind bei $p < 0,001$ signifikant.

Sowohl die Anzahl als auch der Anteil abwertender Aussagen, die den gegenseitigen Respekt vermissen lassen, sind sehr gering. Insgesamt wurden nur 44 (3,5%) aller Bewertungen als sehr negativ codiert. Im Standard waren dies 17 (2%) Bewertungen, in der Kronen Zeitung 27 (6,5%). Der Unterschied von 4,5% zwischen beiden Medien ist signifikant. Der mediale Diskurs zeichnet sich aber insgesamt durch gegenseitigen Respekt aus. Damit ist das erste Qualitätskriterium eines

²⁷⁶ Bewertungen der Objektakteure sowie jene der Adressaten werden zu einem Set zusammengefasst und gemeinsam nach Medium ausgewertet.

²⁷⁷ Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer über Tschechiens Ministerpräsidenten Milos Zeman in: Der Standard vom 16.01.2002, 7.

²⁷⁸ Ein Leserbriefschreiber in: Kronen Zeitung vom 31.10.2001, 15.

²⁷⁹ Von den 831 hier analysierten Aussagen enthielten 703 (84,6%) einen Adressaten sowie 772 (92,9%) einen Objektakteur. In 92 (11,9%) Aussagen war keine Bewertung der Objektakteure erkennbar. In 119 (16,9%) Aussagen war keine Bewertung der Adressaten erkennbar. Somit ergeben sich 1264 Bewertungen von passiven Akteuren, davon 584 Bewertungen von Adressaten sowie 680 Bewertungen von Objektakteuren.

deliberativen Diskurses erfüllt, das auch in liberal-repräsentativen Öffentlichkeitsmodellen eine Rolle spielt (vgl. Gerhards 1997, 19).

5.5.3 Diskursrationalität

Wir wollen nun analysieren, ob und inwieweit der mediale Diskurs zur Osterweiterung den Kriterien der Diskursrationalität entspricht. Diskursrationalität wird über die drei Parameter (1) rationale Argumentation (2) Ausgewogenheit und (3) Faktenbasiertheit gemessen. Die Kombination der drei Parameter erlaubt 5 Ausprägungen, die das Rationalitätsniveau der Aussagen bestimmen:

Das *höchste Rationalitätsniveau* erreichen Aussagen die a) logisch aufgebaut und begründet sowie, b) hoch ausgewogen argumentiert sind, d.h. dass Aussageträger mehrere Argumente vorbringen, Gegenpositionen berücksichtigen und dabei eine pluralistische Sichtweise erkennbar wird, wobei c) Argumente durch Fakten untermauert werden. Ein *hohes Rationalitätsniveau* weisen Aussagen auf, die a) logisch aufgebaut und begründet sowie b) hoch ausgewogen argumentiert sind, aber c) keine Fakten zur Untermauerung liefern. Das *mittlere Rationalitätsniveau* erreichen Aussagen, die a) logisch aufgebaut und begründet sind, wobei b) mindestens ein Argument vorgebracht wird, jedoch keine pluralistische Sichtweise erkennbar ist, aber c) Fakten zur Untermauerung verwendet werden. Ein *geringes Rationalitätsniveau* zeichnet Aussagen aus, die a) logisch aufgebaut und begründet sind, wobei b) mindestens ein Argument vorgebracht wird, jedoch keine pluralistische Sichtweise und c) keine Fakten zur Untermauerung des Argumentes erkennbar sind. Das *niedrigste Rationalitätsniveau* kennzeichnet Aussagen, die a) nicht logisch aufgebaut und begründet sind und die b) keine Argumente sowie c) keine Fakten enthalten.

Tabelle 21: Diskursrationalität nach Medien

Rationalitätsniveau		Der Standard	Kronen Zeitung	Total
höchstes Rationalitätsniveau	Anzahl	82	9	91
	%	15,7%	2,9%	11,0%
hohes Rationalitätsniveau	Anzahl	78	22	100
	%	15,0%	7,1%	12,0%
mittleres Rationalitätsniveau	Anzahl	106	38	144
	%	20,3%	12,3%	17,3%
geringes Rationalitätsniveau	Anzahl	201	185	386
	%	38,6%	59,7%	46,5%
niedrigstes Rationalitätsniveau	Anzahl	54	56	110
	%	10,4%	18,1%	13,2%
Total	Anzahl	521	310	831
	%	100,0%	100,0%	100,0%

Chi² = 73,922, df = 4 (signifikant, p < 0,001), Cramer's V = ,298

Das Rationalitätsniveau ist in der Qualitätspresse deutlich höher als in der Boulevardpresse: 15,7% der analysierten Aussagen in der Tageszeitung Der Standard erreichen das höchste Rationalitätsniveau, in der Kronen Zeitung trifft dies auf 2,9% der Aussagen zu. Ein hohes bzw. mittleres Rationalitätsniveau weisen 35,3% der Artikel im Standard sowie 19,4% jener der Kronen Zeitung auf. In Summe zeigt sich bei etwa 40% aller analysierten Beiträge zumindest ein mittleres Rationalitätsniveau. Hoch ausgewogene, faktenbasierte Argumentationen bilden in Summe jedoch eher die Ausnahme als die Regel.

Hervorstechend ist insbesondere der hohe Anteil an Beiträgen mit geringem Rationalitätsniveau in der Kronen Zeitung (59,7%). Weitere 18,1% der Boulevardbeiträge weisen sogar das niedrigste Rationalitätsniveau auf. In Summe sind über drei Viertel aller Aussagen (77,8%) in der Kronen Zeitung durch einseitige, nicht kontextualisierte Positionen gekennzeichnet, wobei auf Fakten zur Untermauerung von Argumenten verzichtet wird sofern solche überhaupt angeführt sind. Die Datenlage indiziert ein hohes Ausmaß an einfachen, einseitigen und unbegründeten „Behauptungen“ in der Berichterstattung der Kronen Zeitung.²⁸⁰

Reduziert man das Sample auf Aussagen in Kommentaren, Kolumnen und Interviews, also jene Genres, die eine meinungsbetonte und argumentative Auseinandersetzung mit einer Thematik fördern, weil die Sprecher mit ihren Aussagen direkt zu Wort kommen²⁸¹, zeigt sich ein in Summe höheres Rationalitätsniveau (Tabelle 22).²⁸²

²⁸⁰ Das Datenmaterial enthält alle Aussagen unabhängig davon, ob Sprecher direkt zu Wort kommen oder deren Aussagen von Journalisten vermittelt werden. Es kann daher nicht nachvollzogen werden, ob die Aussagen der Sprecher von den Journalisten adäquat vermittelt oder gekürzt wurden.

²⁸¹ Vgl. Neidhardt/Eilders/Pfetsch (1998) und Peters/Schultz/Wimmel (2004, 24). Annahmegemäß erlauben die Darstellungsformen Leitartikel, Kommentar und Kolumne zumindest der Anlage nach, eine meinungsbetonte und argumentative Auseinandersetzung mit einer Thematik. Sie bieten potentiell den Raum für eine diskursive Kommunikation. Auch das Genre Interview bietet den interviewten Akteuren idealerweise Platz für Argumentationen und Rechtfertigungen ihrer Positionen, der ihnen in von Journalisten vermittelten Äußerungen in Nachrichtenbeiträgen, wo sie nur zitiert werden, normalerweise nicht zukommt. Jedoch kommt hier den Journalisten, anders als in Gastbeiträgen, eine wichtigere Rolle zu, da sie z.B. mit dem Fragestil das Interview lenken oder beeinflussen können.

²⁸² Die Tabelle umfasst die potentiell diskursiven Genres Medienkommentare (v.a. Leitartikel, Glossen, Kommentare, Kolumnen), Interviews, Gastkommentare von Gastautoren sowie die regelmäßigen Kommentare von „Gastkolumnisten“. Letztere umfassen jene Kommentare die zwar regelmäßig in einem Medium erscheinen, jedoch nicht von Mitarbeitern des jeweiligen Mediums stammen. So schreiben beispielsweise Barbara Coudenhove Calergi regelmäßig eine Kolumne in Der Standard oder Günther Nenning (bis 2006) und Bischof Kurt Krenn (Christianus) in der Kronen Zeitung.

Tabelle 22: Diskursrationalität nach Medien in Kommentaren und Interviews

Rationalitätsniveau		Der Standard	Kronen Zeitung	Total
höchstes Rationalitätsniveau	Anzahl	31	4	35
	%	33,0%	7,8%	24,1%
hohes Rationalitätsniveau	Anzahl	23	5	28
	%	24,5%	9,8%	19,3%
mittleres Rationalitätsniveau	Anzahl	22	7	29
	%	23,4%	13,7%	20,0%
geringes Rationalitätsniveau	Anzahl	15	32	47
	%	16,0%	62,7%	32,4%
niedrigstes Rationalitätsniveau	Anzahl	3	3	6
	%	3,2%	5,9%	4,1%
Total	Anzahl	94	51	145
	%	100,0%	100,0%	100,0%

Chi² = 36,791, df = 4 (signifikant, p < 0,001), Cramer's V = ,504

Erwartungsgemäß zeigt sich, dass in potentiell diskursiven Genres, die den Sprechern mehr Raum für Argumentationen und Begründungen bieten, auch ein höheres Rationalitätsniveau erreicht wird als in anderen Genres. In Summe erreichen 63,4% aller Beiträge zumindest ein mittleres Rationalitätsniveau. Signifikante Unterschiede zeigen sich auch hier im intermedialen Vergleich: Im Standard erreichen 33% der Aussagen das höchste Rationalitätsniveau²⁸³, in der Boulevardzeitung nur 7,8%. Auch die Meinungsbeiträge der Kronen Zeitung sind in Summe durch ein überwiegend geringes Rationalitätsniveau gekennzeichnet (62,7%). Mehr als zwei Drittel aller Krone-Interviews und Kommentare zeigen monolithische Ansichten. Selbst in Genres, die darauf angelegt sind, Raum für Argumentation und Begründung durch Fakten zu bieten, wird in der Kronen Zeitung auf Fakten zur Untermauerung von Argumenten verzichtet, sofern überhaupt Positionen mit Argumenten gerechtfertigt werden. 5,9% aller Beiträge in den potenziell diskursiven Genres der Kronen Zeitung sind weit von Diskursivität entfernt und zeigen das niedrigste Rationalitätsniveau.

Das Rationalitätsniveau kann weiters nach Akteuren differenziert werden.²⁸⁴ Betrachtet man die Diskursrationalität innerhalb der Gastkommentare und Interviews nach Herkunft der

²⁸³ Peters/Schultz/Wimmel (2004, 32) finden in einer ähnlich angelegten Untersuchung in jeweils ca. 20% der Beiträge in FAZ und SZ das höchste Rationalitätsniveau, das sich durch „deutliche, explizite argumentative Anstrengung“ auszeichnet. Der Unterschied zu unseren Ergebnissen in Bezug auf den Standard ergibt sich vermutlich aus der unterschiedlichen Codierung. Peters/Schultz/Wimmel (2004, 30) stellen höhere Ansprüche an das „höchste“ Rationalitätsniveau und fordern Argumentation, die „über ein bloß verlautes, bekenntnisthaftes, insistierendes, suggestives Muster hinausreicht.“ Dabei müssen sich die Codierer die Fragen stellen, in wie weit Positionen in die Debatte eingeführt oder einfach vorausgesetzt werden, in welchem Ausmaß ein Begründungsaufwand betrieben wird, „wie ausführlich, konkretisiert, differenziert, abwägend, expliziert sind übernommene Begründungslasten“ (Peters/Schultz/Wimmel 2004, 30) sowie, in welchem Ausmaß auf der anderen Seite suggestive Techniken eingesetzt werden, die nicht gerechtfertigt werden.

²⁸⁴ Wie oben erläutert, öffnet die Qualitätszeitung ihr Meinungsforum in einem viel höheren Ausmaß Beiträgen aus anderen EU-Staaten bzw. der supranationalen Ebene als die Boulevardzeitung.

Aussageträger, erreichen im Standard 37,5% der supranationalen Akteure²⁸⁵ sowie 42,9% der Akteure aus anderen europäischen Staaten (Beitrittsländer 50%, „alte“ EU-Staaten 37,5%) das höchste Rationalitätsniveau. Im Gegensatz dazu erreichen unter den österreichischen Sprechern nur 25% das höchste Rationalitätsniveau. Keiner der Beiträge von europäischen Sprechern war auf dem niedrigsten Rationalitätsniveau. Damit zeigt sich, dass die europäischen Akteure, die Gastbeiträge publizieren bzw. Interviews geben, rationaler diskutieren als österreichische Akteure. Die Ergebnisse sind jedoch aufgrund der geringen Fallzahlen nicht signifikant.

Weiters stellt sich die Frage nach Unterschieden in der Diskursrationalität zwischen verschiedenen Akteurstypen. Es soll gezeigt werden, ob die nicht vermachteten zivilgesellschaftlichen Akteure tatsächlich, wie von Habermas angenommen, eine höhere Diskursrationalität aufweisen, als die vermachteten Akteure. Tabelle 23 zeigt die Diskursrationalität österreichischer Sprecher nach Aussageträgergruppen auf der Zentrum-Peripherie-Achse.

²⁸⁵ Insgesamt stammen hier in beiden Medien 67,6% (48) der Aussagen von nationalen Akteuren, 11,3% (8) dieser Beiträge stammten von supranationalen Akteuren, 8,5% (6) von nationalen Akteuren aus einem der 10 neuen Mitgliedsstaaten sowie 12,7% (9) von nationalen Akteuren aus einem der EU-14 Staaten. Getrennt nach Medien zeigt sich, dass in der untersuchten Boulevardzeitung 95,2% der Gastbeiträge zur Osterweiterungsthematik von nationalen Akteuren stammen und nur ein Beitrag von einem Akteur aus einem anderen EU-Staat. Im Standard stammen 16% der Gastbeiträge von supranationalen Akteuren und 28% von nationalen europäischen Akteuren (16% EU-14 sowie 12% EU+10) und nur 56% sind nationalen, österreichischen Ursprungs (siehe Kapitel 5.3.1).

Tabelle 23: Diskursrationalität nach Medien und Aussageträgergruppen

		Aussageträgergruppe							Total
		Akteure der vermachteten Öffentlichkeit					Akteure der autochthonen Öffentlichkeit		
		Politik (Staat und Parteien)	Medien und Journalisten	Wissenschaft	Wirtschaft	organisierte Zivilgesellschaft	nicht vermachtete Akteure der Zivilgesellschaft		
Der Standard	höchstes Rationalitätsniveau	Anzahl	36	18	14	9	1	4	82
		% von Gruppe	10,5%	30,5%	53,8%	20,9%	4,0%	15,4%	15,7%
	hohes Rationalitätsniveau	Anzahl	48	15	4	4	2	5	78
		% von Gruppe	14,0%	25,4%	15,4%	9,3%	8,0%	19,2%	15,0%
	mittleres Rationalitätsniveau	Anzahl	59	10	5	18	10	4	106
		% von Gruppe	17,3%	16,9%	19,2%	41,9%	40,0%	15,4%	20,3%
	geringes Rationalitätsniveau	Anzahl	158	14	1	11	10	7	201
		% von Gruppe	46,2%	23,7%	3,8%	25,6%	40,0%	26,9%	38,6%
	niedrigstes Rationalitätsniveau	Anzahl	41	2	2	1	2	6	54
		% von Gruppe	12,0%	3,4%	7,7%	2,3%	8,0%	23,1%	10,4%
Total	Anzahl	342	59	26	43	25	26	521	
	% von Gruppe	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	
Kronen Zeitung	höchstes Rationalitätsniveau	Anzahl	4	2	1	1		1	9
		% von Gruppe	2,7%	4,0%	50,0%	7,1%		1,2%	2,9%
	hohes Rationalitätsniveau	Anzahl	15	2		1	1	3	22
		% von Gruppe	10,0%	4,0%		7,1%	8,3%	3,7%	7,1%
	mittleres Rationalitätsniveau	Anzahl	16	7		8	1	6	38
		% von Gruppe	10,7%	14,0%		57,1%	8,3%	7,3%	12,3%
	geringes Rationalitätsniveau	Anzahl	88	29	1	4	7	56	185
		% von Gruppe	58,7%	58,0%	50,0%	28,6%	58,3%	68,3%	59,7%
	niedrigstes Rationalitätsniveau	Anzahl	27	10			3	16	56
		% von Gruppe	18,0%	20,0%			25,0%	19,5%	18,1%
Total	Anzahl	150	50	2	14	12	82	310	
	% von Gruppe	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	

Standard: $\chi^2 = 99,735$, $df = 24$, Cramer's $V = ,219$ (signifikant; $p < 0,001$); Kronen Zeitung: $\chi^2 = 55,601$, $df = 24$, Cramer's $V = ,212$ (signifikant; $p < 0,001$); leere Felder bedeuten keine Nennungen

Die Akteure der nicht vermachteten Zivilgesellschaft zeigen keine Neigung zu einem höheren diskursiven Verhalten als andere Akteure.²⁸⁶ In den Aussagen der Kronen Zeitung liegen die unorganisierten zivilgesellschaftlichen Akteure gemeinsam mit den organisierten zivilgesellschaftlichen Akteuren sogar an letzter Stelle der Akteursgruppen. In der Qualitätszeitung, in der Aussagen der nicht vermachteten Akteure seltener berücksichtigt werden, liegen diese eher

²⁸⁶ Peters/Schultz/Wimmel (2004, 9, FN 10) konstatieren, die Unterstellung, Habermas würde von den zivilgesellschaftlichen Akteuren eine höhere Diskursrationalität erwarten, sei vielleicht missverständlich. Worum es ihm wahrscheinlicher gegangen sein könnte, sei die Unterstellung, dass diese unterrepräsentierte, tabuisierte u.ä. Themen und „lebensweltliche“ Erfahrungen auf die Agenda bringen. Dies führe dazu, dass Anliegen artikuliert werden, die zu einer Perspektivenerweiterung in der öffentlichen Diskussion beitragen und dies bewirke insofern eine Rationalitätssteigerung. „Es wäre hier also stärker zu unterscheiden zwischen einer Makroperspektive, die den Gesamthaushalt der in der Öffentlichkeit zirkulierenden Ideen, Positionen, Argumente, Themen, Kontroversen betrifft, und einer Mikroperspektive, welche sich auf die Merkmale der Kommunikation zu einzelnen dieser Ideen, Positionen usw. richtet und diese dann im gegebenen Falle mit verschiedenen Akteurskategorien in Beziehung setzt“ (Peters/Schultz/Wimmel 2004, 9, FN 10).

im Mittelfeld, hier zeigen Akteure der organisierten Zivilgesellschaft und politische Akteure ein insgesamt niedrigeres diskursives Verhalten.²⁸⁷

Das im Verhältnis zu den anderen Akteursgruppen diskursivste Verhalten zeigen die Wissenschaftsakteure und Journalisten, deren Aussagen zur Osterweiterung im Standard berücksichtigt wurden. In der Kronen Zeitung zeigen nach den Wissenschaftsakteuren (die jedoch nur zwei Mal zu Wort kamen), die Akteure der Wirtschaft das höchste diskursive Verhalten, wobei auch ihre Aussagen insgesamt nur ein mittleres bis geringes Rationalitätsniveau aufweisen. Die Journalisten der Kronen Zeitung und jene politischen Akteure die in der Krone-Berichterstattung zu Wort kommen, zeigen ein ähnlich niedriges diskursives Verhalten wie die Akteure der Zivilgesellschaft.

5.6 Kollektive Identitäten

Die Frage nach der Entwicklung europäischer Öffentlichkeit und Demokratie wird bisweilen mit der Frage nach der Entwicklung europäischer Identität verknüpft. Zwar besteht in der theoretischen Diskussion noch keine Einigkeit über die Wechselbeziehungen zwischen Öffentlichkeit, Demokratie und Identität, der potenziell steigende, stagnierende oder abnehmende Anteil an europäischen Identitätsbezügen durch kommunikative Inklusion und Exklusion wird jedoch von einigen Autoren als inhaltliches Kriterium zur Erfassung von Europäisierungsprozessen genannt. So stellt beispielsweise Risse (2002, 21) die Anforderung, dass neben der Anerkennung der Sprecher als legitime Diskursteilnehmer über die nationalen Grenzen hinweg, das „Wir“, worauf sie sich beziehen über den nationalen Raum hinausgehen müsse. Ein solcher Öffentlichkeitsbegriff läuft „auf ein Mindestmaß an kollektiver Identifizierung mit unseren Mit-Europäern hinaus“ (Risse 2002, 21).

Als Indikatoren zur Analyse von inklusiven Identitätsbezügen dienen explizite Identitätssemantiken wie Wir-Referenzen („Wir Europäer“). Codiert werden dann Referenzen von Akteuren auf eine bestimmte „Wir-Gruppe“ (beispielsweise bei Marianne van de Steeg 2003, 188). Kollektive Identitäten bilden sich aber nicht nur in der Selbstidentifikation der Sprecher mit einem Kollektiv ab, sondern auch in der explizit/manifesten kommunikativen Abgrenzung zu anderen Kollektiven, wie etwa „die in Brüssel“, „die Amerikaner“, etc. (siehe z.B. Kleinen-v. Königslöw et al. 2004, 23). Empirisch schwieriger zu erfassen sind implizite Formen der Inklusion, wie die

²⁸⁷ Die Ergebnisse für die Kronen Zeitung – und mit kleinen Abstrichen jene für den Standard – entsprechen den Befunden von Gerhards (1997, 29), mit denen gezeigt wurde, dass die zivilgesellschaftlichen Akteure das geringste Rationalitätsniveau aufweisen.

Einnahme der Teilnehmerperspektive durch Sprecher, mit der gemeinsame Betroffenheit zum Ausdruck gebracht wird.

Im Folgenden wird kollektive Identität durch die Indikatoren Wir-Bezüge und Die-Bezüge operationalisiert, um analysieren zu können, ob sich ein Akteur (explizit) von einem Gemeinwesen abgrenzt bzw. sich mit einem Gemeinwesen identifiziert. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass explizite Referenzen auf eine Gemeinschaft sicherlich nur als sehr schwacher Indikator für die Entwicklung von kollektiven Identitäten gelten können.²⁸⁸ Tabelle 24 zeigt die Verteilung expliziter Identitätsbezüge, die im Rahmen der Analyse des Osterweiterungsdiskurses gefunden wurden.

Tabelle 24: Explizite Ein- und Abgrenzungssemantiken nach Medien

	Der Standard	Kronen Zeitung	Total
"Wir" Europäer	4	1	5
"Die" in Brüssel od. "die" EU (16), "Die" Europäer (1)	2	15	17
"Wir" Österreicher (34) u. regionale "Wir" (2)	17	19	36
"Die" Österreicher	3		3
andere nationale "Wir" - EU	5		5
andere nationale "Sie" - EU	4	2	6
andere nationale "Wir" - Nicht-EU	1		1
andere nationale "Sie" Nicht-EU	1		1
Total	37	37	74

Chi² = 22,584, df = 9 (signifikant, p < 0,01), Cramer's V = ,552; leere Felder bedeuten keine Nennungen

In Summe enthalten nur 74 von insgesamt 831 Aussagen (8,9%, davon Der Standard: 7,1%, Kronen Zeitung: 11,3%) Identitätsbezüge, mit denen sich der Aussageträger explizit von einem Gemeinwesen abgrenzt („Die“) bzw. sich mit einem solchen identifiziert („Wir“).

Aussagen, die auf eine europäische Identität verweisen, sind mehr als spärlich und lassen sich an einer Hand abzählen. Eine Identifikation mit einem europäischen Gemeinwesen („Wir“ Europäer) finden wir in vier Aussagen im Standard und in einer Aussage in der Kronen Zeitung. Dabei wurde die Identifikation mit dem europäischen Gemeinwesen vier Mal von österreichischen Sprechern vorgenommen und ein Mal von einem Sprecher aus einem anderen EU-Staat.

²⁸⁸ Hier stoßen quantitative Messungen an ihre Grenzen. Identität ist nicht allein über explizite verbale Ein- und Ausgrenzungen messbar. Zur Erfassung einer „Europäisierung kollektiver Identitäten“ unter Berücksichtigung von impliziten Identitätssemantiken bedarf es zum einen qualitativer Methodiken und einer Methodentriangulation. Zum anderen erscheinen Längsschnittanalysen von besonderer Bedeutung, weil es sich bei der Frage der Entwicklung europäischer Identität um einen längerfristigen Prozess handelt.

Die Abgrenzung vom europäischen Gemeinwesen wurde deutlich öfter, vor allem in der Kronen Zeitung vorgenommen (15 Mal). Sie erfolgt überwiegend durch die Abgrenzung zur Europäischen Gemeinschaft, „Die“ in Brüssel oder „Die“ von der EU und sie wird meist durch österreichische Sprecher vorgenommen. Im Standard wurde diese Abgrenzung ein Mal von einem österreichischen Sprecher sowie ein Mal von einem Sprecher aus einem der Erweiterungsstaaten vorgenommen.

Die Identifikation mit dem nationalen Gemeinwesen („Wir“ Österreicher) umfasst 50% aller Inklusions-/Exklusionsbezüge. 19 Aussagen in der Kronen Zeitung sowie 17 Aussagen im Standard weisen explizite nationale oder regionale österreichische „Wir“-Bezüge auf. Somit wird innerhalb der codierten Aussagen im Osterweiterungsdiskurs insgesamt häufiger explizit auf eine nationale Identität rekurriert als auf andere Gemeinwesen.²⁸⁹

Damit zeigen sich – wenn auch auf Basis sehr geringer Fallzahlen – die Annahmen einiger Autoren bestätigt (vgl. z.B. Kielmansegg 1996; Grimm 1995), die davon ausgehen, dass Europa noch weit von einer europäischen Identität entfernt ist. Risse und Van de Steeg (2003, 20f.) finden im Gegensatz dazu in dem von ihnen untersuchten Diskurs über die Sanktionen der EU-14 gegen Österreich aufgrund der Regierungsbeteiligung der FPÖ erste Ansätze einer sich entwickelnden gemeinsamen europäischen Identität. Unsere Ergebnisse können analog zu jenen von Brüggemann et al. (2006, 247) diese eher optimistische Sichtweise nicht bestätigen.

5.7 Fazit

Die allgemein steigende EU-Skepsis in der österreichischen Bevölkerung und die ablehnende Haltung der Österreicherinnen und Österreicher zur EU-Osterweiterung bilden die Ausgangspunkte für die empirischen Untersuchungen zum Osterweiterungsdiskurs in Abschnitt 5. Es wird analysiert, (1) wer in den Zeitungsnachrichten der Qualitäts- und der Boulevardpresse (Der Standard; Kronen Zeitung) zu Wort kommt und zu wem bzw. über wen gesprochen wird, (2) wie dabei die EU-Osterweiterung, der EU-Beitritt der Tschechischen Republik und die Institutionen und Akteure der Europäischen Union beurteilt/bewertet werden, und (3) ob die Erweiterungsdebatte in den österreichischen Tageszeitungen den Kriterien hoher diskursiver Qualität gerecht wird. Die wichtigsten Ergebnisse dieser Untersuchungen lassen sich wie folgt zusammenfassen.

²⁸⁹ Unterschiede in den verschiedenen Untersuchungszeiträumen und zwischen den Medien sind aufgrund der geringen Fallzahl nicht signifikant.

Die anhaltenden Debatten über die EU-Osterweiterung tragen zur Europäisierung der österreichischen Öffentlichkeit bei. Eines der wesentlichen europapolitischen Themen wird auch in der nationalen österreichischen Medienarena teils heftig diskutiert, wie sich anhand der Anzahl der Artikel (vgl. auch Abschnitt 4.5) und anhand der Aussagen in Nachrichtenbeiträgen zum Erweiterungsthema (dieser Abschnitt) zeigen lässt. Wenn die Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit über die Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten erfolgt und nach Medien- und Publikumsaufmerksamkeit für EU-Politik verlangt, so sieht man dieses erste Kriterium anhand des österreichischen Erweiterungsdiskurses erfüllt.

Die österreichische Erweiterungsdebatte trägt aber kaum zur transnationalen Verschränkung der nationalen Öffentlichkeiten in Europa bei. Der mediale Diskurs über die EU-Osterweiterung in Österreich zeigt sich stark nationalisiert und von österreichischen Sprechern des politischen Zentrums dominiert. Über die Erweiterung und die Erweiterungsländer wird zwar viel diskutiert (Adressaten, Objektakteure), ihre Vertreterinnen und Vertreter kommen aber in der Boulevardpresse fast gar nicht und auch in der Qualitätspresse nur selten selbst zu Wort (Aussageträger), um ihre Positionen darzulegen. Dasselbe gilt für die politisch verantwortlichen Vertreter der EU-Institutionen. Wenn besonders sensible europapolitische Entscheidungsprozesse wie die EU-Erweiterung nach gegenseitiger Berücksichtigung und nach der „Einbeziehung der anderen“ Sprecher und Meinungen in den Diskurs verlangen, so ist dieses Qualitätskriterium in der österreichischen Erweiterungsberichterstattung nicht erfüllt.

Außer den EU-Akteuren und den Vertretern der Erweiterungsländer spielen auch die nicht vermachteten, „autochthonen“ zivilgesellschaftlichen Akteure im Erweiterungsdiskurs eine eindeutig untergeordnete Rolle. Eine Inklusion der Zivilgesellschaft in den medial vermittelten Osterweiterungsdiskurs zeigt sich in Österreich nur in Ansätzen. Im intermedialen Vergleich wird deutlich, dass diese vorhandenen Ansätze vor allem auf die Berichterstattung in der Boulevardpresse zurückzuführen sind, wobei die Leserbriefseiten das Hauptforum bilden. Die Redaktion der Kronen Zeitung lässt offenbar mit Vorliebe das Publikum über EU-Themen sprechen. Es werden deutlich mehr Leserbriefe als redaktionelle Kommentare zum Erweiterungsthema veröffentlicht, wobei die veröffentlichten Bürgermeinungen auffallend stark mit der allgemeinen Redaktionslinie korrespondieren.

Der Diskussionsstil im Osterweiterungsdiskurs in österreichischen Medien ist überwiegend akzeptabel, aber zweifelsfrei nicht außerordentlich anspruchsvoll. Die Debatten werden von gegenseitigem Respekt in der Diskussion getragen, doch hoch ausgewogene, faktenbasierte Argumentation bildet in der gesamten Debatte eher die Ausnahme als die Regel.

Erwartungsgemäß unterscheiden sich die Debatten in der Qualitätspresse von jenen in der Boulevardpresse. Das Rationalitätsniveau, gemessen am Umfang von Begründungen, Ausgewogenheit und Faktenbasiertheit in der Argumentation liegt in der Qualitätspresse deutlich höher als in der Boulevardpresse. In Summe sind über drei Viertel aller Aussagen in der Boulevardpresse durch einseitige Ansichten gekennzeichnet, wobei auf Fakten zur Untermauerung von Argumenten verzichtet wird sofern solche überhaupt angeführt werden.

Von zentraler Bedeutung für das Gesamtbild des österreichischen Osterweiterungsdiskurses erscheint vor dem Hintergrund anhaltender EU-Skepsis in der Bevölkerung die *Bewertung/Beurteilung der Erweiterung durch österreichische Akteure*. Insgesamt bewerten diese die EU-Institutionen und Akteure im medialen Diskurs neutral, die Osterweiterung eher positiv und den Beitritt der Tschechischen Republik sehr kritisch. Die Beurteilung der österreichischen Aussageträger korrespondiert nur im Fall des tschechischen EU-Beitritts mit der Bevölkerungsmeinung. Der Europäischen Union stehen Österreicherinnen und Österreicher deutlich skeptischer gegenüber und der Erweiterung deutlich ablehnender, als die im medialen Diskurs zu Wort kommenden österreichischen Akteure.

Auf der Seite der politischen Akteure zeigen sich – mit Ausnahme der FPÖ – überwiegend positive Bewertungen der EU-Akteure und Institutionen sowie der EU-Osterweiterung. In der Frage des EU-Beitritts der tschechischen Republik kippt das Meinungsbild jedoch. Hier teilt eine breite politische Basis die kritische Haltung gegenüber dem grenznahen AKW Temelin und stellt die Verbesserung der AKW-Sicherheitsstandards oder eine Umweltverträglichkeitsprüfung als Bedingung für den EU-Beitritt Tschechiens. Deziert und durchwegs positiv – auch in der heiklen Temelin-Frage – äußern sich lediglich die Redakteure des Standard und Akteure der Wirtschaft, die einen bedingungslosen EU-Beitritt Tschechiens unterstützen und die Entkoppelung der Temelin-Diskussion von der Erweiterungsdebatte fordern.

Im Pressevergleich zeigt sich eine Polarisierung zwischen der Boulevardpresse (Kronen Zeitung) auf der einen und der Qualitätspresse (Der Standard) auf der anderen Seite. Tendenziell gilt, dass österreichische Akteure, die im Standard zu Wort kommen, weitgehend positiv urteilen, allerdings nicht ganz so positiv wie die Redakteure des Standard selbst. Sprecher, deren Meinungen in der Kronen Zeitung zu lesen sind, urteilen in Summe deutlich negativer, wenn auch nicht ganz so negativ wie die Kronen Zeitungs-Redaktion. Die Datenlage zeigt deutlich, dass es vor allem die Journalisten der Kronen Zeitung und häufig auch ihre Leserbriefschreiber sind, die sich am vehementesten gegen die Osterweiterung, gegen Temelin und gegen den tschechischen EU-Beitritt aussprechen. Die Ergebnisse zeigen die Kronen Zeitung als mediale Speerspitze der

österreichischen EU-Kritik. Auch in der Literatur wird häufig unterstellt, dass Medienakteure europäische Politik deutlich negativer bewerten als andere Akteure. Dies trifft im speziellen Fall der meistgelesenen österreichischen Tageszeitungen eindeutig zu und eröffnet zwei Sichtweisen für die Interpretation:

Aus integrationspolitischer Perspektive wird die Europa-Skepsis in Medien als Gefahr für die weitere Entwicklung der Europäischen Union gesehen: Die zunehmend kritische europapolitische Medienberichterstattung treffe auf eine zunehmend skeptische Haltung der Bevölkerung zu Europa und umgekehrt (vgl. etwa Thomaß 2002; Birk 2004). Dieses Zusammenspiel vollziehe sich stark zu Lasten der Unterstützung der Europäischen Union in breiten Bevölkerungskreisen, auf Kosten des politischen Integrationsfortschritts und bringe das europäische Einigungs- und Friedensprojekt in Gefahr. Der Kronen Zeitung wird daher bisweilen vorgeworfen, nicht unbeteiligt an der EU-kritischen Stimmung in Österreich und an der wachsenden Ablehnung des europäischen Einigungsprojekts zu sein.²⁹⁰

Aus demokratiethoretischer Perspektive wird die Zunahme an EU-kritischer Berichterstattung und EU-Skepsis in der Bevölkerung auch durchaus positiv bewertet (vgl. Abromeit 2003, auch Eder 2000). Kritische Resonanzen auf die von EU-Institutionen vorgebrachten Themen und Positionen zwingen die EU-Institutionen zur Rechtfertigung, wodurch ein öffentlicher Diskurs beginne, der verstärkt Selbst-Legitimierung seitens der europäischen Institutionen nach sich ziehe. Gerade konfliktive, kontrovers diskutierte Themen würden besonders zur Europäisierung und Transnationalisierung von Öffentlichkeit beitragen (Tobler 2006). Öffentlichkeit wird nicht nur als Kommunikationssphäre, sondern mit Blick auf Medienfunktionen auch als Kontrollsphäre (Meyer 2002) beschrieben. In dieser Perspektive kommt medialer Kritik und Skepsis eine demokratiepolitisch zweifellos bedeutende Rolle zu, in der sich auch die EU-kritischen Medien gerne selbst sehen.²⁹¹

Doch *beide Perspektiven greifen zu kurz*, wie anhand der Berichterstattung im Osterweiterungsdiskurs argumentiert werden kann: Die integrationspolitische Perspektive fordert meist implizit, bis weilen sogar explizit, eine stärkere Europa-Unterstützung durch Medien, pro-

²⁹⁰ So zeige sich beispielsweise, „dass die Wellen der Anti-EU-Stimmung - die sich in der Serie der Meinungsumfragen manifestieren - deutlich zusammenhängen mit dem massierten Auftreten von EU-kritischen Themen in der Kronen-Zeitung“ (Gehmacher 2004). Vitouch/Mayer (vgl. 2004, 17) zeigen, dass die Darstellung der EU in der Kronen Zeitung niedrig aber hochsignifikant mit dem Skeptizismus gegenüber der Europäischen Union korreliert. In Monaten vor Umfragen, deren Ergebnisse eine hohe EU-Skepsis zeigen, findet sich ein signifikant höherer Anteil explizit negativer Darstellungen.

²⁹¹ Beispielhaft für dieses Selbstverständnis sieht etwa der Außenpolitik-Redakteur der Kronen Zeitung Kurt Seinitz seine Rolle u.a. darin, Politiker auf den Boden der Tatsachen zurückzuholen, wenn diese glauben würden, auf Wolken schweben zu können. „Das machen wir mit unseren Kommentaren und gelegentlich müssen wir einen scharfen Ordnungsruf erteilen“ (Kurt Seinitz im Film „Tag für Tag ein Boulevardstück“ von Nathalie Borgers). Meyer (2002, 146) zeigt, dass für 15,6% der EU-Korrespondenten die Hautaufgabe ihrer EU-Berichterstattung darin besteht, Europapolitik zu hinterfragen und zu kontrollieren.

europäischen Lobbying-Journalismus und „Hofberichterstattung“, mit dem die zentralen europäischen Akteure und Institutionen gegen Kritik in Schutz genommen werden sollen. Ignoriert wird damit jedoch die zentrale demokratische Aufgabe der Medien durch Kritik – und somit auch durch dezidiert negative Beurteilungen – in europapolitischen Angelegenheiten zur Kontrolle beizutragen und „Missstände“ aufzuzeigen.

Die demokratiepolitische Perspektive bietet demgegenüber den entsprechenden Raum für Skepsis, Kritik, negative Urteile und für Konflikte, die als wichtige Elemente politischer Kommunikationsprozesse gesehen werden. Sie ignoriert jedoch die Praxis europapolitischer Kommunikation: Es mangelt zwar nicht – wie oben gezeigt werden konnte – an „kritischen Resonanzen auf die von EU-Institutionen vorgebrachten Themen“, wie etwa die Osterweiterung. Doch im medialen Diskurs fehlt es an sichtbaren Antworten und Rechtfertigungen der politisch verantwortlichen EU-Akteure auf die vorgebrachte Kritik. Die demokratiepolitisch erwünschte Kommunikationsspirale aus Kritik und Rechtfertigung wird überlagert von Kommunikation im Einbahnstraßenformat, mit der nationale Akteure – vor allem innerhalb der Boulevardzeitung – Fragen und Kritik aufwerfen, auf die seitens der politisch Verantwortlichen nicht geantwortet wird oder nicht geantwortet werden kann.

Unsere Analyse könnte nun im Glauben enden, eines der zentralen Defizite europapolitischer Kommunikation – nämlich die mangelnde „Einbeziehung der Anderen“ – identifiziert und empirisch bestätigt zu haben. Tatsächlich wirft die Diagnose aber eine Reihe von *Anschlussfragen* auf, die das kommunikative Verhalten der zentralen verantwortlichen politischen Akteure und der Medien, die medialen und politisch-institutionellen Strukturbedingungen europapolitischer Kommunikation und die Wechselwirkungen zwischen Marktmacht und Meinungsmacht betreffen. Einige der wesentlichen Fragen für die weiterführende Forschung sollen im Folgenden anhand von 5 Problemkomplexen vor dem Hintergrund unserer Ergebnisse zur Erweiterungsdebatte zur Diskussion gestellt werden.

1) *Bringschuld der EU-Akteure?*

EU-Politik und ihre Vertreter stehen häufig im Kreuzfeuer der Kritik aus den Nationalstaaten. Seitens der zentralen supranationalen politischen Akteure finden sich aber – wie in dieser Untersuchung deutlich gezeigt werden kann – kaum direkte, zeitlich synchron wahrnehmbare Antworten und Rechtfertigungen auf die in nationalen Medienarenen vorgebrachten aktuellen Fragen und EU-Kritik. EU-Akteure kommen in der von nationalen politischen Akteuren dominierten Medienarena kaum selbst zu Wort. Die Einseitigkeit im Kommunikationsmuster (von

nationalstaatlichen Akteuren an die EU-Akteure, aber nicht umgekehrt) bildet einen markanten Unterschied zu nationalstaatlichen politischen Diskussionsmustern, die in weit höherem Maß von direkter „Rede und Widerrede“ geprägt zu sein scheinen.

Liegt hier die Antwort dafür, dass Brüssel bis jetzt nur als ferner Ort wahrgenommen wird und dass Europa scheinbar nicht zuhört und Antworten schuldig bleibt? Wie sollen die zentralen verantwortlichen EU-Akteure auf vielfältige Kritik, die in den nationalen Arenen Europas geäußert wird überhaupt problemadäquat und effizient reagieren? Welcher Modus des Kommunikationsmanagements bietet sich an, wenn die Kritik an der EU und ihrer Politik sich so heterogen zeigt, wie die ihr zugrunde liegenden legitimen (nationalen, regionalen, lokalen) Interessen, Sorgen und Wünsche der europäischen Bevölkerung. Ein vereinheitlichtes, undifferenziertes EU-News-Management bietet aufgrund schwach diversifizierter Problem- und Interessensensibilität keine Lösung.²⁹² Die Diversifizierung der Kommunikationsstrategie entlang der vielfältigen Kritikpunkte aus 25 nationalen Arenen ist mit zahlreichen Umsetzungsproblemen konfrontiert. Wie weit reicht die kommunikative Bringschuld der verantwortlichen EU-Akteure?

2) Bringschuld nationaler politischer Akteure?

Rechtfertigungen für EU-Politik und Antworten auf die vorgebrachte EU-Kritik müssen nicht notwendigerweise ausschließlich durch Reaktionen seitens supranationaler Akteure im engen Sinn erfolgen, um den kommunikativen Kreislauf aus Rede und Widerrede sowie Kritik und Rechtfertigung am Laufen zu halten. Auch jene „nationalen Verantwortungsträger“, die an EU-politischen Entscheidungsprozessen beteiligt sind, stehen unter Rechtfertigungszwang, und zwar vor allem dann, wenn Entscheidungen auf EU-Ebene von ihnen selbst mitgetragen werden. In der rezenten Literatur wird häufig argumentiert, dass die Intransparenz der Entscheidungsprozesse in den EU-Ministerräten nationalen Regierungsvertretern einen breiten Interpretationsspielraum einräume, der dazu genutzt wird, positive Verhandlungsergebnisse als „eigenen Erfolg“ darzustellen, aber die Verantwortung für unpopuläre Maßnahmen abzuwälzen.²⁹³ Innenpolitische Kalküle führen dazu, dass entweder kaum klare europapolitische Positionen bezogen werden, oder dass die in Brüssel bezogenen Positionen von jenen, die in der nationalen Arena vertreten werden, abweichen.

²⁹² Einem vereinheitlichten, undifferenzierten EU-News-Management wirkt im europäischen Kontext auch die unterschiedliche Verfasstheit der politischen und medialen Systeme und Kulturen entgegen (vgl. Hahn/Rosenwerth/Schröder 2006).

²⁹³ Vgl. Loitz (2000, 16f.); Schlesinger/Kevin (2000, 216). Meyer (2003, 239) sieht dabei auch Versäumnisse der nationalen Medien: „Für unpopuläre Maßnahmen konnten die Europäische Kommission, Brüssel oder ein anonymer Stabilitätspakt verantwortlich gemacht werden, ebenso wie das Scheitern von Vorschlägen im Ministerrat gerne anderen Mitgliedsländern in die Schuhe geschoben wurde. Dieses Verhalten ist den politischen Akteuren kaum vorzuwerfen, gehört es doch zum meinungsbildenden Spiel in Demokratien. Das Versäumnis liegt hier vielmehr auf der Seite der Medienvertreter, die sich bei der Recherche nur in den eigenen nationalen Zirkeln bewegen.“

Die Vermutungen werden durch unsere Ergebnisse zum Erweiterungsdiskurs zum Teil bestätigt: Auf der Seite der politischen Akteure reichen die Bewertungen der EU-Erweiterung von deutlich positiven Beurteilungen durch den Bundespräsidenten, die Oppositionsparteien (Grüne, SPÖ) und die Akteure der Bundesregierung und eher positiven Bewertungen durch „einfache“ Mitglieder der ÖVP bis zu deutlich negativen Beurteilungen durch „einfache“ Mitglieder der FPÖ, die als Personen selbst nicht in Regierungsverantwortung stehen. Auch das in Summe positive Urteil der Akteure der Bundesregierung resultiert nicht aus einer homogenen Regierungslinie, sondern ergibt sich vor allem aus zahlreichen und überwiegend positiven Stellungnahmen der ÖVP-Regierungsmitglieder. FPÖ-Regierungsmitglieder bewerten negativer und deutlich seltener, aber insgesamt neutral. Die Ergebnisse zeigen die Gespaltenheit der FPÖ in Fragen der EU-Erweiterung,²⁹⁴ die letztlich auch für das vorzeitige Ende der ÖVP-FPÖ Koalition mitverantwortlich zeichnete.²⁹⁵ Am Beispiel der FPÖ-Politik zur EU-Erweiterung stellt sich die Frage, inwieweit grundsätzliche Bekenntnisse zu europapolitischen Zielen (Beispiel Erweiterung) mit tagespolitischer Kritik an der praktischen Umsetzung dieser Ziele (Beispiel Temelin, etc.) vereinbar sind, und welche Auswirkungen die Kombination aus Zustimmung und Kritik auf die Transparenz der parteipolitischen Positionen für Wählerinnen und Wähler in Fragen der EU-Politik haben. Darüber hinaus stellt sich die Frage, welche Rolle nationale politisch verantwortliche Akteure im Rechtfertigungsdiskurs für teils kritisierte EU-Maßnahmen spielen können und sollen, wenn sie im Spannungsfeld nationaler und europäischer Interessen agieren und Verantwortung für unpopuläre Maßnahmen gerne auf „die EU“ abwälzen, deren politische Entscheidungen sie aber weitgehend selbst mittragen.

3) Holschuld der Medien?

²⁹⁴ In den 1990er Jahren war die FPÖ als Oppositionspartei gegen die EU-Osterweiterung eingetreten. Erst mit dem Regierungseintritt 2000 wurde den FPÖ-Spitzenfunktionären unter dem Druck des Bundespräsidenten ein explizites Bekenntnis zur Erweiterung abgerungen: „Die Bundesregierung bekennt sich zum Friedensprojekt Europa. Die Zusammenarbeit der Koalitionsparteien beruht auf einem Bekenntnis zur Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union. (...) In der Vertiefung der Integration und der Erweiterung der Union liegt auch Österreichs Zukunft.“ (Siehe „Verantwortung für Österreich – Zukunft im Herzen Europas. Präambel zur Regierungserklärung. Verfasst von Bundespräsident Thomas Klestil und unterzeichnet von Wolfgang Schüssel und Susanne Riess-Passer. Wien, am 29. Februar 2000). In zahlreichen tagespolitischen Stellungnahmen wurde die Zustimmung zur Erweiterung in der Folge jedoch wieder grundsätzlich in Frage gestellt, etwa mit der Einleitung einer Volksbefragung (FPÖ Burgenland), mit der Forderung nach einer Volksabstimmung (FPÖ-Niederösterreich), oder mit der Forderung, die Beitrittsverhandlungen überhaupt auszusetzen. Noch öfter wurde die FPÖ-Zustimmung zur Erweiterung an Bedingungen geknüpft. Z.B. an die Aufhebung der Avnoj-Beschlüsse (Jörg Haider am 09.10.2000 in der Standard oder Martin Strutz am 23.01.02 in der Kronen Zeitung), und der Benes-Dekrete (z.B. Susanne Riess-Passer am 27.01.2002 in der Kronen Zeitung, am 23.01.2002 in Der Standard oder Jörg Haider am 28.01.2002 in Kronen Zeitung und Standard), an die Stilllegung des AKW-Temelin (z.B. Hannes Achatz, Jörg Haider, Karl Schweitzer, Susanne Riess-Passer), an die Verlängerung der Übergangsfrist für die Freizügigkeit am Arbeitsmarkt, die Reduktion der Sozialleistungen für Zuwanderer aus den osteuropäischen Mitgliedsländern auf das Niveau der jeweiligen Herkunftsländer und an die Reduktion des EU-Budgets für die Erweiterung). Für einen Überblick siehe Preglau (2004).

²⁹⁵ Am 9. September 2002 erfolgte der Rücktritt des Kerns des freiheitlichen Regierungsteams, v.a. aufgrund der innerparteilichen Uneinigkeit in Fragen der Steuerreform und der EU-Osterweiterung. Kanzler Schüssel und die ÖVP beenden daraufhin die ÖVP-FPÖ Koalition vorzeitig u.a mit der Begründung die drohende Blockade der Erweiterung („Herzstücks der Koalitionsvereinbarung“) durch die FPÖ verhindern zu wollen. Kanzler Schüssel und Außenministerin Ferrero-Waldner nutzten in der Folge das „window of opportunity“, um bei den EU-Gipfeln in Brüssel (Oktober 2002) und Kopenhagen (Dezember 2002) der Erweiterung und dem Finanzierungsplan zuzustimmen (vgl. Preglau 2004).

Ergebnisse der Analysen zum Erweiterungsdiskurs basieren auf der Auswertung jener Aussagen, die in den Medien zu lesen sind. Die Daten zeigen nur wenige Aussagen von EU-Akteuren zum Erweiterungsthema in österreichischen Medien und indizieren eine schwache Berücksichtigung der EU-Akteure in der Erweiterungsdebatte. Offen bleibt aber die Frage, ob europäische Akteure tatsächlich nicht ausreichend auf die Kritik reagieren oder ob ihre Positionen in der Presse – vor allem im Boulevard – ganz bewusst nicht wiedergegeben werden? Wo endet die „Bringschuld“ der EU-Akteure und welche „Holschuld“ haben die Medien bei der Vermittlung und Interpretation der Positionen der zentralen EU-Akteure? Wie weit reicht die Pflicht der Medien, gerade jene politischen Akteure auch selbst zu Wort kommen zu lassen, die von den Journalistinnen und Journalisten besonders heftig angegriffen und negativ beurteilt werden?

Die Datenlage zeigt auch die heterogene Position zur Erweiterung im Parteienspektrum und innerhalb der Regierung. Wir finden unterschiedliche Parteipositionen innerhalb der gleichen Medien, und noch größere Unterschiede in der vermittelten Parteienmeinung im intermedialen Vergleich (Qualitäts- vs. Boulevardpresse). Einiges deutet darauf hin, dass die Presseberichterstattung durch eine tendenziell selektive Berücksichtigung der unterschiedlichen Meinungen gekennzeichnet ist. Wie anders ist zu erklären, dass sich in den beiden Tageszeitungen unterschiedliche Bewertungen etwa der EU-Erweiterung durch dieselben politischen Akteure finden lassen, wobei die publizierten Aussagen auffallend stark mit der Redaktionslinie korrespondieren.²⁹⁶ Welche Pflicht besteht zu „objektiver, ausgewogener“ Berichterstattung und zur damit verbundenen Wiedergabe anderer, von der Redaktionslinie abweichender Meinungen. Ist einseitige Berichterstattung mit professionellen, berufsethischen Standards vereinbar und welche Ansprüche an journalistische Ethik können speziell für die Boulevardpresse überhaupt formuliert und realistischerweise erwartet werden? Wo endet das notwendige Maß an Selektion, wann wird die Grenze zum Kampagnen-Journalismus überschritten und ab wann wird Einseitigkeit in der Berichterstattung demokratiepolitisch problematisch?

4) Binnen- oder Außenpluralismus?

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen eine polarisierte „Medienmeinung“ zu Fragen der Osterweiterung, die sich sowohl in der meinungsbetonten als auch in der tatsachenbetonten Berichterstattung manifestiert. Die Unterschiede in der Medienmeinung mit den vorläufig identifizierten äußeren Pol-Enden Kronen Zeitung (contra) und Der Standard (pro) können als Ausdruck und wesentliches Element eines breiten und vielfältigen Meinungsspektrums zur EU-Erweiterung interpretiert werden. Aus dieser Perspektive sind auch einseitige Kampagnen und

²⁹⁶ So urteilen beispielsweise ÖVP-Akteure in der Kronen Zeitung deutlich negativer als im Standard, ebenso, wenn auch in etwas geringerem Ausmaß, die Politiker der SPÖ, der FPÖ und die Unternehmensverbände.

die selektive Wiedergabe von Meinungen nicht notwendigerweise als medien- oder demokratiepolitisches Problem zu sehen. Das Regulierungsmodell im Printbereich strebt keinen Binnenpluralismus an, mit dem innerhalb der einzelnen Pressetitel für eine ausgewogene Berücksichtigung der Akteure und Meinungen gesorgt werden soll.²⁹⁷ Meinungsvielfalt soll vielmehr durch Außenpluralismus gesichert werden, durch eine möglichst große Anzahl an publizistischen Einheiten im Medienmarkt, die die Vielzahl bzw. Vielfalt an Inhalten und Meinungen widerspiegelt. Die ordnungspolitischen Vorstellungen sind hier eindeutig und zielen auf einen funktionsfähigen Außenpluralismus ab. Aber wie funktionsfähig ist dieser Außenpluralismus in Österreich tatsächlich? Welche Zusammenhänge bestehen zwischen Medienvielfalt und Meinungsvielfalt, zwischen Marktmacht und Meinungsmacht? Welche Effekte können von der zunehmend kritischeren EU-Berichterstattung der reichweitenstarken Kronen Zeitung²⁹⁸ erwartet werden, sowohl in Bezug auf die Bevölkerungseinstellung zur österreichischen Mitgliedschaft in der EU, als auch in Bezug auf die Haltung der zentralen verantwortlichen Akteure in EU-politischen Fragen und Entscheidungsprozessen?

Zusammenfassend werfen die Ergebnisse in diesem Untersuchungsabschnitt mehr Fragen auf als sie beantworten. Für die Beantwortung der Fragen fehlen insbesondere Längsschnittanalysen zur Klärung der Zusammenhänge zwischen der Entwicklung der Bevölkerungseinstellung, der Entwicklung medialer Strukturbedingungen und medialer EU-Berichterstattung sowie den politischen Entscheidungsprozessen. Die bruchstückhaft vorliegenden Ergebnisse zur EU-Medienberichterstattung in dieser und einigen wenigen anderen Untersuchungen erlauben die Reflexion dieser Ergebnisse vor dem Hintergrund der umfassender dokumentierten Datenlage zur Bevölkerungseinstellung aus der Demoskopie. Die jeweils auf kurze Untersuchungszeiträume beschränkten Analysen können die bis dato fehlenden Langzeitbeobachtungen ergänzen, aber nicht ersetzen. Die Brisanz der Erweiterung für die Zukunft Österreichs und Europas und die demokratiepolitische Bedeutung der Klärung von Fragen zum Zusammenhang von medialer Marktmacht und Meinungsmacht sollte verstärkte Investitionen in Forschungsarbeit rechtfertigen. Gerade der langwierige, schwierige und andauernde Entscheidungsprozess über die Erweiterung der Europäischen Union würde sich für eine umfassende Langzeituntersuchung eignen.

²⁹⁷ Im *öffentlich-rechtlichen Rundfunk* soll innere Vielfalt (Binnenpluralismus) durch organisationsstrukturelle und inhaltliche Vorgaben gesichert werden. Gemäß § 4 (2) ORF-G hat das ORF-Programmangebot sich an der Vielfalt der Interessen aller Hörer und Seher zu orientieren und sie ausgewogen zu berücksichtigen. Für den privatwirtschaftlich organisierten Printmediensektoren bestehen keine vergleichbaren Vorgaben für Binnenpluralismus.

²⁹⁸ Die marktbeherrschende Stellung der Kronen Zeitung manifestiert sich sowohl im Umfang der verkauften Auflage als auch in der Reichweite. Laut jüngsten Daten wird die Boulevardzeitung von über 3.000.000 (44,9%) ÖsterreicherInnen gelesen. Die Kronen Zeitung erreicht damit fast die Hälfte des Gesamtmarktes, was eine sehr hohe publizistische Konzentration bedeutet (vgl. Brantner/Langenbacher 2003, 48). In der ökonomischen Konzentration liegt die Verlagsgruppe Mediaprint, der die Kronen Zeitung und der Kurier zuzurechnen sind, mit weit über 50% sowohl in der Berechnung nach Reichweite als auch nach Verkaufsauflage an der Spitze. Sie überschreitet damit die Akzeptanzschwelle für ökonomische Konzentration, die für die ersten vier Unternehmen in einem Markt bei 50% liegt (vgl. Brantner/Langenbacher 2003, 49). Der österreichische Pressesektor ist sowohl publizistisch als auch ökonomisch ein hoch konzentrierter Markt.

6 Resümee

Die vielfach konstatierten Defizite europäischer Öffentlichkeit und ihre Auswirkungen auf Demokratie und Integration in der Europäischen Union bilden den Ausgangspunkt für die vorliegende Analyse, die sich mit der Frage der Europäisierung der österreichischen Öffentlichkeit beschäftigt. Politische Öffentlichkeit, verstanden als intermediärer Kommunikationsraum, der Akteure des politisch-administrativen Systems, Akteure der (organisierten) Zivilgesellschaft und Interessengruppen sowie Bürgerinnen und Bürger miteinander verbindet, soll im nationalen wie auch im europäischen Rahmen zur politischen Legitimation und zur gesellschaftlichen Integration beitragen. Form und Ausmaß europäischer Öffentlichkeit sind daher mitbestimmend für die demokratische Qualität und den sozialen Zusammenhalt in der Europäischen Union. Potenzielle Öffentlichkeitsdefizite im Kommunikationsraum Europa rechtfertigen eine eingehende Auseinandersetzung mit der Entwicklung und den Hindernissen für die Europäisierung von Öffentlichkeit.

Wie aber eine europäische Öffentlichkeit, die der europäischen Mehrebenen-Politik entspricht, idealtypisch aussehen soll, wie der Weg ihrer Entstehung zu skizzieren ist und auf welcher Stufe dieses Weges sich Europa derzeit befindet, sind umstrittene Fragen, die derzeit höchst unterschiedlich beantwortet werden. Der Überblick zum theoretischen und empirischen Forschungsstand zeigt ein äußerst heterogenes Feld an theoretischen Konzepten europäischer Öffentlichkeit und verschiedenste Analyseansätze zur Erfassung ihrer Existenz, ihres Ausmaßes und ihrer Qualität. In Summe liegen selektive Ergebnisse zu jeweils einzelnen Merkmalen europäischer Öffentlichkeit vor, die noch keine Gesamtbeurteilung von Entwicklungstrends ermöglichen. Als Konstante in der Debatte um die Entstehung europäischer Öffentlichkeit kann aber festgehalten werden, dass nie behauptet wird, Europa verfüge bereits über eine ausreichend breite, tragfähige politische Öffentlichkeit. Auch in optimistischen Einschätzungen werden Defizite identifiziert und Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt.

Entsprechend häufig wird in der aktuellen Debatte über die Zukunft der Europäischen Union die Bedeutung von mehr „Bürgernähe“, von „Demokratie, Diskussion und Dialog“ und „besserer Kommunikation“ betont. Bisweilen wird die Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit von hochrangigen politischen Akteuren explizit gefordert, wenngleich die Vorstellung, die Herstellung von Öffentlichkeit lasse sich einfach politisch beschließen, wenig praxisnah ist. Praxisnäher erscheint die Vorstellung, dass die Europäisierung von Öffentlichkeit – so wie die Demokratisierung der Europäischen Union – als komplexer Prozess zu verstehen ist, für dessen Erfolg die Politik, die Medien und die Bürgerinnen und Bürger letztlich gemeinsam verantwortlich zeichnen. Politische

Akteure können zur Europäisierung der Öffentlichkeit durch institutionelle Reformen und Responsivität, die Medien durch Aufmerksamkeit, Kritik und Kontrolle, die Bürger und Bürgerinnen durch Interesse und Beteiligung beitragen.

In Fragen der Formierung einer europäischen Öffentlichkeit rückt in der rezenten Literatur immer stärker ein Entwicklungspfad in den Vordergrund, der die Bedeutung der Transnationalisierung politischer Kommunikation betont. Der Weg zur europäischen Öffentlichkeit führt über die zunehmende Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten und deren gegenseitige transnationale Verschränkung. Die verstärkte Politisierung der EU und die Zunahme an Konflikten, wie etwa die Diskussionen über das Tempo und den Umfang der EU-Erweiterung, erhöhen den Bedarf an transnationalen Debatten und werden – so eine zentrale These in der akademischen Diskussion – zur Verdichtung der grenzüberschreitenden Kommunikation in der EU führen. Dabei ist zu beachten, dass sich europäische Öffentlichkeit aus differenzierten, fragmentierten oder segmentierten Öffentlichkeitsarenen bzw. Teilöffentlichkeiten zusammensetzt, die in unterschiedlicher Stärke durch kommunikative Interaktion integriert und miteinander vernetzt sind. Der Europäisierungsprozess lässt sich empirisch anhand von horizontalen und vertikalen Kommunikationsverdichtungen erfassen.

Eine derartige Perspektive auf den Entwicklungspfad europäischer Öffentlichkeit öffnet ein weites Feld für die empirische Kommunikationsforschung. Es geht dabei einerseits um die Analyse der Strukturbedingungen, der Niveaus und der Entwicklungstrends der Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten, im Sinne von Aufmerksamkeit für EU-Politik im nationalen Rahmen. Und es geht andererseits um die Erfassung der Entwicklung der Dichte der grenzüberschreitenden Kommunikation in Europa, also um die Austauschbeziehungen zwischen Akteuren, Positionen und Argumenten aus den verschiedenen EU-Ländern. Hauptaugenmerk in der Forschung wird daher auf die Analyse nationaler Medienberichterstattung über die EU-Politik und die europapolitisch relevante Politik in anderen EU-Mitgliedstaaten sowie die zentralen Konflikte in der EU-Politik gelegt, um Stand, Entwicklung und Triebkräfte der Europäisierung politischer Kommunikation zu erfassen.

Dabei fällt auf, dass sich die empirische Forschung bislang auf die EU-Medienberichterstattung in der Qualitätspresse der großen EU-Nationen konzentriert, und dass zur Entwicklung der EU-Berichterstattung in Österreich (Langzeitperspektive) kaum empirische Ergebnisse vorliegen. Vorliegende Arbeiten mit Österreich-Bezug nehmen meist nur kurze Untersuchungszeiträume und ausgewählte Themen in den Blick, wie beispielsweise die Debatten um den Verfassungsvertrag oder die Ereignisse rund um die Regierungsbeteiligung der FPÖ und die EU-Sanktionen gegen die

österreichische Regierung. Der österreichischen Berichterstattung über die EU-Erweiterung, eines der zentralen europapolitischen Themen der vergangenen Jahre, sind noch keine speziellen Analysen gewidmet. Dies ist erstaunlich, weil in Österreich die EU-Skepsis im Allgemeinen und die Ablehnung der EU-Erweiterung im Speziellen besonders ausgeprägt sind, wobei vor allem die EU-Erweiterung besonders kontrovers diskutiert und für die starke EU-Skepsis in der Bevölkerung mitverantwortlich gemacht wird. Diese Untersuchung soll einen Beitrag zur Schließung dieser Forschungslücken leisten, indem der Stand und die Entwicklung der Europäisierung der österreichischen Öffentlichkeit und der EU-Erweiterungsdiskurs in der medialen Öffentlichkeit untersucht werden.

Die detaillierte Analyse der Europäisierung einer nationalen Öffentlichkeit liefert einen weiteren Baustein für ein umfassendes Gesamtbild zur Entstehung europäischer Öffentlichkeit. Der Mehrwert dieser Untersuchung besteht vor allem in der Anwendung bewährter Ansätze auf ein bisher eher wenig berücksichtigtes Untersuchungsland. Den konzeptionellen Kern der Untersuchung bildet ein mehrdimensionales Analysedesign zur Erfassung von Formen und der Entwicklung europäischer Öffentlichkeit. Dieses Design ist an normativen Anforderungen aus unterschiedlichen Demokratiemodellen orientiert (Transparenz, Interaktion, Partizipation, Diskursivität, Identität), es verzichtet somit auf einseitige normative Fixierungen und versteht Europäisierung von Öffentlichkeit als langfristigen Prozess. Europäische Öffentlichkeit wird damit als multidimensionales, graduelles und prozessuales Phänomen beschrieben, das anhand mehrerer Analyseparameter erfasst wird, die verschiedene, zunehmend anspruchsvollere Ausprägungen und Aspekte von Europäisierungsprozessen umfassen. Wir identifizieren und kombinieren dafür weithin „anerkannte“ Ansätze und Parameter zur empirischen Erfassung von Europäisierung, wodurch die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit jenen aus anderen Arbeiten ermöglicht wird.

Für die Anwendung des Analysedesigns auf den Fall Österreich werden zahlreiche forschungsrelevante Einschränkungen getroffen und Schwerpunkte gesetzt, die sich wie folgt zusammenfassen und begründen lassen:

Untersuchungsbereich ist die EU-Berichterstattung in der *massenmedialen Öffentlichkeit*. In der „Mediengesellschaft“ erfolgt Politikvermittlung vor allem durch Medien, und nur Massenmedien ermöglichen die kontinuierliche und dauerhafte Beobachtung von Politik durch Bürgerinnen und Bürger. Die Untersuchung beschränkt sich weiters auf Leitmedien politischer Kommunikation, denen zentrale Bedeutung für Informationen über EU-Politik zugeschrieben wird, weil sie Diskurse aus anderen Öffentlichkeitsarenen aufnehmen, filtern, zu massenmedial beobachtbaren Kommunikationsereignissen bündeln und dadurch Anschlusskommunikation in anderen Arenen und auf den unterschiedlichen Ebenen des politischen Systems auslösen können. Nachdem sich die

rezente Forschung aber vorwiegend auf die Qualitätspresse konzentriert, bleiben die Beiträge der TV-Nachrichten und der reichweitenstarken Boulevardpresse für Europäisierungsprozesse bislang unterbeleuchtet. Wir leisten einen Beitrag zur Schließung dieser Forschungslücken, indem wir die Informationsangebote zu europapolitischen Themen im Fernsehen (ORF-ZIB), in der Qualitätspresse (Der Standard) und in der Boulevardpresse (Kronen Zeitung) untersuchen und miteinander vergleichen. Damit wird auch der zentralen Stellung der reichweitenstärksten Boulevardzeitung im österreichischen Mediensystem Rechnung getragen.

Die Frage der Demokratie stellt sich dort, wo Macht entsteht. Dies gilt im weiten europapolitischen Kontext v.a. für die politische Europäische Union und ihre zentralen supranationalen und nationalen Akteure. Wir fokussieren in unserer Analyse daher auf die EU. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass Macht (gemessen an politischen Kompetenzen) in der Europäischen Union weder über alle Politikfelder hinweg auf der EU-Ebene konzentriert noch in allen Politikbereichen gleichmäßig zwischen der EU und den Nationalstaaten verteilt ist. Deshalb bieten wir eine differenzierte Analyse, die variierende Kompetenzen im System der Multi-level Governance in unterschiedlichen Politikfeldern berücksichtigt.

Die Basisanforderung nach Transparenz und Sichtbarkeit der EU-Politik gilt weitgehend themenübergreifend für all jene Politikfelder, in denen die EU steuernd oder regulierend eingreift. Transparenz kann u.a. anhand der medialen Aufmerksamkeit für europapolitische Themen gemessen werden. Dabei soll der politische und ökonomische Integrationsprozess in Europa auch von zunehmender medialer EU-Berichterstattung im Zeitverlauf begleitet sein (vertikale Europäisierung). Für besonders sensible Schlüsselfragen der EU-Politik und für jene Politikfelder, in denen Mehrheitsentscheidungen gefällt werden können, ist zudem steigende mediale Aufmerksamkeit für die Akteure und Positionen aus anderen EU-Mitgliedstaaten erforderlich (horizontale Europäisierung). Es wird zunehmend wichtiger zu wissen wer, aus welchen Gründen wie, und möglicherweise anders entscheiden möchte als politischen Vertreter des jeweils eigenen Landes. Für die Erfassung vertikaler und horizontaler Europäisierungsprozesse messen wir den Anteil an EU-Referenzen im Gesamtnachrichtenvolumen der wichtigsten österreichischen Fernsehnachrichtensendung (ORF Zeit im Bild) sowie die Entwicklung der medialen Aufmerksamkeit für die anderen EU-Staaten (Nachrichtengeographie) in einer Längsschnittanalyse von 1995 bis 2004 und differenzieren Europäisierungsniveaus in der Berichterstattung über unterschiedliche Politikfelder.

Im Anschluss präzisieren, prüfen und ergänzen wir die Ergebnisse aus den Überblickserhebungen zur Langzeitentwicklung durch eine detaillierte Untersuchung der „jüngeren“ EU-Berichterstattung im Zeitraum 2002-2004. Mittels Inhaltsanalysen der Nachrichtenbeiträge im Fernsehen (ORF-ZIB), in der Qualitätspresse (Der Standard) und der Boulevardpresse (Kronen Zeitung) werden Europäisierungsformen und -niveaus im intermedialen Vergleich bestimmt.

Hintergrund für den systematischen intermedialen Vergleich ist die Frage, ob sich unterschiedliche Europäisierungsmuster zwischen Fernseh- und Presseberichterstattung sowie zwischen Qualitäts- und Boulevardmedien zeigen.

Abschließend erfolgt die Untersuchung des medialen Diskurses zur EU-Osterweiterung unter spezieller Berücksichtigung des EU-Beitritts der Tschechischen Republik und der damit verknüpften Debatte rund um das grenznahe Atomkraftwerk Temelin. Während in den ersten beiden Analyseschritten Ausmaß und Formen von Europäisierung themenübergreifend analysiert werden, erfolgt in diesem letzten Analyseschritt eine detaillierte themenzentrierte Analyse. Gründe für die Untersuchung liefert die ablehnende Haltung der österreichischen Bevölkerung gegenüber der EU-Osterweiterung und des EU-Beitritts der Tschechischen Republik. Hintergrund für die Analyse des Erweiterungsdiskurses ist die Ansicht, dass vor allem bei besonders strittigen europapolitischen Themen nicht nur erhöhte mediale Aufmerksamkeit für das jeweilige Thema, sondern auch diskursive Qualität in Form von gegenseitiger Berücksichtigung („Einbeziehung der Anderen“, Habermas 1996a), diskursiver Interaktion und rationaler Argumentation erforderlich ist. Ob diese Kriterien erfüllt sind, wird anhand eines konfliktgeladenen Einzelfalles untersucht. Die Analyse der Aussagen innerhalb der Beiträge zur EU-Osterweiterung zeigt, welche Akteure den Erweiterungsdiskurs dominieren, ob es zu einer Europäisierung der Interaktionsmuster kommt, wie die EU-Erweiterung von Medien und anderen österreichischen politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren bewertet wird und durch welches Niveau die Diskursqualität der Debatten rund um die EU-Erweiterung gekennzeichnet ist.

Die Anwendung des Analyseinstruments auf das Fallbeispiel Österreich erfolgt somit in einem 3-stufigen Verfahren, das insbesondere durch einen Methoden-Mix und zunehmend „sensiblere“ Analyseinstrumente gekennzeichnet ist. **Die zentralen Ergebnisse dieser Untersuchungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:**

Vertikale Europäisierung: Steigende Aufmerksamkeit für die EU seit dem Beitritt 1995

Der politische und ökonomische Integrationsprozess in Europa und der damit verbundene realpolitische Bedeutungszuwachs der Europäischen Union werden auch von zunehmender medialer Berichterstattung mit EU-Bezug begleitet. Die Analyse des Umfangs der EU-Berichterstattung in der wichtigsten österreichischen TV-Informationssendung – der Zeit im Bild des öffentlich-rechtlichen ORF (ORF_ZIB) – zeigt einen deutlichen Trend zur vertikalen Europäisierung in der Periode 1995-2004. Dieser lässt sich an der Zunahme der rhetorischen Referenzen auf die EU, an einer verstärkten Medienpräsenz von EU-Akteuren und an der steigenden Anzahl der Nachrichtenbeiträge aus dem Ereignisland Belgien (darunter jene aus der

EU-Hauptstadt Brüssel) ablesen. Die EU erhält mehr mediale Aufmerksamkeit als die wichtigsten internationalen Institutionen zusammen. Die steigende Sichtbarkeit der EU und die steigende Medienpräsenz der politisch handelnden EU-Akteure können zur Verbesserung der Transparenz bzw. zur besseren Sichtbarkeit von politischer Verantwortlichkeit im europapolitischen Kontext beitragen.

Sanktionen 2000 als Beispiel für konfliktinduzierte Europäisierung

Aus diesem kontinuierlichen Europäisierungstrend sticht der „Europäisierungsschub“ im Jahr 2000 hervor. Die „politische Wende“ durch die Bildung der Mitte-Rechts Regierungskoalition unter Beteiligung der FPÖ sorgte 2000 für heftige innenpolitische Turbulenzen und war Anlass für die Sanktionen der EU-14 gegen die österreichische Regierung. Wende und Sanktionen machen sich in einer Steigerung der EU-Referenzen, in erhöhter nationaler Selbstreferenzialität und in einer Steigerung der Nachrichtenbeiträge mit dem Nachrichtenfaktor Konflikt in der ORF-ZIB deutlich bemerkbar. Die Ergebnisse bestätigen die Vermutung, wonach Europäisierung vor allem „konfliktinduziert“ erfolgt (Tobler 2006). Wir können dies anhand der Europäisierung der nationalen, österreichischen Öffentlichkeit zeigen. Ergebnisse aus der international vergleichenden Europäisierungsforschung deuten zudem darauf hin, dass es im Rahmen der „Haider-Debatte“ zu einer europaweiten thematischen Synchronisierung in der Berichterstattung gekommen ist (vgl. Steeg 2004, 19; Risse/Steeg 2003; ähnlich auch Trenz 2006).

Keine horizontale Europäisierung: Europa gerät zunehmend aus dem medialen Blickfeld

Im Gegensatz zum Trend Richtung vertikaler Europäisierung durch verstärkte Berichterstattung mit rhetorischem „EU“-Bezug ist ein Trend zur horizontalen Europäisierung, also zur verstärkten Berichterstattung über europäische Länder außerhalb Österreichs nicht erkennbar. Im Gegenteil: Die Daten zeigen, dass mit dem Ende der Krisen, Konflikte und Kriege auf dem Balkan kontinuierliche mediale Aufmerksamkeitsverluste für Europa verbunden sind. Stattdessen rücken in Folge der Terroranschläge in New York die USA und die Kriegs- und Krisengebiete in Afghanistan und im Irak immer stärker ins mediale Blickfeld. Weder der Anteil der Beiträge aus den anderen „alten“ EU-Staaten (EU-14) noch der Anteil der Beiträge aus den „neuen“ EU-Ländern (EU+10) am Gesamtnachrichtenvolumen nimmt seit 1995 kontinuierlich zu. Die Berichterstattung in der ORF Zeit im Bild liefert keine Hinweise auf eine zunehmende Öffnung der österreichischen Öffentlichkeit für Nachrichten aus den anderen EU-Staaten und damit keine Indizien für einen Trend zur horizontalen Europäisierung.

Dominante Stellung der Qualitätspresse in Bezug auf den Umfang der EU-Information

Der EU sind in der jüngeren Berichterstattung in der Periode 2002-2004 in allen drei untersuchten Medien (ORF-ZIB, Kronen Zeitung, Der Standard) täglich jeweils durchschnittlich etwa 3,3 Schwerpunktbeiträge gewidmet (EU als Hauptthema). Hinzu kommen jeweils etwa 4,3 Beiträge pro Tag, in denen EU-Themen als Nebenthemen behandelt werden oder in denen auf die EU verwiesen wird. Die Analysen der neueren EU-Berichterstattung verdeutlichen, dass sich die höchste Berichterstattungsintensität zu EU-Themen – wie vielfach angenommen – in der Qualitätspresse zeigt. Die dominante Stellung der Qualitätszeitung Der Standard in Bezug auf den Umfang der Information über die EU manifestiert sich in beinahe allen Subkategorien der Analyse, in denen der Standard jeweils die höchsten Werte im Beitragsvolumen in absoluten Zahlen erreicht. Zusammenfassende Ergebnisse zum Umfang der EU-Berichterstattung sind jedoch von geringer Aussagekraft, weil kein definierter Level für ein adäquates Europäisierungsniveau existiert, der zur Beurteilung von Ergebnissen heran gezogen werden könnte. Anhaltspunkte zur Beurteilung des Europäisierungsniveaus bieten die Ergebnisse der international vergleichenden Europäisierungsforschung. Dort erreichen österreichische Medien meist vergleichsweise hohe Werte in Bezug auf den Umfang der Berichterstattung mit EU-Bezug. Auch die Ergebnisse aus der Demoskopie verdeutlichen, dass sich Österreicherinnen und Österreicher gut über die EU informiert fühlen. Im Rahmen von Eurobarometer-Befragungen schätzen Österreichs Befragte ihr EU-Wissen relativ hoch ein, etwa ein Drittel der Befragten wünscht sich jedoch mehr Information über die EU (vgl. EB-64 2005 [Österreich], 20).

Europäisierung durch die Hintertür

Die österreichische Bevölkerung wird über EU-Themen vor allem in Form von Meldungen, Nachrichten oder Berichten informiert, die nicht primär EU-Politik behandeln, sondern Innen- oder Außenpolitik mit der EU in Verbindung bringen (EU-Verweise, EU als Nebenthema). Weiters erfolgt die Berichterstattung über die EU häufig aufgrund von österreichischen Ereignissen, während über Ereignisse in alten EU-Staaten und in den EU-Zentren etwas seltener und über solche in Erweiterungsländern kaum berichtet wird. Die nationale Ereignisorientierung im Rahmen der EU-Information ist in der Boulevardpresse deutlich stärker ausgeprägt als in Qualitätsmedien. In Summe deuten die Formen der Thematisierung der EU darauf hin, dass sich die Europäisierung der Berichterstattung vorwiegend „durch die Hintertür“ abseits der eigentlichen EU-Schwerpunktberichterstattung vollzieht.

Hoher Europäisierungsgrad in der Berichterstattung über vergemeinschaftete Politikfelder

Der Umfang der Nachrichten über die EU variiert in der Berichterstattung über unterschiedliche Politikfelder. Differenzen zeigen sich in der Sichtbarkeit der EU (gemessen an der Anzahl der Beiträge mit EU-Bezug) und im Europäisierungsgrad der medialen Berichterstattung über unterschiedliche Politikfelder (gemessen am Anteil der Beiträge mit EU-Bezug in der themenspezifischen Berichterstattung). Unterschiede im Europäisierungsgrad spiegeln weitgehend die realpolitischen Kompetenzverteilungen in unterschiedlichen Politikfeldern wider. Erwartungsgemäß findet sich der höchste Anteil an EU-Referenzen in den Nachrichten über internationale Politik. Mit zunehmender regionaler Ausrichtung der politischen Berichterstattung nimmt der Anteil der EU-Referenzen immer mehr ab. In stark vergemeinschafteten Politikbereichen wie der Landwirtschaft und der Finanzwirtschaft ist der Europäisierungsgrad deutlich höher als in jenen Politikfeldern, in denen die EU über weniger Regulierungskompetenzen verfügt, wie etwa in den Bereichen Bildung & Jugend sowie Kunst & Kultur. In Summe spiegeln die Ergebnisse zum Europäisierungsgrad die realpolitischen Kompetenzverteilungen wider. Sie bestätigen, dass die öffentlich sichtbaren Kommunikationsprozesse stark von der vorhandenen Machtverteilung im politischen Raum beeinflusst sind (Pfetsch/Koopmans 2006, 183) und dass die Medien „ihre Programme dort aufnehmen und senden, wo in der Politik die Musik spielt“ (Neidhardt 2006, 51).

Hohe Sichtbarkeit der EU in einem Politikfeld kein Indikator für starke EU-Kompetenz

Demgegenüber können aus der Sichtbarkeit der EU in einem Politikfeld (gemessen an der Anzahl der Beiträge mit EU-Bezug) keine Rückschlüsse auf die politischen Kompetenzverteilungen gezogen werden. Ein allgemein geringes Nachrichtenvolumen zu einem Politikbereich (wie etwa zum Thema Landwirtschaft) führt zwangsläufig zu einer vergleichsweise niedrigen Anzahl an EU-Referenzen im Gesamtnachrichtenvolumen, selbst wenn es sich dabei um ein vergemeinschaftetes Politikfeld handelt. Umgekehrt eröffnet eine sehr hohe Anzahl an Beiträgen zu einem Thema zahlreiche Möglichkeiten, um auf die EU Bezug zu nehmen, auch wenn es sich nicht um einen primären Politikbereich der EU handelt. Dies zeigt sich beispielsweise an der Berichterstattung rund um bewaffnete Konflikte. Die überdurchschnittlich hohe EU-Sichtbarkeit in der Berichterstattung über Außen- und Krisenpolitik kann nicht auf die politischen EU-Kompetenzen zurückgeführt werden. Hier macht sich möglicherweise gerade im Gegenteil die Diskussion über den Mangel an gemeinsamen Standpunkten und Strategien in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bemerkbar, etwa in Bezug auf den Irakkrieg (2003).

Nähe und Macht als zentrale Nachrichtenfaktoren

In Summe zeigen die Ergebnisse der Nachrichtengeographie-Analyse die zentrale Bedeutung des Nachrichtenfaktors „Nähe“ für die Berichterstattung. Nationale Angelegenheiten spielen in den aktuellen Nachrichten eine dominante Rolle. Mehr als die Hälfte aller ZIB-Beiträge wird dem Ereignisland Österreich zugewiesen. Auch die Berichterstattung über die EU erfolgt häufig aufgrund von nationalen/österreichischen Ereignissen. Nach dem Faktor Nähe spielen Einfluss, Macht und Relevanz eine wichtige Rolle für die journalistische Nachrichtenselektion, wie sich beispielsweise am hohen Umfang der USA-Berichterstattung ablesen lässt. In der Europa-Berichterstattung entfällt ein Großteil der Nachrichtenbeiträge auf die großen und einflussstarken europäischen Länder (Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien) und der Europäisierungsgrad der Berichterstattung ist für jene Politikbereiche hoch, in denen die EU über Macht und Einfluss, gemessen an politischen Kompetenzen, verfügt. Auch thematisch folgt die EU-Berichterstattung in Österreich in der Periode 2002-2004 dem Faktor Relevanz. Die teilweise heftig geführten Debatten über die EU-Erweiterung und die EU-Institutionenreform sind die beiden zentralen Themen der jüngeren EU-bezogenen Berichterstattung. Damit spiegelt die Medien-Agenda die realen europapolitischen Prioritäten am Beginn des 21. Jahrhunderts wider. Nähe und Macht/Einfluss und Relevanz haben den größten Einfluss auf die Struktur der Nachrichtengeographie und bestimmen die Aufmerksamkeitsniveaus auch über einen längeren Zeitraum hinweg.

Ereignisse und Konflikte sorgen für Aufmerksamkeitsschübe

Demgegenüber führen Ereignisse und Konflikte zu eher kurzfristigen Änderungen ansonsten stabiler Aufmerksamkeitsniveaus. Bedeutungsvolle politische Ereignisse können sich in kurzfristigen Aufmerksamkeitssteigerungen niederschlagen. Die EU und die jeweils involvierten individuellen und kollektiven Akteure rückten beispielsweise durch EU-Wahlen (1996, 1999, 2004) oder die EU-Ratspräsidentschaft Österreichs (1998) stärker ins mediale Blickfeld. Auch Konflikte lösen regelmäßig Beachtungsschübe aus. Die Kriege in Bosnien (1995) und im Kosovo (1999), die Anschläge von New York (2001) und die Kriege in Afghanistan (2001) und im Irak (2003) sorgten für eine überdurchschnittliche Medienpräsenz der involvierten Länder und für Verschiebungen in der Nachrichtengeographie. Für mediale Aufmerksamkeit sorgten auch Konflikte in Zusammenhang mit den EU-Sanktionen (2000) und die Auseinandersetzungen rund um die Errichtung und die Inbetriebnahme von tschechischen und slowakischen Atomkraftwerken (1998, 2000, 2001). Weitere Konfliktthemen wie Transit, Landwirtschaft, Atompolitik und Kriminalität erreichen ebenfalls zum Teil hohe mediale Aufmerksamkeit in der jüngeren EU-bezogenen Berichterstattung, vor allem in der Boulevardpresse. Die Qualitätspresse und die TV-Nachrichten rücken hingegen

Fragen der EU-Institutionenreform, das Thema Integration & Vertiefung und die Rolle der EU in der Außen- und Krisenpolitik vergleichsweise stärker in ihr mediales Blickfeld. Konfliktthemen können aber auch wieder von der medialen Agenda verschwinden. Die Nettobeitrags-Debatte, die „EU-Sanktionen“ und das Bergbauernsterben kommen beispielsweise in der jüngeren EU-Berichterstattung (2002-2004) kaum noch vor, auch wenn sie zum Teil für die kritische EU-Stimmungslage in Österreich mitverantwortlich gemacht werden.

Allgemein schwache Sichtbarkeit der neuen EU-Staaten in der Berichterstattung

Obwohl die EU-Erweiterung das dominante Thema innerhalb der neueren EU-Berichterstattung (2002-2004) darstellt, ist die Sichtbarkeit der neuen Mitgliedsstaaten in der österreichischen Berichterstattung sehr gering. Gemessen an Beiträgen, vor allem Korrespondentenberichten, aus verschiedenen Länderblocks (Nachrichtengeographie) liegt der Umfang der medialen Aufmerksamkeit für die EU-Erweiterungsländer deutlich unter jener für Österreich, für wichtige außereuropäische Staaten und für die EU-14 Staaten. Im Zeitverlauf seit 1995 zeigen sich in diesem Muster überraschenderweise keine signifikanten Veränderungen. Die Sichtbarkeit der Erweiterungsländer in der österreichischen Medienarena bleibt beinahe stabil auf einem sehr niedrigen Niveau. Nur für einzelne Jahre sind punktuell leichte Steigerungen zu sehen, vor allem in jenen Jahren in denen die Debatten um grenznahe Atomkraftwerke intensiver geführt werden. Die Berichterstattung aus den Erweiterungsländern steigt jedoch keinesfalls kontinuierlich und stark an, obwohl die Staatengruppe seit Mitte der 1990er Jahre real-politisch immer näher an die EU heranrückt und immer mehr an Bedeutung für den europäischen Politik- und Wirtschaftsraum gewinnt. Aus der Entwicklung der Nachrichtengeographie in der ORF Zeit im Bild in der Periode 1995-2004 kann jedoch nicht abgelesen werden, dass sich die Zunahme an Relevanz auch in entsprechend stark steigender medialer Sichtbarkeit niederschlägt. Ob das mediale Aufmerksamkeitsniveau für Erweiterungsländer nach dem EU-Beitritt 2004, den damit erworbenen Mitbestimmungsrechten in EU-politischen Angelegenheiten und der somit weiter gestiegenen Bedeutung für Entscheidungsprozesse nun deutlich zunimmt, sollte in der weiterführenden Forschung geklärt werden.

EU-Erweiterungsdiskurs in Österreich stark nationalisiert

Neben der allgemein schwachen Berücksichtigung der Erweiterungsländer in der Nachrichtengeographie der Berichterstattung zeigt sich auch eine schwache Einbindung der Akteure aus den neuen EU-Staaten in den österreichischen EU-Erweiterungsdiskurs. Die österreichische Medienberichterstattung über die EU-Erweiterung ist von österreichischen Sprechern des politischen Zentrums dominiert. Über die Erweiterung, die Erweiterungsländer und

ihre Akteure wird in Österreich zwar viel und teils kontrovers diskutiert, und Akteure aus Erweiterungsländern sind mitunter auch Adressaten der Aussagen von österreichischen Sprechern. Die Vertreterinnen und Vertreter aus den neuen EU-Staaten kommen im Erweiterungsdiskurs aber in der Boulevardpresse fast gar nicht und auch in der Qualitätspresse nur selten zu Wort, um ihre Positionen darzulegen. In Summe zeigt sich der österreichische Diskurs über die EU-Osterweiterung stark nationalisiert. Wenn besonders sensible europapolitische Entscheidungsprozesse wie die EU-Erweiterung nach gegenseitiger Berücksichtigung und der „Einbeziehung der Anderen“ (Habermas 1996a) in den Diskurs verlangen, so ist dieses Qualitätskriterium in der österreichischen Erweiterungsberichterstattung nicht erfüllt.

Erweiterungsdebatte: Intensiv, vielfältig und kontrovers

Von zentraler Bedeutung für das Gesamtbild des österreichischen Osterweiterungsdiskurses erscheint vor dem Hintergrund anhaltender EU- & EU-Erweiterungs-Skepsis in der Bevölkerung die Bewertung der Erweiterung durch österreichische Akteure. Im Fall der EU-Osterweiterung korrespondiert die Intensität der neueren Berichterstattung (2002-2004) mit Ängsten und Sorgen der Österreicherinnen und Österreicher. Die Befürchtungen der Bevölkerung in Verbindung mit der Erweiterung (Arbeitsplätze, Kernkraftwerke) und die ablehnende Haltung gegenüber der Erweiterung wird von hoher medialer Aufmerksamkeit für das Erweiterungsthema in allen drei untersuchten Medien begleitet. Vergleichsweise viele Nachrichtenbeiträge sind dabei den Auseinandersetzungen rund um die Errichtung und die Inbetriebnahme von grenznahen Atomkraftwerken gewidmet. Die Meinungen der Sprecher, die im Erweiterungsdiskurs zu Wort kommen sind überaus vielfältig und reichen von sehr positiven Bewertungen über kritische Positionen bis zur dezidierten Ablehnung. Insgesamt bewerten österreichische Sprecher die EU-Institutionen und Akteure im medialen Diskurs neutral, die Osterweiterung eher positiv und den Beitritt der Tschechischen Republik sehr kritisch. Die Beurteilung durch österreichische Aussageträger korrespondiert nur im Fall des tschechischen EU-Beitritts mit der in Umfrageergebnissen dokumentierten Bevölkerungsmeinung. Der Europäischen Union stehen Österreicherinnen und Österreicher deutlich skeptischer und der Erweiterung deutlich ablehnender gegenüber, als die im medialen Diskurs zu Wort kommenden österreichischen Akteure. Auf der Seite der politischen Akteure zeigen sich – mit Ausnahme der FPÖ – überwiegend positive Bewertungen der EU-Akteure und Institutionen sowie der EU-Osterweiterung. In der Frage des EU-Beitritts der tschechischen Republik kippt das Meinungsbild jedoch. Hier teilt eine breite Basis aus verschiedenen Akteursgruppen die kritische Haltung gegenüber dem grenznahen AKW Temelin und stellt die Verbesserung der AKW-Sicherheitsstandards oder eine Umweltverträglichkeitsprüfung als Bedingung für den EU-Beitritt Tschechiens.

Kronen Zeitung als mediale Speerspitze der österreichischen EU-Kritik

In Summe indiziert die Datenlage, dass die existierende Meinungsvielfalt in Bezug auf die EU-Erweiterung, den Beitritt Tschechiens und die Bewertung der EU-Akteure und Institutionen in den untersuchten Medien widergespiegelt wird. Im Pressevergleich zeigen sich dabei eindeutige Meinungsschwerpunkte, die zu einer starken Polarisierung zwischen der Boulevardpresse (Kronen Zeitung) auf der einen und der Qualitätspresse (Der Standard) auf der anderen Seite führen. Österreichische Akteure, die im Standard zu Wort kommen, urteilen weitgehend positiv, allerdings nicht ganz so positiv wie die Redakteure des Standard selbst. Sprecher, deren Meinungen in der Kronen Zeitung zu lesen sind, urteilen in Summe deutlich negativer, wenn auch nicht ganz so negativ wie die Kronen Zeitungs-Redakteure. Die Datenlage zeigt, dass es vor allem die Journalisten der Kronen Zeitung sind, die sich am vehementesten gegen die Osterweiterung, gegen das Kernkraftwerk Temelin und gegen den tschechischen EU-Beitritt aussprechen. Die Ergebnisse verdeutlichen die Rolle der Kronen Zeitung als mediale Speerspitze der österreichischen EU-Kritik.

Leserbriefe als strategische Plattform zur Verbreitung EU-kritischer Meinungen

Die Redaktion der Kronen Zeitung lässt offenbar auch mit Vorliebe das Publikum über EU-Themen sprechen. Generell werden zu EU-Themen in der jüngeren Berichterstattung der Kronen Zeitung etwa gleich viele Leserbriefe wie redaktionelle Kommentare veröffentlicht, im Erweiterungsdiskurs sogar deutlich mehr. Einerseits zeigt sich daran die hohe Bedeutung, die dem Publikum seitens der Redaktion der Kronen Zeitung zugeschrieben wird, denn die nicht vermachteten, „autochthonen“ zivilgesellschaftlichen Akteure spielen abseits der Leserbriefseiten der Kronen Zeitung im Erweiterungsdiskurs der untersuchten Leitmedien eigentlich keine Rolle. Andererseits korrespondieren die redaktionell selektierten und veröffentlichten Bürgermeinungen auffallend stark mit der allgemeinen, EU-kritischen Redaktionslinie. Auch die Auswahl der Aussagen und Meinungen von politischen Sprechern in den Medien durch die Journalisten deutet auf eine selektive Berücksichtigung der ansonsten sehr heterogenen Meinungen hin: Wie anders ist zu erklären, dass sich in den beiden Tageszeitungen der Standard (Qualitätspresse) und Kronenzeitung (Boulevardpresse) unterschiedliche Bewertungen der EU-Erweiterung durch dieselben politischen Akteure finden lassen, wobei die publizierten Aussagen jeweils auffallend stark mit den jeweiligen Redaktionslinien übereinstimmen.

Diskussionsstil: Gegenseitiger Respekt, aber kein hohes Diskursniveau

Die Debatten im Osterweiterungsdiskurs in österreichischen Medien sind von kontroversen Standpunkten und Meinungen geprägt, sie werden aber trotzdem von gegenseitigem Respekt in der Diskussion getragen. Der Anteil abwertender, polemischer Aussagen ist gering. Umfassende ausgewogene, faktenbasierte Argumentation bildet in der gesamten Diskussion jedoch eher die Ausnahme als die Regel. Erwartungsgemäß unterscheiden sich die Debatten in der Qualitätspresse von jener in der Boulevardpresse. Das Rationalitätsniveau, gemessen am Umfang von Begründungen, Ausgewogenheit und Faktenbasiertheit in der Argumentation, liegt in der Qualitätspresse deutlich höher als in der Boulevardpresse. Aussagen in der Boulevardpresse sind auffallend oft durch einseitig vermittelte, EU-skeptische Positionen gekennzeichnet, wobei auf Fakten zur Untermauerung von Argumenten verzichtet wird, sofern solche überhaupt angeführt werden. Diese Form des EU-Journalismus entspricht dem Trend vom früheren „permissivem Konsens“ und „pro-europäischem Lobbying-Journalismus“ hin zu verstärkter Kritik, Kontrolle und Skandalisierung in europapolitischen Angelegenheiten (vgl. Meyer 2002; Latzer/Saurwein 2006), orientiert an Unterhaltungswerten und auf Basis emotionalisierender Präsentationsstile. Die Entwicklung vollzieht sich zum Teil zu Lasten des politischen Integrationsfortschritts und der Unterstützung der europäischen Integration in breiten Bevölkerungskreisen, sowie nicht zuletzt auch auf Kosten der Sachgerechtigkeit (vgl. etwa Saxer 2006).

Legitime EU-Kritik oder Gefahr für den Integrationsprozess?

Die offen formulierte, meist einseitige, und mitunter skandalisierend und kampagnenartig vorgetragene EU-Skepsis in der Boulevardpresse wird häufig kritisiert. Diese Perspektive greift jedoch zu kurz. Sie ignoriert die zentrale demokratische Aufgabe der Medien durch Kritik – und somit auch durch dezidiert negative Beurteilungen – in europapolitischen Angelegenheiten zur Kontrolle beizutragen und „Missstände“ aufzuzeigen. Öffentlichkeit wird nicht nur als Kommunikationssphäre, sondern mit Blick auf Medienfunktionen auch als Kontrollsphäre (Meyer 2002) beschrieben. In dieser Hinsicht kommt medialer Kritik und Skepsis eine demokratiepolitisch bedeutende Rolle zu, in der sich auch die EU-kritischen Medien gerne selbst sehen. Idealtypisch zwingen kritische Resonanzen auf die von EU-Akteure vorgebrachten Themen und Positionen die EU-Institutionen zur Rechtfertigung, wodurch ein öffentlicher Diskurs beginnt, der verstärkt Selbstlegitimierung seitens der europäischen Institutionen nach sich zieht (zur „positiven institutionellen Responsivität“ siehe Eder 2000, 180; vgl. auch Abromeit 2003, 40f.).

Kritik als Europäisierungsmotor – Mangelnde Einbeziehung der Anderen als Hindernis

Eine demokratiethoretisch fundierte Perspektive auf die vielfältigen Diskussionsprozesse im Kommunikationsraum Europa muss Konflikt, Skepsis, Kritik, negative Bewertungen und Skandalisierung von EU-Politik als wichtige Elemente demokratischer Prozesse begreifen, die zur Verdichtung politischer Kommunikation führen und wesentlich zur Europäisierung von Öffentlichkeit beitragen können. Dies sind jene Punkte, bei denen in den Medien eine Boulevardisierung Europas durchschlägt, und das breite Publikum europäisiert werden kann (vgl. Neidhardt 2006, 57). Die Analyse der Medienberichterstattung zeigt, dass es nicht an kritischen Resonanzen auf die von EU-Institutionen vorgebrachten Themen mangelt. Die Probleme für die Europäisierung liegen derzeit auf einer ganz anderen Ebene der Praxis europapolitischer Kommunikation: Im medialen Diskurs und vor allem im besonders EU-kritischen Boulevard fehlt es an sichtbaren Antworten und Rechtfertigungen der politisch verantwortlichen EU-Akteure auf die vorgebrachte Kritik. Für den Erweiterungsdiskurs konnte zudem gezeigt werden, dass auch die Stimmen aus den von der EU-Erweiterung betroffenen Ländern in der nationalen Medienöffentlichkeit kaum berücksichtigt sind. Die demokratiepolitisch erwünschte Kommunikationsspirale aus Kritik und Rechtfertigung wird überlagert von Kommunikation im Einbahnstraßenformat, in der nationale Akteure Fragen und Kritik aufwerfen, auf die seitens der kritisierten politisch verantwortlichen europäischen Akteure nicht geantwortet wird oder nicht geantwortet werden kann. Die Einseitigkeit im Kommunikationsmuster bildet einen markanten Unterschied zu nationalstaatlichen politischen Diskussionsmustern, die in weit höherem Maß von direkter „Rede und Widerrede“ geprägt zu sein scheinen.

Zahlreiche Fragen für die weiterführende Europäisierungsforschung

Eines der zentralen Defizite europapolitischer Kommunikation in Österreich besteht folglich in der mangelnden „Einbeziehung der Anderen“ in die veröffentlichte EU-Debatte in der nationalen Medienarena, und diese Diagnose wirft eine Reihe von Anschlussfragen für die weiterführende Forschung auf:

Wie weit reichen die Möglichkeiten der verantwortlichen supranationalen Akteure, auf die vielfältigen legitimen Fragen und Kritikpunkte aus (derzeit) 25 Mitgliedstaaten adäquat zu reagieren und welche Formen des News- und Krisenmanagements bieten sich dafür an?

Welche Rolle können und sollen nationale, politisch verantwortliche Akteure im Rechtfertigungsdiskurs spielen, wenn sie im Spannungsfeld nationaler und europäischer Interessen agieren und Verantwortung für unpopuläre Maßnahmen gerne auf „die EU“ abwälzen, deren politische Entscheidungen sie meist selbst mittragen? Wie können Medienakteure dazu beitragen,

solche Widersprüche aufzudecken und die Transparenz der europapolitischen Positionen der zentralen politischen Akteure für Bürgerinnen und Bürger zu verbessern?

Welche „Holschuld“ haben die Medien bei der Vermittlung und Interpretation der Positionen der zentralen EU-Akteure? Wie weit reicht die Pflicht der Medien, gerade jene politischen Akteure auch selbst zu Wort kommen zu lassen, die von den Journalistinnen und Journalisten besonders heftig angegriffen und negativ beurteilt werden?

Offene Fragen betreffen darüber hinaus die komplexen Zusammenhänge zwischen der Entwicklung der Bevölkerungsmeinung zu EU-Themen und der Medienberichterstattung über die EU sowie die Zusammenhänge zwischen Marktmacht und Meinungsmacht. Die bruchstückhaft vorliegenden Ergebnisse zur EU-Medienberichterstattung erlauben die Reflexion dieser Ergebnisse vor dem Hintergrund der umfassender dokumentierten Datenlage zur Bevölkerungsmeinung aus der Demoskopie. Für eine seriöse Ableitung der Wechselwirkungen fehlen jedoch Längsschnittanalysen. Speziell der langwierige, schwierige und andauernde Entscheidungsprozess über die Erweiterung der Europäischen Union würde sich eignen, die Wechselwirkungen zwischen der Entwicklung der Bevölkerungsmeinung zur Erweiterung und der Entwicklung der Erweiterungsberichterstattung in einer umfassenden Langzeituntersuchung zu analysieren.

Literatur

- Abromeit Heidrun / Schmidt, Thomas (1998): Grenzprobleme der Demokratie – konzeptionelle Überlegungen. In: Kohler-Koch, Beate (Hg.): *Regieren in entgrenzten Räumen. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 29*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 293-320.
- Abromeit, Heidrun (2001): Demokratie und Öffentlichkeit: ein supranationales Dilemma. In: Abromeit, Heidrun / Nieland, Jörg-Uwe / Schierl, Thomas (Hg.) (2001): *Politik, Medien, Technik*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 75-91.
- Abromeit, Heidrun (2003): Möglichkeiten und Ausgestaltung einer europäischen Demokratie. In: Klein, Ansgar / Koopmans, Ruud / Trenz, Hans-Jörg / Klein, Ludger / Lahusen, Christian / Rucht, Dieter (Hg.) (2003): *Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa*. Opladen: Leske + Budrich, 31-54.
- Adam, Silke / Berkel, Barbara / Pfetsch, Barbara (2003): Media opportunity structures – A brake block of the Europeanisation of public spheres? In: della Porta, Donatella (ed.) (2003): *Dimensions of Political Opportunities and the Europeanisation of Public Spheres*. Europub.com/Report, WZB: Berlin, 69-104. <http://europub.wz-berlin.de/>
- Apfl, Stefan / Huter, Mathias / Jilch Nikolaus (2005): Ex-Gassenhauer. Die Europäische Union wird von den heimischen Medien entweder ignoriert oder verunglimpft. Ausnahmen bestätigen die öde Regel. In: *Datum – Seiten der Zeit*, 11/05 <http://www.datum.at/1105/stories/1196753/> [01.05.2006].
- Bange, Oliver (1999a): Wenig Kontinuität, wenig Hintergrund. Die EU-Berichterstattung europäischer Medien im Vergleich. In: *Medien Tenor Forschungsbericht Nr. 83 vom 15. April 1999*, 38.
- Bange, Oliver (1999b): Europas Medien ohne Konsens beim Thema Euro – unterschiedliche nationale Interessen gefährden die Stabilität der neuen Währung. In: *Medien Tenor Forschungsbericht Nr. 86 vom 15. Juli 1999*, 36-37.
- Barber, Benjamin R. (1994): *Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen*. Hamburg: Rotbuch-Verlag.
- Bärenreuter, Christoph (i.E. 2006): *The European Public Sphere and its Political Functions. Theoretical considerations and empirical evidence from the news reporting on the 2004 EP elections (working title)*. Dissertation: Universität Wien.
- Beierwaltes, Andreas (2000): *Demokratie und Medien. Der Begriff der Öffentlichkeit und seine Bedeutung für die Demokratie in Europa*. Baden-Baden: Nomos.
- Berkel, Barbara (2006): *Konflikt als Motor europäischer Öffentlichkeit. Eine Inhaltsanalyse von Tageszeitungen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Österreich*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Birk, Franz (2004): Zusammenfassung der Ergebnisse der Studie EU-Euroskeptizismus. In: Krejci, Herbert (2004): *Grundlagen des Skeptizismus gegenüber der Europäischen Union und dem Euro*. Wien: ARGE Informations- und Medienforschung., 3-6. http://www.esiweb.org/pdf/esi_turkey_austriadebate_20.pdf [01.05.2006].
- Brantner, Cornelia / Langenbucher, Wolfgang R. (2003): *Medienkonzentration – Kontrollmechanismen innerhalb der Staaten der EU. Vergleichendes Forschungsvorhaben*. Auftraggeber: Bundesministerium für Justiz. Wien.
- Brantner, Cornelia / Langenbucher, Wolfgang R. (2006): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: Herausforderungen für die Kommunikationswissenschaft. In: Langenbucher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hg.) (2006): *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: Eine transdisziplinäre Perspektive*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 402-415.
- Brüggemann Michael / Sifft Stefanie / Kleinen-v. Königslöw, Katharina / Peters, Bernhard / Wimmel, Andreas (2006): Segmentierte Europäisierung. In: Langenbucher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hg.) (2006): *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: Eine transdisziplinäre Perspektive*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 214-231.
- Calhoun, Craig (2003): The Democratic Integration of Europe: Interests, Identity, and the Public Sphere. In: Berezin, Mabel / Schain, Martin (eds.) (2003): *Europe without Borders: Re-Mapping Territory, Citizenship and Identity in a Transnational Age*. Baltimore: Johns Hopkins University Press, 243-275. <http://www.ssrc.org/programs/calhoun/publications/europeanpubrevt.pdf> [01.05.2006].
- Cohen, Joshua (1989): Deliberation and Democratic legitimacy. In: Hamlin, Alan / Pettit, Philip (eds.) (1989): *The Good Polity*. Oxford: Blackwell.
- Dahrendorf, Ralf (1993; zuerst 1967): *Aktive und passive Öffentlichkeit. Über Teilnahme und Initiative im politischen Prozess moderner Gesellschaften*. In: Langenbucher, Wolfgang R. (Hg.) (1993): *Politische Kommunikation. Grundlagen, Strukturen, Prozesse*. Wien: Braumüller, 42-51 [zuerst 1967 in: *Merkur*, 12].

- Dalton, Russell J. / Beck, Paul A. / Huckfeldt, Robert (1998): Partisan Cues and the Media: Information Flows in the 1992 Presidential Election. *American Political Science Review* 92 (1), 111-126.
- De Vreese, Claes H. (2003a): Communicating Europe. In: Arbuthnott, Tom/Leonard, Mark (eds.) (2003): *European Democracy: A Manifesto*. London: The Foreign Policy Centre, 1-36.
- de Vreese, Claes H. (2003b): *Framing Europe. Television news and European integration*. Amsterdam: Aksant.
- de Vreese, Claes H. / Peter, Jochen / Semetko, Holli A. (2001): Framing politics at the launch of the Euro: A cross-national comparative study of frames in the news. In: *Political Communication*, 18 (2), 107-122.
- Díaz Nosty, Bernardo (1995): The European Union in the Media. Results of the Research. In: *Foundation for the Development of the Social Function of Communications (Fundesco) / Association of European Journalists (AEJ)* (eds.) (1995): *The European Union in the Media 1995*. Madrid: Fundesco / AEJ Annual Report, 11-85.
- Díaz Nosty, Bernardo (1997): The European Union in the Press. In: *Foundation for the Development of the Social Function of Communication (Fundesco) / Spanish Section of the Association of European Journalists (AEJ)* (eds.) (1997): *The European Union in the media 1996*. Madrid: Fundesco / AEJ Annual Report, 19-125.
- Díez Medrano, Juan (2001): Die Qualitätspresse und Europäische Integration. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 14 (4), 30-41.
- Díez Medrano, Juan (2003): Qualitätspresse und europäische Integration. In: Klein, Ansgar / Koopmans, Ruud / Trenz, Hans-Jörg / Klein, Ludger / Lahusen, Christian / Rucht, Dieter (Hg.) (2003): *Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa*. Opladen: Leske + Budrich, 193-215.
- Donges, Patrick / Otfried Jarren (1999): Politische Öffentlichkeit durch Netzkommunikation? In: Klaus Kamps (Hg.): *Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 85-108.
- Eder, Klaus (2000): Zur Transformation nationalstaatlicher Öffentlichkeit in Europa. Von der Sprachgemeinschaft zur issuespezifischen Kommunikationsgemeinschaft. *Berliner Journal für Soziologie*, 10 (2), 167-184.
- Eder, Klaus / Hellmann, Kai-Uwe / Trenz, Hans-Jörg (1998): Regieren in Europa jenseits öffentlicher Legitimation? Eine Untersuchung zur Rolle von politischer Öffentlichkeit in Europa. In: Kohler-Koch, Beate (Hg.) (1998): *Regieren in entgrenzten Räumen. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 29*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 321-344.
- Eder, Klaus / Kantner, Cathleen (2000): Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit. In: Bach, Maurizio (Hg.) (2000): *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 306-331.
- Eder, Klaus / Kantner, Cathleen (2002): Interdiskursivität in der europäischen Öffentlichkeit. In: *Berliner Debatte Initial*, 13 (5-6), 79-88.
- Eilders, Christiane / Voltmer, Katrin (2003): Zwischen Deutschland und Europa. Eine empirische Untersuchung zum Grad von Europäisierung und Europa-Unterstützung der meinungsführenden deutschen Tageszeitungen. In: *Medien- und Kommunikationswissenschaft*, 51 (2), 250-270.
- Erbe, Jessica (2006): Integration der politischen Öffentlichkeit in Europa durch Vernetzung. Der Fall der grenzüberschreitenden Presseschauen in Deutschland. In: Langenbacher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hg.) (2006): *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: Eine transdisziplinäre Perspektive*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 156-178.
- Erbring, Lutz (Hg.) (1995): *Kommunikationsraum Europa*. Konstanz: UVK Medien/Ölschläger.
- Eriksen, Erik Oddvar (2000): Deliberative supranationalism in the EU. In: Eriksen, Erik Oddvar / Fossum, Erik (eds.) (2000): *Democracy in the European Union. Intergration through deliberation?* London, New York: Routledge, 42-64.
- Eriksen, Erik Oddvar / Fossum, Erik (2000): Post-national integration. In: Eriksen, Erik Oddvar / Fossum, Erik (eds.) (2000): *Democracy in the European Union. Intergration through deliberation?* London, New York: Routledge, 1-28.
- Europäischer Rat (2001): Erklärung von Laeken zur Zukunft der Europäischen Union. In: *Europäischer Rat* (2001): *Schlussfolgerungen des Vorsitzes*, 19-26. http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/68829.pdf [01.05.2006].
- Fabris, Hans Heinz (2002): Medienjahr 2001: die großen „Trends“. In: Fabris, Hans Heinz / Renger, Rudi / Rest, Franz (Hg.) (2002): *Bericht zur Lage des Journalismus in Österreich. Ein Qualitätsmonitoring. Erhebungsjahr 2001*, Salzburg: Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg, 7-10.

- Faulstich, Werner (2002): Einführung in die Medienwissenschaft. Probleme – Methoden – Phänomene. München: Wilhelm Fink Verlag.
- Ferree, Myra Marx / Gamson, William / Gerhards, Jürgen / Rucht, Dieter (2002): Four Models of the Public Sphere in modern Democracies. In: *Theory and Society*, 31 (3), 289-324.
- Firmstone, Julie (2003): Framing 'Britain in Europe': a comparative analysis of the British media agenda on Europe. Paper presented at the 2nd ECPR General Conference. Marburg, 18th-21st September 2003.
- Gehmacher, Ernst (2004): Die Europäische Union – Anhänger und Gegner. Ein kausalanalytisches Netzwerkmodell. In: Krejci, Herbert (2004): Grundlagen des Skeptizismus gegenüber der Europäischen Union und dem Euro. Wien: ARGE Informations- und Medienforschung, 7-10. http://www.esiweb.org/pdf/esi_turkey_austriadebate_20.pdf [01.05.2006].
- Gerhards, Jürgen (1993): Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 22 (2), 96-110.
- Gerhards, Jürgen (1994): Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.) (1994): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung und soziale Bewegungen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 34. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 77-105.
- Gerhards, Jürgen (1997): Diskursive versus liberale Öffentlichkeit: Eine empirische Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 49 (1), 1-34.
- Gerhards, Jürgen (1998): Konzeptionen von Öffentlichkeit unter heutigen Medienbedingungen. In: Jarren, Otfried / Krotz, Friedrich (Hg.) (1998): Öffentlichkeit unter Viel-Kanal-Bedingungen. Baden-Baden, Hamburg: Nomos, 25-48.
- Gerhards, Jürgen (2000): Europäisierung von Ökonomie und Politik und die Trägheit der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. In: Bach, Maurizio (Hg.) (2000): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 40. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 277-305.
- Gerhards, Jürgen (2002): Das Öffentlichkeitsdefizit der EU im Horizont normativer Öffentlichkeitstheorien. In: Kaelble, Hartmut / Kirsch, Martin / Schmidt-Gernig, Alexander (Hg.) (2002): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert. Frankfurt/Main u.a.: Campus Verlag, 135-158.
- Gerhards, Jürgen (2004): Diskursanalyse als systematische Inhaltsanalyse. Die öffentliche Debatte über Abtreibung in den USA und in der Bundesrepublik im Vergleich. In: Keller, Reiner / Hirsland, Andreas / Schneider, Werner / Viehöver, Willy (Hg.) (2004): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 299-324.
- Gerhards, Jürgen / Neidhardt, Friedhelm / Rucht, Dieter (1998): Zwischen Palaver und Diskurs. Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel der deutschen Diskussion zur Abtreibung. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Gerhards, Jürgen / Neidhardt, Friedhelm (1993): Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. In: Langenbacher, Wolfgang R. (Hg.) (1993): Politische Kommunikation. Grundlagen, Strukturen, Prozesse. Wien: Braumüller, 52-89.
- Gerhards, Jürgen / Schäfer, Mike Steffen (2003): DiskUS: Mediale Diskurse über Humangenomforschung in Deutschland und den USA im Vergleich. Inhaltsanalyse der Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung, der Frankfurter Allgemeine Zeitung, der New York Times und der Washington Post von 1999 bis 2001. Codebuch, Version vom 17.11.2003.
- Gimmler, Antje (1999): Deliberative Demokratie, Öffentlichkeit und das Internet. In: Marotzki, W. / Sandbothe, M. (Hg.) (2000): Subjektivität und Öffentlichkeit: Opladen: Leske + Budrich. Hier: Online in Internet: <http://staff-www.uni-marburg.de/~gimmler/deliberativ.html> [30.05.2005].
- Graham, Todd / Witschge, Tamara (2003): In search of online deliberation: Towards a new method for examining the quality of online discussions. In: *Communications*, 28 (2), 2003, 173-204.
- Grimm, Dieter (1995): Braucht Europa eine Verfassung? München: Carl Friedrich von Siemens Stiftung.
- Grimm, Dieter (2003): Die größte Erfindung unserer Zeit. Als weltweit anerkanntes Vorbild braucht Europa keine eigene Verfassung. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 137 vom 16. Juni 2003, 35.
- Grundmann, Reiner / Smith, Dennis / Wright, Sue (2000): National elites and transnational discourses and the Balkan war. A comparison between the French, German and British establishment press. In: *European Journal of Communication*, 15 (3), 299-320.

- Haas, Hannes (1999): *Empirischer Journalismus. Verfahren zur Erkundung der gesellschaftlichen Wirklichkeit*. Wien u.a.: Böhlau.
- Habermas, Jürgen (1995): Remarks on Dieter Grimm's 'Does Europe Need a Constitution?'. *European Law Journal*, 1 (3), 303-307.
- Habermas, Jürgen (1996a): *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1996b; zuerst 1962): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. 5. Auflage. Frankfurt/Main: Suhrkamp. (zuerst 1962: Hermann Luchterhand Verlag).
- Habermas, Jürgen (1998; zuerst 1992): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (2001): *Zeit der Übergänge. Kleine Politische Schriften IX*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Hackenbroch, Rolf (2000): Wer weist Europa den Weg? Eine Analyse der deutschen und britischen Berichterstattung über Europa vom 1.4. bis 15.7.2000. In: *Medien Tenor Forschungsbericht Nr. 99 vom 15. August 2000*, 36-37.
- Hahn, Oliver / Rosenwerth, Karen K. / Schröder, Roland (2006): News Management zwischen Europa-PR und EU-Journalismus: Theoretische Überlegungen zu einem effizienten transnationalen Kommunikationskonzept. In: Langenbacher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hg.) (2006): *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: Eine transdisziplinäre Perspektive*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 286-295.
- Hasebrink, Uwe (2000): Europäische Öffentlichkeit: Zur Konstruktion von Kommunikationsräumen in Europa durch Medienpublika. In: Faulstich, Werner / Hickethier, Knut (Hg.) (2000): *Öffentlichkeit im Wandel. Neue Beiträge zur Begriffsklärung*. Bardowick: Wissenschaftler-Verlag, 97-109.
- Hodess, Robin B. (1998): News Coverage of European Politics: A Comparison of Change in Britain and Germany. In: Jopp, Mathias / Maurer, Andreas / Schneider, Heinrich (Hg.) (1998): *Europapolitische Grundverständnisse im Wandel: Analysen und Konsequenzen für die politische Bildung*. Bonn: Europa-Union Verlag, 449-472.
- Holtz-Bacha, Christina (Hg.) (2005): *Europawahl 2004. Die Massenmedien im Europawahlkampf*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hummel, Roman (2006): Journalistisches Feld und Europäische Öffentlichkeit. In: Langenbacher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hg.) (2006): *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: Eine transdisziplinäre Perspektive*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 296-304.
- Imhof, Kurt (2003): Öffentlichkeitstheorien. In: Bentele, Günter / Brosius, Hans-Bernd / Jarren, Otfried (Hg.) (2003): *Öffentliche Kommunikation. Handbuch Kommunikations- und Medienwissenschaft*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 193-209.
- Imhof, Kurt (2006): *Die Diskontinuität der Moderne. Zur Theorie des sozialen Wandels und der Öffentlichkeit*. Frankfurt/Main: Campus.
- Imig, Douglas / Tarrow, Sidney (eds.) (2001): *Contentious Europeans. Protest and politics in an emerging polity*. Lanham, Boulder, New York, Oxford: Rowman & Littlefield.
- Jarren, Otfried (1997): Politik und Medien: Einleitende Thesen zu Öffentlichkeitswandel, politischen Prozessen und politischer PR. In: Bentele, Günter / Haller, Michael (Hrsg.) (1997): *Aktuelle Entstehung von Öffentlichkeit. Akteure - Strukturen - Veränderungen*. Konstanz: UVK-Medien.
- Jarren, Otfried (1998): Meinungsbildungsprozess. In: Jarren, Otfried / Sarcinelli, Ulrich / Saxer, Ulrich (Hg.) (1998): *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil*. Opladen u.a.: Westdeutscher Verlag, 687-688.
- Jarren, Otfried / Donges, Patrick (2002): *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung*. Band 1: Verständnis, Rahmen und Strukturen. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Kantner, Cathleen (2003): Öffentliche politische Kommunikation in der EU. Eine hermeneutisch-pragmatische Perspektive. In: Klein, Ansgar / Koopmans, Ruud / Trenz, Hans-Jörg / Klein, Ludger / Lahusen, Christian / Rucht, Dieter (Hg.) (2003): *Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa*. Opladen: Leske + Budrich, 213-229.
- Kantner, Cathleen (2004): *Kein modernes Babel. Kommunikative Voraussetzungen europäischer Öffentlichkeit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kepplinger, Hans Mathias (1998): *Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft*. Freiburg, München: Alber.

- Kevin, Deirdre (2001): Debates about Europe in National News media. In: Bajomir-Lázár, Péter / Hegedús, István (eds.) (2001): Media and Politics. Budapest: New Mandate Publishing House.
- Kevin, Deirdre (2003): Europe in the Media. A comparison of reporting, representation and rhetoric in national media systems in Europe. London: Erlbaum.
- Kielmansegg, Peter Graf (1996): Integration und Demokratie. In: Jachtenfuchs, Markus / Kohler-Koch, Beate (Hg.) (1996): Europäische Integration. Opladen: Westdeutscher Verlag, 47-71.
- Klaus, Elisabeth (2006): Von der Beschränktheit unserer Öffentlichkeitstheorien im europäischen Kontext. In: Langenbucher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hg.) (2006): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: Eine transdisziplinäre Perspektive. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 93-106.
- Kleinen-v. Königslöw, Katharina / Wimmel, Andreas / Brüggemann, Michael / Sifft, Stefanie (2004): Die Transnationalisierung von Öffentlichkeit und der Wandel von Staatlichkeit in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich und Dänemark. Konferenzbeitrag, Graduiertenkonferenz: Neue Impulse für die Politikwissenschaft in Österreich, Institut für Höhere Studien (IHS), 12.-15. Mai 2004, Wien: IHS.
- Kleinstauber, Hans J. (2000): Öffentlichkeit und öffentlicher Raum. In: Faulstich, Werner / Hickethier, Knut (Hg.) (2000): Öffentlichkeit im Wandel. Neue Beiträge zur Begriffsklärung. Bardowick: Wissenschaftler-Verlag, 35-47.
- Kleinstauber, Hans J. / Rossmann, Thorsten (1992): Kommunikationsraum Europa? Die Medienpolitik der EG und die europäische Integration. In: Kreile, Michael (Hg.) (1992): Die Integration Europas. Opladen: Westdeutscher Verlag, 292-317.
- Kleinstauber, Hans J. / Rossmann, Torsten (1994): Europa als Kommunikationsraum. Akteure, Strukturen und Konfliktpotentiale in der europäischen Medienpolitik. Opladen: Leske + Budrich.
- Koopmans Ruud / Pfetsch, Barbara (2003): Towards a Europeanised Public Sphere? Comparing Political Actors and the Media in Germany. Arena Working Paper 23/03. Oslo: Arena.
- Koopmans, Ruud (2002): Codebook for the analysis of political mobilisation and communication in European public spheres. Online in Internet: <http://europub.wz-berlin.de>
- Koopmans, Ruud (2004): Integrated Report: Cross-National, Cross-Issue, Cross-Time. Project: The Transformation of Political Mobilisation and Communication in European Public Spheres. Integrated Report of WP 2. <http://europub.wz-berlin.de/>
- Koopmans, Ruud / Erbe, Jessica (2003): Towards a European public sphere? Vertical and horizontal dimensions of Europeanised political communication. Paper presented at the International Conference "Europeanisation of public spheres? Political mobilisation, public communication, and the European Union, WZB, 20-22 June 2003.
- Koopmans, Ruud / Erbe, Jessica (2004): Towards a European Public Sphere? In: Innovation: The European Journal of Social Science Research, 17 (2), 97-118.
- Koopmans, Ruud / Neidhardt, Friedhelm / Pfetsch, Barbara (2000): Conditions for the Constitution of a European Public Sphere. Paper presented at the Euroconference 'Democracy Beyond the Nation-State'. Athens, 5-7 October 2000. http://www.wz-berlin.de/zkd/poem/pdf/koopmans_european_public_sphere.pdf [01.05.2006].
- Koopmans, Ruud / Zimmermann, Ann (2003): Internet: A New Potential for Political Communication. Paper prepared for: Europeanisation of Public Spheres? Political Mobilisation, Public Communication, and the European Union. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), June 20-22, 2003. <http://europub.wz-berlin.de/>
- Krejci, Herbert (2004): Grundlagen des Skeptizismus gegenüber der Europäischen Union und dem Euro. Wien: ARGE Informations- und Medienforschung, 7-10. http://www.esiweb.org/pdf/esi_turkey_austriadebate_20.pdf [01.05.2006].
- Kriesi, Hanspeter (2001): Die Rolle der Öffentlichkeit im politischen Entscheidungsprozess. Ein konzeptueller Rahmen für ein international vergleichendes Forschungsprojekt. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). <http://skylla.wz-berlin.de/pdf/2001/p01-701.pdf> [01.05.2006].
- La Roche, Walther von (1995): Einführung in den praktischen Journalismus. Mit genauer Beschreibung aller Ausbildungswege. 14. neubearbeitete Aufl. München u.a.: List.
- Landfried, Christine (2004): The emergence of European public sphere. Manuskript: Universität Hamburg.
- Langenbucher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hg.) (2006): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: Eine transdisziplinäre Perspektive. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Latzer, Michael / Saurwein, Florian (2006): Europäisierung durch Medien: Ansätze und Erkenntnisse der Öffentlichkeitsforschung. In: Langenbucher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hg.) (2006): Europäische

- Öffentlichkeit und medialer Wandel: Eine transdisziplinäre Perspektive. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 10-44.
- Lauf, Edmund / Peter, Jochen (2004): EU-Repräsentanten in Fernsehnachrichten. Eine Analyse ihrer Präsenz in 13 EU-Mitgliedstaaten vor der Europawahl 1999. In: Hagen, Lutz M. (Hg.) (2004): Europäische Union und mediale Öffentlichkeit. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess. Köln: Herbert von Halem, 162-177.
- Law, Marianne / Middleton, David / Palmer, Jerry (2000): The Press Reporting of European Economic and Monetary Union in Four European Countries: A Comparative Analysis. In: Baerns, Barbara / Raupp, Juliana (Hg.) (2000): Information und Kommunikation in Europa: Forschung und Praxis. Berlin: Vistas, 88-100.
- Lepsius, Rainer M. (1997): Bildet sich eine kulturelle Identität in der Europäischen Union? Blätter für deutsche und internationale Politik, (41) 8, 256-268.
- Leroy, Pascale / Siune, Karen (1994): The Role of Television in European Elections: The Cases of Belgium and Denmark. In: European Journal of Communication, 9 (1), 47-69.
- Liebert, Ulrike (2003): Transformationen europäischen Regierens: Grenzen und Chancen transnationaler Öffentlichkeiten. In: Klein, Ansgar / Koopmans, Ruud / Trenz, Hans-Jörg / Klein, Ludger / Lahusen, Christian / Rucht, Dieter (Hg.) (2003): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen: Leske + Budrich, 75-100.
- Loitz, Tanja (2000): Europäische Öffentlichkeit dank Internet? Politische Öffentlichkeitsarbeit am Beispiel der Europäischen Kommission. Münster u.a.: Lit-Verl.
- Machill, Marcel / Beiler, Markus / Fischer, Corinna (2006): Europa-Themen in Europas Medien – die Debatte um die Europäische Öffentlichkeit: eine Metaanalyse medieninhaltsanalytischer Studien. In: Langenbucher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hg.) (2006): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: Eine transdisziplinäre Perspektive. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 132-155.
- Maurer, Andreas (2003): Mass Media Publicized Discourses on the Post-Nice Process. IWE-Workingpaper No. 40. Vienna: IWE: <http://www.iwe.oew.ac.at/workingpapers/WP40.pdf> [01.05.2006].
- Meckel, Miriam (1994): Fernsehen ohne Grenzen? Europas Fernsehen zwischen Integration und Segmentierung. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Meier Werner A. / Trappel, Josef (2006): Die transnationale Vermachtung durch Medienkonzerne als Voraussetzung für Europäische Öffentlichkeit? In: Langenbucher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hg.) (2006): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: Eine transdisziplinäre Perspektive. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 262-275.
- Meyer, Christoph O. (2004): "Brüssel hat entschieden, dass..." – Über die Schwierigkeiten einer Kontrolle der politischen Verantwortlichkeit des EU-Ministerrats durch Medienöffentlichkeit. In: Hagen, Lutz M. (Hg.) (2004): Europäische Union und mediale Öffentlichkeit. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess. Köln: Herbert von Halem Verlag, 129-145.
- Meyer, Christoph O. (1999): Political Legitimacy and the Invisibility of Politics: Exploring the European Union's Communication Deficit. In: Journal of Common Market Studies, 37 (2), 617-639.
- Meyer, Christoph O. (2000): Ansätze einer europäischen Öffentlichkeit: Länderübergreifender investigativer Journalismus und der Rücktritt der EU-Kommission. In: Baerns, Barbara / Raupp, Juliana (Hg.) (2000): Information und Kommunikation in Europa. Transnational Communication in Europe. Berlin: Vistas, 107-127.
- Meyer, Christoph O. (2002): Europäische Öffentlichkeit als Kontrollsphäre. Die Europäische Kommission, die Medien und politische Verantwortung. Berlin: Vistas.
- Meyer, Christoph O. (2003): Die Wächterfunktion von europäischer Öffentlichkeit. Das Brüsseler Pressecorps und der Rücktritt der EU-Kommission. In: Klein, Ansgar / Koopmans, Ruud / Trenz, Hans-Jörg / Klein, Ludger / Lahusen, Christian / Rucht, Dieter (Hg.) (2003): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen: Leske + Budrich, 231-245.
- Meyer, Christoph O. (2005): The Europeanization of Media Discourse: A Study of Quality Press Coverage of Economic Policy Co-ordination since Amsterdam. In: Journal of Common Market Studies, 43 (1), 121-148.
- Mokre, Monika et al. (2006): The Referenda on the European Constitution: a Crucial Moment for the Development of a European Public Sphere? Working Paper, Department of Political Science, Paris Lodron University Salzburg.
- Moravcsik, Andrew (2002): In Defence of the 'Democratic Deficit': Reassessing Legitimacy in the European Union. In: Journal of Common Market Studies, 40 (4), 603-624.

- Moravcsik, Andrew (2003): The European Union and State Formation: Or, why we should stop worrying and learn to love the democratic deficit. Paper prepared for the ÖAW-IWE Workshop on Transformations of Statehood from a European Perspective. Vienna: IWE
- Mouffe, Chantal (2002): For an agonistic public sphere. In: Documenta 11 (Hg.): Democracy unrealized. Ostfildern-Ruit: Hatje Cantz.
- Mouffe, Chantal (2005): On the Political. London, New York: Routledge.
- Neidhardt, Friedhelm (1994a): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.) (1994): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34. Opladen: Westdeutscher Verlag, 7-41.
- Neidhardt, Friedhelm (1994b): Jenseits des Palavers. Funktionen politischer Öffentlichkeit. In: Wunden, Wolfgang (Hg.) (1994): Öffentlichkeit und Kommunikationskultur. Hamburg, Stuttgart: Steinkopf Verlag, 19-30.
- Neidhardt, Friedhelm (2006): Europäische Öffentlichkeit als Prozess. Anmerkungen zum Forschungsstand. In: Langenbucher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hg.) (2006): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: Eine transdisziplinäre Perspektive. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 46-61.
- Neidhardt, Friedhelm / Eilders, Christiane / Pfetsch, Barbara (1998): Die Stimme der Medien im politischen Prozeß: Themen und Meinungen in Pressekommentaren. Discussion Paper FS III 98-106 Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).
- Neverla, Irene (2006): Der Journalismus warnt – nur ungenügend? Potentiale der journalistischen Risikoberichterstattung zur Konstituierung einer europäischen Öffentlichkeit. In: Langenbucher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hg.) (2006): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: Eine transdisziplinäre Perspektive. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 232-243.
- Page, Benjamin I. / Shapiro, Robert Y. / Dempsey, Glenn R. (1987): What Moves Public Opinion? In: American Political Science Review, 81 (1), 23-43.
- Palmer, Jerry (1998): L'Union monétaire dans la presse de cinq pays européens: quelques comparaisons quantitatives. In: Lits, Marc / Palmer, Jerry / Settekorn, Wolfgang (1998): L'Euro médiatisé. La construction de la monnaie unique dans les médias européens. Louvain-la-Neuve (BE): Les dossiers de L'ORM/COMU, Université Catholique de Louvain-la-Neuve, 43-62.
- Peter, Jochen (2004): Kaum vorhanden, thematisch homogen, und eher negativ – Die alltägliche Fernsehberichterstattung über die Europäische Union im internationalen Vergleich. In: Hagen, Lutz (Hg.) (2004): Europäische Union und mediale Öffentlichkeit – Theoretische Perspektiven und Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess. Köln: Herbert von Halem Verlag, 146-161.
- Peters, Bernhard (1993): Die Integration moderner Gesellschaften. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Peters, Bernhard (1994): Der Sinn von Öffentlichkeit. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.) (1994): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34. Opladen: Westdeutscher Verlag, 42-76.
- Peters, Bernhard (1999): Nationale und transnationale Öffentlichkeiten – eine Problemskizze. In: Honegger, Claudia / Hradil, Stefan / Traxler, Franz (Hg.) (1999): Grenzenlose Gesellschaft. Verhandlungen des 29. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (Teil 1). Opladen: Leske + Budrich, 661-674.
- Peters, Bernhard (2003): Die Transnationalisierung von Öffentlichkeit und ihre Bedeutung für die politische Ordnung am Beispiel der EU. InIIS-Projektantrag an die DFG. Bremen: Universität Bremen. http://www.state.uni-bremen.de/download/de/forschung/B3_2003_projektantrag.pdf [01.05.2006].
- Peters, Bernhard / Schultz, Tanjev / Wimmel, Andreas (2004): Publizistische Beiträge zu einer diskursiven Öffentlichkeit. Eine themenübergreifende Inhaltsanalyse deutscher Zeitungen und Zeitschriften. InIIS-Arbeitspapier Nr. 30 2004. Bremen: Universität Bremen.
- Pfetsch, Barbara / Eilders, Christiane / Neidhardt, Friedhelm (2004): Das Kommentariat. Rolle und Status einer Öffentlichkeitselite. WZB-Paper. Best.-Nr. SP IV 2004-402.
- Pfetsch, Barbara / Koopmans, Ruud (2006): Unter falschem Verdacht – Massenmedien und die Europäisierung der politischen Öffentlichkeit in Deutschland. In: Langenbucher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hg.) (2006): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: Eine transdisziplinäre Perspektive. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 179-191.
- Pfetsch, Barbara et al. (2004): The Voice of the Media in European Public Sphere: Comparative Analysis of Newspaper Editorials. Berlin: WZB. <http://europup.wz-berlin.de>

- Plasser, Fritz/Ulram, Peter A. (2004): Öffentliche Aufmerksamkeit in der Mediendemokratie. In: Plasser, Fritz (Hg.) (2004): Politische Kommunikation in Österreich. Ein praxisnahes Handbuch. Wien: WUV, 37-99.
- Preglau, Max (2004): Rechtsextrem oder postmodern? Max Preglau's Regierungs- und Wahlkampf-Watch. Über Rhetorik, Programmatik und Interaktionsformen der FPÖ und die Regierungspolitik der FPÖVP-Koalition. Teil 2: Regierungserklärung und zwei Jahre Regierungspolitik der blau-schwarzen Wendekoalition. <http://www.klick-nach-rechts.de/oesterreich/fpoe-2.htm> [01.05.2006].
- Reumann, Kurt (1994): Journalistische Darstellungsformen. In: Noelle-Neumann, Elisabeth / Schulz, Winfried / Wilke, Jürgen: Fischer Lexikon. Publizistik/Massenkommunikation. Frankfurt/Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 91-116.
- Risse, Thomas (2002): Zur Debatte um die (Nicht-)Existenz einer europäischen Öffentlichkeit. Was wir wissen, und wie es zu interpretieren ist. In: Berliner Debatte Initial, 13 (5-6), 15-23.
- Risse, Thomas (2003): An Emerging European Public Sphere? Theoretical Clarifications and Empirical Indicators. Paper presented to the Annual Meeting of the European Union Studies Association (EUSA), Nashville TN, March 27th – 30th, 2003.
- Risse, Thomas / Van de Steeg, Marianne (2003): An Emerging European Public Sphere? Empirical Evidence and Theoretical Clarifications. Paper presented to the conference on the "Europeanisation of Public Spheres, Political Mobilisation, Public Communication and the European Union", Science Center Berlin, June 20.-22. 2003. http://www.fu-berlin.de/atasp/texte/030624_europeanpublicsphere.pdf [01.05.2006].
- Romahn, Boris (2006): Renaissance der public sphere? „Öffentlichkeit“ als Ziel und Mittel neuerer marktkritischer Bewegungen. In: Langenbucher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hg.) (2006): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: Eine transdisziplinäre Perspektive. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 352-377.
- Rucht, Dieter (1998): Intermediäres System. In: Jarren, Otfried / Sarcinelli, Ulrich / Saxer, Ulrich (Hg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen / Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 664-665.
- Rucht, Dieter (2000): Zur Europäisierung politischer Mobilisierung. In: Berliner Journal für Soziologie, 10 (2), 185-202.
- Russ-Mohl, Stephan (2003): Towards a European Journalism? – Limits, Opportunities, Challenges. In: Studies in Communication Sciences, 3 (2), 203-216.
- Saxer, Ulrich (2006): Europäischer Gesellschafts-, Medien- und Öffentlichkeitswandel – eine kommunikationssoziologische Perspektive. In: Langenbucher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hg.) (2006): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: Eine transdisziplinäre Perspektive. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 62-92.
- Scharpf, Fritz W. (1999a): Demokratieprobleme in der europäischen Mehrebenenpolitik. In: Merkel, Wolfgang / Busch, Andreas (Hg.) (1999): Demokratie in Ost und West. Für Klaus von Beyme. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 672-694.
- Scharpf, Fritz W. (1999b): Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch? Frankfurt/Main, New York: Campus .
- Schlesinger, Philip R. (1995): Europeanisation and the media: National identity and the public sphere. Arena Working Paper 07/03. Oslo: Arena (unpublished).
- Schlesinger, Philip R. (1999): Changing Spaces of Political Communication: The Case of the European Union. In: Political Communication, 16, 263-279.
- Schlesinger, Philip R. / Kevin, Deirdre (2000): Can the European Union become a sphere of publics? In: Eriksen, Erik Oddvar / Fossum, Erik (eds.) (2000): Democracy in the European Union. Integration through deliberation? London, New York: Routledge, 206-229.
- Schönhagen, Philomen (2000): Evaluation des Integrationspotenzials von Massenmedien – theoretische und methodische Überlegungen. In: Medien & Kommunikationswissenschaft, 48 (4), 554-570.
- Schulz, Winfried (2001): Foreign News in Leading Newspapers of Western and Post-Communist Countries. Paper presented to 51st Annual Conference of the International Communication Association, Washington DC, May 24-28, 2001.
- Seethaler, Josef (2006): Entwicklung und Stand der kommunikationswissenschaftlichen Forschung zur europäischen Öffentlichkeit. Eine Analyse der Beiträge in vier europäischen Fachzeitschriften 1989-2004. In: Langenbucher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hg.) (2006): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: Eine transdisziplinäre Perspektive. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 244-260.

- Sievert, Holger (1998): *Europäischer Journalismus. Theorie und Empirie aktueller Medienkommunikation in der Europäischen Union*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Spohn, Willfried / Minkenberg, Michael (2002): *Nation and Europe in the Austrian Public Sphere. An Analysis of Media and Political Party Discourses in 2000-2002*. Project report, EUI: Florence.
- Steinger, Christian (2006): *Mediale Güter und Öffentlichkeiten in Europa*. In: Langenbacher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hg.) (2006): *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: Eine transdisziplinäre Perspektive*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 276-285.
- Sturm, Daniel / Bange, Oliver (2000): *Großer Graben zwischen England und Europa. Für britische TV-Sender waren EU-Institutionen im vergangenen Jahr kein Thema*. In: *Medien Tenor Forschungsbericht Nr. 98 vom 15. Juli 2000*, 38.
- Thomaß, Barbara (2002): *Europäische Öffentlichkeit: Stand und Perspektiven eines notwendigen Konzeptes*. In: Graf, Daniela / Muther, Ekkehard (Hg.) (2002): *Streiten um Demokratie. Beiträge zur Verfassungsdiskussion*. Wien: Czernin, 129-154.
- Thomaß, Barbara (2004): *Public Service Broadcasting als Faktor einer europäischen Öffentlichkeit*. In: Hagen, Lutz (Hg.) (2004): *Europäische Union und mediale Öffentlichkeit – Theoretische Perspektiven und Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess*. Köln: Herbert von Halem Verlag, 47-63.
- Thomaß, Barbara (2006): *Public Service Broadcasting als Voraussetzung europäischer Öffentlichkeit – Leistungen und Desiderate*. In: Langenbacher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hg.) (2006): *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: Eine transdisziplinäre Perspektive*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 318-328.
- Tobler, Stefan (2006): *Konfliktinduzierte Transnationalisierung nationaler und supranationaler Öffentlichkeitsarenen. Indikatoren einer europäischen Öffentlichkeit*. In: Langenbacher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hg.) (2006): *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: Eine transdisziplinäre Perspektive*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 107-130.
- Treib, Oliver / Bähr, Holger / Falkner, Gerda (2005): *Modes of Governance. A Note Towards Conceptual Clarification*. *European Governance Papers*, No. N-05-02. www.connex-network.org/eurogov/pdf/egp-newgov-N-05-02.pdf [01.05.2006].
- Trenz, Hans-Jörg (2000): *Korruption und politischer Skandal in der EU. Auf dem Weg zu einer europäischen politischen Öffentlichkeit*. In: Bach, Maurizio (Hg.) (2000): *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 40*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 332-359.
- Trenz, Hans-Jörg (2002): *Zur Konstitution politischer Öffentlichkeit in der Europäischen Union. Zivilgesellschaftliche Subpolitik oder schaupolitische Inszenierung?* Baden-Baden: Nomos.
- Trenz, Hans-Jörg (2003): *Einführung: Auf der Suche nach einer europäischen Öffentlichkeit*. In: Klein, Ansgar / Koopmans, Ruud / Trezn, Hans-Jörg / Klein, Ludger / Lahusen, Christian / Rucht, Dieter (Hg.) (2003): *Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa*. Opladen: Leske + Budrich, 161-168.
- Trenz, Hans-Jörg (2004): *Media Coverage on European Governance. Exploring the European Public Sphere in National Quality Newspapers*. In: *European Journal of Communication*, 19 (3), 291-319.
- Trenz, Hans-Jörg (2005): *Die mediale Ordnung des politischen Europas. Formen und Dynamiken der Europäisierung politischer Kommunikation in der Qualitätspresse*. *Zeitschrift für Soziologie*, 34 (3), 188-206.
- Trenz, Hans-Jörg (2006): *Banaler Europäismus: Eine unbeachtete Kategorie der politischen Kommunikation über Europa in den Medien*. In: Langenbacher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hg.) (2006): *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: Eine transdisziplinäre Perspektive*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 192-213.
- Trenz, Hans-Jörg / Klein, Ansgar / Koopmans, Ruud (2003): *Demokratie-, Öffentlichkeits- und Identitätsdefizite in der EU: Diagnose und Therapiefähigkeit*. In: Klein, Ansgar / Koopmans, Ruud / Trezn, Hans-Jörg / Klein, Ludger / Lahusen, Christian / Rucht, Dieter (Hg.) (2003): *Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa*. Opladen: Leske + Budrich, 7-19.
- Tumber, Howard (1995): *Marketing Maastricht: the EU and news management*. In *Media, Culture & Society*, 17 (3), 511-519.
- Van de Steeg, Marianne (2000): *An Analysis of the Dutch and Spanish Newspaper Debates on EU Enlargement with Central and Eastern European Countries: Suggestions for a Transnational European Public Sphere*. In: Baerns, Barbara / Raupp, Juliana (Hg.) (2000): *Information und Kommunikation in Europa. Transnational Communication in Europe*. Berlin: Vistas, 61-87.

-
- Van de Steeg, Marianne (2002): Eine europäische Öffentlichkeit? Die Diskussion um die Osterweiterung der EU. In: Berliner Debatte Initial, 13 (5-6), 57-66.
- Van de Steeg, Marianne (2003): Bedingungen für die Entstehung von Öffentlichkeit in der EU. In: Klein, Ansgar / Koopmans, Ruud / Trenz, Hans-Jörg / Klein, Ludger / Lahusen, Christian / Rucht, Dieter (Hg.) (2003): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen: Leske + Budrich. 169-190.
- Van de Steeg, Marianne (2004): Does a Public Sphere Exist in the EU? An Analysis of the Content of the Debate on the Haider-Case. EUI Working Papers SPS No. 2004/05. Florence: European University Institute.
- Vitouch, Peter / Mayer, Markus (2004): Quantitative Inhaltsanalyse: Erhebung und Analyse von Beiträgen der „Kronen Zeitung“, die EU-Skepsis vermitteln. In: Krejci, Herbert (2004): Grundlagen des Skeptizismus gegenüber der Europäischen Union und dem Euro. Wien: ARGE Informations- und Medienforschung, 8-18. http://www.esiweb.org/pdf/esi_turkey_austriadebate_20.pdf [01.05.2006].
- Voltmer, Katrin (1999): Medienqualität und Demokratie. Eine empirische Analyse publizistischer Informations- und Orientierungsleistungen in der Wahlkampfkommunikation. Baden-Baden: Nomos.
- Walzer, Michael (1996): Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie. Frankfurt/Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag.
- Wessler, Hartmut (2004): Europa als Kommunikationsnetzwerk. Theoretische Überlegungen zur Europäisierung von Öffentlichkeit. In: Hagen, Lutz M. (Hg.) (2004): Europäische Union und mediale Öffentlichkeit. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess. Köln: Herbert von Halem Verlag, 13-28.
- Wimmel, Andreas (2004): Transnationale Diskurse. Zur Analyse politischer Kommunikation in der europäischen Medienöffentlichkeit. In: Zeitschrift für internationale Beziehungen, 11 (1), 7-25.
- Winkler Roman / Kozeluh Ulrike / Brandstetter Günther (2006): Deliberation im Europäischen Kontext: Online Debatten und Online Konsultationen auf der EU Plattform Your Voice in Europe. In: Langenbucher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hg.) (2006): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: Eine transdisziplinäre Perspektive. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 378-400.

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

<i>Abbildung 1:</i>	Zustimmung und Ablehnung der EU-Mitgliedschaft in Österreich und den EU-15 Staaten im Vergleich	37
<i>Abbildung 2:</i>	Ablehnung der EU-Erweiterung in Österreich und in allen EU-Staaten im Vergleich	38
<i>Abbildung 3:</i>	ORF-ZIB: Europäisierungstrend 1995-2004	77
<i>Abbildung 4:</i>	Medienpräsenz im Vergleich: EU, EU-Institutionen/-Akteure und internationale Institutionen.....	79
<i>Abbildung 5:</i>	Medienpräsenz der EU-Institutionen im Vergleich	82
<i>Abbildung 6:</i>	Nachrichtengeographie: Mediale Aufmerksamkeit für Österreich, Europa und außereuropäische Staaten	84
<i>Abbildung 7:</i>	Nachrichtengeographie Europa: Mediale Aufmerksamkeit für alte (EU-14) und neue EU-Staaten (EU+10)	88
<i>Abbildung 8:</i>	ORF-ZIB: Nachrichtenthemenstruktur	93
<i>Abbildung 9:</i>	Politikfelder nach Europäisierungsgraden	101
<i>Abbildung 10:</i>	EU-Information nach Intensitätstypus im intermedialen Vergleich.....	110
<i>Abbildung 11:</i>	EU-Informationen nach Intensitätstypus und Genre im intermedialen Vergleich.....	115
<i>Abbildung 12:</i>	Primäre Ereignisländer in der EU-Schwerpunktberichterstattung im intermedialen Vergleich.....	120
<i>Abbildung 13:</i>	EU-Information nach Politikbereichen	123
<i>Abbildung 14:</i>	EU-Information: Schwerpunkte nach Politikbereichen im intermedialen Vergleich	127
<i>Abbildung 15:</i>	Aussagen nach Untersuchungszeiträumen und Medien	135
<i>Abbildung 16:</i>	Herkunft der Aussageträger nach Medien.....	137
<i>Abbildung 17:</i>	Sprecherherkunft in den verschiedenen Untersuchungszeiträumen	138
<i>Abbildung 18:</i>	Sprecherherkunft in den verschiedenen Untersuchungszeiträumen ohne „Temelin-Aussagen“	139
<i>Abbildung 19:</i>	Herkunft der passiven Akteure nach Medien.....	143
<i>Abbildung 20:</i>	Bewertung der EU-Erweiterung durch österreichische Aussageträger	149
<i>Abbildung 21:</i>	Bewertung des EU-Beitritts der Tschechischen Republik nach österreichischen Akteursgruppen.....	156
<i>Abbildung 22:</i>	Bewertung von EU-Institutionen und -Akteuren durch österreichische Sprecher	158
<i>Tabelle 1:</i>	Übersicht über die Studien sowie die darin untersuchten Medien und deren EU-Herkunftsstaaten	40
<i>Tabelle 2:</i>	Untersuchungen zur EU-Medienberichterstattung in Österreich.....	41
<i>Tabelle 3:</i>	Sample für empirische Inhaltsanalysen der EU-Berichterstattung.....	63
<i>Tabelle 4:</i>	Nachrichtengeographie: Mediale Aufmerksamkeit im Ländervergleich	85
<i>Tabelle 5:</i>	Berichterstattung aus Kriegs-/und Krisenherden im Vergleich	86
<i>Tabelle 6:</i>	Mediale Aufmerksamkeit für EU-Erweiterungsländer mit und ohne rhetorische EU-Referenzen	91
<i>Tabelle 7:</i>	Europäisierungsgrade nach Politikfeldern	95
<i>Tabelle 8:</i>	Nachrichtengeographie: Ereignisorte in der EU-Berichterstattung im intermedialen Vergleich	117
<i>Tabelle 9:</i>	Artikel nach Thema und Intensitätstypus	134
<i>Tabelle 10:</i>	Anzahl der Aussagen nach Medien.....	135
<i>Tabelle 11:</i>	Meinungsbeiträge von Gastkommentatoren, Kolumnisten bzw. Interviewten	141
<i>Tabelle 12:</i>	Herkunft von Objektakteuren und Adressaten	144
<i>Tabelle 13:</i>	Europäisierte Akteursensembles nach Medien.....	146
<i>Tabelle 14:</i>	Bewertung der EU-Erweiterung durch österreichische Sprecher nach Medien.....	151
<i>Tabelle 15:</i>	Bewertung der EU-Erweiterung durch österreichische Akteure nach Medien	152
<i>Tabelle 16:</i>	Bewertung des EU-Beitritts der Tschechischen Republik durch österreichische Sprecher	153
<i>Tabelle 17:</i>	Bewertung des EU-Beitritts der Tschechischen Republik durch österreichische Sprecher nach Medien.....	155
<i>Tabelle 18:</i>	Bewertung von Institutionen/Akteuren der EU durch österreichische Akteure nach Medien	159
<i>Tabelle 19:</i>	Verteilung der Aussageträger auf Zentrum und Peripherie nach Medien.....	161
<i>Tabelle 20:</i>	Bewertung der passiven Akteure nach Medien.....	164
<i>Tabelle 21:</i>	Diskursrationalität nach Medien.....	165
<i>Tabelle 22:</i>	Diskursrationalität nach Medien in Kommentaren und Interviews.....	167
<i>Tabelle 23:</i>	Diskursrationalität nach Medien und Aussageträgergruppen	169
<i>Tabelle 24:</i>	Explizite Ein- und Abgrenzungsemantiken nach Medien	171

Projektteam

Mag. Florian Saurwein (Projektleiter)

studierte Kommunikationswissenschaft und Politikwissenschaft an der Universität Wien und forschte von 2001 bis 2004 als Kommunikationswissenschaftler an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW). Zuerst an der ÖAW Forschungsstelle für institutionellen Wandel und europäische Integration (IWE), später am ÖAW Institut für Technikfolgen-Abschätzung (ITA). Er arbeitete 2005/06 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien und ist seit 2004 Lehrbeauftragter im Fachbereich Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg. Forschungsschwerpunkte: Medienpolitik, Politische Kommunikation, und Europäische Informationsgesellschaft. florian.saurwein@vienna.at

Mag. Cornelia Brantner (Projektmitarbeiterin)

studierte Publizistik- und Kommunikationswissenschaft in Fächerkombination mit Politikwissenschaft und Psychologie an der Universität Wien. 05-08/2002 tätig als Projektmitarbeiterin an der Forschungsstelle für institutionellen Wandel und europäische Integration (IWE) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW), ab 09/2002 Projektmitarbeiterin am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien (IPKW). Seit WS 2003 Lehrbeauftragte am IPKW, seit 03/2004 wissenschaftliche Mitarbeiterin am IPKW. Forschungsschwerpunkte: Politische Kommunikation, Journalismus. cornelia.brantner@univie.ac.at

Mag. Astrid Dietrich (Projektmitarbeiterin)

studierte Kommunikationswissenschaft und Theater-, Film- und Medienwissenschaft an der Universität Wien. Seit 2002: Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien und Lektorin am Universitätslehrgang für Öffentlichkeitsarbeit und am FH Campus Wien (Studiengang Biotechnologie). Forschungsschwerpunkte: PR-Wissenschaft, Europäischer Journalismus, Öffentlichkeit und Aufmerksamkeitsökonomie, Europäische Identität. astrid.dietrich@univie.ac.at

Prof. Dr. Barbara Pfetsch (Projektmentorin)

ist Professorin für Kommunikationswissenschaft und Medienpolitik an der Universität Hohenheim. Sie unterrichtete u.a. an der Freien Universität Berlin und an der Universität Mannheim, war Postdoctoral Fellow am Center for German and European Studies an der Georgetown University, Washington, D.C., Visiting Fellow an der J.F. Kennedy School of Government an der Harvard Universität, Cambridge und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf komparativen Analysen politischer Kommunikation sowie auf Medien und Öffentlichkeit. Sie arbeitet u.a. am internationalen Projekt "The Transformation of Political Mobilisation and Communication in European Public Spheres" (Europub.com) in dessen Rahmen politische Mobilisierungsstrukturen und Medienmeinungen in sieben europäischen Ländern analysiert werden. pfetsch@uni-hohenheim.de

Ao. Univ. Prof. Hannes Haas (Projektmentor)

ist stellvertretender Institutsvorstand am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien. Er war u.a. Gastprofessor am Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich, Projektleiter und Mitarbeiter in zahlreichen Forschungsprojekten (z.B. für OECD, FWF, OeNB, MBfWF), von 1992-2001 wissenschaftlicher Berater der Österreichischen Nationalbank. Er ist Vorstandsmitglied der Initiative Qualität im Journalismus (IQ) und wissenschaftlicher Berater des ORF-Projekts "Qualitätsmonitoring" (R. Bretschneider, Fessel-GfK). hannes.haas@univie.ac.at